Dienstag, 31. Mai 1983 D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 80 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 90,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 124 - 22.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11

Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 110 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

„DDR"-Wirtschaft setzt auf die Elektronik

rtr, Berlin

Die „DDR"-Führung hat ihre Wirtschaft zu einer umfassenden Modernisierung durch die Anwendung neuer Technologien aufgefordert, um exportfähiger zu werden und die Konsumgüterversorgung zu verbessern. In den gestern im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" dazu veröffentlichten Direktiven wurden als weitere Schwerpunkte die Erreichung hoher Wachstumsraten durch Einsparungen im Produktionsverbrauch und bei der Energie bezeichnet. Nach den Zielvorgaben der „DDR"-Führung für den Volkswirtschaftsplan 1984 soll für die Durchführung der Rationalisierungsvorhaben in erster Linie die Anwendung der Mikroelektronik und der Robotertechnik beschleunigt werden. Dadurch soll die für „eine hohe Exporteffektivität notwendige Qualität" der Waren gesichert werden. Im Konsumgüterbereich müßten Erzeugnisse hergestellt werden, die die Versorgung „mit tausend Kleinen Dingen" des täglichen Bedarfs verbessern, damit sie „von der Bevölkerung gern gekauft" werden.

Blüm berät mit Arbeitgebern über Rentenpläne

HH. Bonn

Vor der morgigen Kabinettsentscheidung über eine mögliche Verschiebung der nächsten Rentenerhöhung hat Arbeitsminister Blüm bei einem Spitzengespräch mit der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) Zustimmung und Kritik für seine Rentenpläne gefunden. BDA-Präsident Esser ist wie Blüm der Meinung, daß die Renten beitragsbezogen bleiben und sich wie die verfügbaren Arbeitnehmereinkommen entwickeln müßten. Schließlich müsse der Bundeszuschuß zur Rentenversicherung „auf eine verläßliche Grundlage gestellt werden". Dagegen kritisierten die Arbeitgebervertreter die von der Bundesregierung beschlossene Einbeziehung von Sonderzuwendungen in die Beitragspflicht zur Sozialversicherung. Sie wiesen auf die sich daraus ergebende Belastung von Beitragszahlern und Betrieben hin. Für die Unternehmen wie fü? die Sozialversicherungsträg bedeute das zusätzlichen Verwaltungsaufwand; der Rentenversicherung entstünden höhere Leistungsperpflichtungen.

ZITAT DES TAGES



„Wir verzichten gerne auf die Pershing 2, wenn auch die SS 20 verschwinden, sonst nicht."

Alfred Dregger, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, in einem WELT-Interview. (Seite 4)
FOTO: SVEN SIMON

Freispruch verlangt

W. K. Düsseldorf

Auf Freispruch haben die Vertreter der Bundesanwaltschaft im Prozeß gegen den wegen Spionage für „DDR"-Geheimdienste vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht angeklagten dänischen Journalisten Flemming Soerensen plädiert. Oberstaatsanwalt Volkhard Wache begründete den Antrag mit erheblichen Zweifeln an der Glaubwürdigkeit der einzigen Belastungszeugin. Dennoch bestünden weiterhin Verdachtsmomente, die jedoch im Sinne der Anklage nicht ausreichten. Folgt das Gericht dem Antrag, wäre dies der erste Freispruch in der Rechtssprechung des Düsseldorfer Staatsschutzsenates in Spionage-Prozessen.

Vogel widerspricht

dpa, Bonn

Der SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Hans-Jochen Vogel, hat der gestern in einem WELT-Interview veröffentlichten Auffassung des amerikanischen Verteidigungsministers Caspar Weinberger widersprochen, daß bei einer Stationierung neuer nuklearer Mittelstreckenwaffen in der Bundesrepublik die Rakete vom Typ Pershing-2 „unersetzlich" sei. Die SPD sei gegen jeden Automatismus in der Stationierungsfrage, erklärte Vogel gestern in Bonn. Es würde auch nicht dem NATO-Beschluß entsprechen, wenn erklärt werde, irgend etwas sei auf jeden Fall unverzichtbar.

Vereint gegen Kurden

AFP, Ankara

Als Ergebnis eines Abkommens zwischen Irak und der Türkei hat der irakische Botschafter in Ankara, Taha Mahmoud Al-Kaysi, die türkische Truppenaktion auf irakischem Boden gegen kurdische Freischärler begrüßt. Irakische Truppenverbände seien an den Operationen beteiligt, versicherte er gestern in einem Interview mit der türkischen Zeitung „Guenes". Nach seinen Schätzungen seien bisher 1500 bis 2000 aufständische Kurden festgenommen worden. Sie würden vor „türkische und irakische Militärgerichte" gestellt werden.

Spanien gegen Tornado

dpa, Madrid

Trotz nachdrücklicher Bemühungen verschiedener europäischer Regierungen hat sich Spanien gegen den Kauf des europäischen Kampfflugzeugs Tornado entschieden. Wie Regierungschef Felipe Gonzalez gestern in Madrid ankündigte, werde sein Land zur Modernisierung seiner Luftwaffe 72 amerikanische Jagdbomber vom Typ F-18 A Horet im Wert von rund fünf Milliarden Mark in den USA kaufen.

WIRTSCHAFT

Umsatz-Minus

rtr, Wiesbaden

Die Großhandelsunternehmen in der Bundesrepublik haben im April mit 59 Milliarden Mark rund zwei Milliarden Mark und damit nominal 4,9 und real 4,2 Prozent weniger umgesetzt als im entsprechenden Vorjahresmonat. In den ersten vier Monaten wurden danach im Großhandel, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden meldete, mit insgesamt 234,7 Milliarden Mark rund neun Milliarden Mark weniger umgesetzt als von Januar bis April 1982. Dies entspreche einem Rückgang von nominal zwei Prozent und real 1,2 Prozent.

Keine Konsumimpulse

rtr, München

Vom realen privaten Verbrauch in der Bundesrepublik Deutschland werden auch 1983 keine Impulse für die Gesamtkonjunktur erwartet. Wie das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung jetzt dazu meldete, soll der private Konsum im Jahresdurchschnitt auf dem Niveau von 1982 bleiben. Im weiteren Jahresverlauf rechnet das Institut allerdings mit einer leichten konjunkturellen Verbesserung. Seite 9

Aktienkurse bröckeln ab

DW. Frankfurt

Bei geringer Kaufneigung gingen die Kurse an den Aktienbörsen weiter zurück. Der Rentenmarkt war schwach. WELT-Aktienindex 134,0 (135,7). Dollarmittelkurs 2,5175 (2,5093) Mark. Der Londoner Goldmarkt war wegen eines Feiertages geschlossen.

WETTER

Zwischenhocheinfluß

DW. Essen

Ein Zwischenhoch beeinflußt vorübergehend das Wetter in Deutschland. Tagsüber weitgehend niederschlagsfrei, mit Temperaturen zwischen 17 und 22 Grad. In der Nacht um 10 Grad. Allgemein schwachwindig aus südlichen Richtungen.

Heute in der WELT

Williamsburg: Eine globale Sicherheitspolitik mit Japan

SS 20 ein „gemeinsames Sicherheitsproblem" / 7-Punkte-Deklaration

Co./Kie., Williamsburg

Mit einer gemeinsamen Sieben-Punkte-Erklärung zur Abrüstungs- und Sicherheitspolitik sind die Staats- und Regierungschefs der sieben westlichen Industriestaaten auf ihrer Gipfelkonferenz in Williamsburg vor die Weltöffentlichkeit getreten. Die Deklaration bekräftigte die Notwendigkeit „ausreichender militärischer Stärke", setzte daneben aber den Willen, mit der Sowjetunion „zusammenzuarbeiten". Die Deklaration unterstreicht die Absicht der europäischen Bündnispartner der USA, mit der geplanten Nachrüstung Ernst zu machen, wenn in Genf „keine ausgewogene Vereinbarung für Mittelstreckenraketen erzielt wird".

Das in Williamsburg ausgehandelte Papier ist ein Novum in der Geschichte dieser seit 1975 jährlich stattfindenden Wirtschaftskonferenzen. Noch nie zuvor haben die Teilnehmer eine solche den Fragen der Verteidigung, der Abrüstung und der kollektiven Sicherheit gewidmete Erklärung abgegeben. Es galt in der Vergangenheit als ausgemacht, daß man die Gruppe der Sieben – Japan ist kein NATO-Land und Frankreich gehört nicht der integrierten Kommandostruktur der NATO an – nicht auf einen gemeinsamen sicherheitspolitischen Nenner verpflichten könne.

Die Erklärung von Williamsburg hebt diesen alten Vorbehalt ausdrücklich auf. Es heißt in Punkt sechs des Papiers: „Die Sicherheit unserer Länder ist unteilbar und muß global gesehen werden." Ein Mitglied der amerikanischen Delegation erläuterte diesen Umstand damit, daß die sieben Industriestaaten „angesichts der sowjetischen SS 20 ein gemeinsames Sicherheitsproblem" haben.

Eine „ganz klare Stellungnahme in Williamsburg" war nach den Worten von Bundesaußenminister Genscher auch deshalb „wichtig", weil die Sowjetunion in der jüngsten Zeit, bis noch kurz vor dem Konferenzbeginn in Williamsburg, (WELT v. 30. 5.) eigene Erklärungen abgegeben habe, die auf dem Gipfel selber sowie auf die Wahlen in England und Italien gezielt gewesen seien.

Unter den sieben Punkten nimmt die Behandlung der Mittelstreckenraketenabrüstungsverhandlungen (INF) den breitesten Raum ein. Gefordert wird, daß diese Verhandlungen „dynamisch und mit Nachdruck" fortgeführt werden müssen. Zweimal wird die Sowjetunion gewarnt, daß ihre Taktik „fehlschlagen wird": falls sie versuche, „den Westen dadurch zu spalten, daß die Einbeziehung von Abschreckungskräften dritter Länder, wie beispielsweise Frankreichs und des Vereinigten Königreichs, vorgeschlagen wird"; und falls die Sowjetunion versuche, „ernsthafte Verhandlungen durch Beeinflussung der öffentlichen Meinung in unseren Ländern zu verhindern". Von den britischen und französischen Systemen heißt es ausdrücklich, daß sie „in den Verhandlungen über Mittelstrekkenwaffen keinen Platz" haben. Diese Formulierung läßt wohlweislich die Tür offen für die Möglichkeit, daß über diese Waffen innerhalb anderer Verhandlungen, etwa START, in Zukunft gesprochen werden könnte.

SEITE 2:
Antwort an Saturn
SEITE 4:
Weitere Beiträge

Der Wille zu einer gemeinsamen Sicherheitserklärung war bereits am Sonntagabend auf dem Eröffnungsdinner der Konferenz spürbar geworden, als das Gespräch sich ausschließlich um Verteidigungs- und Sicherheitsfragen drehte. Doch mußten am Montag erst etliche Widerstände und Meinungsverschiedenheiten ausgeräumt werden. Wie die WELT erfuhr, hatten die drei angelsächsischen Delegationen Großbritanniens, Kanadas und der USA bereits Entwürfe zu einem solchen Papier mit zur Konferenz gebracht. Den Kanadiern vor allem schwebte eine Berücksichtigung der britischen und französischen Raketen vor, da ihrer Argumentation nach dieser Aspekt in den westlichen Öffentlichkeiten immer stärker an Raum gewinne. Die Franzosen und Briten widersprachen. Schließlich ließ man den Plan, dieses Problem genauer zu fassen, fallen, zugunsten einer breiteren Stellungnahme über Sicherheit und Zusammenarbeit. Die britischen und französischen Systeme wurden lediglich als Rechnungseinheiten im Zusammenhang der INF-Verhandlungen zurückgewiesen.

Intensiv in die Debatten eingeschaltet waren vor allem die Japaner und die Deutschen. Wie Staatssekretär Boenisch anmerkte, habe sich Kohls „gutes Verhältnis zum französischen Staatspräsidenten einmal mehr bewährt". Die Franzosen legten dennoch, obwohl von

● Fortsetzung Seite 4

DER KOMMENTAR

Ziel erreicht

GERD BRÜGGEMANN

Die Gipfelkonferenz, zu der sich übers Wochenende die Staats- und Regierungschefs der sieben führenden westlichen Industrieländer im amerikanischen Williamsburg versammelt haben, schloß mit einer „Botschaft des Vertrauens". Die Teilnehmer haben sich verpflichtet, den Kurs ihrer Wirtschaftspolitik abzustimmen, die Staatsschulden abzubauen und den Welthandel stärker als bisher von protektionistischen Maßnahmen freizuhalten.

Daß solches Maß an Harmonie in der Abschlußerklärung der Konferenz zu Lasten der inhaltlichen Substanz ging, wird niemanden überraschen. Wichtige Grundsatzfragen bleiben weiter ohne Antwort. Das gilt vor allem für das riesige amerikanische Haushaltsdefizit, das Bundeskanzler Helmut Kohl als Schlüsselproblem bezeichnete (Seite 4). Die Hoffnung der Amerikaner, ein kräftiger Aufschwung werde das Defizit sozusagen automatisch reduzieren, wird ernsthaft wohl noch nicht einmal von ihnen selbst geglaubt. Darum ist der Eindruck, daß sich in Williamsburg in wesentlichen Dingen nichts bewegt habe, sicher nicht unzutreffend.

An den Märkten stieß die Botschaft aus Williamsburg denn auch auf große Skepsis. Der ohnehin hohe Kurs des Dollars stieg noch einmal um fast einen Pfennig, und an den Aktienmärkten blieben positive Auswirkungen aus, wenn solche denn überhaupt erwartet werden konnten.

Dennoch wäre es falsch, sich nun von der Enttäuschung anstecken zu lassen und gleich die ganze Veranstaltung als nutzlos zu verdammen. Es mag sein, daß der eine oder andere Gipfelteilnehmer vor allem aus innenpolitischen Gründen einen zu weiten Erwartungshorizont gezeichnet hat, insgesamt freilich läßt sich feststellen, daß die Konferenz ihr Ziel durchaus erreicht hat.

Auch wenn sich nach Rückkehr manches anders lesen mag, die Verpflichtung, einen abgestimmten wirtschaftspolitischen Kurs zu steuern, ist nicht so ohne weiteres vom Tisch zu wischen. Und möglicherweise setzt bei den Amerikanern nach den geballten Vorstellungen der anderen Länder sogar ein Denkwandel in der Beurteilung ihres Haushaltsdefizits ein. Wer hätte denn mehr erwarten wollen?

Vogel sieht „Irritationen" in Ost-Berlin

Der Oppositionsführer berichtet über sein Gespräch mit SED-Chef Honecker

GÜNTHER BADING, Bonn

In seinem mehrstündigen „mit großer Offenheit" geführten Gespräch mit dem „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker hat SPD-Fraktionschef Hans-Jochen Vogel „Irritationen" über den künftigen Kurs der Bundesregierung in der Deutschlandpolitik festgestellt.

Vogel, der am Samstag mehrere Stunden lang mit Honecker am Werbellin-See gesprochen hat, sagte dazu in Bonn: „Ich habe aus dem Gespräch den Eindruck gewonnen, daß man auf der anderen Seite der Versicherung, es sei Kontinuität beabsichtigt, bis zum 6. März voll Glauben geschenkt hat, daß aber offenbar nach dem 6. März Irritationen darüber aufgetreten sind, ob nicht doch eine Wende beabsichtigt sei, oder – das sage ich jetzt mit meinen Worten, ohne den Gesprächspartner dafür in Anspruch zu nehmen –, ob man denn in der Lage sei, diejenigen unter Kontrolle zu halten, die gerade auf diesem Gebiet eine Wende wollen."

Honecker habe zwei- oder dreimal gesagt, es gelte „das Erreichte pfleglich zu behandeln, und, daß es gelte, bei Rückschlägen, wenn sie aufträten, im Interesse der Kontinuität Besonnenheit zu bewahren". Die Absage des Honecker-Besuchs sei eine „dringende Mahnung", das Erreichte beiderseits pfleglich zu behandeln. Die Absage, so Vogel, habe für den konkreten Zeitpunkt des geplanten Besuches gegolten. Allerdings habe ihm der Staatsratsvorsitzende noch keinerlei Fixierung auf einen neuen Termin übermittelt. In dem Gespräch sei aber deutlich geworden, „daß die weitere Entwicklung in Genf und die weitere Entwicklung in der Stationierungsfrage darauf – wie überhaupt für unsere Beziehungen – nicht ohne Einfluß sein wird." Die Gefahren der nuklearen Entwicklung würden auf beiden Seiten gleich bewertet, wenngleich es Meinungsunterschiede über die Genfer Verhandlungen gegeben habe. Zum Stand der Wiener Truppenabbauverhandlungen habe ihm Honecker „sehr deutlich die Bereitschaft angesprochen, im Zuge der Verhandlungen in Wien auch Kontrollstellen auf dem jeweils anderen Territorium vorzusehen". Vogel sprach dabei davon, daß „sogenannte Verdachtskontrollen" zugelassen werden sollten. Bisher hatte die Sowjetunion in Wien zwar einer Verifikation von Abbaumaßnahmen im Prinzip zugestimmt, hatte dies jedoch nie präzisiert.

Der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionschef Volker Rühe erklärte, grundsätzlich seien solche Kontakte zu begrüßen, das gelte vor allem, wenn Regierung und Opposition in wichtigten humanitären Fragen einig seien.

Seite 2: Brummig oder breit
Seite 8: 24 Stunden lang geheim

Weitere Jenaer abgeschoben

rtr/AP, München

Die „DDR" hat weitere sechs Mitglieder der Jenaer Friedensgemeinschaft ausgewiesen. Die Gesamtzahl der seit 20. Mai Abgeschobenen erhöhte sich damit auf 18. Wie die bayerische Grenzpolizei gestern mitteilte, gaben die ehemaligen „DDR"-Einwohner übereinstimmend an, aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu dem Jenaer Kreis ausgewiesen worden zu sein.

Die betroffenen Personen, darunter eine 25jährige Bibliothekarin mit ihrem Kind und eine berufslose 21jährige, seien ins Notaufnahmelager Gießen gebracht worden.

Miliz „entführte" Gewerkschafter

DW. Warschau

Der Initiator der freien Gewerkschaftsbewegung in Polen, Kazimierz Switon, hat gestern die Miliz beschuldigt, ihn am Wochenende für 30 Stunden „entführt" zu haben. Man wollte ihn daran hindern, an der alljährlichen Pilgerfahrt der schlesischen Bergleute zum Wallfahrtsort Piekary Slaskie bei Kattowitz teilzunehmen, sagte er westlichen Journalisten.

Zur Erörterung des bevorstehenden Polenbesuches von Papst Johannes Paul II. ist der für Außenpolitik des Vatikans zuständige Erzbischof Achille Silvestrini gestern nach Warschau geflogen.

15 Jahre Haft für PEN-Preisträger

KNA, Moskau

Der Schriftsteller Leonid Borodin, 1982 mit dem Freiheitspreis des französischen PEN-Clubs ausgezeichnet, ist in Moskau zu zehn Jahren Lager und fünf Jahren Verbannung verurteilt worden.

Das Gericht befand den 45jährigen Autor schuldig, das „Gesellschaftssystem und die sowjetische Regierung herabgesetzt" und drei Romane in dem exilrussischen Verlag „Possev", Frankfurt/Main, veröffentlicht zu haben. Von 1967 bis 1973 war Borodin bereits wegen Zugehörigkeit zur „Christlich-Sozialen Union zur Befreiung des Volkes" inhaftiert.

Verwirrung um Eichmann-Stück

UWE BAHNSEN, Hamburg

Beklemmung und Verwirrung hat am Sonntagabend bei Millionen von Fernsehzuschauern das vom NDR und den Bühnen der Stadt Bonn produzierte Dokumentarspiel „Das Protokoll" über die Vernehmung des einstigen SS-Obersturmbannführers Adolf Eichmann durch den israelischen Polizeihauptmann Avner Less ausgelöst.

Mehr als 200 Anrufer wollten nach dem Ende der NDR-Sendung wissen, ob die zum Teil stürmischen Diskussionen unter den Zuhörern in der kahlen Halle spontan oder aber Teil einer Regie waren, die das Publikum bewußt mit einbezog. Unklar blieb vielen Zuschauern auch, ob der Eichmann-Darsteller Werner Kreindl aus seiner Rolle heraustrat, als er sich selbst in diese Wortgefechte einschaltete, oder ob auch das zur Dramaturgie dieses ungewöhnlichen Fernsehspiels gehörte. Weitere Fragen galten dem Umstand, daß Kreindl mit den Worten „Ich kann nicht mehr" die Halle verlassen und damit anscheinend ein vorzeitiges Ende der Sendung verursacht hatte. Weiter gestützt wurde diese Vermutung noch dadurch, daß die ARD anschließend zehn Sendeminuten durch einen Filmbeitrag überbrücken mußte.

Der Norddeutsche Rundfunk, dessen Hauptabteilung Fernsehspiel unter Dieter Meichsner bei dem Gesamtprojekt federführend war, gab gestern eine klare Antwort auf diese Zuschauerfragen: Alles war geplant. NDR-Sprecher Ulrich Schnapauff gegenüber der WELT: „Die Zwischenrufe aus dem Zuschauerraum waren ebenso Bestandteil der Inszenierung wie der Abgang des Eichmann-Darstellers Werner Kreindl. Eine Brücke zu schlagen von der Bühne zur aktuellen Wirklichkeit, ist spätestens seit Shakespeare ein legitimes Mittel des Theaters, um weitere Bezüge des behandelten Themas sichtbar zu machen – in diesem Fall zur Diskussion um die Ereignisse der letzten Jahre in Nahost, den Einmarsch der Israelis nach Libanon, das Palästinenser-Problem und andere Konfliktbereiche. Die Sendung hat mit rund 230 Zuschaueranrufen nach der Ausstrahlung eine offenbar weit überdurchschnittliche Resonanz im Publikum gefunden. Viele Zuschauer wollten sich vergewissern, ob die Zwischenrufe echt oder inszeniert waren. Eine andere Gruppe merkte kritisch an, das Thema Judenverfolgung sei vom Fernsehen schon oft genug aufgegriffen worden. Ein dritter Teil der Anrufer schließlich bedankte sich im Gegensatz dazu ausdrücklich dafür, daß das Fernsehen dieses Thema noch einmal in dieser Form aufbereitet und ins Programm gebracht habe."

Dieter Meichsner und der Bonner Schauspieldirektor Peter Eschberg, die gemeinsam rund 250 Gäste aus Politik und Gesellschaft – zu den prominentesten gehörte Herbert Wehner – zu der Aufführung eingeladen hatten, wollten die Sendung den Opfern und den Überlebenden des Holocaust widmen. Ihnen ging es darüber hinaus auch um eine Warnung vor einem zu leichtfertigen Umgang mit dem Begriff Völkermord, der in den politischen Auseinandersetzungen des Nahen Ostens immer wieder auftaucht, obwohl er durch die Judenverfolgungen des NS-Regimes eine ganz eigene entsetzliche Dimension bekommen hat. Das Fernsehspiel, in dem Eschberg den Polizeioffizier Arnes Less darstellte, basierte auf dem authentischen Text der Protokolle über das Verhör Eichmanns, die der Zeithistoriker Jochen von Lang im vergangenen Herbst als Buch herausgegeben hat.

Das Publikum erlebte einen Eichmann, durch dessen Antworten sich wie ein roter Faden die Behauptung zog, er sei nicht der Organisator der von Hitler befohle-

■ Fortsetzung Seite 8

Ägyptens Phantom-Jäger werden bei MBB gewartet

Israel wurde unterrichtet / USA befürworten Entschluß

MANFRED SCHELL, Bonn

Die Kampfflugzeuge vom Typ F-4 E (Phantom) der äygptischen Luftwaffe werden künftig in der Bundesrepublik Deutschland gewartet. Nach Informationen der WELT hat die Bundesregierung dazu ihre Zustimmung erteilt. Die israelische Regierung soll über diplomatische Kanäle darüber unterrichtet worden sein. Die ägyptische Luftwaffe verfügt über insgesamt 70 Phantom-Flugzeuge, die zwei Geschwader bilden.

Den Antrag, die Kampfflugzeuge zu warten, hatte nach vorheriger Tuchfühlung mit Bonn das Unternehmen Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB) gestellt. In Manching bei München soll die Wartung der Maschinen vorgenommen werden. Die positive Entscheidung der Bundesregierung fiel nach Beratungen im Bundessicherheitsrat und nach Konsultationen zwischen den zuständigen Ressorts unter Beteiligung des Verteidigungsministeriums und des Auswärtigen Amtes. Das Bundeskabinett als solches wurde mit dieser Entscheidung nicht befaßt.

Wie aus dem Kanzleramt verlautete, haben sich der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß und Bundeskanzler Helmut Kohl in der Endphase der Beratungen nachdrücklich dafür eingesetzt, daß der ägyptischen Regierung dieser Wunsch erfüllt wird. Kohl will nach einem offiziellen Besuch in Israel noch in diesem Jahr auch Ägypten besuchen und in Kairo oder Alexandria Gespräche mit Präsident Mubarak führen.

Nach WELT-Informationen hatte die amerikanische Regierung ihrerseits mehrfach und nachdrücklich die Bundesregierung in Bonn ersucht, die Wartung der Phantom-Flugzeuge zu genehmigen, da sich die USA selbst auf diesem speziellen Gebiet nicht engagieren könnten.

Wie in Bonn weiter bekannt wurde, soll es zunächst Bedenken von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher gegeben haben, mit denen er aber letztlich nicht durchgedrungen sei. In der Anfangsphase der Diskussionen war von amerikanischer Seite das Angebot unterbreitet worden, die ägyptischen Maschinen jeweils vor und nach der Wartung in Manching auf dem Stützpunkt Ramstein umzuspritzen, um eventuelle politische Implikationen zu vermeiden. Diese Überlegung wurde aber wieder fallengelassen.

Die Bundesregierung vertrat schließlich den Standpunkt, daß solche Wege der Geheimhaltung nicht erforderlich seien. Nach Auffassung Bonns wird durch diese technische Hilfe für Ägypten durch MBB der außenpolitische Grundsatz, beim Engagement in Krisengebieten Zurückhaltung zu üben, nicht verletzt. Die wirtschaftlichen Überlegungen, vor allem die Sicherung von Arbeitsplätzen bei MBB, haben bei dieser Entscheidung Bonns eine gewisse, aber keine dominierende Rolle gespielt. Im Bundeskanzleramt hieß es, man erwarte „keine großen Probleme" mit der israelischen Regierung. In diesem Zusammenhang wurde auf die Bereitschaft der amerikanischen Regierung verwiesen, Israel modernste Kampfbomber zur Verfügung zu stellen.

Syrien unterstützt die Meuterei in der Al Fatah

Drohende Spaltung der PLO / Arafat vor Dilemma

DW./AFP, Beirut

Syrien unterstützt im Konflikt innerhalb der palästinensischen Untergrundorganisation Al Fatah immer offensichtlicher die von dem Fatah-Offizier Abu Mussa geführte Meuterei. Jüngstes Beispiel: Die syrische Polizei verhinderte am Wochendende nicht die Besetzung von sechs Fatah-Büros in Damaskus.

Unterrichtete Kreise in der libanesischen Hauptstadt Beirut meinen, daß es sich bei den Besetzern sogar um die vor den Büros postierten syrischen Polizisten gehandelt habe. Ein Sprecher der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) und die palästinensische Nachrichtenagentur „Wafa" verzichteten jedoch auf eine Klarstellung. Sie sprachen von „bewaffneten Elementen". Von der Rebellengruppe um Abu Mussa wurde lediglich erklärt, die Verantwortlichen der sechs Büros hätten sich mit der internen Al-Fatah-Opposition solidarisiert.

Am Samstag abend hatten fünf weitere Fatah-Offiziere in Damaskus ihren Anschluß an die Protestbewegung bekanntgegeben. Dazu schwiegen die staatlichen syrischen Medien bisher. Nach libanesischen Presseberichten traf der Chef der politischen PLO-Abteilung, Faruk Kaddumi, am Samstag abend mit Syriens Außenminister Abdel Halim Khaddam in Damaskus zusammen. Einzelheiten über das Gespräch wurden nicht mitgeteilt.

Unterdessen versicherte das führende Fatah-Mitglied Salah Khaleaf (Abu Iyad) gestern morgen in Kuwait, Syrien habe die Aufständischen nicht unterstützt. Die Fatah-Führung werde sich bemühen, den Konflikt „demokratisch durch einen internen Dialog" zu lösen.

PLO-Führer Arafat, der gleichzeitig auch Chef der Fatah ist, scheint trotz der beschwichtigenden Erklärungen von Salah Khaleaf vor einem schwierigen Dilemma zu stehen: Entweder bricht er die Beziehungen zu Syrien ab, das als einziger arabischer Staat glaubhaft mit einem Krieg gegen Israel droht, oder er geht die Gefahr einer Spaltung in der PLO ein.

Die Al-Fatah-Abweichler werden nach ihren eigenen Angaben von allen pro-syrischen Widerstandsorganisationen unterstützt.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Brummig oder breit

Von W. Hertz-Eichenrode

Es ist grundsätzlich zu begrüßen, wenn der Oppositionsführer im Deutschen Bundestag seine Möglichkeiten nutzt, hochrangige Kontakte mit den Machthabern im anderen Teil Deutschlands fortzusetzen. Das kann gerade dann seinen guten Sinn haben, wenn auf Regierungsebene das Gespräch stockt.

Aber Hans-Jochen Vogel muß sich fragen lassen, welchen Gebrauch er von seinen Möglichkeiten gemacht hat. Seine Begegnung mit Honecker ist doppelt peinlich. Erstens war es eine Frage des politischen Stils, den privaten Honecker-Vogel-Gipfel so anzusetzen, daß er gleichzeitig mit dem Gipfel der Sieben in Williamsburg stattfand. Das nimmt sich so aus, als habe Vogel den großen West-Gipfel des deutschen Bundeskanzlers mit seinem innerdeutschen Ost-West-Gipfelchen konterkarieren wollen. Zweitens wird Vogels stereotype Forderung nach Kontinuität in der Deutschlandpolitik zum Ärgernis, wenn er ausgerechnet den Schauplatz Werbellinsee zum Symbol dieses weidlich strapazierten Begriffs erhebt. Kann Vogel ein vernünftiges Interesse an Kontinuität jenes Fiaskos haben, das Honecker dem *Bundeskanzler Helmut Schmidt am Werbellinsee* bereitet hat?

Wichtiger noch ist die Frage, ob Honecker für Vogel mehr übrig hatte als einen Bonbon – wie damals für Schmidt. Der Bilanz seines Ausflugs im „Golf", die Vogel der Presse vortrug, war Konkretes nicht zu entnehmen. Aber was Vogel berichtete, kann auch nicht der vollständige Inhalt des Vier-Stunden-Gespräches gewesen sein. Wir wollen doch nicht annehmen, daß die Herren sich dreieinhalb Stunden lang Witze erzählt haben.

Sollte der Oppositionsführer der Regierung mehr mitzuteilen gehabt haben, dann hätte er sich gegenüber der Öffentlichkeit besser ähnlich brummig schweigsam verhalten wie Herbert Wehner aus ähnlichem Anlaß vor zehn Jahren. Öffentliches Reden kann parteitaktisch Silber sein, Schweigen jedoch Gold – „im deutschen Interesse".

Auf der Hut

Von Cay Graf Brockdorff

Jeder kennt das Bild: Es gibt ein formvollendetes Werk, dessen Konturen sich scharf abzeichnen. Dann kommt einer mit dem Hammer und schlägt es zu Brei, so daß nichts mehr von dem Original zu erkennen ist. Wir leben in einer Zeit, in der manche dazu neigen, den von ihnen geschaffenen Trümmerberg als die neue Wahrheit auszugeben. In Gestalt von Erhard Eppler haben wir einen solchen Künstler vor uns.

In seinem neuen Buch „Die tödliche Utopie der Sicherheit" nimmt er das intellektuelle Gedankengebäude, das die Grundlage der bewährten westlichen Sicherheitspolitik darstellt, nach Gutdünken auseinander und vermischt seine Teile für eigene Zwecke und das eigene Verständnis. Was dabei herausgekommen ist, ist ein konfuser Wirrwarr, den eigentlich niemand mehr ernst nehmen kann.

Das ist schade, denn früher war Eppler ein Mann, mit dem es Spaß gemacht hätte, die Klingen zu kreuzen. Für Leute, die in der Sicherheitspolitik Verantwortung tragen, ist es deshalb überflüssig, Epplers Buch zu lesen. Sie würden nur ihre Zeit verschwenden.

Alle anderen, besonders die Christengemeinde, werden über Passagen des Epplerschen Buches vielleicht staunen und anfangen, dort verbreitete Theorien ernst zu nehmen. Ihnen ist zu sagen, daß Eppler die Gedanken und Absichten der Vereinigten Staaten zur Kriegsverhinderung und Abschreckung in ihr Gegenteil verkehrt hat. Washington denkt nämlich an Kriegsverhinderung, nicht an Kriegsführung.

Einen entscheidenden Fehler, den allerdings jeder erkennen kann, begeht der Kirchentagspräsident, wenn er von der „Entideologisierung" der Außenpolitik Moskaus spricht. Die Maxime vom historisch bestimmten Untergang des Westens hat die Sowjetunion noch nie widerrufen. Bis sie das tut, müssen wir auf der Hut bleiben.

. . . und Khadhafi kokelt

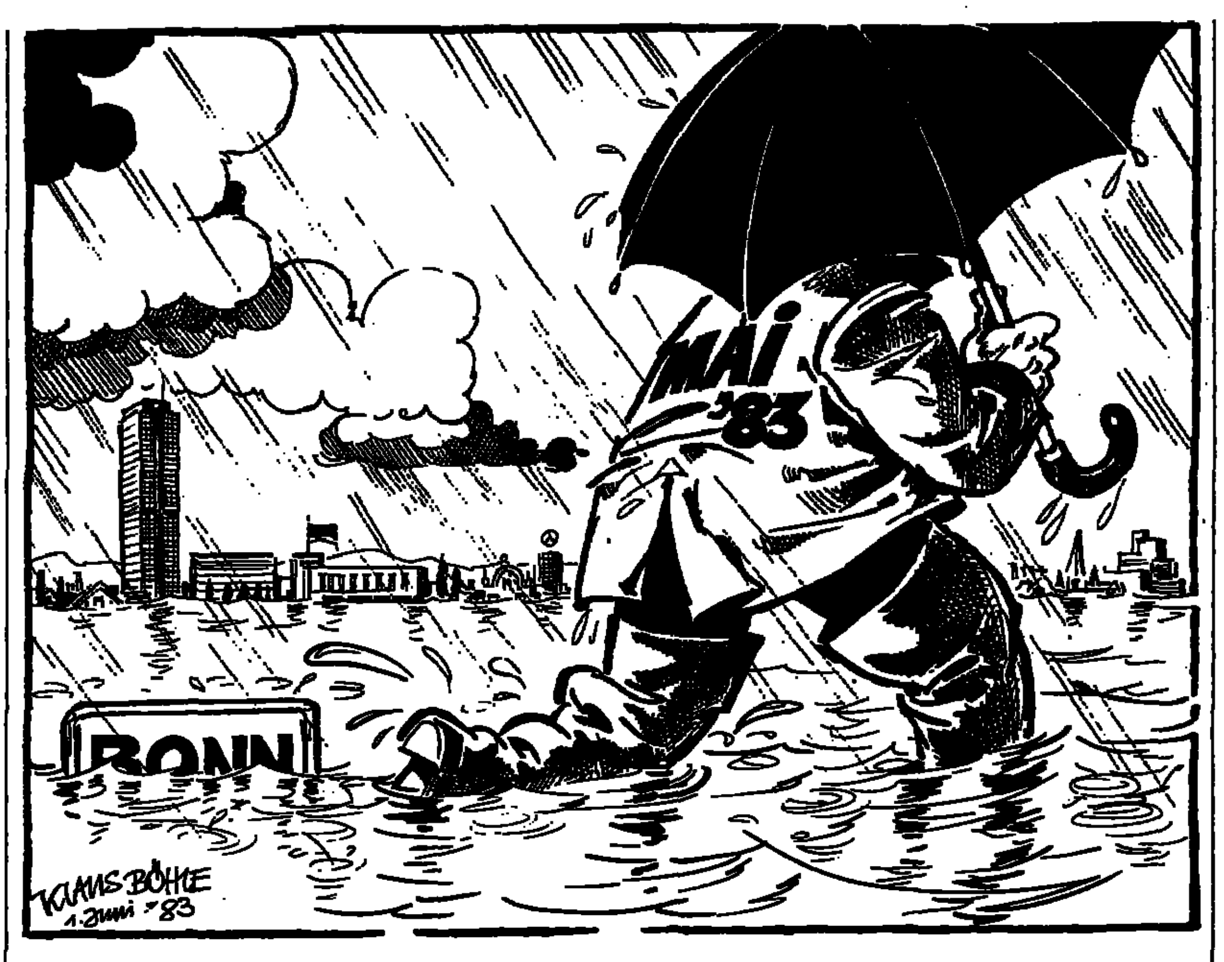
Von Jürgen Liminski

Die Eiswüsten der Ratio, in denen sich die Kreml-Strategen bewegen, sind nichts für einen Brandstifter vom Schlage des Libyers Khadhafi. Der macht weniger „Politik" als von sich reden. Mal zündelt er in Nahost, mal kokelt er in Afrika, manchmal versucht er auch den Export der Revolution nach Amerika und Europa. Jetzt ist er, unter anderem, wieder verstärkt im Grenzgebiet zwischen Libyen und dem Tschad zugange.

Wollte man eine Bilanz der revolutionären Taten des Putsch-Obersten ziehen, so bliebe als Aktivsaldo sicher die Tatsache, daß Khadhafi nun schon seit mehr als 13 Jahren seinen umstürzlerischen Umtrieben nachgeht. Das ist für so einen nahöstlichen Staatschef eine lange Zeit. Seine Unternehmungen selbst jedoch, die zahlreichen Fusionsversuche mit arabischen Ländern, die kreischenden Bremsmanöver mit der Verweigerungsfront gegen Camp David, das großlibysche Reich der Sahara- und Sahelzone, sie alle sind bisher gescheitert.

Allerdings: Die neueste Brandstifterei im Tschad würde im Erfolgsfalle für den Westen böse Folgen haben können. Denn die Drehscheibe im Herzen Afrikas ist von strategischer Bedeutung. Frankreich, traditionelle Schutzmacht in diesem Landstrich, wird vielleicht einen Sturz seines Schützlings Hissen Habré, nicht aber des Landes in prolibysche Hände zulassen können. Zu schwerwiegend *wären die Folgen, für die erst jüngst* als „vital" definierten Interessen im frankophonen Afrika. Kolwesi ist nicht beliebig oft wiederholbar.

Khadhafi unterhält nach Angaben seines Bonner Volksbüros Beziehungen zu rund 200 Befreiungsbewegungen in der ganzen Welt – Elemente des libyschen Perpetuum mobile der Revolution aber auch der globalen Strategie Moskaus. Dort wartet man gelassen ab, ob dem Westen zu Tschad etwas einfällt.



Der Mai ist gegangen . . .

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Antwort an Saturn

Von Herbert Kremp

Die Erklärung der sieben Mächte von Williamsburg zur Abrüstungs- und Sicherheitspolitik enthält einen Satz von hohem Erkenntniswert und dringlicher Konsequenz: „Die Sicherheit unserer Länder ist unteilbar und muß global gesehen werden."

Die Erkenntnis bezieht sich auf den besonderen, oft unterschätzten Charakter der sowjetischen, über 5000 Kilometer reichenden SS-20-Systeme, die man als Hegemonial-Waffe zur Disziplinierung des gesamten Grenzumfeldes der Sowjetunion verstehen muß. Sie sollen eine breite Wohlverhaltenszone, einen Saturnring der Pax sovietica über die innere Linie des Imperiums hinaus breiten. Insofern stellt die Waffe eine politische und militärische Hochleistung der klassischen Territorialmacht dar.

Aus dieser Erkenntnis wurde in Williamsburg die treffende Schlußfolgerung gezogen: Wenn die Sowjetunion über das militärtechnische Mittel verfügt, radial zu operieren, sind die Länder Asiens, vor allem der USA-Verbündete Japan, aber auch China, Südostasien, Südasien und Südwest-Asien ebenso bedroht wie die Länder Westeuropas, einschließlich Frankreichs, das nicht der integrierten Kommandostruktur der NATO angehört.

Der japanische Premierminister hat sich der Erklärung von Williamsburg angeschlossen, ein ungewöhnlicher, aber konsequenter Schritt: Die sowjetische Umfeldwaffe bindet das japanische Sicherheitsinteresse an eine global dimensionierte Verhandlungsführung der Amerikaner in Genf. Im Falle eines positiven Resultats muß die Bedrohung durch die SS 20 gegenüber Asien proportional abgesenkt werden. Im Falle des Scheiterns muß der Weg zur amerikanischen Nachrüstung auch in Asien offengehalten werden. In keinem Falle darf die Sowjetunion teilen und herrschen, weder Umfeld-regional noch Umfeld-global.

Erkenntnis und Konsequenz bringen die Sowjetunion in die Lage, in der sie sich geographisch befindet und über die sie militärgeographisch durch die radiale Stationierung ihres Raketensystems hinauszuzielen versucht: Sie liegt in der Mitte und sieht sich durch die Logik von Williamsburg *nun* in die Mitte genommen. Dies wird überall in der Welt beachtet werden, am meisten naturgemäß im Kreml.

Denn dort wird man die globale Antwort als ein Scheitern, zumindest aber als eine gründliche Erschwerung der eigenen Strategie empfinden, den Saturnring der SS-20-Waffe zur Vertreibung der USA aus dem Umfeld der Sowjetunion zu nutzen. Natürlich ist die sowjetische Mittelstrecken-Rakete als politische und psychologische Waffe zur Trennung oder gar Absprengung der durch sie unmittelbar Bedrohten von den Vereinigten Staaten konzipiert. Sie gleicht dem Vorzeigen der Folterwerkzeuge im mittelalterlichen Inquisitionsprozeß. Mit Williamsburg jedoch verändert sich das Bild: Die Strafandrohung des Großin*quisitors veranlaßt die Betroffe*nen zu einer durch ihre Gemeinsamkeit überraschenden Abwehr.

Das Risiko, das darin liegt, ist geringer zu veranschlagen als das Risiko, das die Folge einer lauen, leicht auszuspeienden Erklärung gewesen wäre. In der Philosophie, die Sowjets durch die nunmehr global gefaßte Antwort auf ihre Bedrohung zum Einlenken in Genf zu bewegen oder durch Gegenwaffen die politische Wirkung ihres Hegemonialmittels zu neutralisieren, liegt der alternative Kern westlicher, mithin nationaler Selbstbehauptung beschlossen. Beide Möglichkeiten wären akzeptabel, eine andere nicht.

Das ist begreifbar und kann zum allgemeinen Begriff gebracht werden, wenn die Regierungschefs von Williamsburg die Logik der Sache in ihren Ländern *mit Entschiedenheit und in* kluger Darstellung verbreiten lassen. Zunächst muß die schon spürbare psychologische Wirkung der sowjetischen Waffenpolitik eingedämmt werden: Die Magie der erzeugten Angst ist der letzte Mythos des 20. Jahrhunderts.

„Jeder Versuch, ernsthafte Verhandlungen durch Beeinflussung der öffentlichen Meinung in unseren Ländern zu verhindern, muß scheitern", erklären die sieben Regierungschefs in Williamsburg. So viel Selbstbewußtsein muß sich rechtfertigen. Das wird zu Hause nicht einfach *gehen. Die Sowjets haben zu kei*nem anderen Zweck als zur psychischen Desinformation der westlichen Öffentlichkeit an den Eingang des Siebener-Treffens neue Drohgebärden gesetzt: Aufstellung weiterer strategischer Systeme im Fall der (interkontinentalen) amerikanischen MX-Rüstung und Stationierung zusätzlicher Mittelstrecken-Raketen in osteuropäischen Ländern und „mit Blick auf das Territorium der USA" für den Fall westlicher Mittelstrecken-Nachrüstung: Sichere Anzeichen dafür, daß die Sowjetunion alle politischen und propagandistischen Mittel einsetzen wird, um in nunmehr erschwerter Lage die Monopolstellung ihrer Hegemonialwaffe zu retten.

Dies ist das bleierne Umfeld, in das Bundeskanzler Kohl Anfang Juli in Moskau eintreten wird. Er kommt dorthin nicht als „Dolmetscher", „Interpret" oder als irgendein anderes Mittelwesen, sondern als Regierungschef eines Landes, das in der westlichen Gemeinschaft wieder festen Platz bezogen hat. Kohl hat in Williamsburg um den Japaner Nakasone geworben und damit den globalen Charakter der Sicherheitserklärung mit verursacht. Nicht herzlich und nicht heimelig, wohl aber respektvoll wird deshalb der Empfang im Kreml sein.



Die Sicherheit des Westens ist unteilbar und global: Gipfel von Williamsburg

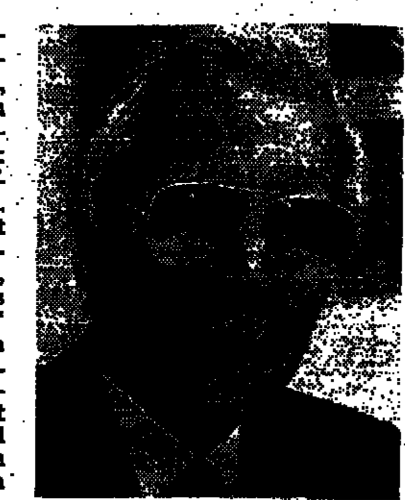
FOTO: AP

IM GESPRÄCH R. Baumann

Kraft zur Unabhängigkeit

Von Evi Keil

Er bezeichnet sich als „völlig unabhängig", sowohl von Parteien, weil er keiner Partei angehört, als auch von seinem früheren Dienstherrn, dem Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann: Bonns neuer Datenschutzbeauftragter Dr. Reinhold Baumann. Der ehemalige Ministerialdirigent im Innenministerium hatte keineswegs nur eine freundliche Presse, als er Mitte Mai Professor Hans Peter Bull, das „Datenschutzidol" der SPD, ablöste. Journalisten mutmaßten, der schwäbische Jurist sei „eher brav statt unbequem". Es fiel sogar das böse Wort von der „Postenschieberei", weil Zimmermanns Politik daraufhin ausgerichtet sei, „Sicherheit" eben doch vor Datenschutz zu stellen, „staatliche Autorität vor individuellen Spielräumen".



Die Wäsche muß stimmen: Datenschützer Baumann

FOTO: FRANK DARCHINGER

Reinhold Baumann, Jahrgang 1924, aus Lindorf, wo sein Vater Konrektor einer Mittelschule war, wischt derlei Mutmaßungen souverän beiseite: Er fühle sich unabhängig. Wie wenig bereit er ist, sich irgendeinem Druck zu beugen, unterstreicht Baumann mit dem Hinweis, er befinde sich heute in einem Alter, „in dem ich meine Entscheidungen nicht ausrichten muß, weiter in einem Ministerium verwendet zu werden".

Wie hart schwäbische Schädel sind, wie weit dieser Datenschützer sein Konzept durchhält – man wird es beobachten können. Immerhin ist auch Baumann der Auffassung, Datenschutz müsse auf das erforderliche Maß beschränkt bleiben. In jedem einzelnen Datenfall sei zu prüfen, ob wirklich gespeichert werden solle oder ob gelöscht werden müsse. Und Daten, die man nicht unbedingt brauche, sollten am besten erst gar nicht erhoben werden.

Reinhold Baumann diente wäh*rend des Krieges bei der Marine,* wo er mit U-Booten in der Ostsee tauchte. Dem Marinedrill schreibt er noch heute seinen hochentwickelten Sinn für die Korrektheit der Garderobe zu: „Wenn der Anzug nicht akkurat saß, durfte man nicht an Land gehen", sagt er. „Bei mir ist das noch so eine Art Trauma, egal wo ich heute von Bord gehe."

An Bord gegangen war der junge Mann einst, weil er ein leidenschaftliches Hobby besitzt: Reisen. Heute ist das Reisen sehr friedlich, möglichst weit weg, bis nach Südamerika, China, Tahiti, und bei seinem Reisehobby kennt der Schwabe das Wort „Sparsamkeit" nicht, weil Reisen dieser Art „ganz einfach ins Geld gehen". Sicher braucht aber auch ein hochspezialisierter Verwaltungsjurist diesen Ausgleich, den Duft der großen, weiten Welt. Denn in den letzten 25 Jahren in Bonn war die Materie diffizil, so auch in jener Zeit, in der er federführend an der „Verwaltungsverfahrensgesetzgebung" mitarbeitete, in der es um den Interessenausgleich zwischen staatlichen und Bürgerinteressen geht.

Im Bonner Raum, genauer gesagt in Bad Godesberg, im vornehmen Ortsteil Schweinheim (Hang*lage), ist der Schwabe heute* heimisch geworden. Doch er wohnt nicht dort, wo die Reichen und die Botschafter wohnen, „sondern eine Straße zu tief, in der Dechant-Heimbach-Straße. Erst darüber fängt die vornehme Welt an".

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Kölnische Rundschau

Hier heißt es über das in Umlauf gebrachte Wort von einem Generalstreik gegen die Nachrüstung:

Millionen deutscher Arbeiter haben, bei der letzten Wahl jenen Parteien ihre Stimmen gegeben, die konsequent für den Frieden eintreten aber ebenso entschlossen sind, den Frieden notfalls auch durch die Existenz neuer Waffen zu erhalten. Diese Millionen Wähler sind Mitglieder der Gewerkschaften. Glaubt Georg Benz, in ihrem Namen zu sprechen? In welchem Namen spricht er aber dann tatsächlich? Sein Kollege Leonhard Mahlein von der IG Druck und Papier sieht die Dinge realistischer. *Offen gab er zu bedenken,* daß ein gewerkschaftlicher Widerstand gegen die Nachrüstung nur dann Aussicht auf Erfolg haben könne, wenn sich der DGB bei diesem Kampf endlich auch mit den alternativen Gruppen verbünde. Ein bemerkenswert klares Wort. Besagt es doch nicht mehr und nicht weniger, als daß der DGB in der Nachrüstungsfrage allein niemals über soviel Einhelligkeit bei seinen Mitgliedern verfügen wird, um wirksam gegen Entscheidungen der Bundesregierung angehen zu können. Wenn er dann aber trotzdem eine Volkserhebung inszenieren will, bedeutet dies einen verantwortungslosen Mißbrauch seines eigentlichen Mandats.

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Die Zeitung befaßt sich mit der Haltung der Gewerkschaften zur Nachrüstung:

Wenn neue Atomraketen in unserem Land stationiert werden, wonach es immer mehr aussieht, so darf, ja so muß sogar darüber gestritten werden ... Nur sind Übertreibungen, wie sie jüngst von Oskar Lafontaine bis zu Franz Steinkühler vorgeführt wurden, dem Ernst des Themas nicht angemessen. Sie sind auch taktisch nicht klug, weil starke Worte leicht zu kleinen Taten zusammenschrumpfen. So nennt der stellvertretende SPD-Vorsitzende Johannes Rau den von Lafontaine und der IG Metall ins Gespräch gebrachten Generalstreik zu Recht einen „Unsinn und politisch töricht"... Überhaupt bleibt die Gewerkschaft auf einige Kardinalfragen noch Antworten schuldig: Wie wollte sie auch die sicherheitspolitische Verantwortung für die Bundesrepublik übernehmen, die mittelfristig aus einer sowjetischen Rüstungsübermacht entstehen könnte?

Frankfurter Allgemeine

Das Blatt merkt zur Nachrüstung an:

Hierzulande seilt sich ein Teil der Sozialdemokraten immer stärker vom Nachrüstungsbeschluß ab. Sie bezichtigen die Amerikaner einer „imperialen Machtpolitik" (Engholm), zündeln mit dem Wort „Generalstreik" bei Aufstellung der Pershing 2 (Lafontaine) und erwägen die Beteiligung am sogenannten „passiven Widerstand" gegen die Aufstellung der neuen Waffen – einem „Widerstand", der von der Startbahn West noch in schlimmer Erinnerung ist. Unmöglich, anzunehmen, daß jenen Sozialdemokraten nicht klar ist, wessen Karte sie da spielen.

SÜDKURIER

Die in Konstanz herausgegebene Zeitung schreibt zu Williamsburg:

Das Wort Gipfel hat an Glanz eingebüßt. Es sind sieben Hauptthemen, um die es geht ... Betrachtet man den Katalog genauer, wird die Unmöglichkeit deutlich, an einem verlängerten Wochenende dort entscheidend weiterzukommen, wo sich jahrelang wenig bewegt hat ... Die Regierungschefs sind dazu verdammt, ihren Völkern Hoffnung zu machen.

Nach sieben Jahren wieder zurück zu den Talaren?

Novellierung des Hochschulrahmengesetzes – aber die wissenschaftliche Qualifikation steht im Mittelpunkt / Von Peter Philipps

Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms hat die Tür geöffnet, durch die die Hochschullehrer der Bundesrepublik Deutschland jetzt bereitwillig eintreten: Sie hat eine Expertenkommission eingesetzt, die bis zum Jahresende über die Erfahrungen der Betroffenen mit dem sieben Jahre alten Hochschulrahmengesetz berichten und Vorschläge über eine notwendige Novellierung machen soll. Der Hochschulverband und der Bund Freiheit der Wissenschaft haben jetzt in ausführlichen Stellungnahmen ihre Reformforderungen eingebracht.

In den fünf wesentlichen *Punkten stimmen* beide Verbände im Grundsatz überein und formulieren Forderungen, die sicher – mit semantischen Variationen – mehrheitsfähig sein müßten.

1. Eine denkbare Totalrevision, wie sie die derzeitigen Mehrheitsverhältnisse im Bund und in den Ländern ermöglichen würden, wird nicht verlangt. Angesichts der schwierigen Lage an den Universitäten fordert beispielsweise der Hochschulverband „ein behutsames Vorgehen bei einer Änderung der rechtlichen Verhältnisse und der Neuordnung". Man will sich im wesentlichen darauf beschränken, die Pferdefüße des Hochschulrahmengesetzes zu beseitigen. Was sich in den vergangenen sieben Jahren als unschädlich oder erträglich erwiesen hat, will man trotz denkbar besserer Regelungen nicht gleich im ersten Anlauf auch verändern.

2. Das Ziel soll es sein, den wissenschaftlichen Anspruch der Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland wiederzugewinnen. Das, so der Bund Freiheit der Wissenschaft, „wissenschaftsfremde Prinzip der Gruppenuniversität" soll durch eine Hochschulverfassung ersetzt werden, die den Ländern wieder den Übergang zu einer „Wissenschaftsuniversität" als Gemeinschaft der Forscher, der Lehrenden und Lernenden" gestattet.

3. Daraus folgt, daß die Professoren in allen zentralen Kollegialorganen der Hochschulen in Zukunft wieder eine eindeutige Mehrheit der Stimmen haben müssen. Entscheidungen über Berufungen, Habilitationen und Promotionen sowie über unmittelbar die Forschung berührende Angelegenheiten sollen wieder ausschließlich von den Professoren und habilitierten Wissenschaftlern getroffen werden. Die Gruppen der Studenten und wissenschaftlichen Mitarbeiter, so der Bund Freiheit der Wissenschaft, sollen an diesen Entscheidungen nur noch „beratend" mitwirken. Bei den übrigen Entscheidungen in den Gremien (Konzil, Konvent, Versammlung, Großer Senat) sollen die Professoren mindestens 60 Prozent (so die Forderung des Hochschulverbandes) beziehungsweise zwei Drittel der Stimmen (Bund Freiheit der Wissenschaft) haben.

4. Die Präsidialverfassung hat sich nach Meinung beider Verbände nicht bewährt. Deshalb wird eine Rückkehr zur Rektoratsverfassung gefordert, wobei die Rektoren in Zukunft nur noch aus dem Kreis der Professoren an der Universität gewählt werden sollen. Auf diese Weise soll an den Hochschulen für Kontinuität und kollegiale Zusammenarbeit bei der Leitung gesorgt werden, der Rektor soll nach dem Ende der Amtszeit wieder ohne Bruch in den Kreis seiner Kollegen zurückkehren.

5. Die Gruppenuniversität als Prinzip sowie eine ihrer ideologischen Hauptfolgen, die Gesamthochschulen, sollen aus dem wissenschaftlichen Leben der Bundesrepublik Deutschland gezogen werden.

Mit diesen Forderungen der vom Hochschulrahmengesetz unmittelbar Betroffenen, die in den vergangenen sieben Jahren unter den Auswüchsen auch persönlich leiden mußten, ist ein Weg gewiesen worden, mit dem die Hochschulen in der Bundesrepublik zum einen ihren Ruf als Lehr- und Forschungsstätten wieder aufpolieren könnten, mit dem andererseits auch Probleme der Bewältigung des Studentenandrangs verringert werden können. Denn durchgehend durch die Vorschläge zieht sich der rote Faden, der heißt: mehr Selbständigkeit bei den Entscheidungen für die Universitäten.

Niemand wird daran zweifeln, daß Forschung und Lehre an den Universitäten wieder entschiedener in den Vordergrund gerückt werden müssen. Das in den vergangenen Jahren so ausgeprägte Denken in den Kategorien des Gruppenkonflikts hat schon zu lange verhindert, daß die Hochschulen wirklich den Ansprüchen gerecht werden konnten, die die Gesellschaft aufgrund der erheblichen Mittel, die sie Jahr für Jahr in ihre Universitäten investiert, mit Recht verlangt.



In der Sowjetunion wird hin und wieder gestreikt. Doch weder Fabriksleitung noch Polizei kümmert es. Denn es sind keine Russen, Ukrainer oder Balten, die da streiken, sondern Finnen. Sie arbeiten an einem beispiellosen Projekt: Kostamus – ein Eisenhüttenkomplex mit dazugehöriger Stadt. Hier leben heute schon 12 000 Menschen, bald sollen es 60 000 sein. Die Finnen machen Kostamus schlüsselfertig.



Wo früher Bären und Wölfe hausten, fielen fünf Quadratkilometer Wald für den Bau der Stadt Kostamus
FOTO: UOMO SOVERI

Der Nachbar liefert die ganze Stadt

Von R. GATERMANN

Die Finnen, die in der Sowjetunion gelegentlich für höhere Löhne oder kürzere Arbeitszeit streiken oder wegen der allzu niedrigen Temperaturen die Arbeit niederlegen, sind beim größten finnischen Planungs- und Baukonzern beschäftigt, Finn-Stroi. Sein Entstehen mutet ebenso eigenartig an wie seine beiden größten Projekte. Finn-Stroi baut derzeit in der Sowjetunion, nur etwa 40 Kilometer von der finnischen Grenze entfernt, ein völlig neues Gruben- und Eisenhüttenkombinat mit der dazugehörigen Stadt. Bis vor ein paar Jahren gab es hier nichts als Wald, heute wohnen in Kostamus 12 000 Menschen, in zwei Jahren werden es rund 20 000 sein und Ende dieses Jahrzehnts, so sieht es die Planung vor, ungefähr 60 000. Die Lebensgrundlage dieser Stadt sind Eisenerzvorkommen, die im Tagebau ausgebeutet werden. Und alles – mit Ausnahme des Generalplanes – wird von Finnen entworfen und gebaut, darüber hinaus kommen etwa 90 Prozent des gesamten Materials aus Finnland. Deshalb verwundert es nicht, wenn Finn-Strois Vorstandsvorsitzender, Risto Kangas-Ikkala, mit einigem Stolz erklärt: „Dies ist Finnlands größtes Exportprojekt, und gemeinsam mit Swetogorsk entfallen auf uns seit Mitte der 70er Jahre etwa 10 Prozent des finnisch-sowjetischen Handels."

Der Grundstein dieses Handels wurde in dem auch für Finnland düsteren Jahr 1948 gelegt. Das Land schloß mit dem großen Nachbarn im Osten einen Freundschafts- und Beistandspakt, in dem auch festgelegt wurde, daß der gegenseitige Handel auf bilateraler Basis abgerechnet werden und über einen längeren Zeitraum ausgeglichen sein soll. Daraus entwikkelten sich dann fünfjährige Abkommen mit jährlich zu vereinbarenden Warenlisten. Somit wurde Finnland das erste Land, das sich zur freien Marktwirtschaft bekennt und ein längerfristiges bilaterales Handelsabkommen mit der Sowjetunion hat. Über viele Jahre wurde diese Art des Warenaustauschs als für Finnland nachteilig betrachtet, aber insbesondere während der letzten beiden Konjunkturflauten hat es Finnland dazu verholfen, einigermaßen unbeschadet durch die Krisen zu kommen.

Die Finnen wurden schnell für ihre Lieferungen von Eisbrechern bekannt, darüber hinaus kaufte die Sowjetunion auch etliche Papiermaschinen. In Helsinki suchte man jedoch nach Alternativprojekten, die zwei Voraussetzungen erfüllten: Sie sollten längerfristig sein und Arbeitsplätze schaffen, vor allem in den erheblich unterbeschäftigten Regionen im Osten und Norden des Landes. 1968 wurde mit der Sowjetunion der erste Kontakt für ein solches Vorhaben aufgenommen, vier Jahre später der Vertrag unterzeichnet.

In der ersten Stufe sollten die Finnen das Zellstoff- und Papierkombinat Swetogorsk ausbauen. Es liegt gegenüber der südostfinnischen Stadt Imatra. Nach den heutigen Wechselkursen sollte die erste Stufe umgerechnet rund 122 Millionen Mark kosten und in drei Jahren abgeschlossen sein. Sie umfaßte unter anderem die Aufstokkung der Zellstoffproduktion von 80 000 auf 135 000 Tonnen, den Bau einer Papierfabrik, einer Kläranlage, von Straßen und Eisenbahnen sowie der Kanalisation. Die Finnen übernahmen die Verantwortung sowohl für die Planung als auch für die Bauausführung, sie taten sich zunächst aber schwer damit, einen entsprechenden Partner für die Sowjetunion zu finden, zumal diese darauf bestand, nur mit einem Unternehmen zu verhandeln. Schließlich entschied man sich für die Gründung einer neuen Gesellschaft Finn-Stroi Oy. An ihr beteiligten sich damals sechs Baufirmen.

1975 bestellte die Sowjetunion Ausbaustufe zwei für Swetogorsk, diesmal mit einem Wert von ungefähr 315 Millionen Mark, für den eine Zellstoffabrik, eine Wasserreinigungsanlage, eine Holzaufbereitungsanlage sowie Service und Bürogebäude erstellt werden sollten. Weihnachten 1978 wurde dieser Auftrag offiziell übergeben, da hatten die Finnen jedoch schon die Order für die dritte Stufe in der Tasche. Ihr Wert wieder 315 Millionen Mark. Diesmal bestellte die Sowjetunion unter anderem eine weitere Papiermühle, eine Zellstoffabrik und die Erweiterung der Kläranlage. Ende vergangenen Jahres war alles geschafft.

Anfang 1982 erhielt Finn-Stroi aber bereits einen Zusatzauftrag (Wert: 270 Millionen Mark), der, was Swetogorsk betrifft, etwas Neues brachte. Bisher hatten die Finnen hier nur technische Anlagen errichtet, diesmal umfaßte die Order aber auch den Bau von 13 Wohnhäusern mit 1300 Appartements. Mit ihrer Fertigstellung im Sommer 1984 kann die Bevölkerung um knapp 5000 Personen vergrößert werden.

War Swetogorsk das erste längerfristige finnisch-sowjetische Kooperationsprojekt, das auch international Aufmerksamkeit erregte, so wurde es ein paar Jahre später von dem Kostamus-Plan noch beträchtlich in den Schatten gestellt. Dieses Vorhaben war und ist in jeder Hinsicht spektakulär. Nach jahrelangen zähen und vereinzelt verwirrenden Diskussionen und Verhandlungen unterzeichneten am 31. Oktober 1973 die Regierungen in Helsinki und Moskau einen Vertrag, der den Bau einer völlig neuen Grubenanlage und einer Stadt vorsah: Kostamus. Nur 40 Kilometer liegt es von der finnischen Grenze entfernt, bis Kajaani sind es 160 Kilometer, aber bis zur nächsten größeren sowjetischen Stadt Petrosawotsk, Hauptstadt von Sowjetisch-Karelien, sind es rund 700 Kilometer.

Als der Vertrag unterzeichnet wurde, gab es keine Verkehrsverbindung zwischen Finnland und Kostamus. Dort war nichts als Wald mit vielen Bären und Wölfen. Bis 1976 wurden eine Straße und eine Eisenbahnstrecke gebaut und ein Jahr später die größte Exportorder in der finnischen Geschichte unterschrieben. Ihr Wert für die erste Ausbaustufe: rund 1,7 Milliarden Mark. Das überstieg die Kapazität der „alten Finn-Stroi", sechs neue Aktionäre traten ihr bei, auch diesmal waren es nur Bauunternehmen.

Finn-Stroi als Planer und Generalunternehmer sollte bis Ende 1982 die Erzabbau- und Herstellungsanlagen für jährlich drei Millionen Tonnen Eisenerzpellets bauen, dazu eine Stadt mit sämtlichen kommunalen Einrichtungen für 9000 Menschen. Das bedeutete rund 370 Anlagen oder Gebäude mit einem Volumen von 4,3 Millionen Kubikmeter, von denen 3,3 Millionen auf den Industriebereich entfielen. Finnlands damaliger Präsident Urho Kekkonen und der Generalsekretär der KPdSU, Leonid Breschnew, legten den Grundstein, im Dezember 1982 wurde die erste Baustufe vom Kekkonen-Nachfolger Koivisto und dem sowjetischen Regierungschef Tichonow eingeweiht.

Um die Werksanlagen am See Kostamus und die Stadt am sechs Kilometer entfernt liegenden See Kontokki bauen zu können, mußten 11 Millionen Kubikmeter Erde bewegt werden, 4,5 Quadratkilometer Wald wurden abgeholzt. Dazu mußten 19 Quadratkilometer Wald für die Querteiche geopfert werden. Die Stadt besteht hauptsächlich aus fünf- bis neungeschossigen Wohnhäusern mit insgesamt 2800 Wohnungen, hinzu kommen zwei Gebäude mit 900 Einzelzimmern. Darüber hinaus findet man in Kostamus alles, was zu einer neuen Stadt gehört, darunter ein Theater mit 600 Plätzen.



Der Auftrag für die Ausbaustufen zwei und drei, die 1985 abgeschlossen sein sollen, kam 1981. Hierbei geht es hauptsächlich um die Erweiterung der Produktionsanlagen, und die Stadt bekommt weitere rund 60 Gebäude, darunter 3200 Wohnungen, ein Krankenhaus für 250 Patienten und vier Kindergärten.

In der Hochsaison sind in Kostamus rund 3500 Finnen im Einsatz, mehr als doppelt soviel wie in Swetogorsk. Bedenkt man, daß jeder dieser Arbeiter noch einmal einen bis zwei in finnischen Fabriken, Konstruktionsbüros oder Service-Unternehmen beschäftigt, wird schnell deutlich, welche Bedeutung diese Aufträge für Finnland haben. Die Belegschaft, fast 70 Prozent kommen aus den Grenzgebieten, wird unter denselben Bedingungen eingestellt wie die Kollegen in der Heimat, die sie allerdings nur am Wochenende sehen. Um diesen Aufenthalt zu verlängern, wird freitags früher Schluß gemacht und am Montag erst um 10.00 Uhr begonnen.

In der Finn-Stroi-Hauptverwaltung in Helsinki betont man, die Kostamus-Arbeiter seien nicht schlechter dran als ihre Kollegen, sie würden nur versuchen, ihre außergewöhnliche Situation auszunutzen, um mehr Geld zu bekommen – deswegen die hin und wieder aufflammenden Konflikte. Auf Gewerkschaftsseite nimmt man diese Argumentation nicht unwidersprochen hin, dort verweist man vor allem auf die zusätzliche psychische Belastung.

Während in Kostamus noch auf vollen Touren gearbeitet wird, macht man sich bei der Finn-Stroi-Leitung Gedanken über die Zukunft. „Die Sowjetunion hat 15 bis 20 für uns interessante Projekte, aber angesichts des finnischen Exportüberhangs in unserem bilateralen Handel weiß ich nicht, inwieweit diese Vorhaben realisierbar sind", gibt Risto Kangas-Ikkala zu bedenken.

Werden sie aber auch den von einer konstant hohen Arbeitslosigkeit geplagten Grenzgebieten zugute kommen? Dort hat man Bedenken und meint, schon jetzt wachse in Kostamus die Zahl der Arbeiter aus anderen Landesteilen. Eins haben sie dagegen völlig aus ihren Gedanken verdrängt: daß sie im Ausland in einem Gebiet arbeiten, das bis 1940 zu Finnland gehörte. „Zuerst dachte man hin und wieder daran, daß das einmal unser Karelien war, aber was hat es für einen Sinn, sich daran festzuklammern. Soll ich deswegen nicht dort arbeiten?" meinte ein Arbeiter aus Suomussalmi, letzte Gemeinde vor der Grenze.

Bei den Sozialdemokraten wankt die Festung Godesberg

Von GÜNTHER BADING

Eifelstraße 34 in Saarbrücken. Ein schmuckes zweigeschossiges, helles Haus hinter einem kleinen Vorgarten – nichts deutet darauf hin, daß von hier Umwälzendes, vielleicht gar Revolutionäres ausgehen könnte. Und dennoch haben linke Sozialdemokraten um Oskar Lafontaine in diesen Tagen hier, im mit 50 Teilnehmern fast überfüllten Saal der Heimvolkshochschule Saarbrükken eine Diskussion geführt, die in letzter Konsequenz in eine Parallele zum Positionsstreit der Sozialdemokraten im Ersten Weltkrieg führen kann. Am Ende jener Auseinandersetzung um die Kriegskredite der Reichsregierung stand die Spaltung der SPD. Heute geht es um die eventuelle Stationierung von Mittelstreckenraketen, ja um die Bündnistreue in der NATO selbst.

Was sich jetzt in Saarbrücken und anderswo abspielt, ist beileibe keine innerparteiliche Verschwörung. Es ist eine Sammlungsbewegung jener linken Intellektuellen in der SPD, deren gemeinsamer Nenner die strikte Ablehnung der Nachrüstung, das Liebäugeln mit der Blockfreiheit unseres Landes, die Öffnung für alles Ökologische und deshalb die Forderung nach Revision des Godesberger Programms ist.

Günter Grass hat sich selber zum Wortführer gemacht. Langsam vom Blatt lesend, reduzierte er in seinem Saarbrückener Vortrag den gemeinsamen Nenner sachpolitischer Probleme auf einen Namen: Erhard Eppler. Ihm, dem Revisionisten und Vordenker, dem „Eduard Bernstein unserer Zeit", müsse „wieder Mut gemacht werden", denn „die notwendige Revision des Godesberger Programms ist ohne ihn, der lange vor uns die Krisen von heute vorbedacht hat, nicht denkbar". Und Grass, der seit Ende vergangenen Jahres Mitglied der SPD ist und der natürlich die Autorität des erfolgreichen Schriftstellers in die Diskussion einbringt, forderte denn auch Parteichef Willy Brandt und den Fraktionsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel auf, Eppler „wieder als führende Kraft der SPD zu begreifen".



Oskar Lafontaine

Grass' Hinweis auf Bernstein war nicht der einzige historische Rückgriff in dieser Diskussion, wie die linke Sammlungsbewegung um den mit neuem Mut versehenen Eppler und den agitatorisch-brillanten Oskar Lafontaine ohnehin stark an den Meinungsstreit der Sozialdemokratie vor der Jahrhundertwende bis hin zur Gründung der unabhängigen SPD, der USPD am 8. April 1917 erinnert. Damals wurden der „Revisionismusstreit" und die „Massenstreikdebatte" ausgetragen. Heute fordern die Linken die Fortschreibung – und das heißt Veränderung – des Godesberger Programms, mit dem die SPD erst zur Volkspartei geworden ist.

In der Praxis aber zögern die Verantwortlichen – von Eppler bis Brandt – noch, sich in der Programmdiskussion irgendwelche Blößen zu geben. Grass unternahm den vergeblichen Versuch, den Parteivorsitzenden in der Frage zu stellen, als der am Schlußtag des Seminars in einem längeren Vortrag über die Dritte Welt schon einmal Gesagtes und Geschriebenes wiederholte. „Hier haben wir die Revision des Godesberger Programms gefordert. Willy, wie hältst du es damit?"

Willy Brandt, der noch in dem Vorwort zu seinem jüngsten autobiographischen Buch „Links und frei" von der Notwendigkeit schreibt, daß Weg und Ziel der Politik eine Einheit bilden müssen (und damit im Gegensatz zu Bernstein steht, der geschrieben hatte: „Mir ist die Bewegung alles – das, was man gemeinhin Endziel des Sozialismus nennt, nichts."), wich aus. Zum Programm müsse man schon Erhard Eppler fragen, der mit der Grundwertekommission bis zum Herbst einen Fortschreibungs-Katalog ausarbeiten wolle. Allerdings, nur so weit mochte Brandt gehen, gebe es wohl Problembereiche, die im Godesberger Programm nicht oder fast nicht angesprochen worden seien. Beispiel: Dritte Welt, womit er wieder bei seinem Thema und der Wiederholung von Bekanntem war.

Eppler konterte geschickt, wie es dem geistigen Führer der Partei zukam, zu dem ihn Grass tags zuvor ausgerufen hatte. Die Grundwerte des Godesberger Programms dürften nicht in Frage gestellt werden. Allerdings, und hier deutete er Konfliktstoff für die Zukunft an, müßten „die Grundforderungen überdacht werden".

Heute fordert Oskar Lafontaine zum „Produktstreik" des einzelnen Arbeitnehmers in der Rüstungsindustrie auf, kann er sich einen Generalstreik zur Kriegsverhinderung vorstellen. Damals, auf dem Mannheimer SPD-Parteitag und in den Folgejahren, beherrschte die Diskussion um den Massenstreik als politisches Druckmittel die Gemüter der Sozialdemokraten. Noch beim Sozialisten-Kongreß im Baseler Münster 1912 prangerten die Sozialisten wie Bebel und der französische Sozialistenführer Jean Jaurès den Krieg an. Auf Jaurès bezieht sich Lafontaine heute wieder, wenn er vom Streik zur Verhinderung des Krieges spricht.

Noch einmal Grass: Er spricht gern vom „Widerstand", der demnächst gegen die Nachrüstung geboten sei. Und er rückt diesen Widerstand in die Nähe des Widerstandes gegen Diktaturen, des unterlassenen Widerstandes gegen die Nazi-Herrschaft in Deutschland.

Nicht nur das, auch die anderen Ansätze wie die Forderung nach Blockfreiheit („Der demokratische Sozialismus wird sich ... außenpolitisch zwischen die Stühle setzen müssen.") hat den gemäßigten Flügel der SPD mobilisiert. Nach dem Ausscheiden Helmut Schmidts aus der Tagespolitik wirkte die gemäßigte Mehrheit wie ein verlorener Haufen, während sich die Linken schon formierten. Der Spitzenkandidat des sozialdemokratischen Wahlkampfes, Wehner-Nachfolger Hans-Jochen Vogel, hat bisher als Integrationsfigur versagt. „Schallplattenartig", so hieß es in einem Kommentar, wiederholte er das in Dortmund im Januar beschlossene Wahlprogramm der Partei.

An seiner Stelle ist Hans Apel zur Integrationsfigur der gemäßigten SPD-Genossen geworden – und das, obwohl er nichts tut, um sich in die Öffentlichkeit zu drängen. Der „Seeheimer Kreis" hat ihn zu seinem Sprecher gewählt. Diese Abgeordnetengruppierung hat die noch vor kurzem mächtigen „Kanalarbeiter" mit ihrem traditionsbewußten, hemdsärmeligen, innerparteilich orientierten Machtbewußtsein inzwischen abgelöst. Die Kanaler scheinen wieder zum Geselligkeitsverein der Anfänge zurückzukehren. Um Apel und seine Riege in der Fraktion scharen sich jetzt auch jene gemäßigten (vom Standpunkt außerhalb der SPD noch immer „links" zu nennenden) Intellektuellen um die Professoren Gesine Schwan und Kurt Sontheimer, die jetzt in ihrem Problempapier das Godesberger Programm und das „endgültige Ja zur Westbindung der Bundesrepublik" als „Kern sozialdemokratischer Politik" bezeichnen.

Um diesen Kern wird es auf zwei Parteitagen der Sozialdemokraten gehen. Um das Bündnis im November – wobei neueste Nachrichten besagen, man werde den für den 2./3. November geplanten Raketen-Kongreß nach hinten verlegen – und im Frühjahr auf dem ordentlichen Parteitag um das Programm. Niemand in der SPD erwartet von dem Sonderparteitag im Spätherbst mehr ein Ja zur Nachrüstung, schon gar nicht, seit der Vater des Doppelbeschlusses, Helmut Schmidt, offenbar seine frühere Position aufzugeben scheint und damit den „Atlantikern" in der Partei eines ihrer wichtigsten Argumente entzieht.



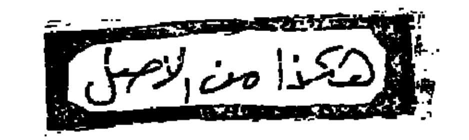
Erhard Eppler

Die eigentliche Frage des Parteitags, der sich vermutlich auf ein Nein oder auf ein Moratorium zur Nachrüstung einigen dürfte, wird wohl von Apel an Lafontaine gerichtet werden: Wie hältst Du es mit der NATO-Mitgliedschaft?

Lafontaine steuert schon jetzt geschickt und offensiv die Diskussion in seinen Reihen in eine Richtung, die diese Frage dann im November als im Grund schon beantwortet erscheinen lassen soll. In seiner Saarbrückener Sammlungsveranstaltung ließ er von osteuropäischen Genossen, darunter so „unverdächtige" Männer wie der ZK-Sekretär der tschechoslowakischen KP während des Prager Frühlings, Zdenek Mlynar, die Frage nach der „Block-Logik" stellen. Und Eppler hieb in dieselbe Kerbe. Nicht den Gleichschritt im Osten und nicht den im Westen dürfe man übernehmen. Er malte das Bild eines von den Blöcken losgelösten internationalistischen Europas.

Die Diskussion um den „Widerstand" gegen die Raketenstationierung wird von der Parteilinken eigentlich gegen den Mehrheitsflügel der eigenen Partei geführt. Zwar klingen Worte wie jenes des Bremer Senators Scherf, daß die Parlamentarier hinaus müßten, auf die Straße, zu den Betroffenen der Stationierung, nach außerparlamentarischer Opposition. Die SPD-Professoren – von Richard Löwenthal, der schon im vergangenen Jahr vor der Suche nach einer „negativen Mehrheit" von Rot und Grün gewarnt hatte, bis zu den zehn Unterzeichnern des neuen Problempapiers – haben die Stoßrichtung der Linken erkannt. Sie warnen: „Die bloße Tatsache, daß eine Gruppe nicht die Mehrheit für sich hat, begründet in einer Demokratie noch kein Widerstandsrecht."

Noch hat in der SPD niemand die „Organisationsfrage" gestellt, also über eine Parteispaltung laut nachgedacht. Aber hat nicht Lafontaine mit seinem Austritt gedroht, falls seine Linie auf dem Parteitag unterliegt? Daß er dann politisch untätig sein könnte, mag Lafontaine wohl niemand zutrauen. Das Ende des November-Parteitags über die NATO-Frage könnte dann wohl heißen: Vorwärts, zurück nach 1917.



Der 9. Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg: Einigkeit über die Grundsätze

Mit gemeinsamer Disziplin soll der Aufschwung erreicht werden

Selbstverpflichtung als „Vertrauensbotschaft" / Kritik an US-Haushaltsdefizit

GILLIES/SIEBERT, **Williamsburg**

Die führenden Wirtschaftsmächte der Welt wollen mit allen Kräften den begonnenen Konjunkturaufschwung verstetigen und verstärken. Um ein dauerhaftes und inflationsfreies Wachstum zu erreichen, haben sich die Teilnehmer des 9. Weltwirtschaftsgipfels verpflichtet, einen abgestimmten wirtschaftlichen Kurs zu steuern, die Währungen zu stabilisieren, die Staatsschulden abzubauen und den Welthandel weniger als bisher zu behindern.

Mit dieser „Vertrauensbotschaft" haben sich die sieben Staats- und Regierungschefs in Williamsburg/USA in die Pflicht genommen. In der Abschlußerklärung, die Präsident Reagan gestern vor der internationalen Presse abgab, wird die Disziplin jeder einzelnen Volkswirtschaft beschworen, die Kräfte des Marktes zu beleben und so die Arbeitslosigkeit zu verringern. Gleichwohl blieben die ungelösten Grundsatzfragen bestehen. Heftig diskutiert wurden auf dem Gipfel die hartnäckigen und hohen Haushaltsdefizite, die immer noch zu teuren Kredite und die zunehmenden Handelsbeschränkungen.

Schlüsselproblem ungelöst

An der dreitägigen Konferenz nahmen die Staats- und Regierungschefs der USA, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Japans, Kanadas und der Bundesrepublik Deutschland teil. Verbindlich im Ton, aber deutlich in der Sache hat Bundeskanzler Kohl in der Gesprächsrunde auf die Rekorddefizite der USA als dem Schlüsselproblem der Konjunkturlage hingewiesen. Zustimmung fand der deutsche Regierungschef bei den anderen Gipfelteilnehmern, als er die Gefahren betonte, die vom amerikanischen Budget ausgehen.

Nach Informationen aus deutschen Delegationskreisen haben diese Vorhaltungen die Amerikaner nachdenklich gemacht, freilich noch nicht zu konkreten Beschlüssen zur Defizitverringerung bewegt. Festzustellen sei jedoch ein Wandel im Denken der Reagan-Administration, die nun klar die negativen Auswirkungen auf die anderen Länder, besonders die Dritte Welt, sieht. Gipfelteilnehmer stellten jedoch nüchtern fest, daß den Amerikanern eine Reduzierung der roten Zahlen schwerfalle. Skepsis äußerte man gegenüber der Erwartung Washingtons, ein kräftiger Aufschwung werde quasi automatisch das Defizit im Budget verkleinern. „Das Defizitproblem ist noch nicht gelöst", resümierte ein deutsches Delegationsmitglied.

Kohl machte darauf aufmerksam, daß jedes Land zuerst zu Hause seine Verhältnisse zu ordnen habe und sich nicht auf die Hilfe anderer verlassen solle. Darin wurde ihm zugestimmt. Insgesamt nahmen sich gegenüber den anderen Staaten die deutschen Fortschritte bei der Wachstumsförderung und der Inflationsbekämpfung recht vorteilhaft aus. Gipfelteilnehmer bekräftigten, sie wollten mit besserer Kooperation Übereinstimmung hinsichtlich des Wirtschaftskurses anstreben. Auf diese Weise lasse sich auch am ehesten eine Stabilisierung an den Devisenmärkten erreichen.

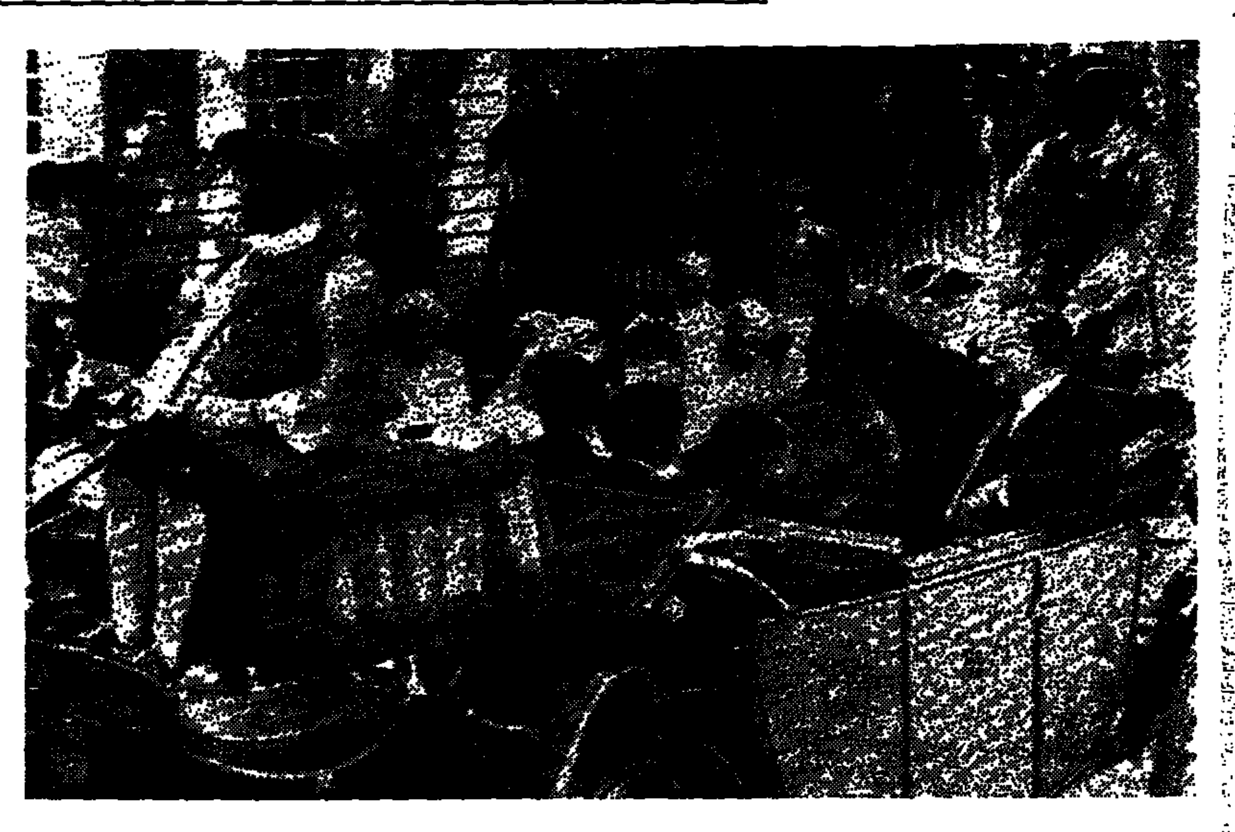
Weitgehend ausgeräumt ist der Konflikt über den Vorschlag des französischen Staatspräsidenten Mitterrand, eine Währungskonferenz einzuberufen. Man war sich schließlich einig, daß ein System fester Wechselkurse weder finanzierbar noch realistisch sei, war aber bemüht, eine Isolation Frankreichs in dieser Frage zu vermeiden. Gefunden wurde die niedrigste diplomatische Formel: Die Finanzminister sollen das Problem angelegentlich erörtern. Der Internationale Währungsfonds wurde beauftragt, die Schwankung der Währungen strenger zu überwachen.

Regelmäßige Konsultationen

In Williamsburg wurde ein Konsultationsmechanismus beschlossen, der regelmäßig die Finanz- und Handelsminister zusammenführen wird. Das Ziel ist eine bessere Abstimmung zwischen dem Währungsfonds als Weltnotenbank und dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (Gatt) als Welthandelsbehörde, um den Außenhandel stärker als Motor für die wirtschaftliche Erholung zu nutzen. Im Kreise der Finanzminister herrschte die Sorge vor, daß die Kette von Fast-Pleiten in der Dritten Welt nicht abreißt. Angelpunkt sind auch hier die hohen Zinsen, unter denen die Entwicklungsländer besonders leiden.

Trotz der gegenseitigen Selbstverpflichtung der Industriestaaten hinterließ der Wirtschaftsgipfel von Williamsburg bei Teilnehmern den Eindruck, daß sich wesentliche Positionen nicht bewegt haben. Andererseits besteht die Chance, so wurde betont, in einem Klima gegenseitiger Rücksichtnahme wirkliche Fortschritte bei der Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu erreichen.

Mit dem „Yankee Doodle" wurde Helmut Kohl in Williamsburg begrüßt. Kohl fuhr in einer offenen Kutsche zum Gouverneurspalast. Ein heiterer,unbefangener Kanzler präsentierte sich in der geschichtsträchtigen Hauptstadt Virginias den Amerikanern und seinen Gipfelkollegen, die er am Sonntagmorgen warten ließ: Er war zu Fuß zum Treffen gegangen, hatte unterwegs mit Passanten geplaudert und etwas eingekauft. Gastgeber Ronald Reagan sprach begeistert von der entspannten Atmosphäre dieses Weltwirtschaftsgipfels, dem er mit dem Charme eines patriarchalischen Plantagenbesitzers präsidierte. FOTO: DPA



Die Differenzen scheinen vom Winde verweht

Von BERNT CONRAD

Die Rolle, als Moderator von sechs Staaten und Regierungschefs in der Idylle einer amerikanischen Traditionsstätte südstaatliche Gastfreundschaft zu zelebrieren, war Ronald Reagan auf den Leib geschrieben. Der baumlange Kalifornier entledigte sich dieser Aufgabe mit heiterer Bravour. Hatte François Mitterrand dem letztjährigen Weltwirtschaftsgipfel in Versailles noch mit dem Gepränge eines sozialistischen Sonnenkönigs präsidiert, so entfaltete Reagan in Williamsburg den herzlichen Charme eines patriarchalischen Plantagenbesitzers.

„Yankee Doodle" schmetterte die Band, als ein Gipfelteilnehmer nach dem anderen am Samstagnachmittag mit dem Hubschrauber auf dem Market Place der Museumsstadt in Virginia landete, vom amerikanischen Präsidenten mit kräftigem Handschlag begrüßt wurde und dann in einer offenen Kutsche zum Gouverneurspalast weiterrollte. Nur bei Margaret Thatcher ließ Reagan eine Ausnahme machen: Um sie nicht zu brüskieren, wurde auf den Yankee-Doodle-Song aus anti-englischer Revolutionszeit zugunsten des Marsches „Britische Grenadiere" verzichtet. Pierre Trudeau aus Kanada hatte sich wie immer etwas Exzentrisches einfallen lassen – er winkte zur Freude der Zuschauer aus der Kutsche mit einem weißen Panamahut.

Bald darauf klatschte der Gastgeber Reagan bei der Anfahrt der Gäste zum Abendessen in „Carters Grove", einer Plantage aus dem 18. Jahrhundert vor den Toren Williamsburgs, vergnügt in die Hände. Ein Schulterklopfen für den Chef der EG-Kommission, Gaston Thorn, ein kameradschaftlicher Griff um die Schulter des Reagan noch um einen halben Kopf überragenden Pfälzers Helmut Kohl, altfränkische Galanterie gegenüber „Maggie" Thatcher – der Präsident war in seinem Element. Während in dem üppigen Garten am James River schmissige New-Orleans-Jazz-Klänge ertönten, empfahl Reagan seinen Amtskollegen wärmstens das echt südstaatliche Menü mit Katzenfisch und Barbecue. In der lauen Abendluft schienen alle politischen Differenzen wie „vom Winde verweht".

Dazu hatte François Mitterrand schon gleich nach seiner Ankunft einen maßgeblichen Beitrag geleistet. Von wem, wenn nicht vom prestigebewußten Staatspräsidenten Frankreichs hätte der biedermeierliche Frieden von Williamsburg auch gestört werden können? Tatsächlich wußten noch kurz vor dem Gipfel selbst Kabinettsmitglieder aus Paris nicht, ob Mitterrand gegenüber Reagan hart oder kooperativ agieren würde. Doch bereits beim ersten Treffen der beiden Staatschefs löste sich die Spannung in Wohlgefallen auf: Der Franzose gab sich liebenswürdig und ließ seinen Außenminister Claude Cheysson den ob mangelnden Krachs etwas enttäuschten Journalisten mitteilen: „Wir wollen keinen Streit, sondern strecken den Amerikanern die Hand entgegen."

François Mitterrand kam im Prestige-Jet „Concorde"

Reagan revanchierte sich mit taktischen Zugeständnissen an Mitterrand, der durch einen Blitzflug im französischen Prestige-Jet Concorde ohnehin alle anderen Amtskollegen ausgestochen hatte. Während der Bundeskanzler in einer 20 Jahre alten Luftwaffen-Boeing 707 mehr als neun Stunden nach Amerika brauchte und Frau Thatcher mit einer VC-10 der Royal Air Force auch nicht viel schneller war, raste Monsieur le Président in weniger als vier Stunden über den Atlantik. Um so gravitätischer und würdiger, nur dann und wann majestätisch-ironisch lächelnd, konnte sich Mitterrand durch das verträumte Williamsburg bewegen.

Welch Unterschied zu den Wirtschaftsgipfeln der vergangenen Jahre: Nach dem Zauber der Lagune von Venedig, der ländlichen Robustheit des kanadischen Montebello bei Ottawa und dem höfischen Prunk von Versailles nun altamerikanische Schlichtheit mit traditionsgesättigter Symbolik.

Unter den Klängen der Freiheitsglocke von Virginia, die vor 200 Jahren die Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten eingeläutet hatte, kehrten die prunkgewohnten Gipfelteilnehmer zu vergleichsweise bescheidenen Verhältnissen zurück. Auf ihren gewohnten „Apparat" mußten die Regierungschefs weitgehend verzichten. Im Moody House aus der Mitte des 18. Jahrhunderts, der Unterkunft des Kanzlers, gab es nicht einmal eine Telefonistin. Als jemand aus Bonn den neuen Staatssekretär Peter Boenisch sprechen wollte, meldete sich überraschend eine sonore Stimme: „Kohl!"

„Zum ersten Mal in der Geschichte", so verkündete Reagans Berater Michael Deaver für das „Guinness-Buch der Rekorde", „sind sieben Staatschefs völlig allein zusammengekommen." Tatsächlich waren zumindest bei der Gipfelsitzung am Sonntagvormittag im Capitol von Williamsburg nicht einmal Assistenten oder Protokollanten anwesebd. Die Chefs diskutierten ganz unter sich – mit Minikopfhörern und unsichtbaren Simultandolmetschern ein Stockwerk höher.

Ob sich dabei viel Substanz ergab, können nur die Teilnehmer selbst beurteilen. Reagan jedenfalls sprach begeistert von der entspannten Atmosphäre und strahlte, als er mit seinen Gästen zum Mittagessen über die nach einem kurzen Gewitter regennasse Duke of Gloucester Street zur Raleigh Tavern schlenderte, wo sich einst der junge Thomas Jefferson mit Freundin Belinda beim Tanz erfreut hatte. Außer dem Präsidenten winkte nur noch einer den klatschenden jungen Damen im Reifrock am Wegesrand zu: der Bundeskanzler. Anders als sein Vorgänger Helmut Schmidt, der oftmals zusammen mit Giscard d'Estaing die Gipfelkollegen in pädagogischzurechtweisender Art dominiert hatte, wirkte Helmut Kohl meist heiter, unbefangen und nach allen Seiten kontaktfreudig. Am Sonntagmorgen ließ er die anderen Teilnehmer sechs Minuten warten, weil er zu Fuß gegangen war, unterwegs noch etwas eingekauft und mit Passanten geplaudert hatte. Beim mittäglichen gemeinsamen Spaziergang schüttelte der Kanzler, während die anderen Chefs schon in die Taverne strömten, noch lachend jedem der Handwerker die Hand, die den hohen Gästen auf der Straße ihre Produkte vorgeführt hatten. „Thank you much", rief der sonst nie englisch redende Pfälzer fröhlich, während ihm die Zuschauer Sonderapplaus spendeten.

Gebet um Weisheit und Mut für die Gipfelteilnehmer

Die unprätentiöse Selbstsicherheit des Kanzlers mag zum Erfolg von Williamsburg ebenso beigetragen haben wie Reagans Kunst freundlicher Menschenbehandlung, Mitterrands Einsicht in die Zweckmäßigkeit politischer Harmonie, Nakasones Kooperationsbereitschaft und die Tatsache, daß Amintore Fanfani und Margaret Thatcher als derzeitige Wahlkämpfer auf jeden Fall einen positiven Konferenzverlauf anstreben mußten.

So war es kein Wunder, daß die Bitte des Reverend Cotesworth P. Lewis im Sonntagsgottesdient in der Bruton Parish Church um „Hoffnung, Licht und Leben" sowie „Weisheit und Mut" für die sieben Staats- und Regierungschefs auf fruchtbaren Boden fiel. Vor etlichen Jahren noch hatte derselbe Prediger an gleicher Stelle Präsident Lyndon Johnson wegen des Vietnam-Krieges scharf angegriffen. Diesmal hingegen erwies er sich als friedlich und wohlwollend, so daß die mit Ausnahme Nakasones und Mitterrands vollzählig im Gottesdienst erschienen Gipfelteilnehmer – auch mit Blick auf ihren Verhandlungsverlauf – aus voller Brust in der Schlußchoral einstimmen konnten: „Nun danket alle Gott."

Dregger: Wir halten am NATO-Beschluß fest

WELT-Interview mit dem CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden

DW. **Bonn**

Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Alfred Dregger, hat in einem WELT-Gespräch das Festhalten an der Nachrüstung mit Pershing-2-Raketen betont. Die Fragen stellte Manfred Schell.

WELT: In den letzten Tagen haben Presseberichte in den USA den Eindruck erweckt, daß die Pershing 2 als fester Bestandteil des NATO-Nachrüstungsbeschlusses auch in der CDU/CSU an Unterstützung verliert.

Dregger: Regierung und Fraktion halten einstimmig am NATO-Doppelbeschluß fest.

WELT: Besorgnisse sind deshalb entstanden, weil ein nicht genanntes Kabinettsmitglied mit der Bemerkung zitiert wird, mit dem informellen Vorschlag des Genfer US-Unterhändlers Paul Nitze vom vergangenen Sommer, in dem ein Verzicht auf Dislozierung der Pershing 2 und eine Beschränkung der Nachrüstung auf Marschflugkörper angedeutet worden war, hätte man „leben können".

Dregger: Wir verzichten gerne auf die Pershing 2, wenn auch die SS 20 verschwinden. Sonst nicht. Wir anerkennen das Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion. Aber unser Sicherheitsbedürfnis ist ebenso berechtigt.

WELT: Es bleibt also beim Waffenmix und bei dem vorgesehenen Zeitplan?

Dregger: Ja, darüber sind sich alle NATO-Verbündeten einig. Der republikanische Präsident Amerikas stimmt in dieser Frage voll mit dem sozialistischen Präsidenten Frankreichs überein, die konservative Regierung Großbritanniens mit der christlich-liberalen in Deutschland und der christlich-sozialistischen in Italien. Die Sowjets würden einen großen Fehler begehen, wenn sie sich durch die immer nachgiebiger werdenden Äußerungen aus der SPD verwirren lassen würden.

WELT: Halten Sie neue amerikanische Vorschläge in Genf für erforderlich?

Dregger: Das mit den Verbündeten abgestimmte Verhandlungsangebot der USA ist breit gefächert. Es reicht von der Null-Lösung bis zu Zwischenlösungen verschiedener Art. Unverzichtbar ist nur eines: Gleichgewicht der Kräfte, gleiche Sicherheit für beide Seiten.

WELT: Bundeskanzler Kohl hat gesagt, er werde sich bei seiner Reise nach Moskau Anfang Juli weder als Vermittler noch als Dolmetscher verstehen. Welche Zielsetzungen hat der Besuch des Kanzlers?

Dregger: Der Vorgänger Helmut Kohls hat manchmal den Eindruck erweckt, er halte die maßgebenden Männer in Moskau und Washington für ungezogene Jungen, die er zur Ordnung rufen müsse. Von einer solchen Selbstüberschätzung ist Helmut Kohl frei. Zur Zeit wirft uns die SPD vor, zwar Druck auf Moskau, nicht aber auf Washington auszuüben. Dabei übersieht sie das Entscheidende: Ohne sowjetische Abrüstung oder amerikanische Nachrüstung wäre gerade die Sicherheit der Deutschen gefährdet, denn wir Deutsche haben auf eigene Atomwaffen verzichtet. Die Amerikaner gehen durch die Stationierung amerikanischer Raketen in Deutschland ein hohes Risiko ein, denn ein Raketenkrieg würde selbstverständlich auch die USA einbeziehen, wie der verstorbene Generalsekretär Breschnew und kürzlich Marschall Ustinov mit Recht festgestellt haben. Die Risikogemeinschatft zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland ist damit vollständig. Bundeskanzler Kohl wird bei seinem Besuch in Moskau unseren unbedingten Friedenswillen klarmachen, um Verständnis für unsere deutschen Sicherheitsinteressen werben und für den weiteren Ausbau der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen unseren Ländern eintreten.

Bonn: Kein Verlangen nach Neutronenwaffe

SAD/rtr, **Washington**

Regierungssprecher Peter Boenisch hat gestern in Washington betont, daß die Bundesregierung „kein Verlangen" nach Neutronensprengköpfen für eine neue 155-Millimeter-Kanone habe und gegenüber den USA auch „kein Verlangen gestellt" habe, „sie haben zu wollen". Er dementierte damit ebenso wie ein Sprecher des US-Verteidigungsministeriums ausdrücklich einen Bericht der „Washington Post", der während des Weltwirtschaftsgipfels in Williamsburg für erhebliche Aufregung gesorgt hatte.

In der amerikanischen Zeitung hatte es geheißen, daß die Bundesrepublik, Großbritannien und Italien die US-Regierung gebeten hätten, diese neue Munition zu produzieren, um sie später in Europa verwenden zu können. Wie Boenisch erklärte, handele es sich hier um „eine Vermischung von Richtigem und Falschem". Bekannt sei, daß die drei NATO-Länder gemeinsam an dem Projekt einer 155-Millimeter-Kanone arbeiteten, die unter anderem für den Panzer Leopard II vorgesehen sei. Jedoch sei der „Eindruck falsch", den der Bericht der „Washington Post" erwecke, daß die europäischen Länder dazu die Neutronenmunition haben wollten. Im übrigen liege die Entscheidung über die Aufnahme der Produktion von Neutronenwaffen allein im Zuständigkeitsbereich der US-Regierung. Für eine Verbringung der Waffen nach Europa sei zwar ein Votum der NATO erforderlich, aber eine solche Entscheidung gebe es nicht, und sie sei auch nicht in Vorbereitung.

Ein Sprecher des Pentagon erklärte dazu ergänzend, daß die drei europäischen Verbündeten sich lediglich für eine Verbesserung der 155-Millimeter-Granaten für die geplante FH-70-Kanone ausgesprochen hätten. Aber es sei keine Entscheidung getroffen worden, ob diese Waffe mit Neutronensprengköpfen ausgerüstet werden soll.

Auch Vertreter Italiens und Großbritanniens dementierten ausdrücklich den Bericht der „Washington Post".

Weinberger betont Abrüstungswillen

In Bonn: Reagan ist „ganz persönlich" auf Verringerung der Atomwaffen konzentriert

RÜDIGER MONIAC, **Bonn**

Präsident Reagan ist nach den Worten des amerikanischen Verteidigungsministers Caspar Weinberger „ganz persönlich und sehr engagiert auf die Verringerung der Atomwaffen konzentriert". Weinberger sagte gestern abend in einem Vortrag vor der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik in Bonn weiter, des Präsidenten Bestreben sei es gleichzeitig, die Rüstung zu reduzieren und die Abschreckung wirksam zu halten. Reagan werde alles in seiner Macht Stehende tun, um eine gegenseitig ausbalancierte Verringerung besonders der atomaren Waffen zu erreichen.

Mit Aufmerksamkeit registrierten Weinbergers Zuhörer, daß der amerikanische Politiker mit großer Intensität die Botschaft zu vermitteln suchte, die USA mit Reagan an der Spitze seien die westliche Großmacht und Demokratie, die, obwohl sie als erste in den Besitz von Kernwaffen gelangt sei, diese niemals in aggressiven Absichten genutzt habe. Die Vereinigten Staaten seien vielmehr immer bestrebt gewesen, deren Verbreitung und Besitz auf der Erde einzudämmen. Gleichzeitig seien Amerika und mit ihm seine Verbündeten auf eine Politik festgelegt, die den Krieg als Mittel zur Durchsetzung von Machtinteressen ausschließen solle. „Wir werden niemals als erste Waffen gebrauchen", sagte Weinberger, „wir verwerfen auch den Krieg als ein Instrument der Außenpolitik, weil es moralisch auf uns zurückschlagen würde." Das Ziel der gemeinsamen westlichen Politik, die Erhaltung des Friedens, sei allerdings nur auf zwei parallelen Wegen zu erreichen: durch Abschreckung und die Verringerung der Rüstung durch Verhandlungen.

Der US-Verteidigungsminister bezeichnete es als notwendig, zur Abschreckung eines Krieges die Fähigkeit zu behalten, gegen einen potentiellen Angreifer mit entsprechenden Mitteln zurückschlagen zu können: „Der Gedanke ist ganz einfach: Die Kosten für einen Angreifer müssen für ihn zu hoch sein, als daß es ihm gerechtfertigt erschiene, angesichts der möglichen erreichbaren Ziele einen Atomkrieg zu beginnen."

Eingehend auf den NATO-Doppelbeschluß unterstrich der amerikanische Minister, erst die vom Bündnis geplante Stationierung der Pershing-2-Raketen und der Marschflugkörper habe der Sowjetunion den Anreiz verschafft, überhaupt über die Verringerung der Mittelstreckenwaffen zu verhandeln. Ähnliches gelte für die strategischen Systeme. Diesen Zusammenhang betonte der Minister sehr entschieden und knüpft daran die Bemerkung, das zeige, daß die NATO mit ihren Rüstungsprogrammen energisch fortfahren müsse.

Die sieben Punkte von Williamsburg

DW. **Williamsburg**

Die „Erklärung von Williamsburg, vom 29. Mai 1983" hat folgenden Wortlaut:

1. Als Regierungschefs unserer sieben Länder ist es unsere erste Aufgabe, die Freiheit und Gerechtigkeit zu verteidigen, worauf unsere Demokratien beruhen. Zu diesem Zweck werden wir ausreichende militärische Stärke aufrechterhalten, um jeden Angriff abzuschrecken, jeder Bedrohung zu begegnen und den Frieden zu gewährleisten. Unsere Waffen werden niemals eingesetzt werden, es sei denn als Antwort auf einen Angriff.

2. Wir möchten ein niedrigeres Rüstungsniveau durch ernsthafte Rüstungskontrollverhandlungen erreichen. Mit dieser Erklärung bekräftigen wir erneut unser aufrichtiges Bemühen um Frieden und bedeutsame Rüstungsminderung. Wir sind bereit, zu diesem Zweck mit der Sowjetunion zusammenzuarbeiten, und fordern die Sowjetunion auf, mit uns zusammenzuarbeiten.

3. Wirksame Rüstungskontrollvereinbarungen müssen auf dem Grundsatz der Gleichheit beruhen und verifizierbar sein. Von westlicher Seite wurden Vorschläge unterbreitet, um bei verschiedenen internationalen Verhandlungen zu positiven Ergebnissen zu gelangen: Über strategische Waffen (START), über nukleare Mittelstreckenraketen (INF), über chemische Waffen, über die Reduzierung von Streitkräften in Mitteleuropa (MBFR) und über eine Konferenz über Abrüstung in Europa (KAE).

4. Wir sind der Auffassung, daß wir diese Verhandlung dynamisch und mit Nachdruck fortführen müssen. Im Bereich der Mittelstreckenraketen insbesondere fordern wir die Sowjetunion auf, konstruktiv zum Erfolg der Verhandlungen beizutragen. Versuche, den Westen dadurch zu spalten, daß die Einbeziehung von Abschreckungskräften dritter Länder, wie beispielsweise Frankreichs und des Vereinigten Königreichs, vorgeschlagen wird, werden fehlschlagen. Eine Berücksichtigung dieser Systeme hat in den Verhandlungen über Mittelstreckenraketen keinen Platz.

5. Unsere Völker bringen den starken Wunsch zum Ausdruck, daß eine ausgewogene Vereinbarung über Mittelstreckenraketen bald erzielt wird. Sollte dies der Fall sein, so wird das Verhandlungsergebnis den Umfang der Stationierung bestimmen. Sollte dies nicht der Fall sein, so werden die beteiligten Länder bekanntlich zur geplanten Stationierung der amerikanischen Systeme in Europa Ende 1983 schreiten.

6. Unsere Völker sind einig in ihren Bemühungen um eine Rüstungsminderung und werden auch weiterhin gründliche und intensive Konsultationen durchführen. Die Sicherheit unserer Länder ist unteilbar und muß global gesehen werden. Jeder Versuch, ernsthafte Verhandlungen durch Beeinflussung der öffentlichen Meinung in unseren Ländern zu verhindern, wird scheitern.

7. Wir verpflichten uns, alle unsere politische Kraft dafür einzusetzen, die Kriegsgefahr zu vermindern. Unser Ziel ist eine Welt, in der der Schatten des Krieges von der Menschheit genommen ist, und wird sind entschlossen, uns für dieses Ziel einzusetzen.

Williamsburg: Eine globale Sicherheitspolitik mit Japan

● Fortsetzung von Seite 1

vornherein zur Gemeinsamkeit des Papier entschlossen, bis zum Schluß eine ambivalente Haltung an den Tag. Die Kollektivität der Entscheidung mitzutragen, scheint ihnen am schwersten gefallen zu sein.

Indiz dafür war eine Presseerklärung Außenminister Cheyssons nach Bekanntgabe der Erklärung. Cheysson bemängelte, daß als erste substantielle Nachricht vom Wirtschaftsgipfel keine Deklaration zur Verteidigungs- und Abrüstungspolitik hätte kommen dürfen. „Die Staats- und Regierungsspitzen", so fuhr der Franzose fort, „sollten eigentlich nicht 60 Prozent ihrer Zeit auf Themen verwenden, die außerhalb des Bezugsbereichs dieser Konferenz liegen." Dennoch, so fügte Cheysson hinzu, stehe die französische Unterschrift hinter dem Papier, und dabei bleibe es. Nach Ansicht von Beobachtern war der Auftritt Cheyssons rein aus innenpolitischen Konstellationen in Frankreich her erklärbar.

Außenminister Genscher sah in der Williamsburger Erklärung eine „Bekräftigung der Friedens- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung", wie er vor der Presse sagte. Der Text wiederhole im übrigen den Grundgedanken des Harmel-Berichts aus dem Jahre 1967, in dem er Zusammenarbeit mit dem Osten neben die gleichzeitige Entschlossenheit stelle, Freiheit und Demokratie zu verteidigen.

Am Tag der Williamsburger Erklärung, dem zweiten Konferenztag, hatte Bundeskanzler Kohl in mehreren Gesprächen Gelegenheit, noch einmal die deutsche Auffassung zu einigen Grundfragen des Ost-West-Verhältnisses darzulegen. Regierungssprecher Boenisch skizzierte sie:

1. Die Abrüstungsverhandlungen sollten auf allen Gebieten flexibel geführt werden.
2. In Genf muß jede Möglichkeit über ein Verhandlungsergebnis ausgeschöpft werden.
3. Bonn hält einen baldigen Abschluß des Madrider KSZE-Folgetreffens für wünschenswert.
4. Eine europäische Abrüstungskonferenz (KAE) gehört mit zu den Desideraten der Bundesregierung im Rahmen der Ost-West-Beziehungen.
5. Den Osthandel betrachtet Bundeskanzler Kohl – soweit westliche Sicherheitsbedürfnisse davon nicht berührt werden – als einen wesentlichen Faktor des Dialogs und der Kooperation.
6. Persönliche Kontakte mit der neuen sowjetischen Führung sind für Bonn wichtig.

Im Lichte dieser Bemerkung wollte Kohl offensichtlich auch seinen kommenden Moskau-Besuch verstanden wissen. Dieser Besuch, so gab der Kanzler nach Darstellung von Boenisch den anderen Gipfelteilnehmern zu verstehen, basiere auf der festen Verankerung der Bundesrepublik in der westlichen Gemeinschaft. Er, Kohl, reise nicht als Vermittler oder Dolmetscher, sondern als Mitglied der Atlantischen Allianz.

Nach Informationen der WELT hatte der Kanzler und Präsident Reagan in der vergangenen Woche mehrmals Kontakt miteinander, im Gefolge eines Berichts in der „Washington Post" über angebliche Äußerungen Kohls und anderer nicht genannter Bonner Regierungsmitglieder zu den Genfer INF-Verhandlungen (WELT v. 27., 28. und 30. 5.). Danach müssen offensichtlich alle eventuellen Mißverständnisse zwischen Bonn und Washington noch vor dem Beginn des Williamsburger Gipfels ausgeräumt worden sein.



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Sprache des Nachbarn

„Des Botschafters Zorn"; WELT vom 17. Mai

Mit einem zweisprachigen deutsch-französischen Bildungsgang, der jetzt in Rheinland-Pfalz für ein viertes Gymnasium genehmigt wurde, setzt Kultusminister Dr. Georg Gölter seinen Angriff auf die in Ihrer Zeitung beklagten deutsch-französichen Sprachbarrieren fort. Diese Einführung eines „bilingualen Bildungsganges" an einem Mainzer Gymnasium hat zur Folge, daß Französisch als erste Fremdsprache gewählt und während der gesamten Schulzeit bis zur Abiturprüfung beibehalten werden muß.

Sicherlich ist auch Rheinland-Pfalz noch vom Idealzustand entfernt, allen Schülern gute Kenntnisse in der französischen Sprache zu vermitteln. Doch das Land ist auf dem besten Wege dorthin: In der 11. Jahrgangsstufe des Gymnasiums werden alle Schüler in zwei Pflichtfremdsprachen unterrichtet, ein hoher Anteil davon in Französisch.

Aber auch in den folgenden Jahrgangsstufen wählt ein beachtlicher, wenn auch noch nicht idealer Prozentsatz eine Fächerkombination mit zwei Fremdsprachen, entweder im Leistungs- und/oder Grundkurs. Diese Schüler werden allerdings nicht notwendigerweise im Abitur in Französisch geprüft; doch will das nichts oder doch nicht viel über ihren Kenntnisstand in dieser Sprache sagen. Denn konnten sich die Schüler früherer Jahre etwa besser in Französisch ausdrücken, wußten sie etwa mehr über die französische Literatur und Kultur, nur weil sie im Abitur eine Nacherzählung in dieser Sprache verfassen mußten?

Bernd Brauksiepe,
Pressereferent im Kultusministerium, Rheinland-Pfalz

*

„Des Botschafters Zorn" (WELT vom 17. Mai) sollte zur Gewissenserforschung im eigenen Hause führen. Gewiß ist es richtig, daß Schüler weithin auf Englisch als scheinbar leichtere Sprache ausweichen. Aber ebenso richtig ist es, daß es die Politiker sind, die für die desolate Rolle des Französischen an unseren Gymnasien verantwortlich sind, und diese Verantwortung wird offensichtlich immer noch hartnäckig geleugnet.

Vorschläge der Schule liegen seit Jahren auf dem Tisch und werden von den Politikern immer wieder weggewischt. Seien sie also wieder einmal aufgetischt in der naiven Hoffnung, daß vielleicht sogar Politiker aus Fehlern lernen könnten:

Schaffen Sie die Bestimmungen ab, daß Schüler mit Lateinanfang als zweite Fremdsprache Englisch wählen müssen. Wäre die Möglichkeit der Kombination Latein-Französisch nicht viel sinnvoller?

Ändern Sie die unsinnige Regelung des Differenzierungsbereichs der Mittelstufe in NRW. Danach können Schüler zwar Französisch als dritte Fremdsprache wählen, doch unter denkbar schlechten Voraussetzungen: das Fach kann bis Ende der Klasse 10 zweimal abgewählt werden; in Klasse 9 dürfen keine Klassenarbeiten geschrieben werden, und auf die Versetzung nach Klasse 10 hat Französisch keinen Einfluß. Wer die Praxis kennt, weiß, daß damit der Mißerfolg in vielen Fällen vorprogrammiert ist.

Hier Abhilfe zu schaffen ist Sache der Politiker. Die Schule ist machtlos.

K. Basten,
Fachlehrer für Englisch, Lippstadt

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Wen wundert es?

„Bundesbahn/Strukturprobleme und Entschuldung müssen rasch angepackt werden"; WELT vom 14. Mai

„Aus der Sicht der Bahn sei daher die eindeutige Abgrenzung der Aufgaben . . . notwendig". Es ist bekannt, daß der Bahnvorstand damit die weitgehende Streckenstillegung aller Nebenstrecken meint! Fest steht aber, daß ein wesentlicher Teil der Personen und Güter die Fahrt auf einer Nebenstrecke beginnt oder beendet. Die Bahn wird also diesen Teil der Kunden wissentlich verlieren: Wer erst ein anderes Transportmittel über eine gewisse Entfernung benutzen muß, steigt nicht mehr um. Dann nutzt man den eigenen LKW oder PKW.

Und bringt denn die Stillegung sogenannter unrentabler Nebenstrecken so viel Gewinn? Es werden Zahlen von 500–700 Millionen genannt – eine Menge Geld. Gemessen an den Gesamtaufwendungen des Bundes für die Bahn von rd. 13 Milliarden aber sind es rd. 5 Prozent. Darf sich dafür die DB aus der Fläche zurückziehen?

Würde die Bundesrepublik „die Inbetriebhaltung des Schienenfahrweges wie bei der Straße und Wasserstraße übernehmen", so würde die Bahn längst schwarze Zahlen schreiben! Die Wettbewerbsverzerrungen sind es, die die Bahn die Kunden verlieren läßt. Der LKW zahlt rd. 50 Prozent seiner Wegekosten, das Binnenschiff 7 Prozent. Wen wundert es dann, daß der Bahn die Kunden weglaufen, wenn die anderen billiger anbieten können?

J. Klingemann,
Hamburg 80

Brahms-Texte

Sehr geehrte Damen und Herren,
in der „Geistigen Welt" vom 7. Mai steht der schöne und kenntnisreiche Artikel von Dietrich Fischer-Dieskau über Johannes Brahms und seine Lieder. Fischer-Dieskau erwähnt darin auch den Sammler der Brahms-Texte, Gustav Ophüls.

Leider fehlt der für viele Leser wichtige Hinweis, daß diese Sammlung Anfang dieses Jahres in vollständiger Neubearbeitung erschienen ist, und zwar für DM 42 im Verlag Langewiesche-Brandt, Ebenhausen bei München.

Mit freundlichen Grüßen
A. Frost,
Hamburg 26

Einzelhandel

„Herz für den Mittelstand"; WELT vom 16. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,
in Ihrem Artikel „Herz für den Mittelstand" tun Sie gerade so, als ob das Verbot des „Verkaufs unter Einstandspreis" durch das Bundeskartellamt ein „Almosen" für den mittelständischen Fachhandel darstelle und den Verbraucher einseitig belaste.

Tatsächlich führt die aggressive Preispolitik marktstarker Nachfrager wie co op zum Aussterben des mittelständischen Fachhandels. Die Rekordzahl von 16 000 Konkursen im Jahre 1982 spricht eine deutliche Sprache. Sind die „Tante-Emma"-Läden erst einmal vollständig aus der Handelslandschaft verschwunden, dann gibt es auch keinen Wettbewerb mehr und der Verbraucher ist von dem Preisdiktat nur weniger Anbieter abhängig. Dann wird er mit Sicherheit für ein Stück Seife oder ein Uhren-Radio einen höheren Preis bezahlen als heute beim Fachhändler. Insoweit ist die Entscheidung des Bundeskartellamtes volkswirtschaftlich konsequent und notwendig – gerade auch zum Vorteil des Verbrauchers.

Mit freundlichen Grüßen
Rolf Koehn,
„markt intern" Verlag, Düsseldorf

Wort des Tages

„Eine Arbeit, die uns Befriedigung gibt, ist gewiß das beste und solideste Glück."

Theodor Storm, dt. Dichter (1817–1888)

Personalien

GEBURTSTAG

Der Münchner Verleger **Kurt Desch** feiert am 2. Juni seinen 80. Geburtstag. Der Sohn eines Schuhmachermeisters aus Thüringen hatte seinen großen Erfolg nach dem Zweiten Weltkrieg, als ihn die damalige amerikanische Militärregierung zum Wiederaufbau des Verlagswesens und des Buchhandels in Bayern mitheranzog. Während der nationalsozialistischen Ära war Desch aus der „Reichsschrifttumskammer" ausgeschlossen worden. Das Verlagsunternehmen von Kurt Desch erzielte zwischen 1945 und 1973 mit 4300 Buchtiteln eine Gesamtauflage von rund 41 Millionen Büchern. Die Luxusausgabe des berühmten Romans „Fanny Hill" brachte Desch 1964 eine Anklage „wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften" ein. Zu den renommierten Nachkriegsautoren bei Desch zählten **Hans Habe, Frank Arnau, Hans Hellmut Kirst, Carlo Schmid** und **Jean Cocteau**. Auseinandersetzungen gab es beim Verkauf des Verlages 1973, als es zum Streit um Honorarabrechnungen für zahlreiche Autoren kam.

ERNENNUNGEN

Professor Dr. **Karl-Heinz Hahn**, Direktor des Goethe-Schiller Archivs in Weimar, wurde während der 68. Hauptversammlung erneut zum Präsidenten der Goethe-Gesellschaft gewählt. Sein Stellvertreter ist Dr. **Jörn Göres**, Direktor des Goethe-Museums in Düsseldorf. Die Goethe-Gesellschaft ist eine der letzten funktionierenden gesamtdeutschen Gesellschaften. Ihr gehören 4700 Mitglieder an, darunter 2000 in der „DDR". In dem international zusammengesetzten Vorstand sind unter anderem Nobelpreisträger **Manfred Eigen**, Göttingen, **Stanislaw Roschnowski**, Moskau, Sekretär der Goethe-Gesellschaft in der Sowjetunion und **Werner Schubert**, Weimar, Generaldirektor der Forschungs- und Gedenkstätten der klassischen deutschen Literatur.

*

Der Bonner Historiker und Politikwissenschaftler Dr. **Karl Dietrich Bracher** wurde Korrespondierendes Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in der philosophisch-historischen Klasse. Bracher ist seit 1959 in Bonn tätig. Von 1965 bis 1967 war er Vorsitzender der Deutschen Komission für Geschichte des Parlamentarismus und der Politischen Parteien.

*

Professor **Heinrich Beisse** ist zum neuen Vorsitzenden Richter am Bundesfinanzhof ernannt worden. Der gebürtige Münchner war von 1960 bis 1963 Dozent an der Bundesfinanzakademie in Siegburg. 1970 war er bereits zum Richter am Bundesfinanzhof ernannt worden. An der Technischen Universität München lehrt er außerdem Finanz- und Steuerrecht.

*

Pfarrer **Manfred Schmidt**, Wuppertal, Präsident des Bundes der Mitteldeutschen, wurde von der Bundesversammlung der Mitteldeutschen für weitere drei Jahre in seinem Amt bestätigt. Der Vereinigung gehören 22 landsmannschaftliche Organisationen und Fachverbände an.

Das Verhältnis zu den Richtern ist gespannt

Der 25. Rechtspflegertag beginnt heute in Hannover

H.-H. HOLZAMER, Hannover

Nach den Richtern (in München) und den Rechtsanwälten (in Essen) befassen sich nun die deutschen Rechtspfleger mit der Justiz. Von heute an bis zum 3. Juni findet der 25. Rechtspflegertag in Hannover statt, und die Interessierten unter den 11 000 Rechtspflegern, Beamte des gehobenen Justizdienstes, werden sich, wie schon die Richter und Anwälte, mit der Frage befassen, ob die Rechtspflege in eine Krise geraten ist und wie sie so reformiert werden kann, daß ohne Verlust an Gerechtigkeit mehr Fälle schneller abgeschlossen werden können.

Rechtspfleger sind überwiegend bei den Amtsgerichten im Einsatz, wo sie sich insbesondere mit der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit, wie Vormundschafts-, Nachlaß-, Grundbuch- und Vollstreckungssachen befassen.

Der Rechtspfleger erläßt Mahn- und Vollstreckungsbescheide, berät den Rechtsuchenden. In Strafsachen kann er beispielsweise auch die Funktion eines Staatsanwaltes, als Amtsanwalt bei den Amtsgerichten, wahrnehmen.

„Wir sind bereit, weitere Aufgaben zu übernehmen", sagte der Bundesvorsitzende des Bundes Deutscher Rechtspfleger, Karl Weiß, zur WELT, und entwickelte seine Vorschläge zur Beschleunigung der Justiz:

1. In der Zivilgerichtsbarkeit soll grundsätzlich ein erster, früher Termin vor dem Rechtspfleger durchgeführt werden. Jeder Streit soll hier durch Vergleich oder Klagerücknahme beendet werden können. Bei Sachen bis zu 1000 Mark soll der Rechtspfleger auch ein Urteil sprechen können, das von dem Landgericht überprüft werden kann.

Bagatellsachen übernehmen

2. In der Strafgerichtsbarkeit soll der Rechtspfleger die Privatklagen, Bußgeld- und Bagatellsachen übernehmen.

3. Die Zwangsvollstreckung, die dem Rechtspfleger schon heute obliegt, soll dadurch beschleunigt werden, daß der Schuldner zunächst offenlegt, was er besizt und gegen wen er Forderungen hat, zum Beispiel gegen seinen Arbeitgeber. Erst dann soll vollstreckt werden. Und die Pfändung der Lohnforderung soll auch den Wechsel des Arbeitsplatzes überleben. Heute ist der Versuch einer Sachpfändung als erste Vollstrekkungs-Maßnahme vorgesehen, die in 97 Prozent aller Fälle ins Leere geht.

Die Rechtspfleger sind überzeugt, daß ihr Einsatz als „Friedensgerichtsbarkeit" in Bagatellsachen die Gerichte spürbar entlasten würde. Weiß: „Wir Rechtspfleger arbeiten zügiger, praxisbezogener und preiswerter als die Richter." Die Statistik weise aus, daß zwei Drittel aller Zivilklagen durch Klagerücknahme oder Vergleiche enden. Hier sei das ideale Betätigungsfeld für den Rechtspfleger.

Blockierte Aufstiegschancen

Das böse Wort von der strickenden Rechtspflegerin wies Weiß gegenüber der WELT zurück: „Ein Amtsanwalt hat ein bis dreimal so hohes Pensum zu bewältigen wie der Staatsanwalt." Es werde zwar von den Richtern die Abschaffung des Amtsanwaltes gefordert, diese würden aber deswegen damit nicht durchkommen, weil dies erheblich gestiegene Personalkosten bedeuten würde. Weiß: „Einmal die dreifache Zahl an Planstellen und dann höhere Gehälter."

Weiß gab zu, daß das Verhältnis zur Richterschaft gespannt ist. „Die Richter haben bei ihren Vorschlägen zur Justizreform den Rechtspfleger gemieden wie der Teufel das Weihwasser, obwohl wir x Vorschläge gemacht haben. Lieber verlagern sie Rechtsprechung aus dem Gerichtssaal hinaus zu Schiedsrichtern als uns mehr Aufgaben zuzugestehen."

Weiß warf den Richtern vor, zu Lasten zügigerer Verfahren auf ihren Status zu pochen. „Mit der Begründung, ihre richterliche Unabhängigkeit werde betont, lehnen viele ja auch Diktiergeräte im Gerichtssaal ab, die sonst überall üblich sind." Zudem blockierten sie die Aufstiegsschancen der Rechtspfleger. „In allen Behörden gibt es eine Durchlässigkeit vom gehobenen Dienst zum höheren Dienst. Im Schnitt sind dies 20 bis 30 Prozent. Nur bei der Justiz sind es knapp 0,3 Prozent."

Die Rechtspfleger werden, so ihr Bundesvorsitzender, in Hannover fordern, daß ihre Ausbildung, die an Fachhochschulen durchgeführt wird und drei Jahre dauert, dem Studium bis zum 1. juristischen Staatsexamen gleichgestellt wird, und daß es dann Sonderkurse für Qualifizierte zum Erwerb des Richteramts gibt. Faktisch gibt es auch für den Rechtspfleger-Beruf einen Numerus clausus, der bei der Note 2 liegt. Weiß: „Viele studieren Jura, weil sie bei uns nicht angenommen wurden."

Schrittmacher-Rolle in der Medienpolitik

Ministerpräsident Vogel setzte in Regierungserklärung Schwerpunkte Arbeitsplätze, Umwelt, Soziales und Jugend

Nea. Mainz

Im Ton abwägend, im Detail eher vorsichtig, aber in den Schlußfolgerungen doch zuversichtlich, gestaltete Bernhard Vogel (CDU), der wiedergewählte Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz, seine Regierungserklärung vor dem neugewählten Landtag, in dem nur noch CDU und SPD vertreten sind. Bei aller Skepsis müsse man daran denken, sagt Vogel, daß die Aufgaben gleich nach dem Krieg größer und schwieriger als heute gewesen seien.

Mit den fünf Schwerpunkten Arbeitsplätze, Umwelt, Medien, Soziales und Jugend bot der Regierungschef nirgendwo einen Katalog geplanter Maßnahmen, nur an einzelnen Stellen konkrete Zusagen („Ich werde nichts versprechen, von dem nicht sicher ist, ob wir es halten können") und im Ganzen eher eine genaue Beschreibung der politischen Grundpositionen der Landesregierung.

Beim Stichwort Arbeitsplätze betonte Vogel den untrennbaren Zusammenhang mit dem allgemeinen wirtschaftlichen Strukturwandel. Der Bedarf an Arbeitsplätzen werde bis Mitte der 80er Jahre noch zunehmen. Schnelle Erfolge in der Beseitigung der Arbeitslosigkeit, die das wichtigste aller Ziele bleibe, seien kaum möglich. Nur solche Arbeitsplätze an denen konkurrenzfähige Produkte entstehen, seien auf die Dauer stabil.

Rheinland-Pfalz wird genau wie 1983 auch 1984 und 1985 je ein Prozent der Personalstellen im Landes-Etat einsparen. Die Landesregierung wird eine Kommission zur Untersuchung der Zusammenhänge zwischen Innovation und Wettbewerbsfähigkeit berufen. Außerdem regte Vogel eine eigene Landtagsdebatte über das Problem der Ausbildungsplätze an.

Zum Stichwort Medien versprach Vogel, Rheinland-Pfalz werde *hier* weiterhin Schrittmacher sein. Neben bereits bekannten Positionen – etwa der Zulassung auch privater Rundfunk-Veranstalter, ohne daß das öffentlich-rechtliche System angetastet wird – sorgte der Regierungschef mit einer Frage für allgemeines Aufsehen: Ob die Rundfunkstruktur im deutschen Südwesten dem stark gestiegenen Selbstbewußtsein des Landes Rheinland-Pfalz überhaupt noch entspreche. Beobachter rätseln, ob Vogel damit einen eigenen Landessender Rheinland-Pfalz, ein Zusammengehen mit dem Saarländischen Rundfunk, unter Abkoppelung von der Südwestfunk-Zentrale Baden-Baden oder Regelungen *wie beim NDR* meint. Jedenfalls werden damit die Erwägungen der sogenannten Michel-Kommission zu dieser Frage aus den 70er Jahren wieder aufgenommen.

Im Sozialbereich fordert Vogel mehr Eigenverantwortung des einzelnen, im Bereich der Bildungs- und Jugendpolitik unter anderem eine verstärkte Hinwendung zu praktischer Ausbildung.

Dies alles, so Vogel zum Schluß, bedürfe aber des Friedens – und *darunter verstehe er nicht nur* äußere Sicherheit und Freundschaft mit den Verbündeten, sondern auch die innere Annahme der Staats- und Rechtsordnung der Bundesrepublik durch ihre Bürger: „Die Landesregierung wird es nicht jedermann recht machen. Aber wir nehmen uns in die Pflicht, durch sorgfältiges Abwägen aller Argumente, durch Bemühen um eine gerechte Lösung und schließlich durch eine klare Begründung allen Bürgern die innere Annahme unserer Entscheidung zu erleichtern."

Auch auf die Nachrüstungsdebatte ging Vogel am Schluß seiner 100-Minuten-Rede (die er noch übers Wochenende ein letztes Mal gestrafft hatte) ein. Sollte die „immer noch berechtigte Hoffnung" auf Verhandlungsergebnisse in Genf enttäuscht werden, so „werden wir uns solidarisch verhalten und die notwendigen Konsequenzen der Genfer Ergebnisse tragen, auch wenn sie unser Land in besonderem Maße treffen sollten."

An dieses deutliche Wort zum Thema Raketen knüpfte der Mainzer Regierungschef allerdings folgenden, auch bei der oppositionellen SPD stark beachteten Satz: „Im übrigen: Seit vielen Jahren vertritt die jeweilige Bundesregierung den Standpunkt, Stationierungsstandpunkte nicht zu veröffentlichen. Wir haben die Absicht, mit der neuen Bundesregierung darüber zu sprechen, ob auch sie daran festhält."

Nur noch 45 Synagogen

Berichte über Unterdrückung von Juden durch Moskau

hrk. Berlin

Der aus den Niederlanden stammende Evangelist und Bibelforscher Wim Malgo warf am Sonntag bei einer Missionsveranstaltung in Berlin der Sowjetunion vor, das Land zu einem „großen KZ" für die sowjetischen Juden zu entwikkeln. „400 000 der 2,6 Millionen Juden in der UdSSR haben Ausreiseanträge gestellt. 7000 von ihnen mahnten ihre Anträge an und wurden deshalb zu fünf- bis zwölfjährigen Haftstrafen verurteilt!"

Als weiteren Beweis für die Moskauer Unterdrückungspolitik führte Malgo an, daß von ursprünglich tausend Synagogen im Lande „nur noch 45 geöffnet sind". Die Haltung der Sowjetunion sei um so unverständlicher, als der neue Generalsekretär Jurij Andropow selbst aus einem jüdischen Milieu stamme: „Seine Mutter ist Jüdin, und er ist selbst mit einer Jüdin verheiratet", sagte Malgo. Nach den Vorschriften Israels würde Andropow ohne weiteres eingebürgert. „Er könnte, wenn er wollte, ein Israeli werden", meinte der Geistliche.

Zugleich wandte er sich dagegen, daß von den in den vergangenen Jahren aus der UdSSR ausgewanderten 260 000 Juden nur 150 000 in Israel ihre neue Heimat gefunden hätten. „110 000 von ihnen ließen sich von ihrem eigentlichen Ziel ablenken." Sie seien jedoch außerhalb Israels – beispielsweise in Berlin – „erneut zum Ärgernis geworden".

Aufgrund biblischer Prophetien und Weissagungen äußerte der Evangelist, der vor allem die jüdische Herkunft und Wiedergeburt Christi lehrt, die Gewißheit, daß auch die sowjetischen Juden als Glieder des ausgewählten Gottesvolkes in absehbarer Zeit auf isrealischem Boden vereint zusammenleben könnten.

Malgo ist Gründer und Generaldirektor des „Missionswerks Mitternachtsruf" und Präsident des „Beth-Shalom-Vereins für Bibelstudium in Israel". Über Radio Luxemburg und die „Stimme der Anden" in Südamerika verbreitet der Evangelist aktuelle Auslegungen der christlichen Botschaft. Vor 20 Jahren gründete er in Südamerika die „Überseemission", die Stationen in Brasilien, Bolivien und Argentinien unterhält.

Englands Sozialliberale – schwach, aber aggressiv

FRITZ WIRTH, London

„Die Labour Party ist besiegt und hat bei dieser Wahl praktisch keine Chance mehr. Es ist jetzt unsere Aufgabe, ihren Platz zu übernehmen und den Vorsprung der Konservativen wettzumachen, obwohl es im Augenblick so aussieht, als würde Frau Thatcher diese Wahl gewinnen." Mit diesen Sätzen beschrieb David Steel, der Wahlkampf-Chefstratege der sozialliberalen Allianz, Ergebnis und Zielrichtung einer Strategiekonferenz der liberalen und sozialdemokratischen Partei in seinem schottischen Haus.

Es ist der Start einer neuen und fast schon verzweifelten Wahlkampfstrategie der sozialliberalen Allianz. Denn die optimistische und aggressive Interpretation dieser Konerenz kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie ursprünglich als Krisenkonferenz angesetzt worden war. Die Allianz ist enttäuscht und alarmiert, daß die ersten vierzehn Tage ihrer Wahlkampagne in den Meinungsumfragen praktisch keine Wirkung gezeigt haben. Sie liegt im Augenblick fast hoffnungslos abgeschlagen mit durchschnittlich 18 Punkten an dritter Stelle und kann, wenn in den nächsten zehn Tagen kein entscheidender Durchbruch gelingt, mit höchstens 20 der insgesamt 650 Unterhaussitze rechnen.

Wenig Eindruck gemacht

Die Parteiarbeiter an der Basis lasten die enttäuschenden Resultate ihres bisherigen Wahlkampfs in erster Linie der schwachen Rolle ihres Spitzenkandidaten Roy Jenkins an, der als designierter Premierminister bisher beim britischen Wähler wenig Eindruck gemacht hat. Er wirkte besonders in seinen Fernsehauftritten unentschlossen, fahrig und wenig überzeugend. Es gab deshalb starken Druck von der Parteibasis, ihn aus der vordersten Wahlkampffront abzuziehen und den wesentlich populäreren liberalen Parteichef David Steel zum alleinigen Führpferd in dieser Kampagne und als Premierminister-Kandidaten aufzubauen. Steel lehnte das mit dem Argument ab, daß man nicht mitten im Rennen die Pferde wechseln könne.

In der Praxis bedeutet das dennoch das Ende der Führungsrolle Jenkins, in dieser Allianz auch über den gegenwärtigen Wahlkampf hinaus. Der ehemalige EG-Präsident ist damit auch in seiner eigenen und von ihm mitgegründeten neuen Partei ein „has been". Der kommende Mann in der sozialdemokratischen Partei ist ohne Zweifel David Owen, der bisher einen überaus erfolgreichen und wirksamen Wahlkampf hatte. Der Rückzug von Roy Jenkins ins zweite Glied dieses Wahlkampfes bringt zugleich seine gesamte politische Karriere in Gefahr. Es muß befürchtet werden, daß es negati Folgen für seine Wahlchancen im Wahlkreis Hillhead in Glasgow hat, wo er eine nur hauchdünne Mehrheit verteidigt.

Willkommene Erleichterung

Für die Allianz, die bisher einen Zwei-Frontenkampf gegen die Labour Party und die Tories führte, ist die Krise der Labour Party eine willkommene Erleichterung. David Steel ist zuversichtlich, daß die bisherigen Labour-Sympathisanten nicht mehr überredet werden müssen, sondern von selbst ins Lager der Allianz überlaufen werden. Statt dessen konzentriert die Partei ihren Wahlkampf jetzt direkt auf mögliche Tory-Wähler. Der neue Kampfruf der Allianz heißt: Wir sind die neue und einzige glaubwürdige Opposition zu den Tories und die einzige Partei, die am 9. Juni einen politischen Erdrutsch zugunsten der Konservativen *verhindern kann.*

Die Tories sind bereits in Abwehrstellung gegangen und stellen die Allianz als das „trojanische Pferd" der britischen Politik dar. Ein signifikantes Umschwenken der britischen Wählerschaft ins Lager der Allianz könne auf kaltem Wege einen Sieg der Labour Party durch die Hintertür herbeiführen, behauptet Cecil Parkinson, der Wahlkampfmanager der Tories. Die Labour Party habe seit 1945 immer dann die Unterhauswahlen gewinnen können, wenn der Stimmenanteil für die Liberalen besonders hoch war, erklärte Parkinson.

Die Labour Party bemüht sich nach den katastrophalen Ereignissen der letzten Woche, in der die Partei mit ihrer Verteidigungspolitik und besonders ihrem Konzept der einseitigen nuklearen Abrüstung ein Debakel erlitt, die Initiative dieses Wahlkampfs zurückzugewinnen und Wirtschaftsfragen wieder zum Hauptthema des Wahlkampfs zu machen.

Madrid steht zur NATO

Seit einem Jahr ist Spanien „treuer Bündnis-Partner"

GÜNTHER BADING, Bonn

Seit einem Jahr ist Spanien heute Mitglied der NATO. Zwar steht noch die von den inzwischen regierenden Sozialisten in ihrem Wahlkampf angekündigte Volksbefragung zur Mitgliedschaft aus. Ministerpräsident Felipe Gonzalez aber hat gegenüber den Partnern in der Allianz keinen Zweifel aufkommen lassen, daß Madrid zu den von seinem Vorgänger eingegangenen Verpflichtungen stehen werde.

Gonzalez nutzte seinen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland Anfang des Monats dazu, diese Botschaft an die gesamte Allianz zu richten, daß Spanien „zu den Prinzipien und zu den Verpflichtungen aus dem Bündnis" stehe. Und er bezog darin ausdrücklich den NATO-Doppelbeschluß einschließlich des Stationierungsteils ein. Bundeskanzler Helmut Kohl hatte nach der Aussprache mit dem spanischen Regierungschef auf diese Übereinstimmung verwiesen. Noch während Gonzalez in Bonn und Berlin seinen Staatsbesuch zu Ende brachte, begann in seiner Partei, dem „Partido Socialista Obrero Español (PSOE)" die Kritik an seinen zustimmenden Worten. Mitarbeiter des Ministerpräsidenten beeilten sich gegenüber der spanischen – nicht der deutschen – Presse klarzustellen, daß Gonzalez nicht von „Übereinstimmung", sondern von „Verständnis" für die Bonner Haltung zum NATO-Doppelbeschluß gesprochen hatte. Unbeachtet blieb dabei, daß der Regierungschef ebenfalls in Bonn mitgeteilt hatte, er habe diese seine Übereinstimmung mit dem deutschen Kanzler in der „delikaten" Frage auch in einem Brief an den amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan dargelegt.

Während die spanische Presse auf die Diktion „Verständnis" eingeschworen wurde, um die Verärgerung in Gonzalez' PSOE zu beseitigen, bekam der Ministerpräsident auch Schützenhilfe von seinen deutschen Genossen. Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt – einer der Ziehväter des Andalusiers Gonzalez, bemühte in einer Bundestagsdebatte sogar die spanische Sprache. „Comprehension" habe Gonzalez zu verstehen gegeben – „Verständnis" also, nicht aber sein „Einverständnis". Gonzalez war längst nach Madrid zurückgeflogen. Dennoch mochte das Bundestagsprotokoll in amtlicher Übersetzung zur Beruhigung der spanischen Genossen dienen. Denn das Wort Brandts gilt etwas in der PSOE. Auch hielt der SPD-Vorsitzende damit für die Diskussion in seiner eigenen Partei damit im Protokoll fest, daß Gonzalez nicht wie der französische Sozialist, Staatspräsident Mitterrand, im Gegensatz zur SPD und auf Seite der regierenden Koalition stehe.

Dennoch machte der spanische Regierungschef noch auf deutschem Boden klar, daß sein Land – als Gegenleistung für die Mitgliedschaft in der EG – treuer NATO-Partner bleibe und solange auch ungeliebte Beschlüsse mittrage, wie es dem Bündnis angehöre. „Wir verstehen und solidarisieren uns mit der Entscheidung, die die europäischen Länder (der NATO) treffen."

Grüne: Wir wollen die Unruhe nutzen

DW. Eschwege

Die hessischen Grünen haben die Veröffentlichung einer militärischen Lagekarte für Hessen angekündigt. Derzeit werden unter Anleitung der Landtagsabgeordneten Gertrud Schilling die Kreisverbände mobilisiert. In der Ausgabe Nr. 2/83 des „Grünen Rundbriefs" für den *nordhessischen* Werra-Meißner-Kreis liest sich das so: „Gesucht werden alle militärischen Einrichtungen, also Standorte, Munitionslager, auch Sprengkammern auf den Straßen und was es sonst noch gibt, Bundesgrenzschutz eingeschlossen." Und was sich wie ein Freizeittip ausmacht, entpuppt sich schnell als Aktion im Dienst der Sache: „Macht auch mal Spaziergänge in den Wald, und schaut euch Betonhäuschen näher an."

Die Grünen wollen es *nicht* bei der Auflistung militärischer Einrichtungen belassen. Parallel zur Dokumentation wollen sie Behörden und Dienststellen zur Offenlegung von Details zwingen. Etwa zu der Frage, welche Einheiten in den Kasernen stationiert sind und welche Aufgaben sie erfüllen. Und bei den Munitionsdepots interessiert freilich, welche Kampfmittel dort gelagert sind. Lothar Kilian, Kontaktmann für den Werra-Meißner-Kreis und angehender Pfarrer aus Witzenhausen-Werleshausen, bekennt: „Wir können die Unruhe in der Bevölkerung nutzen. Dann müssen die Behörden entweder offenlegen oder dementieren."

Mit Plakaten und Flugblättern, auf denen die militärische Lagekarte enthalten ist, wollen die Grünen in den hessischen Landtagswahlkampf ziehen. Sie fühlen sich in der Sache durchaus Ministerpräsident Holger Börner (SPD) verbunden. Kilian jedenfalls ist zuversichtlich: „Das ist doch die neue Börner-Linie. Der meint ja auch, *die Amis sollen sagen, wo sie stationieren.*"

Warschau: Hochzeit im Gefängnis

JGG., Haan

Zwei prominente Polen haben sich mit Genehmigung der Behörden im Gefängnis des Sicherheitsdienstes in der Warschauer Rakowieckastraße das Jawort geben dürfen: Die Enkelin von Marschall Pilsudski, Joanna Jaraczewska-Pilsudska, und der Pressesprecher der „Solidarität", Janusz Onieszkiewicz. Beide hatten sich während ihrer Tätigkeit im Pressebüro der inzwischen verbotenen unabhängigen Gewerkschaft kennengelernt. Die Architektin Jaraczewska-Pilsudska war am Ende der Gierek-Ära aus dem Exil in London zurückgekehrt. Ihre Eltern leben noch heute in der britischen Hauptstadt. Onieszkiewicz wiederum kehrte von einer Auslandsreise trotz Verkündung des „Kriegszustandes" nach Warschau zurück und wurde später in ein „Internierungslager" gebracht.

Schlußstrich unter Fall van der Lubbe

dpa, Berlin

Der sogenannte Reichstagsbrandprozeß von 1933 wird nach einem Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) in Karlsruhe nicht wieder aufgerollt. Der 3. Strafsenat des BGH bestätigte damit einen Be*schluß des Berliner Kammerge*richts, einen entsprechenden Antrag des Bruders von Marinus van der Lubbe zu verwerfen. Marinus van der Lubbe war am 23. Dezember 1933 vom damaligen Reichsgericht wegen „Hochverrats" zum Tode verurteilt und am 10. Januar 1934 hingerichtet worden. Der Bruder wollte mit der Wiederaufnahme des Strafverfahrens einen nachträglichen vollständigen Freispruch erreichen.

Wie der BGH feststellte, wurde das Urteil des Reichsgerichts gegen van der Lubbe 1967 aufgrund des Berliner Gesetzes zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts auf acht Jahre Zuchthaus abgemildert. Die mit dem Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens vorgelegten Beweise seien nicht geeignet, einen vollständigen Freispruch herbeizuführen.

Rentenversorgung für Anwälte

H. H. HOLZAMER, Krefeld

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen will erst einmal im Alleingang die Rentenversorgung der Rechtsanwälte im Lande sichern. Wie die Düsseldorfer Rechtsanwaltskammer gestern gegenüber der WELT bestätigte, sei dieses Vorgehen bereits auf die verfassungsmäßige Zulässigkeit überprüft worden. Niedersachsen wolle den gleichen Weg beschreiten. Die anderen Bundesländer würden vermutlich folgen, so daß man im Endergebnis doch zu einer bundeseinheitlichen Lösung kommen werde.

Wie die WELT aus dem Justizministerium in Düsseldorf erfuhr, kann mit der Gesetzesvorlage noch in diesem Jahr gerechnet werden. Danach soll für Rechtsanwälte bis zum 45. Lebensjahr die Mitgliedschaft im Versorgungswerk Pflicht werden, für Ältere die Möglichkeit zur Befreiung bestehen. Anspruch auf Versorgungsleistungen soll nur der haben, der sich durch Zahlungen auch eine Anwartschaft erworben hat.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Am 29. Mai verstarb nach einem erfüllten Leben der Begründer unserer Societät, unser Seniorpartner, väterlicher Freund und Ratgeber

Rechtsanwalt

Dr. Eduard Oehl

In tiefer Trauer nehmen wir Abschied von dem Mann, dem wir Wesentliches in unserer beruflichen und persönlichen Entwicklung verdanken und der uns stets Vorbild bleiben wird.

München, Mai 1983

Dr. Rudolf Nörr • Dr. Alfred Stiefenhofer • Ulrich Lutz
Dr. Friedrich Zimmermann • Peter von Schaabner
Dr. Eckart Rabich • Rüdiger von Pezold • Dr. Bertold Gaede
Dr. Ronald Frohne • Dr. Rolf Sonne • Dr. Stefan Tomicic
Dr. Peter Zier • Uwe Frhr. von Saalfeld • Dr. Dieter Schenk

und alle Mitarbeiter



Ein Gespräch mit Regisseur Max H. Rehbein

Da wird Film zum Leben

Es gibt Regisseure, die kommen von Bühne oder Film und sie dienen der erfundenen Wahrheit, der ersonnenen Geschichte. Andere Fernsehregisseure kommen vom Journalismus, ihr Dienst gilt der szenischen Verwandlung und Widerspiegelung von Wirklichkeit. Die einen arbeiten mit dem Plot eines genauen Drehbuches, das sie mit Hilfe von Schauspielern in Szene setzen. Ihre Medien sind professionelle Darsteller, die ihr berufliches Können und ihre Erfahrung einbringen.

Die anderen, die sich vom Journalismus herleiten, haben keine Schauspieler, ihre Medien sind Menschen, die ihr eigenes Leben und ihr eigenes Schicksal ins Spiel einbringen. Sie sind schauspielerische Laien, so spielen sie denn nicht mehr und nicht weniger als ihre eigene Rolle, und die ist ihnen – wie Max H. Rehbein sagt – „auf den Leib geschrieben". Ihr Drehbuch ist ihr Gespräch, ihre Dramaturgie ist ihr eigenes Dasein, und ihr Regisseur hat sie nicht anhand des Drehbuches zu führen, sondern behutsam in ihrer eigenen Welt zu behalten, aus der sie nicht ausbrechen, von der sie nicht abschweifen dürfen.

Max H. Rehbein – er ist der Regisseur, der, vom Journalismus kommend, diese Gattung Fernsehspiel erfand. Das fing mit Reportagen unter den Altmeistern Peter von Zahn und Ernst Schnabel an, entwickelte sich zu szenisch aufbereiteten „Dokumentationen". Rehbein legt Wert darauf, daß er als Reporter gearbeitet hatte, auch damals noch, als er begann, seine Reportagen publikumsnäher zu gestalten. Bis dann das Fernsehen kam, das ihm erst die optimale Gelegenheit bot – immer noch als Reporter – von der Darstellung der Tatbestände zu der Präsentation von Menschenschicksalen überzugehen. Doch blieb er Reporter, er suchte allerdings nicht allein das Interessante am Schicksal, ihm erschien wichtiger noch das Aufspüren der Zusammenhänge. Er wollte diese menschlichen Schicksale als Destillat ihres Landes verstehen.

Daß Reportage Kunst sein kann, lehrte ihn Kisch, auf den er im Gespräch gern zurückkommt. Zunächst hatte es sich um den Plot gehandelt als Versuch, den Zuschauer zu fesseln, und die dramaturgischen Strukturen seiner Reportagen leichter zu vollziehen. So führte er in den 60er Jahren in einem längeren Sahara-Film eine Leitstory ein, die den roten Faden durch das Sahara-Porträt bildete. Aber das genügte ihm nicht. Er wollte mehr Mensch ins Bild bringen, Mensch, das ist: Schicksal, Sieg und Niederlage, Sehnsucht und Verzweiflung, Liebe und Freude.

Ansätze in dieser Richtung zeigte die Serie „Pioniere und Abenteurer", voll entwickelt erschien das Prinzip aber erst in der New-York-Trilogie („Lefty", „Marathon in New York", „Mann in Eile"). Da flocht Rehbein Menschen, Erlebnisse, Episoden und Ereignisse zu einem Menschenkanevas, einem aus Realitätsteilen und Teilchen zusammengesetzten genauer: komponierten Fernsehspiel, als dessen Fazit ein Stadtporträt – New York – sichtbar wurde.

Ist das nicht Manipulation? frage ich. Rehbein: Alles, was wir machen, ist Manipulation, Kameraschwenk, Schnitt, Aufbereitung – unser Geschäft ist Manipulation. Der Vorwurf träfe mich nur, wenn ich alle die Handhabungen bei der Filmarbeit dem Zuschauer wegheucheln würde, und das tue ich nicht. Ich etikettiere meine Geschichten ja als Fernsehspiel. Übrigens kann bei mir eine Manipulation im Sinne der Verfälschung gar nicht stattfinden, dafür steht meine Produktionsweise.

Ihre Technik?

Nein, mein Verhältnis zu den jeweiligen Medien, also Menschen.



Max H. Rehbein (64) FOTO: YÜKSEL

Ich versuche schon bei der Vorbereitung des Stückes eine völlige Integration der Darsteller zu erreichen, der Darsteller ihrer selbst, versteht sich. Bei mir gilt der Begriff Teamwork in einem viel intensiveren Sinne als sonst, denn die Mitarbeiter jenseits der Kamera haben ja schließlich ihr Schicksal einzubringen.

Zusammenarbeit auf Gegenseitigkeit also?

Ja, denn das Schicksal der Darsteller bleibt ja nicht stehen, es entwickelt sich, während wir miteinander reden und filmen. Der *Film erzählt sich während der* Dreharbeiten weiter.

Da wird ja der Film geradezu zum Leben?

Hören Sie: Ich habe einen Film über das Generationenproblem gedreht. Ich war in langen Gesprächen, zum Teil bis tief in die Nacht, mit dem jungen Mann, der die Hauptrolle innehat, zusammen. Aber während wir zusammen an *dem Film arbeiteten, lief sein* Leben weiter, Entscheidungen kamen auf ihn zu, er besprach sie mit mir, und dann, eines Tages, als eine besondere Entscheidung von ihm verlangt wurde, traf er sie im Film-Dialog, da begegneten sich die Wahrheiten und die Wirklichkeiten, das Leben und ein Abbild.

VALENTIN POLCUCH

KRITIK

Umfassendes Bild von Nicaragua

Seit Wochen beherrschen die Vorgänge in Nicaragua die Titelseiten der gedruckten Medien rund um die Welt, und im Fernsehen läuft kaum eine Nachrichten- oder Magazinsendung ohne einen Bericht über das Drama in dem mittelamerikanischen Land über die Bildschirme. Oft werden die Tatsachen dabei *auf den Kopf gestellt,* vielfach schrecklich simplifiziert, fast immer aus dem Zusammenhang gerissen und dadurch unverständlich dargeboten.

Im „**Weltspiegel**" der ARD wurde es am Sonntag besser gemacht. Da gab der Mittelamerika-Korrespondent des Deutschen Fernsehens eine hochinteressante, umfassende, verständliche und zutreffende Schilderung der Geschehnisse in Nicaragua, vor allem auch ihrer Ursachen und Hintergründe. Jochen Waldmann und sein Team verdienen dafür Anerkennung. Kein Weg war ihnen zu weit oder zu beschwerlich: Sie waren bei den Kämpfen zwischen Sandinisten und Contras im Norden des Landes dabei und lieferten einen spannenden, durch ein Interview mit dem militärischen Anführer der Contras angereicherten Bericht über *Ausbildung, Herkunft und* Ziele der nicaraguanischen Gegenrevolution. Waldmann beleuchtete auch die innenpolitische Szene, scheute vor unbequemen Wahrheiten und heißen Eisen nicht zurück, und sein Kameramann fing Bilder und Szenen ein, die Waldmanns Worte eindrucksvoll untermalten.

Die Schildungen von Front und Etappe wurden ergänzt durch informative Gespräche mit der Vorsitzenden der unabhängigen Menschenrechtskommission, dem Sprecher der nicht-sandinistischen Parteien und sogar einem aufschlußreichen, ja demaskierenden Gespräch mit einem der Comandantes in Managua, deren Politik letztlich zu neuen Kämpfen und Blutvergießen geführt hat.

WALTER H. RUEB

ARD | ZDF | III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.25 Solo für Spaßvögel
10.55 Schaukasten
11.55 Umschau
12.10 Kontakte
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 2 x Kenia
Afrikanische Porträts
Der kenianische Schriftsteller Meja Mwangi und der ARD-Korrespondent Hans-Josef Dreckmann haben gemeinsam einen Film über Kenia gedreht.
17.00 Weltspiegel für Kinder
Mit Hansjürgen Rosenbauer
17.30 Wilde Tiere
Fliegende Füchse
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die Montagsmaler
Ein Spiel mit Sigi Harreis
Heute: Sängerinnen gegen Musiklehrer
21.00 Report
Mit den Themen: UN-Resolution 1503 – ein Ticket in die Freiheit / Geistig-politische Führung – was heißt das? – Ein Interview mit Richard von Weizsäcker / Die Wenden des Holger Börner – Energiepolitik als taktisches Manöver / Das Millionenspiel – Wertpapierhandel im Zwielicht.
Moderator: Günther von Lojewski
21.45 Der Aufpasser
Der Tiger von Bengalen
22.30 Tagesthemen
23.00 Heut' abend
Die ARD-Talkshow mit Joachim Fuchsberger
Zu Gast: Udo Jürgens
Udo Jürgens, 1934 in Klagenfurt geboren, zog es früh zur Musik. Bereits als Fünfjähriger lernte er Mundharmonika spielen, das Akkordeon folgte zwei Jahre später. Neben seiner Schulausbildung am Gymnasium seiner Heimatstadt studierte er ab 1948 Klavier, Gesang und Kompositionslehre am dortigen Konservatorium.
23.45 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Mosaik
Edeltraud Meistermann (77), ein Porträt / 10 000 Mark zu gewinnen / Pfingstbrauch aus der Pfalz
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Strandpiraten
Auf Freiersfüßen
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast; CMD mit „Telegraph"
17.50 Ein Wort aus Musik
Spiel und Spaß mit Heinz Eckner
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Mein Name ist Hase!
Trickreiches mit Bugs Bunny
19.00 heute
19.30 Die Buddik
Eine Geschichte aus dem Saarland
Mit Hans Elwenspoek und Hildegard Wahry u. a.
Regie: Frank Guthke
Matz Uhl, ehemals Hauer im Bergwerk, seit Jahren verwitwet und Rentner, wohnt im Erdgeschoß seines Hauses (landesüblich „Buddik" genannt, was insbesondere ein baufälliges Haus kennzeichnet). Im Obergeschoß wohnt seine Tochter Friedche mit ihrem Mann und beider 15jähriger Tochter Annette. Im Haus regt sich Unfrieden: Schwiegersohn Otto ist es leid, immer vom eigensinnigen Matz abhängig zu sein.
21.00 heute-journal
21.20 Die Zehn – Soziale Wirklichkeit in Europa
Europas teure Grenzen
1. Mit dem Bus von Stuttgart nach Paris / 2. Mit dem Lkw von Holland nach Italien
22.05 Galileo
Film von Joseph Losey nach einem Stück von Bertolt Brecht
00.15 heute

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Abschiedsspiel Paul Breitner
FC Bayern München gegen eine Weltauswahl
22.00 Landesspiegel
Kultur im Gespräch
Was wird aus dem Privat-Fernsehen?
22.50 Formel eins
23.15 Letzte Nachrichten

NORD
20.15 Fußball-Abschiedsspiel Paul Breitner
FC Bayern gegen eine Weltauswahl
21.00 Porträt Paul Breitner
21.10 Halbzeit
Es kommentiert: Eberhard Stanjek
Übertragung aus dem Olympia-Stadion in München
22.00 Nahaufnahme
Bankraub in Schwarmstedt
22.45 Mit Paragraphen leben (4)
23.30 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.30 Im Tal des Todes (1)
19.00 Formel Eins
19.45 Herrchen gesucht
20.00 Tagesschau
20.15 Sportreport: Live aus München
Das Abschiedsspiel für Paul Breitner
In der Halbzeit: Drei aktuell
22.00 Dritte Welt in Nahaufnahme
22.45 Kolonialmacht Venedig (1)

SÜDWEST
18.30 Telekolleg I
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gesamt Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Die Sprechstunde
Die Gesundheitsküche
Nur für Baden-Württemberg
20.15 Forum Südwest
Nur für Rheinland-Pfalz
20.15 Kultur-Kalender
21.00 Landesspiegel
Nur für das Saarland
20.15 Magazin Saar 3
Gesamt Südwest 3
21.15 Ganovenehre
Dt. Spielfilm, 1966
22.45 Les Gammas! Les Gammas! (5)

BAYERN
20.15 Sport aktuell
Fußball-Abschiedsspiel Paul Breitner
FC Bayern München – Weltauswahl
Sprecher: Eberhard Stanjek
Übertragung aus dem Olympiastadion in München
(in der Pause: ca. 21.00 – 21.10) Rundschau
22.00 Das Prinzregententheater
22.05 Im Gespräch
22.50 Z. E. N.
22.55 Dallas
23.40 Rundschau





„Heut' abend" zu Gast in Joachim Fuchsbergers Talkshow: der Sänger und Komponist Udo Jürgens; um 23.00 Uhr in der ARD. FOTO: v. MISERONY

LEICHTATHLETIK / Weltrekord im Diskuswerfen – Rätselraten über Resultate in den Wurfdisziplinen

Wirkt nach dem harten Wintertraining noch die Muskelpille nach oder doch die reine Kraft?

KLAUS BLUME, Bonn

Es wird wieder *hingelangt,* wie jedes Jahr im Frühling. Weltrekord auf Weltrekord fällt in den leichtathletischen Wurfdisziplinen. Der neueste wurde von dem Sowjetrussen Jurij Dumtschew am Sonntagabend beim Diskuswerfen in Moskau erzielt. Dumtschew, 24 Jahre alt und in Fachkreisen nur als mittelmäßiger Techniker bekannt, erzielte 71,88 m. Zuvor hielt Wolfgang Schmidt („DDR") den Rekord mit 71,16 Meter.

Es ist mittlerweile der dritte Weltrekord, der in diesem Jahr geworfen wurde. Den Anfang machte der amerikanische Speerwerfer Tom Petranoff mit geradezu irrwitzigen 99,72 Meter, fortgesetzt wurde die Serie von der sowjetischen Diskus-Spezialistin Galina Salwinkowa mit 73,26 m.

Die Ausbeute ansonsten – auch ohne Rekorde – ist ebenfalls beträchtlich und lohnt schon deshalb, aufgelistet zu werden: Der Amerikaner Laut wuchtete die Kugel auf 21,94 Meter, der Kubaner *Delis den Diskus auf 71,06 m, der* sowjetische Hammerwerfer Litwinow erzielte 83,10 m, die griechische Speerwerferin Sakorafa 72,00 m, die Kugelstoß-Weltrekordlerin Slupianek („DDR") schaffte 21,57 m, und Detlef Michel erhöhte den „DDR"-Rekord im Speerwerfen am Sonntag auf 93,90 Meter. Michel warf innerhalb seiner Serie fünfmal über 90 Meter und dreimal über 93 Meter.

Die letzte Krönung ist vorerst der Diskus-Weltrekord des Moskauers Jurij Dumtschew auf 71,88 Meter. Der 24jährige Sportstudent, 2,00 *Meter groß und 130 Kilogramm* schwer, soll vierzehn Tage zuvor im Training sogar schon über 74 Meter weit geworfen haben. Im vorigen Jahr hatte er vorübergehend den sowjetischen Allunions-Rekord auf 69,16 Meter verbessert. Bei den Europameisterschaften in Athen war Dumtschew dann aber nicht am Start. Er gehörte zu jenen 17 sowjetischen Athleten und Athletinnen, die vom Verband zwar offiziell genannt worden waren, dann aber nach eingehender Dopingkontrolle daheim doch nicht mit nach Griechenland reisen durften. So wartet denn die Fachwelt noch *immer auf den ersten Start* des Olympiafünften von Moskau in einem westlichen Land.

Es ist auch fraglich, ob der neue Weltrekordler Anfang August an den Weltmeisterschaften in Helsinki *teilnehmen wird. Nach seinem* weiten Wurf sagte er nämlich: „Ich will diese Leistung bei der Völkerspartakiade Anfang August in Moskau bestätigen. Das wird mein Saison-Höhepunkt." Dumtschew, der Prototyp eines sozialistischen Sportlers, der schließlich weiß, daß es bei einer solchen Veranstaltung so gut wie keine Dopingkontrollen gibt – im Gegensatz zu Helsinki.

Scharfe Dopingkontrollen, wie sie am Wochenende hierzulande gleich bei drei Veranstaltungen durchgeführt wurden, sind auch in den USA nicht an der Tagesord*nung. Als kürzlich ein* renommierter deutscher Wurfathlet von seinem Amerika-Aufenthalt zurückkehrte, erzählte er, der medikamentöse Hintergrund der kalifornischen Werferbranche habe geradezu unheimliche Ausmaße angenommen. Es scheint ja nicht von ungefähr zu kommen, daß immer dann, wenn das Wintertraining gerade abgeschlossen wurde, Rekorde von unwahrscheinlichen Zuschnitten erreicht werden. Alles im Anschluß an das Wintertraining. Jener Phase also, in der immer noch – verbotene – Kraftpillen geschluckt werden, damit das schwere Krafttraining auch anschlägt. Das ist klammheimlicher Brauch, auch wenn es offiziell keiner zugibt.

Die Sache hat einen Nebeneffekt. Wenn nach dem Krafttraining *die Kraftpillen abgesetzt werden,* wirken sie zwar noch eine ganze Weile leistungsfördernd, doch Spuren dieser Präparate sind bei Dopingkontrollen nicht mehr festzustellen. Im Falle der gewaltigen Würfe vieler Athleten darf also mal wieder spekuliert werden – war es die in ihren Auswirkungen schwer zu berechnende Kraftpille oder nur die reine Kraft?

Die These ist belegbar, zum Beispiel an Hand des früheren amerikanischen Diskus-Weltrekordlers Ben Plucknett. Der 2,01 Meter große und 142 Kilogramm schwere Ben *hatte* am *31. Januar 1981* in Christchurch (Neuseeland) – also mitten aus dem Wintertraining heraus – mit 71,20 m einen neuen Weltrekord geworfen. Die Neuseeländer führten eine Dopingkontrolle durch, und siehe da, „Gentle-Ben" hatte sich gedopt.

Warum die Diskuswerferinnen und -werfer die größte Zahl der erwischten Anabolika-Sünder aus*machen, warum kaum Kugelstoßer* darunter sind und überhaupt keine Hammerwerfer, glaubt der deutsche Diskuswerfer Alwin Wagner zu wissen. Er sagt: „Bei internationalen Sportfesten, wo es keine Dopingkontrollen gibt, gibt es auch selten Diskuswerfen. Wir treten doch hauptsächlich bei Meisterschaften und Länderkämpfen auf. Da wird kontrolliert."

Freilich nicht alle. Schon beim *Länderkampf 1979 gegen die* Sowjetunion in Dortmund sagten die sowjetischen Athleten „Njet" zur Dopingkontrolle und blieben dabei. Und wenn ihnen das nicht garantiert wird, bleiben sie eben daheim und werfen, wie der neue Diskus-Weltrekordler Dumtschew, vor eigenem Publikum.

NACHRICHTEN

Lattek unterschrieb

München (sid) – Udo Lattek hat beim Fußball-Bundesligaklub FC Bayern München einen Ein-Jahres-Vertrag als Trainer unterschrieben. Er tritt sein Amt am 10. Juli an.

Ribbeck nannte Aufgebot

Frankfurt (sid) – Mit Bernd Franke (Braunschweig), Karl Del'Haye (München), Jimmy Hartwig und Jürgen Groh (beide Hamburg) berief Trainer Erich Ribbeck für das Qualifikationsspiel der deutschen Fußball-Olympiamannschaft gegen Israel (8. Juni in Wuppertal) vier Spieler in sein Aufgebot, die bereits in der A-Mannschaft berücksichtigt wurden. Mit dabei sind auch Bernd Wehmeyer (Hamburg) und Herbert Waas (Leverkusen), die Jupp Derwall als Debütanten für das A-Länderspiel gegen Jugoslawien (7. 6. in Luxemburg) berufen hat.

Magath soll bleiben

Hamburg (sid) – Europapokalsieger Hamburger SV hat seinem Spielmacher Felix Magath eine Vertragsverlängerung bis 1987 angeboten. Magath hatte zuvor nach der Saison 83/84 einen Wechsel ins Ausland angedeutet.

Golf: Ballesteros führt

Sandwich (dpa) – Der zweimalige Masters-Gewinner Severiano Ballesteros (Spanien) übernahm bei den Britischen PGA-Meisterschaften der Golfer nach drei Runden mit 207 Schlägen die alleinige Führung. Die beiden Deutschen Bernhard Langer (Anhausen) und Heinz-Peter Thül (Hubbelrath) waren bereits nach den beiden ersten Runden ausgeschieden.

Breitners Abschied live

München (DW.) – Das Münchner Olympiastadion ist beim Abschiedsspiel von Paul Breitner heute abend mit 78 000 Zuschauern ausverkauft. Alle Dritten Fernsehprogramme übertragen das Spiel zwischen Bayern München und einer Fußball-Weltauswahl ab 20 Uhr live.

STAND ● PUNKT

Feuertaufe

Nun laßt mal die Kirche im Dorf. Bislang gab es seit 1973 bei Kunstturn-Europameisterschaften stets Medaillen für den Deutschen Turnerbund (DTB). In Varna reduzierte sich das auf den vierten Platz von Albert Haschar im Pferdesprungfinale. Bundes-Kunstturnwart Herwig Matthes nannte das ein „insgesamt enttäuschendes Abschneiden" und befürchtet sogar, man könne sich nicht für die Olympischen Spiele 1984 qualifizieren. *Die Deutsche Presse-Agentur* (dpa) wirft meinem ehemaligen Trainer Vaclav Kubicka vor, er habe sich jahrelang in meinen Erfolgen gesonnt und kassiert.

Warum denn dieses Scherbengericht? Kubicka hat sich nie gesonnt, er hat gearbeitet, und dafür wurde er entsprechend entlohnt. Aber zurück zu Varna: Haschar machte Fortschritte, Japtok und Wagner – ebenso EM-Debütanten – turnten nervös. Warum? Weil in der Riege ein ruhender Pol fehlte. Doch bei den Weltmeisterschaften im Herbst in Budapest wird sich das ändern. Denn in Varna fehlten einige unserer besten Turner: Groß, Geiger, Rohrwick, Winkler.

Die drei anderen haben jetzt in Varna ihre Feuertaufe erlebt, ihre Nervosität wird sich legen, die *Kampfrichter haben obendrein* keine Unbekannten mehr vor sich. Ein Scherbengericht hilft nichts, denn man weiß, auf was es jetzt ankommt.

EBERHARD GIENGER

WELT-Autor Eberhard Gienger (31) ist Deutschlands erfolgreichster Kunstturner aller Zeiten.

GALOPP / Erfolg in Paris, aber Trainer sagt:

Orofino soll nicht mehr im Ausland starten . . .

MICHAEL PLEYER, Paris

Daß ein deutsches Pferd in einem französischen Rennen bei den Wettern Beachtung findet, ist eine Seltenheit. Das gilt verstärkt, wenn es um eine Prüfung wie den Prix Dollar geht, in dem am letzten Sonntag Deutschlands Spitzengalopper Orofino am Start war. Das letzte Mal, daß ein deutsches Pferd in diesem renommierten Rennen eine Rolle zu spielen vermochte, war im Jahre 1970, als Gestüt Schlenderhans Priamos gewann. Abgesehen von Star Appeals Sensationssieg im Prix de l'Arc de Triomphe 1975 kam anschließend nicht mehr viel, was die Franzosen für Galopper aus Deutschland hätte einnehmen können.

Schon im Führring fand der fünfjährige Orofino wegen seiner mächtigen Erscheinung viele Bewunderer, das Pferd aus Köln hatte später sogar lautstarke „Südkurvenfans".

Mit seinem hervorragenden zweiten Platz unter seinem Dauerjockey Peter Alafi hat der zweimalige deutsche Galopper des Jahres auch im Turfmekka von Paris-Longchamp überzeugt. Die deutsche Vollblutzucht, die aus internationaler Sicht immer mehr in die Mittelmäßigkeit zu verfallen drohte, hat an Prestige (und Wert) dazugewonnen. Zumindest ihr Spitzenvertreter Orofino, der in Paris für seinen zweiten Platz umgerechnet rund 35 000 Mark erhielt.

Aber trotz des ermutigenden Auslandsdebüts seines Schützlings ist Trainer Sven von Mitzlaff (69) entschlossen, bei seinem bisherigen Entschluß zu bleiben, den Hengst vorerst nur in Deutschland einzusetzen. Das Rennen sei doch sehr hart gewesen, Orofino brauche jetzt Schonung, so der Trainer. So soll der nächste Start im Hamburger Hansa-Preis stattfinden. 60 000 Mark gibt es dort zu gewinnen, für ein Pferd von der Klasse Orofinos *nur ein geringes Geld.* Einen Tag später gäbe es in Paris den Grand Prix de Saint-Cloud mit einer Siegdotierung von einer Million Franc (rund 350 000 Mark). Die Distanz dort wäre passend, ein Sieg würde Orofinos Marktwert vervielfachen. Internationale Experten wie Desmond Stoneham vom International Racing Bureau raten deshalb zu einem Start: „Die Gegner werden gerade in diesem Jahr nicht übertrieben stark sein." Auch ein Start in den Hardwicke Stakes in Ascot bietet sich an, aber Orofino-Besitzerin Hela Bresges winkte schon ab: „Unser Trainer reist nicht gerne." Die Chance bleibt ungenutzt . . .

FUSSBALL / Uwe Reinders – Weltmeister Italien

Wechsel nach Paris

dpa, Bremen

In der Fußball-Bundesliga bahnt sich wieder ein interessanter Transfer an: Fünf Tage vor dem Saison-Finale im Weser-Stadion gegen den VfL Bochum hat der viermalige Nationalspieler Uwe Reinders seinen Wechsel von Werder Bremen zu Racing Paris angekündigt. Reinders vollzieht diesen Schritt nicht aus sportlichen, sondern allein aus *finanziellen* Gründen. Uwe Reinders zum Angebot des französischen Zweitligaklubs: „Meine private Situation ist allen bekannt. *Ich kann mich auf einen* Schlag sanieren." Eine Million Mark Ablösesumme soll nach ersten Informationen Werder erhalten, für Reinders sind 1,2 Millionen Mark für einen Vierjahresvertrag im Gespräch.

Rund 800 000 Mark Verbindlichkeiten machen dem früheren Nationalspieler zu schaffen, die er in einer Spielbank verloren hat. Mit Autogrammstunden, Bücherschreiben und der Jahresgage von etwa 200 000 Mark bei Werder wird Reinders seine Gläubiger so schnell nicht zufriedenstellen können. Reinders: „Deshalb muß ich diese einmalige Chance nutzen. Ich glaube, das wird jeder verstehen."

Der Spieler nutzt damit die Möglichkeit, die ihm das Werder-Präsidium vor Monaten schon eröffnete. Vize-Präsident Klaus-Dieter Fischer: „Wir haben Reinders die vorzeitige Freigabe aus seinem bis 1985 laufenden Vertrag schon erteilt. Allerdings muß die Ablösesumme auch für uns stimmen." Morgen wollen beide Vereine in Bremen erste Kontakte knüpfen, um den Transfer perfekt zu machen.

Das „Einwurftor" von Reinders im Spiel gegen Bayern München zählt zu den Kuriositäten der Bundesliga. Durch sein Tor am vergangenen Samstag beim 1:0-Erfolg in Frankfurt sorgte Uwe Reinders dafür, daß der letzte Spieltag in der Bundesliga *in der Tat zum Saison*-Höhepunkt wird – und Werder bis zum Abpfiff um die deutsche Meisterschaft spielt.

Erneut blamiert

sid/dpa, Rom/Stockholm

Nur vier Tage nach der 0:1-Niederlage von Juventus Turin im Fußball-Europapokal-Endspiel gegen Hamburger SV gab es für den italienischen Fußball die nächste herbe Enttäuschung. Weltmeister Italien *muß* nach der 0:2-Niederlage gegen Schweden in Stockholm vorzeitig alle Träume von einer *Teilnahme* an *der Endrunde* um die Europameisterschaft 1984 in Frankreich begraben. Auch im fünften Spiel der Gruppe 5 blieben die Italiener damit sieglos und ran*gieren in der Tabelle mit* 3:7 Punkten abgeschlagen auf dem vierten Platz. Chancen auf den Gruppensieg, der alleine zur Finalteilnahme berechtigt, haben nur noch die CSSR, Schweden und Rumänien, die bei je 7:3 Punkten *gleichauf* an der Spitze liegen.

Die italienische Presse ging mit den einstigen Helden von Madrid hart ins Gericht. Die römische Zeitung „Corriere dello Sport" schrieb zu dem Spiel: „Der Weltmeister auch von Schweden gedemütigt. Man kann nicht nur von Erinnerungen zehren." Das Mailänder Blatt „Corriere della Sera" bezeichnete die Niederlage als „peinlichen Abschied von Europa". Am härtesten kritisierte „Gazzetta dello Sport" (Mailand) die Mannschaft um Trainer Enzo Bearzot: „Vom Triumph ins Lächerliche. Die Welt*meisterelf geht in Schande* unter, von Schweden geschlagen, aus Europa wegradiert. Bearzot, willst Du immer noch diese Elf verteidigen?" Trotz der Pleite wackelt aber Bearzots Trainer-Stuhl nicht. Italiens Verbands-Präsident Federico Sordillo erklärte nach dem Spiel: „Ich bin natürlich schwer enttäuscht, aber in erster Linie von der Mannschaft. Wir halten zu Bearzot." *Wie die Presse verlangte* allerdings auch der Präsident vom Nationaltrainer im Hinblick auf die Weltmeisterschaft 1986 in Mexiko eine Verjüngung der National*mannschaft.*

Bearzot versprach nach dem Spiel: „Wir werden anfangen, an die Zukunft zu denken."

ZAHLEN

FUSSBALL

EM-Qualifikation, Gruppe 5, in Stockholm: Schweden – Italien 2:0; Tabelle: 1. CSSR (12:5 Tore/7:3 Punkte), 2. Schweden (10:4/7:3), 3. Rumänien (6:2/7:3), 4. Italien (3:6/3:7), 5. Zypern (3:17/2:10); **Gruppe 7, in Reykjavik:** Island – Spanien 0:1; Tabelle: 1. Spanien (11:5/11:1), 2. Holland (9:3/5:3), 3. Irland (7:7/5:5), 4. Malta (4:1/2:6), 5. Island (2:7/1:9).

Aufstiegsrunde zur zweiten Liga, 1. Spieltag, Gruppe Nord: St. Pauli – Hamm 1:0, Charlottenburg – Oberhausen 1:2; Gruppe Süd: Unterhaching – Ulm 0:0, Saarbrücken – Bürstadt 3:2.

LEICHTATHLETIK

Bundesliga-Finale, in Fulda, Endstand, Männer: 1. Bayer Leverkusen 31 049 Punkte, 2. TV Wattenscheid 30 795; **Frauen:** 1. Bayer Leverkusen 22 118, 2. LAV Düsseldorf 20 579, 3. LAC Fürth 19 978.

Mehrkampf-Meeting in Götzis (Österreich), **Männer:** Zehnkampf: 1. Degtjarjow (UdSSR) 8454 Punkte (Jahresweltbestleistung/Einzelleistungen: 100 m 11,12 Sek., Weitsprung 7,52 m, Kugelstoßen 16,00 m, Hochsprung 2,08 m, 400 m 49,77, 110 m Hürden 14,74, Diskuswerfen 50,88 m, Stabhochsprung 4,90 m, Speerwerfen 59,22 m, 1500 m 4:25,20 Min.), 2. Achapkin (UdSSR) 8181, 3. Steen (Kanada) 8162 (Landesrekord); **Frauen:** Siebenkampf: 1. Schubenkowa (UdSSR) 6526 (Jahresweltbestleistung/Einzelleistungen: 100 m Hürden 13,26 Sek., Hochsprung 1,80 m, 200 m 23,79, Kugelstoßen 13,81 m, Weitsprung 6,41 m, Speerwerfen 40,42 m, 800 m 2:06,41 Min.), 2. Dimitrowa (Bulgarien) 6440, 3. Nenewa (Bulgarien) 6250.

MOTORSPORT

1000-Kilometer-Rennen, 3. Lauf zur Endurance-WM, Nürburgring: 1. Jacky Ickx/Jochen Mass (Belgien/Bad Dürkheim) Porsche 956, 44 Runden (916,608 km), 5:26:34,63 Std., 2. Bob Wollek/Stefan Johannson (Frankreich/Schweden) Porsche 956, 4:00,36 Min. zurück, 3. Keke Rosberg/Jan Lammers/Jonathan Palmer (Finnland/Holland/England) Porsche 956, eine Runde zurück; **Stand in der WM-Markenwertung:** 1. Porsche 60 Punkte, 2. Lancia 11, 3. Aston Martin 4; **Fahrerwertung:** 1. Wollek 50 Punkte, 2. Ickx und Mass je 35.

REITEN

CSIO in Hickstead (England), Preis der Nationen: 1. Frankreich 19,75 Strafpunkte, 2. *Holland,* 28, 3. Deutschland (Gerd Wiltfang, Norbert Koof, Michael Rüping, Paul Schockemöhle), Australien und Großbritannien alle 32.

TENNIS

Internationale Meisterschaften von Frankreich in Paris, Herren-Einzel, Achtelfinale: Lendl (CSSR) – Gottfried (USA) 7:6, 6:4, 6:3, Roger-Vasselin (Frankreich) – Luna (Spanien) 6:2, 6:3, 1:6, 6:1. Damen, Viertelfinale: Durie (England) – Austin (USA) 6:1, 4:6, 6:0.

TURNEN

15. Europameisterschaften in Varna, Gerätefinals: Boden: 1. Petkow (Bulgarien) und Juri Korolew (UdSSR) beide 19,45 Punkte, 3. Guczoghy (Ungarn), **Seitpferd:** 1. Guczoghy 19,85, 2. Korolew und Pogorelow (UdSSR) beide 19,70, **Ringe:** 1. Petkow und Bilosertschew (UdSSR) beide 19,60, 3. Zellweger (Schweiz), Guczoghy und Molnar (Rumänien) alle 19,35, **Pferdsprung:** 1. Bilosertschew 19,80, 2. Brylock („DDR") 19,75, 3. Korolew 19,70, **Barren:** 1. Korolew 19,55, 2. Houtow (Bulgarien) 19,40, 3. Guczoghy 19,20, **Reck:** Bilosertschew 19,80, 2. Brylock 19,55, 3. Vatuone (Frankreich) 19,50.

GEWINNZAHLEN

6 aus 45: 9, 16, 17, 26, 27, 32, Zusatzzahl: 30 (Ohne Gewähr).

Pelsche tot – Füllt Andropow Politbüro auf?

dpa/AP/AFP, **Moskau**

Im Alter von 84 Jahren ist das sowjetische Politbüro-Mitglied Arwid Pelsche gestorben. Zum letzten Mal war Pelsche bei einer Lenin-Feier am 22. April öffentlich aufgetreten.

Ohne Pelsche hat das Politbüro nur noch elf Mitglieder. Bis zum Tode des Partei-Ideologen Michail Suslow Anfang 1982 hatten dem höchsten Führungsgremium der Partei insgesamt 14 Mitglieder angehört. Inzwischen ist Leonid Breschnew gestorben und Andrej Kirilenko zum Rücktritt gezwungen worden. Beobachter rechnen damit, daß Generalsekretär Andropow auf einer ZK-Plenartagung im Juni die vakanten Sitze im Politbüro, in dem es seit dem Tode Breschnews interne Machtkämpfe gegeben haben soll, mit eigenen Gefolgsleuten besetzen wird.

Der Lette Pelsche war seit 1966 Vollmitglied des Politbüros und zugleich Vorsitzender der Partei-Kontrollkommission. In den offiziellen Biographien wurde hervorgehoben, daß Pelsche aktiv als bolschewistisches Parteimitglied an der Oktober-Revolution von 1917 teilgenommen habe und den Staatsgründer Lenin noch persönlich gekannt habe. Pelsche war Parteisekretär für Agitation und Propaganda in Lettland, bevor er 1959 Parteichef dieser baltischen Sowjetrepublik wurde.

Pelsche war ein Schwager Suslows. Beide besuchten in den 30er Jahren das Moskauer „Institut der Roten Professur" und hatten den Beinamen „Rote Professoren". Nach der Wiedereroberung der von der UdSSR annektierten baltischen Länder am Ende des Zweiten Weltkrieges arbeitete Pelsche mit Suslow an der Eingliederung Lettlands in das sowjetische Reich.

Carstens dankt Paris für Truppen-Stationierung

Besuch des Bundespräsidenten bei französischen Soldaten

GRAF KAGENECK, **Münsingen**

Zum ersten Mal hat ein deutsches Staatsoberhaupt gestern die in der Bundesrepublik stationierten französischen Truppen besucht. Bundespräsident Karl Carstens dankte Frankreich für die Stationierung seiner Soldaten. Die deutsche Bevölkerung wisse den Dienst, den die französischen Truppen „im Interesse unserer gemeinsamen Sicherheit" leisten, zu schätzen, sagte er im Hauptquartier des 2. französischen Armeecorps in Münsingen, südlich von Ulm. „Ihre Anwesenheit ist ein Zeichen der französischen Mitverantwortung und des französischen Engagements für die gemeinsame Verteidigung. Wir Deutsche sind Ihnen dankbar dafür."

Carstens sagte, an der Selbstverständlichkeit, mit der französische Staatsbürger in der Bundesrepublik ihren Wehrdienst ableisteten und mit der die Streitkräfte beider Länder zusammenarbeiten, könne man den Fortschritt ermessen, den die deutsch-französische Verständigung und den die Einheit Europas gemacht hätten. Er verwies darauf, daß nach dem Willen der Regierungen in Paris und Bonn die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigung künftig noch vertieft werden solle.

Begleitet von Verteidigungsminister Wörner war Carstens auf dem Truppenübungsplatz Münsingen vom französischen Außenminister Charles Hernu empfangen worden. Hernu versicherte, daß seine Regierung verteidigungspolitisch voll zum NATO-Bündnis stehe. Auf die Frage, ob in Zusammenhang mit französischen Sparmaßnahmen ein Abbau französischer Truppen in der Bundesrepublik zu befürchton sei, erwiderte er, zu solchen Themen wolle er sich nur in Frankreich äußern.

Carstens gab nach einer etwa zweistündigen Übung, bei der das 2. französische Armeecorps mit Panzern, gepanzerter Artillerie, Mörsern, Panzerabwehrhubschraubern, Transporthubschraubern und Fallschirmspringern seine Feuer- und Schlagkraft demonstrierte, seiner „hohen Anerkennung über den ausgezeichneten Ausbildungsstand und die hohe Präzision des Schießens" Ausdruck.

Er begrüßte die vielen persönlichen Kontakte, die zwischen französischen und deutschen Soldaten und zwischen französischen Soldaten und der deutschen Zivilbevölkerung herrschten. Sie seien ein wichtiges Element der Freundschaft. Er sei der Einladung des französischen Verteidigungsministers um so lieber gefolgt, als er damit die Verbundenheit der Deutschen mit den französischen Soldaten unterstreichen konnte.

Auf die Frage eines französischen Journalisten nach der deutschen Friedensbewegung sagte der Bundespräsident: „Ich bin überzeugt, daß alle Deutschen den Frieden ernsthaft wollen. Aber wer ihn wirklich will, muß auch die Mittel zu seiner Bewahrung wollen. Ich glaube nicht, daß eine einseitige Abrüstung eines dieser Mittel ist. Ich glaube ebenfalls nicht, daß die Friedensbewegung unsere Sicherheit oder die Sicherheit der Bundeswehr beeinträchtigen könnte."

Der französische Verteidigungsminister Charles Hernu fügte ergänzend ein Zitat von Präsident Mitterrand hinzu: „Pazifismus ist ein Postulat, dessen Ergebnis nicht der Friede ist."

Bundesrichter: Volksbefragung nicht illegitim

AP/DW. **Köln**

Verfassungsbeschwerden gegen die vom Herbst an geplante Stationierung von amerikanischen atomaren Mittelstreckenwaffen in der Bundesrepublik sind nach Auffassung des Richters am Bundesgerichtshof, Heinz Recken, grundsätzlich möglich. In einem Interview des Deutschlandfunks sagte Recken gestern, falls sich durch die Nachrüstung „eine akute Lebensgefahr für uns alle" ergebe, gewähre das „andere Rechte, als wenn es nur darum geht, daß irgendein Gesetz den Bürgern nicht paßt oder einer Minderheit nicht paßt".

Bislang gebe es „keinerlei gesetzliche Legitimation für diese Gefährdung unseres Volkes". Es gebe kein Nachrüstungsgesetz, sondern nur Regierungsabkommen. Es sei zwar umstritten, welche Rechte die Regierung aus ihrer außen- und wehrpolitischen Kompetenz habe, doch ergebe sich aus Artikel II des Grundgesetzes über das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, daß eine „akute Lebensgefahr für Menschen" nicht ohne gesetzliche Billigung vorgenommen werden könne.

Recken wies darauf hin, daß Verfassungsbeschwerden, in denen derart argumentiert worden sei, bisher nicht angenommen wurden. Doch habe auch noch nicht die akute Gefahr bestanden.

Recken wollte nicht ausschließen, daß „mir nicht als Bürger eines Tages auch das Recht auf Notwehr- und Notstandsbestimmungen zusteht". Eine Volksbefragung – auch wenn sie das Grundgesetz nicht vorsehe – sei jedenfalls „nicht illegitim". Man könne sich nicht auf die Bundestagswahl berufen, da diese weitgehend über andere Dinge gegangen sei.

Eppler nennt US-Politik „tödlich"

Er greift mit einem Buch vor dem Kirchentag wieder in Abrüstungs-Debatte ein

X. H. KUO/DW. **Stuttgart**

Wenige Tage vor dem Evangelischen Kirchentag in Hannover (8. bis 12. Juni) hat der Präsident des Kirchentages und SPD-Politiker Erhard Eppler das unumwundene Nein zur atomaren Wettrüstung zur Christenpflicht erklärt. In seinem neuesten Buch „Die tödliche Utopie der Sicherheit", das gestern in Stuttgart veröffentlicht wurde, hält Eppler der (westlichen) Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) die Bruderkirche in der „DDR" vor, die mit ihrem eindeutigen Eintreten gegen das atomare Wettrüsten „furchtlos und zuversichtlich die Freiheit eines Christenmenschen gegenüber einer offen atheistischen Regierung" praktiziere.

Die Verteidigungspolitik von US-Präsident Ronald Reagan sei eine Utopie, die „nicht nur schäbig, sondern auch tödlich" sei – und zwar „nicht nur für die anderen, sondern vor allem für den, der sich ihr verschreibt". Diese Politik der „schäbigen Utopie von der vollkommenen Sicherheit" sei auch „die Folge technokratischer Blickverengung", die, wie alle Verengungen, mit Angst zu tun habe.

Kein Tropfen Hoffnung herauszuwringen

Aus der Strategie Reagans sei, so Eppler, „kein Tropfen Hoffnung mehr herauszuwringen, wie immer man sie dreht und preßt und windet. Sie kann nur da enden – und dies ist das Ende einer Kette in sich zwingender Logik –, wo wir alle, nicht nur die USA, durch die Gefährdungen dieses Lebens nicht mehr verwundbar sind – im Tode". – Der „Realitätsverlust" in dem der US-Verteidigungspolitik zugrunde liegenden Denkmodell stelle auch Christen neu vor die Frage, worauf sie sich verlassen wollen: „auf ihre tödliche Fähigkeit, den Feind und vielleicht sich selbst notfalls mit Sicherheit umzubringen, oder auf die lebenschaffende Gewißheit, daß sie niemals anderswo hinfallen als in die Hände des lebendigen Gottes".

Während Eppler vor wenigen Tagen noch angekündigt hatte, daß er sich mit Rücksicht auf sein Präsidentenamt auf dem Kirchentag mit persönlichen Äußerungen zurückhalten wolle, lehnt er jetzt öffentlich in seinem Buch die seinerzeit von ihm selbst mit getragene These 8 der „Heidelberger Thesen" aus dem Jahre 1959 ab, die 1981 Grundlage für die EKD-Friedensdenkschrift war. Danach muß die Kirche „auch die Beteiligung an dem Versuch, durch das Dasein von Atomwaffen einen Frieden in Freiheit zu sichern, als eine heute noch mögliche christliche Handlungsweise anerkennen". Nach Epplers Ansicht ist durch die „totale einseitige Abschreckung durch die Androhung des gewinnbaren Atomkrieges", wie sie von der Washingtoner Regierung jetzt praktiziert werde, die wichtigste Voraussetzung für die Zustimmung zu dieser These entfallen – nämlich, daß sie ausschließlich der Friedenssicherung zu dienen habe.

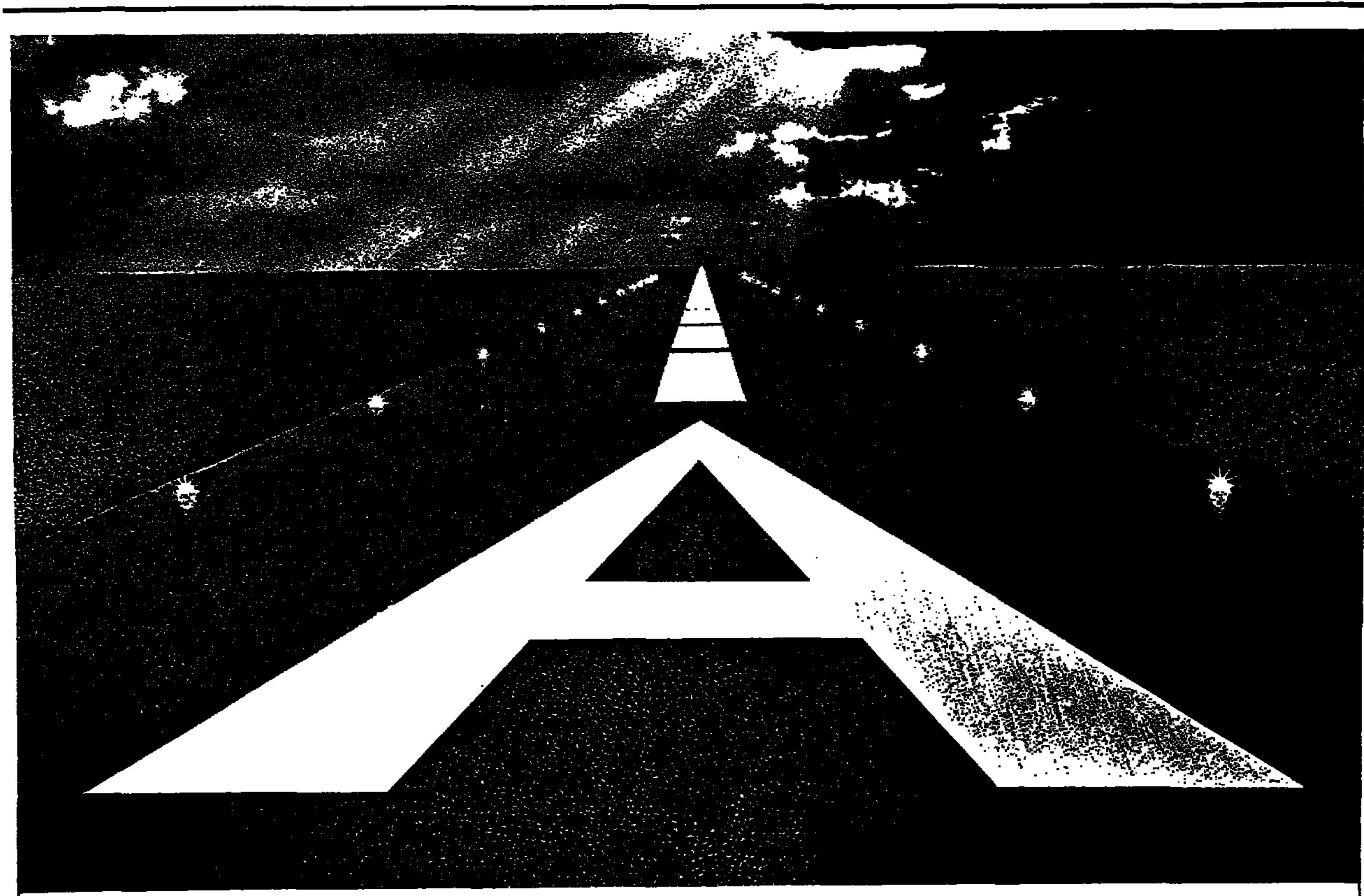
Als beispielhaft bezeichnet Eppler in seinem Buch die Haltung der Evangelischen Kirche in der „DDR", die weitaus eindeutiger gegen das atomare Wettrüsten als die EKD aufgetreten sei. Die Kirchen in der „DDR" seien „näher an dieser Realität" der 80er Jahre: „Das Ja oder Nein zu atomaren Vernichtungsmitteln hat also durchaus, so empfinden die Christen in der DDR, mit dem Glauben zu tun."

Die Thesen der SED zum 500. Geburtstag Luthers deuteten darauf hin, „daß die Führung der DDR es wohl aufgegeben hat, die Mehrzahl der DDR-Bürger zu feurigen Kommunisten, zu Revolutionären im Sinne Thomas Münzers zu erziehen. Es reicht, wenn sie loyal mitarbeiten, fleißig sind und nicht gegen die Obrigkeit rebellieren."

Für eine Befreiung von Ideologien

In seinem Buch spricht Eppler von einer „Entideologisierung der Außenpolitik" im Ostblock und einer „Re-Ideologisierung" vor allem in den USA. Dabei sei gerade die Befreiung von Ideologien ein wesentliches Element für eine erfolgreiche Friedenspolitik. Als weitere mögliche Schritte nennt Eppler eine einseitige Abrüstung, eine „Auflockerung der Blöcke", ein Europa, das vor allem mit der Dritten Welt zusammenarbeite. Auch die „soziale Verteidigung" und der „zivile gewaltlose Widerstand" durch „Verweigerung jeder Kooperation mit Besatzern" hält Eppler in seinem Buch für zumindest überlegenswerte Alternativen zur Verteidigungspolitik. In seinem Buch geht er auch auf die Beschlüsse zur Abwehr von Extremisten im öffentlichen Dienst ein und stellt die Frage, ob die „Berufsverbote für eine jämmerlich kleine Zahl bekennender Kommunisten etwa der Freiheit in unserem Gemeinwesen gedient" hätten. Er kommt zu dem Ergebnis, daß „das Resultat weniger, nicht mehr Freiheit war, dazu eine Vergiftung des politischen Organismus, die unsere politische Kultur schwächen läßt".

Seite 2: Auf der Hut



Bräutigam erfuhr erst über ADN von Vogels Visite

Treffen mit Honecker blieb 24 Stunden lang geheim

hrk. **Berlin**

Als Hans-Jochen Vogel am Sonntagabend wieder in seiner Wohnung im Westberliner Villenvorort Schlachtensee eintraf, war die Überraschung perfekt: Selbst die Ständige Vertretung Bonns in Ost-Berlin wußte nichts von Vogels Treffen mit Erich Honecker. „Wir haben das erst erfahren, als ADN um 16.59 Uhr die erste Meldung tickerte", sagte ein Sprecher von Staatssekretär Hans Otto Bräutigam der WELT.

Vogel und seine Frau Lieselotte waren am Samstag im Privat-„Golf", mit einem üblichen Westberliner Besuchervisum versehen, zum Jagdschloß Hubertusstock und am Abend weiter nach Dresden gefahren. Der SPD-Fraktionschef ließ sich bei der vierstündigen Unterredung mit Honecker von einem der kundigsten Spezialisten der Senatskanzlei des Regierenden Bürgermeisters begleiten: Dieter Schröder, Privatdozent, war seit Vogels Wahlniederlage im Mai 1981 als sein Chef-Berater in allen Fragen der Berlin- und Deutschland-Politik sowie von Status-Problemen in den Stab der Berliner SPD-Fraktion gewechselt. Schröder ist – auch publizistisch – vor allem als Fachmann für die schwierigen Rechtsfragen der S-Bahn hervorgetreten. Er fertigte gestern einen umfassenden Bericht über das Gespräch für die Bundesregierung an.

Auf Vogels Wunsch

Auf seiten der „DDR" nahm an der Unterredung auch der Leiter von Honeckers Kanzlei, Staatssekretär Frank-Joachim Herrmann, teil. – 24 Stunden lang blieb der vierstündige Meinungsaustausch geheim – offenbar auf Vogels Wunsch, der wegen eventueller Rückfragen erst seine Rückkehr aus Dresden nach West-Berlin abwarten wollte, ehe die Tatsache der Unterredung für die Ostberliner Agentur ADN freigegeben wurde.

Die ersten Hinweise auf ein „wichtiges Ereignis" erhielten westliche Korrespondenten in Ost-Berlin im Laufe des Sonntagnachmittags, als amtliche Stellen auf alsbald zu erwartende Texte, Bilder und Filmberichte hinwiesen. Die „Aktuelle Kamera" des Ost-Fernsehens brachte die Meldung vom Treffen am Sonntagabend an erster Stelle und sendete einige Schnittbilder ohne Ton.

Mehrere Reizthemen

Im „Neuen Deutschland" nahm der ADN-Bericht über die Begegnung im Gästehaus Hubertusstock, wo Helmut Schmidt im Dezember 1981 mit seiner Delegation wohnte, gestern den Rang eines Aufmachers ein. Ungewöhnlich und nur mit einer von Ost-Berlin gewünschten Signal-Funktion zu erklären ist der Umstand, daß der Text detailliert mehrere innerdeutsche Reizthemen aufführt, die erörtert worden seien: „Das Problem des Mindestumtauschs, die Abwicklung des Transitverkehrs sowie humanitäre Fragen". Hinter dieser Formel verbirgt Ost-Berlin in der Regel die von Bonn gewünschten menschlichen Erleichterungen.

Vogels Ausflug an den Werbellinsee rund 50 Kilometer nördlich von Berlin fand nahezu auf den Tag zehn Jahre nach der Begegnung von Vogels Vorgänger im Fraktionsvorsitz, Herbert Wehner, mit Honecker statt. Wehner war – gemeinsam mit dem damals aus Dresden kommenden Wolfgang Mischnick – am Himmelfahrtstag 1973, dem 31. Mai, von Honecker auf der Terrasse seines Landhauses am Wandlitzsee empfangen worden.

Eichmann-Stück in Bonn verwirrte die Zuschauer

■ Fortsetzung von Seite 1

nen Endlösung, sondern sozusagen nur ihr oberster Transportoffizier gewesen – eine Art von Evakuierungsleiter, der selbst mit der Ausrottung der Juden nichts zu tun hatte: „Ich habe nie einen schriftlichen Befehl gesehen. Ich weiß nur, daß Heydrich mir sagte: Der Führer hat die physische Vernichtung der Juden befohlen." Er selbst aber habe „nie einen Juden getötet". „Ich habe auch keinen Nicht-Juden getötet. Ich habe überhaupt keinen Menschen getötet"; auch sei er „weder Judenhasser noch Antisemit" gewesen. Die Banalität des Bösen (Hannah Arendt), für die das Verhör Eichmanns den zeithistorischen Beleg geliefert hat, fand ihren vielleicht prägnantesten Ausdruck in seiner Feststellung: „Nie wäre es mir eingefallen, mich in die Nesseln einer eigenen Entscheidung zu setzen."

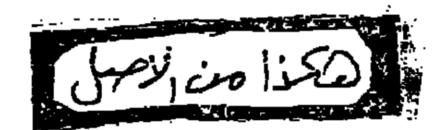
Weitere zeithistorische Stücke wollen die Bühnen der Stadt Bonn möglichst in Zusammenarbeit mit dem Fernsehen nach demselben dramaturgischen Konzept herausbringen, das in dieser Sendung neben Betroffenheit auch bewußt Ratlosigkeit im Publikum hervorrufen wollte.

Der aus Berlin stammende Israeli, der dieser Live-Übertragung aus der Halle Beuel beiwohnte, hat inzwischen als eine Geste der Versöhnung gegenüber dem deutschen Volk neben seiner israelischen auch wieder die deutsche Staatsangehörigkeit erworben. Less hatte durch die nationalsozialistischen Judenverfolgungen seine engsten Angehörigen verloren.

*

DW. **Bonn**

Als „geschichtliche und politische Lehrstunde ersten Ranges" hat der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes, die Fernseh-Diskussion gewertet. Die Spiel-Diskussion habe gezeigt, daß man systematischen Völkermord nicht vergleichen könne mit politischen Auseinandersetzungen wie zum Beispiel gegenwärtig in Nicaragua. Er habe sich anschließend mit den israelischen Teilnehmern an der Diskussion unterhalten und bei ihnen durchaus Befriedigung über den Verlauf der Sendung registriert. Dagegen befürchteten andere Israelis, der Versuch einer Differenzierung zwischen dem Massenmord an Juden und dem Kriegsgeschehen sei nicht gelungen. Viele Israelis und Deutsche meinten, daß das Verbrechen der Endlösung so präzedenzlos gewesen sei, daß es unangebracht wäre, es mit gewöhnlichen Kriegen und den darin vorkommenden Greueltaten zu vergleichen. Schließlich seien alle derzeit an deutschen Stammtischen, aber auch teilweise in linken Zirkeln laut werdender Vorurteile durch die Regie in die Diskussion eingebracht und aufgearbeitet worden.



Vorschuß-Lorbeeren

fu (London) – Vor einer Woche, am Dienstag, dem 24. Mai, lag der Financial-Times-Index für 30 führende Industriewerte zum Börsenschluß zum ersten Mal in seiner 48jährigen Geschichte über der 700-Punkte-Marke.

Immerhin 14 Jahre mit zum Teil heftigen Schwankungen mußten verstreichen, bis der FT-Index, wie er in der Londoner City kurz genannt wird, nach dem Durchbruch durch die 500-Punkte-Marke im Frühjahr 1968 endlich im Oktober vergangenen Jahres die 600-Punkte-Marke durchbrach. Um so erstaunlicher ist es, daß in nur sieben Monaten die nächsten hundert Punkte geschafft wurden.

Doch bei genauerem Betrachten ist diese Entwicklung gar nicht so verwunderlich. Zum einen darf nicht vergessen werden, daß angesichts extrem hoher Inflationsraten in den 70er Jahren und noch bis 1981 der FT-Index in dieser Zeit real erheblich gefallen ist. Um so stärker mußte er sich zwangsläufig verbessern, als die ersten Anzeichen für eine konjunkturelle Erholung nach der schwersten Rezession in Großbritannien seit den dreißiger Jahren, deutlich sichtbar wurde.

Die Ergebnisse der jüngsten Meinungsumfragen, die nur knapp zehn Tage vor den Parlamentswahlen am 9. Juni einen unverminderten 16- bis 18prozentigen Vorsprung der konservativen Regierungspartei vor Labour in der Wählergunst ergeben, haben ein übriges getan. Es bleibt abzuwarten, inwieweit diese Vorschuß-Lorbeeren nach der Wahl wieder „eingesammelt" und die erzielten Kursgewinne realisiert werden.

ENERGIEWIRTSCHAFT / Elektrizität soll 1983 nur maßvoll teurer werden

Stromerzeuger werden Kraftwerke nur nach dem Bedarf ausbauen

HEINZ HECK, Bonn

„Mit maßvollen Strompreiserhöhungen" 1983 rechnet die deutsche Elektrizitätswirtschaft nach Angaben von Gerhard Hecker, dem Vorsitzenden der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW), die heute in Mannheim ihre jährliche Mitgliederversammlung veranstaltet. Trotz stagnierenden Stromverbrauchs wird auch bis zur Jahrtausendwende mit gigantischen Energieinvestitionen gerechnet.

Nur in den beiden letzten Jahren ist der Strompreis in der Bundesrepublik stärker gestiegen als die Inflationsrate. Dagegen war zuvor der Trend jahrzehntelang umgekehrt. Hecker erinnerte daran, daß die Konkurrenzfähigkeit der Elektrizität im Vergleich zu anderen Energieträgern „laufend zugenommen hat": Zwar stiegen die Strompreise von 1970 bis Februar 1983 um 110, die Preise für Steinkohle jedoch um 228, für Gas um 350 und für Heizöl sogar um 425 Prozent.

Für den stagnierenden Stromverbrauch 1982 macht Hecker vor allem „die schlechte Wirtschaftslage" und erst in zweiter Linie Witterungseinflüsse sowie sparsames und rationelles Verhalten der Verbraucher verantwortlich. Allerdings lag der Stromverbrauch mit der Nullrate über der des realen Wirtschaftswachstums (minus 1,2) und des Primärenergieverbrauchs (minus drei Prozent). Für 1983 werden selbst bei anspringender Konjunktur allenfalls zwei Prozent Zuwachs erwartet.

Für das nächste Jahrzehnt richtet sich die Elektrizitätswirtschaft mit ihren Investitionen auf eine jährliche Verbrauchssteigerung von zwei bis drei Prozent ein (dabei wird ein Wirtschaftswachstum von jährlich ein bis zwei Prozent unterstellt). „Bei einer solchen Bedarfsentwicklung brauchen wir einen Zubau von etwa 30 000 Megawatt (MW) in zehn Jahren, wovon wenigstens 10 000 MW dem Ersatz alter Kraftwerke dienen und 20 000 MW den Zuwachs abdecken sollen. Von den 30 000 MW sind heute 20 000 im Bau, 13 000 in Kernkraftwerken und 7000 in Steinkohlekraftwerken."

Die restlichen 10 000 seien in der Vorbereitungsphase. Mit ihrer Realisierung werde jedoch überwiegend erst begonnen, sobald die wirtschaftliche Entwicklung der nächsten Jahre „etwas klarer erkennbar wird". Je nach regionalen Gegebenheiten könne allerdings bei entsprechendem Bedarf „auch morgen mit Kraftwerksbauvorhaben begonnen werden". Hecker macht deutlich: „Die Elektrizitätsversorgungsunternehmen bauen keine Kraftwerke, die sie nicht brauchen oder von denen sie nicht bei realistischer Vorausschau erwarten müssen, daß sie gebraucht werden. Das wäre auch nicht im Interesse der Unternehmen."

Liegt in den Ausbauplänen der Schwerpunkt deutlich bei der Kernenergie, so zeigt schon die heutige Verteilung der Energieträger in der Stromerzeugung die erfolgreiche Verdrängung des Öls (unter drei Prozent). 86 Prozent des ins öffentliche Netz gespeisten Stroms stammen aus Energieträgern, „die gegenwärtig im wesentlichen nur über Stromerzeugung nutzbar gemacht werden können" (Stein- und Braunkohle, Kernenergie und Wasserkraft).

Damit werde auch die Behauptung, der Stromeinsatz zu Wärmezwecken sei Energieverschwendung, ad absurdum geführt. Denn jede Kilowattstunde, die aus anderweitig nicht nutzbaren Energieträgern gewonnen werde, „hat energiepolitisch und -wirtschaftlich einen Wirkungsgrad von 100 Prozent". Dies seien echte alternative Energieträger, meinte Hecker; „die Alternative heißt: Nutzen oder ungenutzt im Boden lassen".

Im VDEW-Jahresbericht schätzt Walter Seipp, Vorstandschef der Commerzbank, das Energieinvestitionspotential der Bundesrepublik bis zum Jahr 2000 auf 500 bis 800 Milliarden Mark. Die Stromwirtschaft gehöre mit jährlich rund zehn Milliarden Mark Investitionssumme zu den größten Investoren in der Bundesrepublik.

FRANKREICH

Kaum neue Arbeitsplätze durch Arbeitszeitverkürzung

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die in Frankreich Ende Februar 1982 vorgenommene Verkürzung der gesetzlichen Arbeitszeit von 40 auf 39 Wochenstunden hat sich auf die Beschäftigungslage des Landes kaum positiv ausgewirkt. Nach einer Erhebung des Nationalinstituts für Statistik (INSEE) wurden dadurch im letzten Jahr gerade 15 000 bis 30 000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Das waren erheblich weniger als die sozialistische Regierung erwartet hatte.

Drei Viertel aller Unternehmen haben wegen dieser Arbeitszeitverkürzung ihre Belegschaft überhaupt nicht erhöht, sondern eher Entlassungen vorgenommen, da die 39 Stunden zum Preis von 40 Stunden bezahlt werden müßten. Andere konnten die durch den vollen Lohnausgleich entstandenen Mehrkosten durch Produktivitätsfortschritte kompensieren, insbesondere durch die Verbesserung des Produktionsrhythmus und die Verminderung der „toten Zeit".

Nach den Feststellungen des Statistischen Amtes hat die 39-Stunden-Woche aber nirgendwo zu einer echten „Reorganisation der Arbeit" (sprich Arbeitsteilung) geführt. Dagegen erklärten 38 Prozent der befragten Unternehmen, daß sie ihre Produktion entsprechend der Arbeitszeitverkürzung und 24 Prozent etwas weniger als proportional dazu reduziert haben.

Andererseits ist die effektive Arbeitszeit mit dem Übergang zur 39-Stunden-Woche beträchtlich zurückgegangen. Während Anfang 1982 gerade 8,4 Prozent aller Arbeiter nur 39 Stunden gearbeitet hatten, waren es vier Monate später 51,7 Prozent. Bei den Angestellten erhöhte sich dieser Anteil sogar von 12,9 auf 65,9 Prozent. Daraus folgt, daß die Unternehmer größere Zurückhaltung bei der Vergabe von Überstunden zeigten. Dies lag allerdings auch an der vor einem Jahr stark verschlechterten konjunkturellen Lage.

Für die meisten Unternehmen brachte die 39-Stunden-Woche sowie die gleichzeitig angeordnete Verlängerung des gesetzlichen Urlaubs von vier auf fünf Wochen Belastungen, von denen sie sich bis heute noch nicht erholt haben. So wies erst jetzt wieder Patronatspräsident Yvon Gattaz auf die immer schlechter werdende Ertragslage der Unternehmen hin.

Sein erneuter Alarmruf wird durch die jüngste Konkursstatistik untermauert. Die Zahl der Unternehmenszusammenbrüche (Konkurse, Vergleiche, Liquidationen) erreichte im April 2049. Saisonbereinigt waren es 1601 nach 1281 im März und 1180 im Februar.

Die Regierung hatte sich zum Ziel gesetzt, bis 1985 die Wochenarbeitszeit weiter auf 35 Stunden zu reduzieren, allerdings nicht mehr mit vollem Lohnausgleich. Dieses ehrgeizige Vorhaben ist aber zunächst einmal mit dem Austerity-Plan zurückgestellt worden.

Kraftakt in Teilkasko

VON HARALD POSNY

Nach dem Muster von der guten und der schlechten Nachricht müssen die deutschen Autoversicherer vorgegangen sein, als sie den 17 Millionen Versicherten in diesen Tagen ihre Beitragspläne für 1984 offenbarten. Die gute Nachricht war: Die Prämien in der Auto-Haftpflichtversicherung bleiben bis Ende 1984 stabil. Die schlechte hieß: Die Teilkaskoversicherung, die Diebstahl, Feuer- und Glasbruchschäden abdeckt, wird allgemein bis zu 13 Prozent teurer.

Für den, der den bisherigen Versicherungsschutz ohne einen neuen Selbstbehalt von 300 DM fortführen will, wird die Prämie sich insgesamt bis um 33 Prozent erhöhen, mit Selbstbehalt wird sie sich um knapp zehn Prozent verbilligen. Früher war von fast 20 Prozent die Rede. Hier haben die Versicherer wohl den Mund zu voll genommen, um den neuen Tarif schmackhafter zu machen.

In der Kfz-Haftpflichtversicherung haben die Autofahrer selbst nicht unerheblich dazu beigetragen, daß die seit Mitte 1981 gültigen Tarife unangetastet bleiben. Im letzten Jahr hat sich die Zahl der Unfälle je 1000 Versicherte von 122 auf 116 verringert, die Aufwendungen pro Schadenfall stiegen mit knapp vier Prozent auf 3465 DM verhaltener als die allgemeine Teuerungsrate, die sich natürlich auch in Krankenhausrechnungen und Reparaturkosten niederschlägt.

In Deutschland wird weniger und weniger riskant gefahren. Schnee und Eis rieten zur Vorsicht. Weniger schwere Personenschäden sind die erfreuliche Folge. Schließlich: Es wurden 1982 weniger Autos zugelassen und dies im vierten Jahr hintereinander. Auch das bringt weniger Unfälle, auf der anderen Seite aber auch weniger Beitragswachstum.

Dagegen wird das, was die Autoversicherer ab 1984 an Mehrprämie in der Teilkaskoversicherung fordern, die meisten Versicherten mehr ärgern als daß die stabilen Haftpflichtprämien Freude aufkommen lassen. Sie ist trotz der bereits zum Jahresbeginn 1983 wirksam gewordenen Prämienerhöhung von acht Prozent nachgerade zu einem brutalen Kraftakt gezwungen. Seit Jahren fährt die Sparte Verluste ein, 1982 allein mehr als 120 Millionen DM. Schuld daran sind die von Jahr zu Jahr rasant steigenden (Teile-)Diebstahl- und Glasbruchschäden' Inzwischen entfallen 50 Prozent des Schadenaufwands auf den Ersatz von zu Bruch gegangenen Frontscheiben und gestohlenen Teilen, einschließlich abgebrochener Radioantennen und Außenspiegel.

Dabei ist besonders ärgerlich, daß neben der wachsenden „normalen" Kriminalität ein Drittel aller Schäden an gestohlenen Autos (1982 verschwanden 14 000 Pkw auf wundersame Weise) und an Teilediebstählen manipuliert ist: jeder zehnte Autodiebstahl, jeder fünfte Glasbruchschaden. Und das kostet die Versicherer jedes Jahr rund 250 Millionen DM.

Da wird Glasbruchschaden reguliert, obwohl ein Kotflügel repariert oder einfach nur getankt wurde. Teilkaskoversicherungen werden „auf Gegenseitigkeit" zur Beschaffung schwer lieferbarer und teurer Ersatzteile mißbraucht oder der Diebstahl wiederverwendbarer Teile wie Autoradios wird vorgetäuscht. In dieser Lage können sich die Versicherer nicht darauf beschränken, die Prämien dem Schadenaufwand anzupassen, sie wollen der weitverbreiteten Gaunerei jetzt mit der Einführung des Selbstbehalts an den Schäden von 300 DM (auf die bisherigen Abzüge für Wildschäden, Glasbruch und Schmorschäden wird verzichtet) zu Leibe rücken. Diese beiden Tarif-Varianten sind vernünftig, zumal da man die Mehrheit der Versicherten nicht durch kleine und große Gauner belasten kann.

Ganz beseitigt sind damit die Sorgen der Versicherer nicht. Es steht zu befürchten, daß auch mit Selbstbehalt die Rechnung einer Entlastung von der Hälfte der gemeldeten Schäden nicht aufgeht, im Tarif ohne Selbstbehalt die Täuschungsversuche eher zunehmen, um die drastischen Prämienerhöhungen auf jeden Fall wieder „hereinzuholen". Diese „Negativ-Auslese" kann Teilkasko mit jährlich wiederkehrendem Beitragsanstieg über kurz oder lang zu einer Luxusversicherung werden lassen – so wie es die Vollkasko-Versicherung für viele bereits geworden ist.

AUF EIN WORT

„Der wichtigste Erfolgsfaktor für ein Unternehmen der freien Wirtschaft ist das Innovationspotential seiner Mitarbeiter und Führungskräfte."

Günter Kalbaum, Vorstandsvorsitzender der Hamburg-Mannheimer Versicherungs-AG, Hamburg.

FOTO: MASBAUM

BENZINPREISE

Verbraucherkritik an den Ölfirmen

HEINZ HECK, Bonn

Heftige Angriffe gegen die in der Bundesrepublik tätigen Mineralölkonzerne hat die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AgV) am Montag in Bonn erhoben. Sie macht deren „unfaire Preispraktiken", mit denen der mittelständische Mineralölhandel und die unabhängigen Tankstellen aus dem Markt gedrängt werden sollen, für in Zukunft zu erwartende „spürbare höhere Benzinpreise" verantwortlich.

Das Verschwinden „dieser mobilen Gruppe würde es den wenigen Großen, die Produktion, Großhandel und Endverkauf in einer Hand halten", nach Meinung der AgV künftig gestatten, „fast ungestört eine konzertierte Preispolitik gegen die Verbraucher zu betreiben". Wenn die Bundesrepublik die niedrigsten Benzinpreise in Europa – außer Luxemburg – habe, so sei dies „wesentlich" dem mittelständischen Handel zu verdanken.

Mit einer Politik gespaltener Preise hielten die Konzerne ihre Abgabepreise für die „Freien" gezielt höher als die für das eigene Tankstellennetz. Die Wiederherstellung und Sicherung fairer Wettbewerbsverhältnisse erscheint der AgV daher als „eine dringende Aufgabe". Sie appelliert an Bundesregierung und Kartellamt, zu handeln, bevor größerer Schaden entstehe. In der Bundesrepublik gibt es 250 mittelständische Unternehmen mit knapp 4000 Tankstellen.

UNTERNEHMER

Großer Bedarf an neuen Bauwerken

dpa/VWD/DW. Köln

Der in den kommenden Jahren durch die grundlegenden technologischen Veränderungen entstehende große Baubedarf stößt angesichts der reduzierten Staatsausgaben für öffentliche Investitionen in den meisten Industriestaaten auf wachsende Schwierigkeiten. Diese Auffassung äußerte die Generalversammlung des Internationalen Europäischen Bauunternehmerverbandes (Fiec), die am Sonntag in Köln zu Ende ging.

Die rund 350 Bauunternehmer aus 26 Ländern hoben in ihren Beschlüssen hervor, daß diese großen Aufgaben der Zukunft nur durch entschiedenes unternehmerisches Handeln gelöst werden können. Eine besondere Rolle komme neben dem Bedarf an neuen Bauwerken – unter anderem im Umweltschutz, in der Energieversorgung, im Wohnungs- und Städtebau und in der Industrie – in Zukunft dem Instandhaltungs- sowie Erneuerungsbedarf zu.

Der rückläufige Bauanteil am Bruttosozialprodukt vieler Länder sei nicht die Folge geringeren Baubedarfs, sondern politischer Fehlentscheidungen und der Knappheit der öffentlichen Haushalte. Der Verband will deshalb seinen politischen Einfluß geltend machen, um Wege aufzuzeigen, wie der Baubedarf durch privates Kapital für öffentliche Bauaufgaben gedeckt werden kann.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Ein gutes Geschäftsjahr für Japans Banken

Tokio (rtr) – Führende japanische Banken haben im abgelaufenen Geschäftsjahr (31. 3. 1983) ihre Gewinnpositionen ausbauen können. Entsprechend wurden nach den am Montag vorliegenden Ergebnissen die Dividenden einhellig von 5,50 auf sechs Yen je Aktie angehoben. Die Sumitomo Bank Ltd. steigerte nach eigenen Angaben den Gewinn nach Steuern auf 59,99 (55,65) Milliarden Yen (rund 59,4 Milliarden Mark). Die Fuji Bank Ltd. weist einen Gewinn von 56,52 (52,18) Milliarden Yen aus. Die Mitsubishi Bank Ltd. steigerte den Gewinn nach Steuern im Berichtsjahr von 39 auf 40,71 Milliarden Yen. Die Dai-Ichi Kangyo Bank erhöhte den Gewinn auf 37,08 (35,60) Milliarden Yen. Schließlich steigerte die Sanwa Bank Ltd. nach eigenen Angaben den Gewinn nach Steuern auf 36,64 (35,11) Milliarden Yen. Die Bank of Tokio schloß mit einem Gewinn von 24,33 Milliarden Yen nach 23,19 Milliarden Yen im Vorjahr.

Preise in Frankreich

Paris (J. Sch.) – Die Konsumentenpreise sind in Frankreich im April um 1,3 Prozent gestiegen und übertrafen damit ihren Vorjahresstand um 9,1 Prozent. Das Ergebnis ist damit nicht ganz so schlecht ausgefallen wie zunächst angenommen wurde (1,4 und 9,2 Prozent). Die industriellen Erzeugnisse des privaten Sektors verteuerten sich um 1,5 Prozent und damit weiter stärker als von der Regierung erwartet. Sie will die diesjährige Inflationsrate auf 8 Prozent begrenzen.

Argentinien verhandelt

Buenos Aires (VWD) – Eine Delegation der argentinischen Zentralbank wird Anfang dieser Woche in New York mit den Gläubigerbanken des Landes Verhandlungen über die Einräumung eines 1,5 Milliarden Dollar-Kredits aufnehmen. Die Gespräche über dieses Darlehen hatten sich festgefahren, nachdem sich beide Seiten nicht in der Lage gesehen hatten, eine Einigung über die Form der Tilgung der 5,5 Milliarden Dollar betragenden Verbindlichkeiten Argentiniens herbeizuführen. Seit November ist Argentinien mit seinem Schuldendienst in Verzug.

Nissans Absatz gesunken

Tokio (dpa/VWD) – Der Absatz des zweitgrößten japanischen Autoherstellers Nissan ist im Geschäftsjahr 1982/83 zum ersten Mal seit 28 Jahren zurückgegangen. Der Gewinn nach Steuern stieg jedoch wegen geringerer Steuerzahlungen und höherer Dividenden-Einnahmen aus dem Ausland auf Rekordhöhe. Nach Angaben vom Montag fiel der Absatz um 0,3 Prozent auf 3187 Milliarden Yen (rund 30 Milliarden Mark). Der Gewinn nach Steuern schnellte um 10,9 Prozent auf 95,5 Milliarden Yen (rund 950 Millionen DM).

Geschwundene OPEC-Macht
Erdölproduktion in Mio. Barrel

	OPEC	übrige Förderländer
1973	11306	6744
1983	9893	13445

Die wirtschaftliche Macht der Opec ist in den vergangenen Jahren stark geschwunden. Durch den sparsameren Umgang mit dem wertvollen Öl und die Erschließung neuer Fördergebiete ist es den Industriestaaten gelungen, ihre Abhängigkeit vom Opec-Öl erheblich zu verringern. QUELLE: CONDOR

EG-Agrarministertreffen

Kempten (dpa/VWD) – Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle empfing am Montag seine neun EG-Ministerkollegen zu einem informellen Treffen auf seinem Hof in Kempten/Allgäu. Zwei Tage werden sich die europäischen Agrarminister im Allgäu aufhalten. Wesentlicher Punkt der politischen Beratungen wird am Dienstag die Besprechung der Neufestlegung der Agrarstrukturrichtlinien sein. Diese Richtlinien laufen zum Ende des Jahres aus. Kiechle ist gegenwärtig Präsident des EG-Agrarministerrates.

Für bleifreies Benzin

Brüssel (rtr) – Großbritannien wird sich nach Angaben von Diplomaten beim nächsten Gipfeltreffen der Europäischen Gemeinschaft für die Einführung von bleifreiem und damit umweltfreundlicherem Benzin einsetzen. In einem Memorandum, das den übrigen neun Partnern in den kommenden Wochen überreicht werden soll, spreche sich die britische Regierung dafür aus, ab 1986 die Bleizusätze im Benzin abzubauen. Bleifreies Benzin gibt es derzeit in den Vereinigten Staaten, Japan und Australien.

IFO-STUDIE

Konjunktur im Einzelhandel faßt langsam wieder Tritt

DANKWARD SEITZ, München

Nachdem der Einzelhandel im Jahresdurchschnitt 1982 ein reales Umsatzminus von 4,5 Prozent – nominal verblieb noch ein Plus von 0,4 Prozent – hinnehmen mußte, zeigen die Konjunkturindikatoren nach Feststellungen des Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München, inzwischen eine Verbesserung an.

Sowohl die Geschäftslage als auch die weiteren Aussichten wurden in den letzten Monaten von den Firmen erheblich günstiger beurteilt als noch im vierten Quartal 1982. Jedoch sei zwischen der Verbesserung des Geschäftsklimas und der Umsatzentwicklung eine gewisse Diskrepanz zu registrieren. Denn die konjunkturelle Lage im Einzelhandel sei bisher nur durch eine schwache wertmäßige Umsatzerholung gekennzeichnet, die aber von den Firmen stark honoriert werde.

Angesichts eines eher noch etwas geringeren Anstiegs der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte wird nach Ansicht des Ifo – auch in Erwartung einer Verringerung der Sparneigung und etwas höherer Kreditfinanzierung von Anschaffungen – der reale private Verbrauch auf Vorjahreshöhe bleiben und keine Impulse für die Gesamtkonjunktur bringen. Nominal dürften die Konsumausgaben um rund drei Prozent steigen.

Insgesamt müsse der Einzelhandel daher 1983 erneut mit einem realen Umsatzminus rechnen, das aber bei weitem nicht mehr so stark wie im Vorjahr ausfallen dürfte. Nominal zeichne sich ein Plus von ein bis zwei Prozent ab.

EG / Einhaltung des Zeitplans für den Abbau der Stahlbeihilfen in Frage gestellt

Differenzen über zumutbare Opfer

WILHELM HADLER, Brüssel

Für immer unwahrscheinlicher halten Brüsseler Experten die Einhaltung des vorgesehenen Zeitplans für den Abbau der Stahlbeihilfe in der EG. Die Kommission bleibt jedoch bei ihrer Ankündigung, daß bis zum 30. Juni über alle *noch* zulässigen Finanzhilfen der öffentlichen Hand entschieden werden soll. Der für Wettbewerbsfragen zuständige niederländische Kommissar Frans Andriessen hat am Wochenende deutlich der Ansicht seines belgischen Kollegen Etienne Davignon widersprochen, wonach der Termin des 30. Juni kein „Fetisch"-Datum darstelle. Auf der anderen Seite muß auch Andriessen eingestehen, daß die bisher von den Regierungen vorgelegten Pläne für die Umstrukturierung der Stahlindustrie noch außerordentlich dürftig sind.

Nur Luxemburg, die Niederlande und Italien haben einigermaßen rechtzeitig ihre Unterlagen eingereicht. Die Kommission glaubt allerdings, daß die von diesen Ländern geplanten Kapazitätseinschränkungen im Vergleich zu den in Aussicht genommenen Subventionen noch zu gering sind. Der britische Restrukturierungsplan ist gerade eben erst in Brüssel vorgelegt worden. Der deutsche wurde von Bonn für den 10. Juni angekündigt.

Am meisten Sorge bereitet die Verzögerung der Beihilfenanträge aus Belgien. Hier sind die politischen Probleme im Zusammenhang mit der Neuordnung des wallonischen Stahlunternehmens Cockerill-Sambre so brisant, daß die Regierung bislang kaum über die Erörterung wissenschaftlicher Expertisen hinaus gelangt ist.

Während die Belgier ihre Entscheidung für „Ende des Monats" versprochen haben, scheinen die Franzosen vor endgültigen Beschlüssen noch einmal die Entwicklung in den Partnerländern verfolgen zu wollen. Fest steht jedenfalls, daß es zu einem Wettlauf mit der Zeit kommen wird. Bisher spricht wenig dafür, daß die EG-Experten rechtzeitig über die unerläßlichen Details der Pläne informiert werden. Ziel der EG ist es, die europäischen Walzstahlkapazitäten bis 1985 um rund 30 Millionen Tonnen zu reduzieren. Ohne diese Gesundschrumpfungskur müßte bis dahin mit einem „chronischen" Überhang von 50 Millionen Tonnen – bei einem Verbrauch von voraussichtlich 101 Millionen Tonnen – gerechnet werden.

Meinungsverschiedenheiten bestehen nicht nur über die den einzelnen Mitgliedsländern zuzumutenden Opfer. Auch über eine Reihe von Details der geplanten Modifizierung des Produktionsquotensystems für die Stahlwirtschaft muß noch hart verhandelt werden.

ASIEN

Finanzkrise nicht zu erwarten

rtr, **Tokio**

Eine Schulden-Krise wie in Südamerika ist nach Ansicht des Präsidenten der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB), Masao Fujioka, in Asien nicht zu erwarten. Der ehemalige japanische Finanzminister begründete dies am Montag mit dem Wachstumspotential und der guten Wirtschaftspolitik in dieser Region.

Unter Hinweis auf Statistiken der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sagte Funjioka, als Asiens größter Schuldner habe Südkorea im vergangenen Jahr lediglich 17 Prozent der Exporterlöse zur Schuldenzahlung benötigt. Bei den Philippinen seien es 20 Prozent gewesen. Dagegen lägen diese Zahlen für Mexiko bei 80 Prozent und für Brasilien bei 48 Prozent. Selbst die armen Länder Asiens, wie Bangladesch und Burma, hätten günstigere Wirtschaftsaussichten als Länder in anderen Kontinenten, sagte Fujioka.

Die Entwicklungsbank will im kommenden Monat über mögliche Kreditverbilligungen beraten. Die Bank habe Mittel in Niedrig-Zinsländern wie Japan, der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland zu durchschnittlichen Kreditkosten von 9,1 Prozent aufgenommen. Derzeit belief sich der Ausleihesatz durchschnittlich bei elf Prozent, sagte Fujioka. Ende 1982 habe die Zinsmarge der Bank bei 2,02 Prozent gelegen, während die Weltbank 1,25 Prozent erreicht habe.

MONTEDISON

Verluste in Rekordhöhe

rtr, **Mailand**

Der italienische Chemiekonzern Montedison SpA hat im vergangenen Jahr Verluste in Rekordhöhe hinnehmen müssen. Das Unternehmen des privaten Sektors berichtete von einem Anstieg des Verlusts bei der Muttergesellschaft auf 758 Milliarden Lire (rund 1,29 Milliarden Mark) von 598,4 Milliarden Lire 1981 und des konsolidierten Verlusts der Gruppe auf 860 (642) Milliarden Lire bei einem Gruppenumsatz von 9019 (8927) Milliarden Lire. Der Betriebsgewinn der Gruppe stieg dagegen auf 620 (549) Milliarden Lire.

Das Unternehmen führte die Verschlechterung auf die anhaltende Rezession, hohe Belastungen aufgrund der Schulden, schlechtes Management und auf Einschränkungen der Produktion zurück. Finanzmanager erklärten, Gewinne seien wahrscheinlich erst mit einer Erholung der Weltmärkte möglich.

Montedison hat seine Hoffnungen auf eine Umstrukturierung der Produktionspalette weg von der Petrochemie und hin zu speziellen chemischen Erzeugnissen und Pharmazeutika gesetzt. Der Großteil des Geschäfts mit Basischemikalien wurde im Dezember 1982 an die staatliche Energiegruppe ENI verkauft. Im Mai dieses Jahres wurde eine 15prozentige Beteiligung an der Faser- und Raumfahrtgruppe Snia Viscosa veräußert.

ARABIEN-HANDEL / Lambsdorff zuversichtlich

Lob für saudische Ölpolitik

dpa/VWD, **Bonn**

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff erwartet im deutsch-arabischen Handel für dieses Jahr ein „respektables Ergebnis". Allerdings dürfte der Rekordzuwachs des letzten Jahres von 17,2 Prozent auf 34,4 Milliarden Mark bei den deutschen Exporten (bei Importen von 28,3 Milliarden Mark) kaum wieder erreicht werden. In einem dpa/VWD-Gespräch sagte Lambsdorff, die erstmals aufgetretenen Haushalts- und Handelsbilanz-Defizite einiger arabischer Länder hätten unmittelbare Auswirkungen auch auf die deutschen Exportmöglichkeiten. Jedoch berechtigten die Stabilisierung der Ölmarktlage und die Tendenzen einer weltweiten wirtschaftlichen Erholung zu „vorsichtigem Optimismus".

Lambsdorff, der am 3. Juni zu mehrtägigen Wirtschaftsgesprächen nach Saudi-Arabien reist, hob die „verantwortungsvolle und moderate Ölpolitik" Saudi-Arabiens hervor, die bei der Opec-Konferenz in London erneut zum Ausdruck gekommen sei. Nur durch die freiwillig übernommene Rolle eines Ausgleichsproduzenten (der seine Förderung an die der anderen Opec-Länder anpaßt) habe Saudi-Arabien letztlich den Opec-Kompromiß über eine Preissenkung ermöglicht, erklärte der Minister.

„Ich bin davon überzeugt, daß die saudiarabische Ölpolitik auch künftig der weltweiten Mitverantwortung dieses Landes Rechnung tragen wird."

Lambsdorff begrüßte es, daß bei den arabischen Exporten in die Bundesrepublik (1982: 86,6 Prozent Öl) der Anteil der Halb- und Fertigwaren ständig zunehme. Diese „wachsende wirtschaftliche und industrielle Diversifizierung der arabischen Welt" werde von Bonn gefördert. Zu den arabischen Wünschen nach einem verstärkten Technologie-Transfer sagte Lambsdorff, die Bundesregierung unterstütze arabische Bestrebungen nach Vermittlung moderner Technologie-Verfahren – angepaßt an die jeweiligen landesspezifischen Bedürfnisse.

Für eine wachsende Intensität der deutsch-arabischen Wirtschaftsbeziehungen spricht nach den Worten Lambsdorffs, daß die Bundesrepublik bisher mit zehn arabischen Ländern Abkommen über die Förderung und den Schutz von Investitionen abgeschlossen hat. Mit weiteren Staaten der Region liefen entsprechende Verhandlungen. Der Wirtschaftsminister begrüßte die von zahlreichen arabischen Ländern angebotenen Möglichkeiten zur Bildung von Gemeinschaftsunternehmen. Bonn fördere diese Entwicklung unter anderem durch die Übernahme von Garantien für Direktinvestitionen. Die Bundesregierung habe bisher für die arabische Region 151 Garantieanträge deutscher Unternehmen mit einer Höchstsumme von 1,5 Milliarden Mark genehmigt.

EQUADOR

Umschuldung vereinbart

rtr, **Quito**

Equador und seine Gläubigerbanken haben nach den Worten des Präsidenten seines Währungsrates, José Antonio Correa, in New York die Verhandlungen über die Umschuldung von 2,56 Milliarden der insgesamt 6,13 Milliarden Dollar staatlichen und privaten Auslandsverbindlichkeiten abgeschlossen.

Wie er dazu erklärte, wurde dieser Beitrag auf sieben Jahre, zwei davon tilgungsfrei, umgeschuldet. Die Verzinsung beträgt 2,25 Prozent über dem Londoner Interbankensatz (Libor) oder 2⅛ Prozent über der US-Prime Rate. Die Verträge würden zwar derzeit noch geprüft, doch seien die getroffenen Vereinbarungen bereits in Kraft getreten.

Wie Correa weiter sagte, haben die Banken seinem Land einen neuen Kredit in Höhe von 431 Millionen Dollar zur Finanzierung seines Zahlungsbilanzbedarfs zugesagt. Die Mittel seien bei sechs Jahren Laufzeit, tilgungsfrei bis Januar 1985, zu 2¾ Prozent über Libor oder 2¼ Prozent über der US-Prime Rate verzinst.

Er gehe davon aus, so Correa, daß der beim Internationalen Währungsfonds (IWF) beantragte Stand-By-Kredit über 171 Millionen Dollar gewährt werde. Im Juni werde Equador mit seinen Gläubigerbanken neue Verhandlungen zur Umschuldung weiterer staatlicher und privater Verbindlichkeiten im Ausland aufnehmen.

GROSSBRITANNIEN / Konjunktur-Optimismus wächst

Pfund hat sich weiter erholt

WILHELM FURLER, **London**

Sowohl das britische Pfund Sterling als auch die Londoner Aktienbörse haben psychologisch wichtige Marken überschritten. Erstmals seit Ende November vergangenen Jahres ist das Pfund wieder mehr als vier Mark wert. Und zum erstenmal überhaupt hat der Financial-Times-Index für 30 führende Industriewerte, der als wichtigstes Stimmungsbarometer der Londoner Börse gilt, die 700-Punkte-Marke durchbrochen.

Zum Börsenschluß der vergangenen Woche (der gestrige Montag war in Großbritannien Feiertag) erreichte der Financial-Times-Index den Rekordstand von 712,2 Punkten. Sowohl Wertpapierbörse als auch Devisenmarkt spiegeln in erster Linie die Hoffnung in weiten Teilen der britischen Wirtschaft wider, daß die konservative Regierungspartei bei den Parlamentswahlen am 9. Juni mit deutlicher Mehrheit als Sieger hervorgehen wird.

Doch mindestens ebenso stark wurde das Investitionsinteresse an der Börse durch eine Reihe glänzender Unternehmensergebnisse vor allem in den Bereichen Elektrik und Elektronik, Nahrungsmittel, Einzelhandelsketten und Öl angeregt. Die deutlich sichtbare Verbesserung der Gewinnsituation zumindest in einzelnen Wirtschaftsbereichen wird durch die stärksten Anzeichen für eine konjunkturelle Erholung seit Beginn der Rezession vor mehr als vier Jahren unterstrichen. Bereits seit drei Monaten berichten die Unternehmen von verbesserten Geschäftsaussichten – sowohl im Inland als auch bei den Exporten.

Bestätigt wird der wachsende Optimismus durch offizielle Statistiken, die seit geraumer Zeit überraschend hohe Umsätze im Einzelhandel, eine deutliche Belebung am Baumarkt mit steigenden Haus- und Grundstückspreisen, eine rege Nachfrage im Automobilsektor und zunehmende Produktionsziffern ausweisen.

Die Industrieproduktion ist im März zwar leicht gefallen, doch geht dieser Rückgang nahezu ausschließlich auf eine geringere Nordseeöl-Förderung zurück. Das Wirtschaftswachstum hat im ersten Vierteljahr so stark zugenommen wie seit dem Frühjahr 1979 nicht mehr. Aufs Jahr gerechnet stieg das Bruttosozialprodukt mit einer Rate von immerhin drei Prozent.

Die Inflationsrate ist im April auf jährlich vier Prozent gefallen und damit auf die niedrigste Rate seit März 1968. Die Produktivität in der verarbeitenden Industrie verbessert sich weiterhin zusehends, und nach Angaben der Unternehmen wird nach einer vierjährigen Pause wieder mehr investiert.

Lediglich das überraschende Leistungsbilanz-Defizit im April in Höhe von 180 Millionen Pfund gegenüber einem März-Überschuß von 564 Millionen Pfund, das allerdings sehr stark die gefallenen Ölexporte widerspiegelt, hat die Euphorie etwas gedämpft.

FRANKREICH / Exportförderung angekündigt

Banken leisten zu wenig

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Während der französische Unternehmerverband aus besonders schwierigen Auslandsmärkten wie Japan eine Goodwill-Kampagne startete, kündigte Außenhandelsministerin Edith Cresson verschiedene neue Exportförderungsmaßnahmen an. Es handelt sich dabei hauptsächlich um administrative Erleichterungen von begrenzter Bedeutung.

Danach sollen insbesondere die Verfahren für staatliche Exporthilfen erleichtert und die Fristen bis zu deren Bereitstellung verkürzt werden. Speziell ist an die für die Erschließung neuer Auslandsmärkte bestehende Prospektionsversicherung gedacht, auf die gegenwärtig mehr als vier Monate gewartet werden muß. Außerdem will Frau Cresson die Außenstellen des französischen Außenhandelszentrums stärker mit Vertretern der verschiedenen Exportbranchen besetzen. Dorthin sollen die Unternehmen mehr Exportpraktikanten entsenden, um den Markt besser an Ort und Stelle zu studieren.

Die bei den französischen Botschaften bestehenden „Expansionsposten" sollen beauftragt werden, neuen Exporteuren stärker mit Auskünften und Vermittlungen behilflich zu sein und die Beschwerden der Auslandskunden zu prüfen. In Frankreich selbst wird eine „Exportschule" zur Ausbildung von Außenhandelsspezialisten gegründet.

Zu den Ambitionen der Außenhandelsministerin gehört ferner eine bessere Koordinierung der aus den verschiedensten Quellen gespeisten staatlichen Exporthilfen. Auch will sie die Exportkreditversicherung „Coface" stärker für die Absicherung kurzfristiger Kursrisiken heranziehen.

Schließlich kündigte Frau Cresson eine „Attacke" auf die französischen Banken an, die ihrer Ansicht nach den Export zu wenig unterstützen. Gefordert wird eine Lokkerung der Kreditrestriktionen und die Einführung von „Exportpatenschaften".

AFRIKA / Neunzig Milliarden Dollar Auslandsschulden

Hilfeersuchen an den IWF

FRANCOIS ROBINET, **Nairobi**

Die Auslandsverschuldung Afrikas stieg in den letzten Jahren enorm und hat inzwischen fast das Niveau der brasilianischen erreicht. Afrikas Verbindlichkeiten werden zur Zeit auf 90 Milliarden Dollar geschätzt. Zahlreiche afrikanische Regierungen sind angesichts der sinkenden Exporteinnahmen ihrer Länder nicht mehr in der Lage, ihren internationalen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Seit Jahresbeginn mußten vier Regierungen die Hilfe des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Anspruch nehmen, nachdem elf andere Länder sich bereits an den IWF gewandt hatten. Mindestens fünf weitere Länder – Ghana, Nigeria, Zaire, Tansania und Mauritius – haben Verhandlungen mit dem IWF aufgenommen oder sind dazu bereit, da auch sie ihre Schulden nicht mehr zahlen können. In den letzten beiden Jahren hatten westliche Gläubigerbanken bereits zehn afrikanischen Staaten die Umschuldung ihrer Verbindlichkeiten gewährt. Als elftes Land kam erst in der vergangenen Woche Sambia hinzu, nachdem es die Rückzahlung der Schulden suspendiert hatte. Ursache dieser bislang noch kontrollierbaren afrikanischen Finanzmisere ist der starke Rückgang der Exporte im vergangenen Jahr aufgrund der anhaltenden Weltwirtschaftskrise. Gleichzeitig hatte der zweite Erdölschock die Devisenreserven erschöpft.

Nach dem Jahresbericht der „Afrikanischen Entwicklungsbank" (DAB), fiel der Preis für die meisten Exportgüter Afrikas 1982 auf den tiefsten Stand seit 30 Jahren. Die Kakao-Preise gingen um 27 Prozent, die Zuckernotizen um 51 Prozent zurück. Die afrikanische Kaffee-Produktion fiel geringer aus, als in den letzten Jahren, so daß der leichte Anstieg der Kaffeepreise die Ausfälle nicht kompensieren konnte. Die Bergwerksproduktion wurde von der Rezession am stärksten betroffen, da die Industrieländer die Importe von Erzen stark reduzierten. Auch die erdölproduzierenden Länder wurden nicht verschont. Sie mußten ihre Ölproduktion senken, um die Preise zu halten. Die Exporterlöse gingen dadurch stark zurück.

Da die öffentliche Entwicklungshilfe der Industriestaaten und der Opec-Länder stagniert, sind die afrikanischen Länder gezwungen, Kredite privater Banken in Anspruch zu nehmen. Während kurz- und mittelfristige Entwicklungshilfekredite nur fünf Prozent Zinsen kosten, müssen private Kredite mit rund 15 Prozent verzinst werden. Nach Angaben der Afrikanischen Entwicklungsbank beträgt der Schuldendienst für die von den Ländern südlich der Sahara aufgenommenen privaten Kredite inzwischen 64 Prozent der Gesamtzinsen und Amortisationen. Damit hat sich der Satz in zwei Jahren verdoppelt. Obwohl die afrikanischen Außenschulden geringer sind als die Lateinamerikas, werden die Privatbanken mit der Kreditgewährung immer zurückhaltender. Die westlichen Finanzinstitute, die bereits um die Rückzahlung der Brasilien und Mexiko gewährten Anleihen bangen, geben zu, daß sie heute zögern, in Afrika neue Risiken einzugehen. Sie verlangen zunehmend, daß die Wirtschaftspolitik der Schuldnerländer der Kontrolle des IWF unterworfen wird, bevor sie zur Gewährung neuer Mittel bereit sind.

Die Therapie des IWF für Hilfesuchende ist überall die gleiche. Er verlangt eine Abwertung der Landeswährungen, einen Abbau der unproduktiven öffentlichen Ausgaben und die Liberalisierung der Wirtschaft. Nur die Länder, die wirtschaftlich nichts mehr zu verlieren haben, wie etwa Uganda, haben bisher diesen Forderungen rückhaltlos zugestimmt. Von den afrikanischen Staaten, die von der Krise am stärksten betroffen sind, lehnte bisher nur Tansania eine Kontrolle des IWF ab. Infolgedessen mußte das Land den Schuldendienst nahezu einstellen und ist beinahe zahlungsunfähig. (AFP)

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Berlin: We-Ka Ges. f. Wohnbauten mbH & Co. Verwaltungs-KG; **Bonn:** Bues Kunststoffverarbeitungs-GmbH, Bornheim-Walberberg; **Emmendingen:** Nachl. d. Berta Valerius, Waldkirch; **Hannover:** Nachl. d. Christian-Michael Buch; **Hildesheim:** Autohandel Schäfer GmbH, Zierenberg; **Kassel:** Castor-Transformatoren Ing. B. Grodd KG; **Mönchengladbach:** Maschinenbau Weller GmbH; **Seligenstadt:** Rudolf Laber, Inh. d. Fa. Elektro-Laber, Hainburg-Klein-Krotzenburg; **Siegen:** Kölsch-Fölzer-Werke AG, Netphen; **St. Ingbert:** Blacky's Jeans Shop GmbH; **Traunstein:** AFS Aluminium Fertigteile System GmbH, Altenmarkt/Alz; **Wittlich:** Josef Johannes Blank, Schreinermeister, Bettenfeld; **Wuppertal:** Nachl. d. Frank Funke.

Anschlußkonkurs eröffnet: Waldbröl: Kunststoff-Verarbeitung Gummöhlen GmbH u. Co. KG.

NG BANK / Genossenschaftliches Spitzeninstitut

Fusion trägt erste Früchte

JAN BRECH, Hamburg

Die Verschmelzung der früheren Landesgenossenschaftsbank AG, Hannover, mit der Norddeutschen Volksbanken AG-Zentralbank (NVZ), Hamburg, zur Norddeutschen Genossenschaftsbank AG (NG Bank) mit Sitz in Hannover hat bereits im ersten Jahr Früchte getragen. Nach Angaben des Vorstandsvorsitzenden Gerhard Barner sind inzwischen alle notwendigen Entscheidungen und Arbeiten soweit vorangetrieben worden, daß die geschäftliche und organisatorische Zusammenfassung beider Institute zu einem einzigen genossenschaftlichen Spitzeninstitut für die vier norddeutschen Küstenländer abgeschlossen werden kann.

Die NG Bank, die auch künftig das Geschäft dezentral über die vier Niederlassungen Hamburg, Hannover, Kiel und Oldenburg betreibt, weist für das erste Jahr nach der Fusion eine Bilanzsumme von 13,8 Mrd. DM und ein Geschäftsvolumen von 15 Mrd. DM aus. Gegenüber den zusammengefaßten Bilanzen der beiden Partner von 1981 entspricht das einem Wachstum von 7,6 beziehungsweise 7,1 Prozent.

Das ordentliche Betriebsergebnis beträgt rund 95 Mill. DM gegenüber zusammengefaßt 59 Mill. DM im Jahr 1981. Bei beiden Insituten habe es 1982 deutliche Ertragsverbesserungen gegeben, betont Barner. Im außerordentlichen Ergebnis schlägt sich eine Sonderdividende nach dem „Schütt-aus – hol zurück"-Prinzip der Bausparkasse Schwäbisch Hall mit brutto 29,3 Mill. DM nieder. Aus dem verdoppelten Jahresüberschuß von 34,4 Mill. DM werden 18 Mill. DM der Rücklage zugeführt, der Rest in Form von unverändert 5,12 Prozent Dividende ausgeschüttet.

Die Entwicklung in diesem Jahr war bislang positiv. Voraussetzung für ein Anhalten dieses Trends sei allerdings, daß der im langfristigen Bereich unterbrochene Zinssenkungsprozeß wieder in Gange komme.

HARPENER / Durch Verkauf des Immobilienbesitzes weiterer Dividendenanstieg möglich

Suche nach einem „bedeutenden" US-Engagement

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Doppelt so hoch wie anno 1969, dem Jahr des Übergangs der eigenen Steinkohlenzechen auf die Ruhrkohle AG, ist nun bei der Harpener AG, Dortmund, die für 1982 vorgeschlagene Dividende von 9 DM (nach 7,50 DM plus 1 DM Bonus). Den noch knapp 20 000 Eigentümern von 127,6 Mill. DM Aktienkapital (mit 51 Prozent die Pariser Holding Gaz et Eaux) begründet der Vorstand zur Hauptversammlung am 1. Juli den Verzicht auf die jahrelange Bonus-Praxis mit der Zuversicht, diesen Dividendensatz durchhalten zu können.

Die Zuversicht geht noch weiter. Vorstandsmitglied Heyo Schmiedeknecht wagt die Prognose, daß der Gewinn vor Steuern bis 1985 um 50 bis 80 Prozent größer als heute ausfallen könnte. Das kann und soll auch für die Dividende, die 1982 bis auf 0,6 (6,2) Mill. DM Rücklagenstärkung auf nun 34,6 Mill. DM die Auskehr des Jahresüberschusses von 23,6 (27,9) Mill. DM erfordert, positive Folgen haben.

Hauptgrund des Prophetenmutes: Flotter als gedacht, kommt das Unternehmen auf dem Weg voran, seinen großen und schwach rentierenden Immobilienbesitz „mieterschonend" zu verkaufen und die hohen Buchgewinne weitgehend steuerneutral in rentierlichere Wiederanlagen zu stecken. Dieser Schatz wurde 1982 mit weiteren 94 (33) Mill. DM Verkaufserlös, davon 84 (32) Mill. DM Buchgewinne gehoben. Er soll auch 1983 die letztjährige Rate erreichen – und läßt dann für die Folgejahre immer noch 300 bis 400 Mill. DM „Mobilisierungsreserve" übrig.

In der Wiederanlage dieses Segens läßt das Unternehmen, das seit 1969 zu einem der wenigen (und im Aktienkapital größten) deutschen Mischkonzerne mit mehr als einem Dutzend industrieller Minderheits-Beteiligungen geworden ist, nun eine neue Strategie erkennen: Einerseits soll das Feld gewerblicher Mietobjekte (vornehmlich im Dienstleistungsbereich) intensiv beackert werden. Andererseits will man sich offenbar auf weniger und größere Beteiligungsobjekte konzentrieren, dazu gemeinsam mit dem Pariser Großaktionär die schon mehrjährige Suche nach einem „bedeutenden" US-Engagement (das auch ein Mischkonzern sein soll) zur Tat führen.

Das Startloch für die neue Strategie wurde 1982 mit 109 (26) Mill. DM Bankguthaben und Wertpapierbestand sowie 102 (28) Mill. DM 6b-Rücklagen gegraben. Der erste wichtige Realisierungsschritt folgte im Mai 1983 mit dem 115 Mill. DM teuren Entschluß, als 49prozentiger Partner des VEW-Stromkonzerns in den (1984 fertigen) Bau des neuen 750 MW-Kohleblocks im Gersteinwerk der VEW einzutreten.

Kehrseite dieser neuen Strategie: Nur zum Teil freiwillig hat sich die Harpener AG von etlichen Minderheitsbeteiligungen wieder getrennt. Im Berichtsjahr auf Wunsch des französischen Mehrheitsaktionärs Sacilor („und mit Gewinn") von der Dillinger Hütte sowie von der Hamburger Triton-Belco AG; in 1983 bisher von der Carl Schenck AG, Darmstadt, und von den Beteiligungen an der Hartmann Druckfarben-Gruppe. Insgesamt 17,5 Mill. DM Sanierungsaufwand („damit ist unsere Kasse nun zu") erforderte die Mehrheitsbeteiligung an dem Neusser Galvanotechnik-Unternehmen Langbein-Pfanhäuser Werke AG.

Als weiterer Bereinigungsschritt wurden 1983 die eigenen Aktivitäten in der Altöl-Wiederaufbereitung an den (mittelständischen) Branchenführer Haberland GmbH & Co. KG, Lehrte, verkauft. Motiv der Abgabe: Bei auslaufenden Bonner Subventionen sei dieses Geschäft nicht lohnend zu betreiben. Der Käufer Haberland hingegen kann als Mittelständler besser auf weitere Subventionsbedürftigkeit dieses „umweltschützenden" Geschäfts pochen, als dies dem reichen Harpener-Konzern möglich wäre.

F. REICHELT AG

Bittere Pille für Aktionäre

JAN BRECH, Hamburg

Auf eine Dividende aus dem mehr als verdoppelten Jahresüberschuß von 4,5 Mill. DM müssen die Aktionäre der Pharma-Großhandlung F. Reichelt AG, Hamburg, auch für 1982 verzichten. Wie es im Geschäftsbericht des Unternehmens heißt, das vor sieben Jahren in schwere Verluste geraten war und eine kostspielige Sanierung hinter sich hat, soll der Überschuß unter Berücksichtigung der anfallenden hohen Investitionen und des daraus resultierenden Kapitalbedarfs den freien Rücklagen zugeführt werden.

Im Mittelpunkt der Erweiterungspläne, die rund 20 Mill. DM erfordern werden, steht der Bau neuer Geschäftsgobäude in Hamburg und Oldenburg. Damit werde die Schaffung größerer Kapazitäten an den Reichelt-Standorten fortgesetzt, um die Wirtschaftlichkeit der Betriebo langfristig abzusichern, heißt es. Die bisherigen Schritte auf dem Weg zu rentablen Betriebsgrößen reichten noch nicht aus.

Das Wachstum der Reichelt AG bewegte sich 1982 im Rahmen der Gesamtbranche. Im Konzern weist die Gesellschaft einen Umsatz von 549 Mill. DM aus; das entspricht einem Zuwachs von nominal 5,4 und real 2,8 Prozent. Diesos Plus sowie die Zunahme des Rohertrages um 1,4 Prozent auf 52 Mill. DM habe nicht ausgereicht, um die Kostensteigerungen voll zu kompensieren. Das Betriebsergebnis, so schreibt der Vorstand, hätte sich gegenüber 1981 nicht verbessert. In dem höheren Jahresüberschuß schlagen sich außerordentliche Erträge und fast verdoppelte Beteiligungserträge von 4,7 Mill. DM nieder.

Nachhaltige Ertragsverbesserungen erwartet der Reichelt-Vorstand auch für 1983 noch nicht. Das Ergebnis werde durch Mehraufwendungen für Umzüge, Finanzierung und Abschreibungen belastet. Zur Umsatzentwicklung, die in den ersten Monaten dieses Jahres positiv gewesen ist, wird betont, daß die Auswirkungen der Einführung von Beschränkungen in der Kostenerstattung von Medikamenten bei „Bagatellerkrankungen" nicht einzuschätzen seien.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Allianz hält Dividende

München (sz.) – Eine unveränderte Dividende von 10 DM je 50-DM-Aktie für 1982 schlägt die Allianz Versicherungs-AG, München, der Hauptversammlung am 13. Juli vor. Gewinnberechtigt ist ein Grundkapital von 83,4 Mill. DM. Den Rücklagen sollen insgesamt 115,3 Mill. DM zugewiesen werden.

Ruhrgas erhöht

Essen (dpa/VWD) – Die Verwaltung der Ruhrgas AG schlägt der Hauptversammlung am 1. Juli für 1982 eine gegenüber dem Vorjahr von 8,50 auf 9,50 DM jo 50-DM-Aktie erhöhte Dividende vor. Gleichzeitig soll das Grundkapital dieser nach eigenen Angaben größten europäischen Ferngasgesellschaft um 135 Mill. auf 900 Mill. DM erhöht werden. Der Bilanzgewinn wird mit 171 Mill. DM ausgewiesen.

Rhenag zahlt 14 Prozent

Köln (dpa/VWD) – Die Rhenag Rheinische Energie Aktiengesellschaft, Köln, schlägt der Hauptversammlung am 6. Juli für 1982 eine unveränderte Dividende von 7 DM je 50-DM-Aktie auf das Grundkapital von 44,1 Mill. DM vor. Der Bilanzgewinn beträgt 6,2 Mill. DM. Ferner soll das Kapital um ein Viertel auf 55,13 Mill. DM aufgestockt werden.

Wieder in der Gewinnzone

***Hannover** (dos.) – Die Teutonia* Zementwerk AG, Hannover, hat im Geschäftsjahr 1982 nicht nur den Verlustvortrag aus dem Vorjahr (0,84 Mill. DM) ausgleichen können, sondern darüber hinaus einen Bilanzgewinn erwirtschaftet, der die Ausschüttung einer Dividende von 6 Prozent auf das Grundkapital von insgesamt 9,075 Mill. DM zuläßt. Die Vorzugsaktionäre (3,575 Mill. DM), die 1981 ebenfalls leer ausgingen, erhalten ferner die garantierte Dividende von 6 Prozent nachgezahlt. Der Umsatz verringerte sich auf 55,8 (58,6) Mill. DM, weil der starke Rückgang der Exporte nicht aufzufangen war. Im laufenden Jahr rechnet der Vorstand mit einem insgesamt befriedigenden Ergebnis. In den ersten drei Monaten stieg der Zementabsatz gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um 7 Prozent.

Spuren der Krise

Hamburg (DW.) – „Spuren der Krise" hat es 1982 bei der Deutschen Schiffsbeleihungs-Bank AG, Hamburg, gegeben. In unserer Ausgabe vom Montag, 30. Mai, hatte es irrtümlich Deutsche Schiffahrtsbank AG, Hamburg, geheißen.

Beitragseinnahmen erhöht

Düsseldorf (Py.) – Die zur Colonia Gruppe gehörende Kölnische Hagel-Versicherungs-AG, hat 1982 ihre Gesamtbeitragseinnahmen um 8,1 (0,5) Prozent auf 6,8 Mill. DM erhöht. Gleichzeitig wuchs die Versicherungssumme um 2,5 (3) Prozent auf 532 Mill. DM. Zu beidem hat beigetragen, daß die im Vorjahr als Folge von Frostschäden für die Hagelversicherung ausgefallenen *hochtarifierten Früchte* wie Raps und Wein 1982 wieder voll versichert wurden. Die Schadenquote hat sich auf 58,8 (47,4) Prozent verschlechtert. An die Colonia-Versicherung wurden 0,5 (0,8) Mill. DM abgeführt.

NAMEN

Peter M. Schmidt und ***Wilko H. Börner*** wurden zu ordentlichen Vorstandsmitgliedern der Aachener Münchener Versicherungs AG, Aachen, berufen.

Dr. Hartmuth H. Kunstmann, Vorstandsmitglied der Erba AG, Erlangen, ist zum Sprecher des Vorstandes ernannt worden.

Hans Peter Hennecke wird in der Geschäftsführung der Rheinischen Kalksteinwerke und der Dolomitwerke GmbH, Wülfrath, die Nachfolge von **Karl Heinz Zepter** antreten, der im Frühjahr 1984 in den Ruhestand geht.

Manfred Zaß, bisher stellvertretendes Mitglied des Vorstandes der Deutschen Girozentrale – Deutsche Kommunalbank, wurde mit Wirkung vom 1. Juni 83 zum ordentlichen Mitglied des Vorstandes bestellt.

Willi W. Stumpf wurde mit Wirkung vom 1. März 83 alleinvertretungsberechtigter Geschäftsführer von AGA Matter GmbH, Forst. **Frank Dörner**, bisheriger Geschäftsführer, schied zum gleichen Zeitpunkt aus.

Uns wird geschrieben

Kein Pfropf

„*Im* Wirtschaftsteil Ihrer Ausgabe vom 27. Mai erschien unter der Überschrift ‚Pfropf im Rohr' ein kleiner Leitartikel zur Entwicklung der Gaspreise. Was Sie dort schrieben, halte ich für eine Unterstellung, weil Sie die Kassen der Kommunen mit denen der Versorgungsbetriebe in einen Topf werfen. Einnahmen der Versorgungsbetriebe sind nicht Einnahmen der Stadt. Dafür zahlen die Versorgungsbetriebe Konzessionsabgabe.

Außerdem scheinen Sie ganz zu übersehen, daß wir uns mit dem Gasabsatz in einem Markt bewegen, der von verschiedenen Seiten Konkurrenz bietet, so daß nur der anlegbare Preis auf die Dauer zum Ziel führt. Ein nicht anlegbarer Preis führt nicht zu Zuwachs, und die Versorgungsbetriebe leben auch vom Zuwachs, genauso wie es die Bundesregierung für die Bundesrepublik zur Bewältigung ihrer Probleme aussagt. Mir ist kein Versorgungsunternehmen bekannt, das nicht die anstehenden Preissenkungen an die Verbraucher weitergibt."

Hanns Tils, Stadtwerke Mönchengladbach

LZB STUTTGART / Konsolidierungskurs begrüßt

Gutes Zeugnis für das Land

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Durch seine restriktive Ausgabenpolitik in den Jahren 1981 und 1982 hat das Land Baden-Württemberg einen großen Schritt in Richtung Konsolidierung getan. Dieses gute Zeugnis stellt die Landeszentralbank in Baden-Württemberg in ihrem Jahresbericht 1982 der Haushaltspolitik der Stuttgarter Landesregierung aus.

Einschränkend heißt es freilich, daß das Festhalten an einem bestimmten Verschuldungsbetrag als Eckdatum für die Haushaltsgestaltung – unabhängig von konjunkturellen Gegebenheiten – nicht frei von Problemen sei. Zwar wäre es unvermeidlich, daß die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte im Sinne eines Abbaus struktureller *Defizite zu Lasten des Ziels der* Verstetigung gehe. Finanzpolitisch sei allerdings nach Meinung der LZB Stuttgart der Konsolidierungskurs als solcher zu rechtfertigen, da das Tempo, mit dem sich die öffentliche Verschuldung in den letzten Jahren erhöht habe, die wirtschaftlichen Kräfte zu lähmen drohte.

In 1982 waren nach Berechnungen der Landeszentralbank die gesamten Ausgaben des Landes Baden-Württemberg (ohne besondere Finanzierungsausgaben) um 1,7 Prozent angestiegen. Dabei haben sich die Zahlungen zum Länderfinanzausgleich um fast 30 Prozent erhöht. Rechnet man diese heraus, so ergibt sich bei den Ausgaben eine Zuwachsrate von lediglich 0,3 Prozent. Demgegenüber haben sich nach Angaben des Statistischen Bundesamtes die Ausgaben aller Länderhaushalte im vergangenen Jahr um 3,1 Prozent erhöht.

Entsprechend der etwas günsti*geren Entwicklung des nominalen* Bruttosozialprodukts in Baden-Württemberg war der Anstieg der baden-württembergischen Steuereinnahmen (plus 3,2 Prozent) wieder etwas höher als der Bundesdurchschnitt (plus 2,3 Prozent).

Breitere Basis für Expansion

H. POSNY, Düsseldorf

Nach Übernahme von rund 86 Prozent der Aktien von Jacques Borel International, Paris, durch die französische Hotelkette Novotel sind jetzt die ersten Schritte in der Zusammenarbeit der deutschen Tochtergesellschaften, Novotel Deutschland GmbH, München, und Jacques Borel Deutschland AG, Düsseldorf, eingeleitet worden.

Die in der Bundesrepublik neu entstandene Gruppe, die in Hotellerie, Gastronomie und Catering mit 2400 Mitarbeitern knapp 180 Mill. DM umsetzt, soll Know-how und Finanzierungskraft für die geplante Expansion in allen Bereichen zusammenfassen. Wie der jetzt für Novotel und Borel verantwortliche Vorstand der Gruppe, John F. Herminghaus, erklärte, sind beide trotz hohen Expansionstempos in Umsatz und Ertrag gleichermaßen überdurchschnittlich gewachsen. Novotel verfügt in über 21 Novotel- und 2 Ibis-Häusern sowie 4 Managementbetrieben über 3700 Zimmer und erhöhte 1982 bei 5 Neueröffnungen den Umsatz um 38,5 Prozent auf 87,3 Mill. DM. Für 1983 und 1984 sind jeweils 5 Neueröffnungen vorgesehen.

Borel hat in der Bundesrepublik trotz der Zurückhaltung im Verzehr außer Haus den Umsatz um 14,5 Prozent auf knapp 88 Mill. DM gesteigert. Daran hatten die 20 Churrasco-Steakhäuser einen Anteil von 49 Mill. DM (plus 7 Prozent), die 4 letztes Jahr in Berlin übernommenen Barbecue-Steakrestaurants 6 Mill. DM. Auch die in der Gemein*schaftsverpflegung tätige* R. S. Restaurant-Service GmbH hatte ein Umsatzplus von 6,6 Prozent auf fast 33 Mill. DM und damit ihre Marktposition gefestigt.

SKANDIA / Transportanteil zurückgefahren

Verlust durch Großschäden

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Die noch letztes Jahr gehegten Erwartungen, 1982 ein „nahezu ausgeglichenes technisches Ergebnis" und einen „deutlichen Gewinn in der Gesamtrechnung" vorzeigen zu können, haben sich bei der schwedischen Skandia Versicherungs-AG, Neu-Isenburg, nicht erfüllt. Der vorläufige Jahresbericht der im direkten Geschäft größten Zeichnungsstelle der Skandia im Ausland weist nach einer Bruttoschadenquote von 106,4 Prozent der verdienten Beiträge als Folge weniger Großschäden in der Industrie-Feuerversicherung einen Verlust von 6,4 Mill. DM (nach Schwankungsrückstellung) in der technischen und nur 0,3 Mill. DM Gewinn in der Gesamtrechnung aus.

Vor dem Hintergrund einer vorsichtigen Reservepolitik für Spätschädenrückstellungen, vor allem in der Transportversicherung, sowie fortgesetzter restriktiver Zeichnungspolitik verbessern sich zwar die Aussichten für 1983, doch wird mit einem positiven technischen Ergebnis noch nicht gerechnet.

Im letzten Jahr wuchs das Beitragsaufkommen der Direktion für Deutschland unter bewußtem Verzicht auf Wachstum nur um 0,8 Prozent auf fast 54 Mill. DM. Der Anteil der Transportversicherung dieses auf großgewerbliche Risiken spezialisierten Versicherers ging um 23,8 Prozent auf 9,2 Mill. DM zurück, während die Industrie-Feuerversicherung trotz selektiver Geschäftspolitik um 13,7 Prozent auf 22,5 Mill. DM wuchs.

Die schwedische Muttergesellschaft buchte 1982 im Sachgeschäft ein Prämienvolumen von 9,7 (7,1) Mrd. Skr., von denen 6,7 (4,3) Mrd. Skr. aus dem internationalen Geschäft stammten. Der Gesamtgewinn wird sich voraussichtlich von 233 auf 70 Mill. Skr. verringern. Er stammt jedoch nur – wenn auch wesentlich geringer als im Vorjahr – aus dem Inlandsgeschäft. Mit den Kapitalerträgen erreicht das Gesamtergebnis 540 (632) Mill. Skr. Je 25-Skr.-Aktie sollen 5 Skr. Dividende ausgeschüttet werden.

Die Prämieneinnahmen der Lebens- und *Krankenversicherung* stiegen um 16 (17) Prozent auf 2,08 Mrd. Skr. Der Gewinn von 1,5 (1,3) Mrd. Skr. wird voll den Versicherten zufließen.

VIDEORECORDER / Versorgungsengpässe für Berliner JTT-Montagewerk

Selbstbeschränkung als Hindernis

JOACHIM WEBER, Berlin

Mit der kleinen Verspätung von einem Jahr konnte jetzt in Berlin die Videogeräte-Fertigung der JTT GmbH endlich offiziell eröffnet werden. Der Betrieb war schon im Mai 1982 aufgenommen worden; im ersten Jahr wurden 230 000 Videorecorder produziert. Doch der Einweihung des Gemeinschaftsunternehmens der japanischen JVC, der britischen Thorn-EMI und der deutschen Telefunken GmbH stand als Hindernis immer wieder das unklare Schicksal des deutschen Partners entgegen.

Nachdem die Übernahme von Telefunken durch Grundig ebensowenig zustande gekommen war wie die Übernahme von Grundig durch die französische Thompson Brandt S.A., wurden schließlich mit dem Kauf der Telefunken-Mehrheit durch die Franzosen Anfang April wieder klare Verhältnisse geschaffen. Inzwischen hat die Berliner Montagefabrik ebenso wie ihr britisches Pendant in New Haven (eröffnet im Oktober 1982) freilich neue Probleme.

Durch das Selbstbeschränkungsabkommen zwischen der EG und der japanischen Regierung über Videoexporte nach Europa, von dem auch die Lieferung von Bausätzen betroffen ist, kommt es zu Versorgungsengpässen in den europäischen Videowerken. In Berlin steht derzeit eine von vier Produktionslinien zwangsläufig still, in New Haven ist es eine von dreien. Der monatliche Ausstoß ist damit in Berlin von 30 000 auf 24 000 Recorder und in New Haven von 20 000 auf 12 000 Geräte beschränkt. So werden die europäi*schen und* Gemeinschaftsunternehmen 1983 mit rund 400 000 Geräten deutlich unter den Planansätzen bleiben.

Von dem Abkommen ist die Victor Company of Japan zudem auch in der Heimat heftig betroffen. Geplant war für das Jahr 1983 eine Steigerung der Europa-Exporte (Anteil am Videogeschäft: 80 Prozent) von Bausätzen und fertigen Geräten um 25 bis 30 Prozent. Entsprechende Investitionen und umfangreiche Neueinstellungen (die in Japan kaum zu revidieren sind) waren bereits vorgenommen worden. Nachdem schon 1982 im Gefolge der Preiskämpfe am Videomarkt das Betriebsergebnis des Konzerns um 18 Prozent zurückgegangen war, rechnet man in diesem Jahr mit einem weiteren Rutsch um 10 Prozent.

Doch ein Hoffnungsschimmer ist schon in Sicht: Mit Thompson-Brandt, die ursprünglich ohnehin das dritte „T" im Bunde sein sollte, wurde Mitte April ein Abkommen abgeschlossen, nach dem die Franzosen künftig den komplizierten mechanischen Teil der Japan-Recorder in Lizenz fertigen sollen. Der Start der Laufwerkfertigung – zunächst ebenfalls mit japanischen Bauteilen – ist für Ende 1983/Anfang 1984 geplant. Die Laufwerke könnten dann – außerhalb der vereinbarten Quoten – auch an die beiden JTT-Werke geliefert werden.

Telefunken-Chef Josef A. Stoffels fand zur Einweihung klare Worte für die Handelsbeschränkungen: „Es kann nicht der Zweck eines solchen Abkommens sein, nur einen Teil der Arbeitsplätze in der EG zu sichern." Das Berliner Werk, in das die drei Partner rund 30 Mill. DM investiert haben, beschäftigt derzeit 450 Mitarbeiter.

Gas

Der vierte Erdgas-Röhrenvertrag Westeuropas mit den Sowjets, der bereits 1981 abgeschlossen wurde und mit dem die Lieferung von 40 Milliarden Kubikmeter Erdgas angeboten wurde, von denen aber nach neuesten Schätzungen wahrscheinlich nur 20 Milliarden realisiert werden, ist zu einem Dauerbrenner in der öffentlichen Diskussion geworden. Amerikanische Medien sprechen von einem Strangulationsvertrag, und erst vor wenigen Tagen haben Kieler Wissenschaftler behauptet, daß für das Gas aus dem Osten ein überhöhter Preis bezahlt werden muß, und dies auch dann, wenn der Preisindex für Roh- und Heizöl sinkt.

Betrachtet man den Vertrag einmal unter rein ökonomischen Aspekten (politisch wurde er bekanntlich von der alten wie von der neuen Bonner Koalition abgesegnet), so wird man nicht umhin kommen, einen Blick auf die Qualität der deutschen Organe der Gaswirtschaft zu werfen. Stellvertretend soll hier die Ruhrgas stehen, der größte private europäische Erdgasversorger, der auch sehr oft federführend für europäische Konsortien international auftritt.

Dem Vorstand dieser Gesellschaft wird man nach spektakulären Verträgen mit den Niederlanden, nach drei Verträgen mit der Sowjetunion und nach dem jüngsten Vertrag mit Norwegen, der erst in erbittertem Ringen mit den Briten unter Dach und Fach gebracht werden konnte, bescheinigen müssen, daß er nicht nur für die Ruhrgas, sondern auch im Interesse der Volkswirtschaft bemerkenswerte Arbeit geleistet hat.

Alle Verträge sind Cif-Verträge, was in der Weltgaswirtschaft durchaus nicht immer üblich ist. Sie bedeuten, daß der Gaslieferant seine Ware frei deutscher Grenze anzuliefern hat, daß er die Kosten und das Risiko des Transportes übernimmt, was die Liefersicherheit entscheidend erhöht. Schließlich macht sich eine kostspielige Pipeline nur dann bezahlt, wenn man sie zur Lieferung von Gas nutzt.

In die Verträge sind ferner Preisklauseln eingearbeitet, die den Bezugspreis automatisch an eine Mischformel aus Preisen für Rohöl und leichtes Heizöl (die das Statistische Bundesamt liefert) koppelt. Im Halbjahresrhythmus steigen oder fallen die Erdgaspreise damit automatisch.

Längst ist erkannt, daß es ein semantischer Fehler war, das Russengeschäft ein „Erdgas-Röhren-Geschäft" zu nennen. Denn: Der Erdgasvertrag ist nicht mit einer einzigen Silbe an das Röhrengeschäft gekoppelt. Auch die Exportkredite, die für die Röhren- und Kompressorenlieferungen über Hermes gewährt wurden, stehen in keinerlei Zusammenhang mit dem Erdgasvertrag.

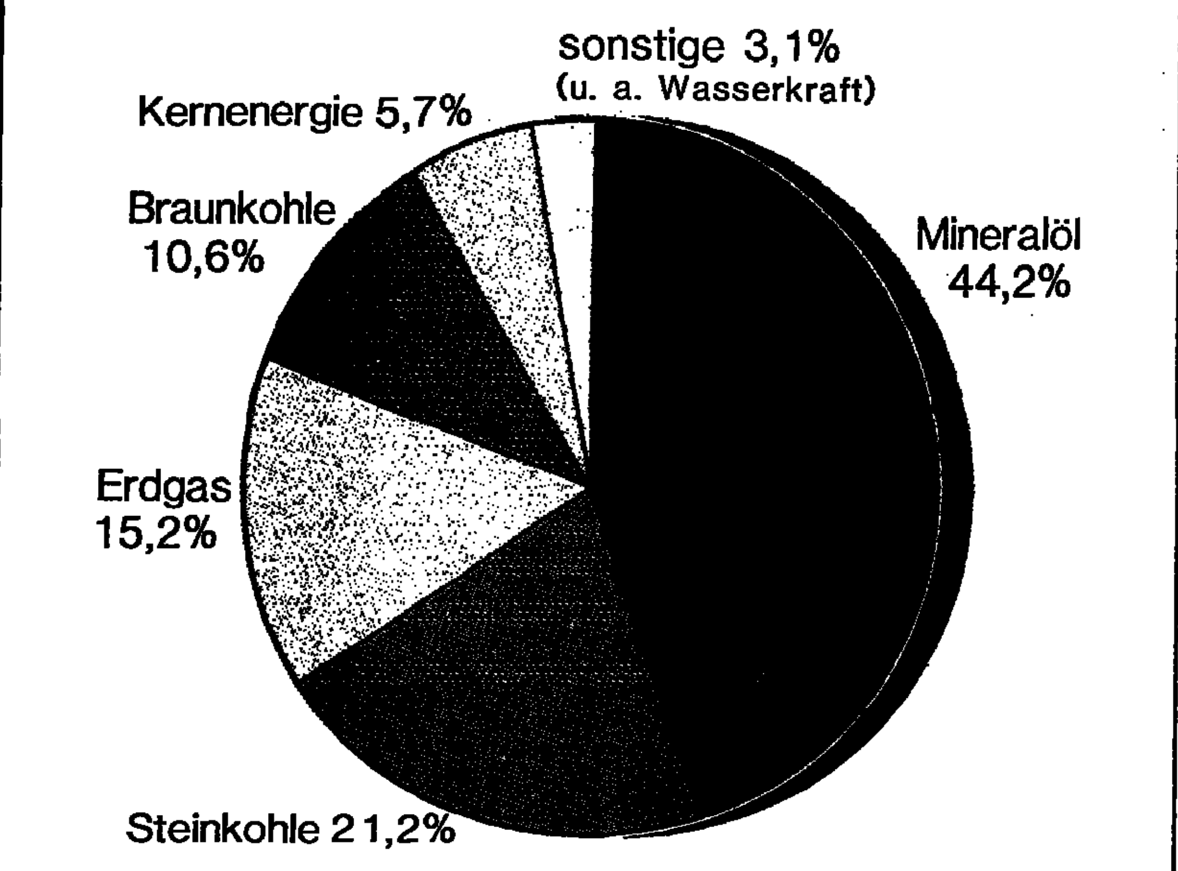
Wer die Sicherheit der Erdgasversorgung begutachtet, sollte wissen, daß alle Verträge einen beachtlichen Swing für die Höhe der zu beziehenden Mengen enthalten. So ist es heute möglich, relativ viel Russengas zu beziehen, dafür aber die Gasmengen aus dem Vertrag mit den Niederlanden zu schonen.

Hat man sich ein Bild vom „Organ Vorstand" gemacht, bleibt noch ein Blick auf die Aufsichtsräte der deutschen Gaswirtschaft, der das Geschäftsgebahren der Vorstände zu kontrollieren hat. Und in diesen Aufsichtsräten sitzen die gewiegtesten Fachleute des Kohlenwasserstoffmarktes dieser Erde: Vorstände der internationalen Mineralölkonzerne.

Die Kompetenz der Akteure sollte Gewißheit schaffen, daß sie nicht in Fallen tappen, schon gar nicht in sowjetische Gas-Fallen.

Vielmehr stecken die Sowjets selbst in einer ökonomischen Falle, aus der sie so schnell nicht herausfinden werden. Der größte Rohölproduzent der Welt (über 600 Millionen Tonnen im Jahr) rechnet mit einem Rückgang seiner Ölexporte in die westlichen Industrieländer bis 1990 von 52 auf 15 Millionen Tonnen. Da aber von den angebotenen 40 Milliarden Kubikmeter Erdgas vom Westen nur 20 Milliarden abgenommen werden, kommt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, zu dem Schluß, daß die Sowjets ihr Ziel weit verfehlen werden, nämlich den Devisenausfall beim Öl mit Erdgaslieferungen kompensieren zu können.

HANS BAUMANN



Bei rund 362,5 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE) lag 1982 der Verbrauch in der Bundesrepublik – so teilt sich der „Energiekuchen". GRAFIK RUHRGAS

VERSORGUNG / 1990 sollen acht Millionen deutsche Haushalte mit Gas heizen

Ein Energie-Riese weiß heute schon, wann sein Wachstum beendet sein wird

HANS BAUMANN, Essen

Der jüngste Energieträger der Bundesrepublik Deutschland heißt Erdgas. Bis zur Mitte der sechziger Jahre hieß Gas in Deutschland „Stadtgas" mit einem Brennwert von 4300 Kilokalorien. Es war praktisch ein Abfallprodukt der Kokserzeugung. Dann aber brach mit der Entwicklung des Erdgasfeldes von Slochteren, in den Niederlanden bei Groningen, das Erdgaszeitalter für die Bundesrepublik an.

Wie schnell der „Jüngling" wuchs, zeigen wenige Zahlen: 1965 hatte das Erdgas (8300 bis 10 500 Kilokalorien je Kubikmeter) nur einen Anteil von einem Prozent an der Primärenergiebilanz der Bundesrepublik. 1970 war er schon auf fünf Prozent gewachsen, und 1979 (bisheriger Höchststand) lieferte Erdgas schon 16 Prozent, das sind in Tonnen Steinkohleneinheiten (SKE) ausgedrückt 65 Millionen Tonnen, grob so viel wie der ganze Ruhrbergbau fördert.

Nach 1979 ging im Zuge der Energieersparnis und der steigenden Preise für Mineralöl, an das das Erdgas preislich gekoppelt ist, der Erdgasverbrauch allmählich auf 54 Millionen Tonnen SKE zurück, das sind 15 Prozent des Primärenergieverbrauchs.

Dieser Rückgang bedarf einer Erläuterung: Er ist zu 90 Prozent darauf zurückzuführen, daß sich der Einsatz von Erdgas in der Kraftwirtschaft von 20 Millionen Tonnen SKE auf heute 10 Millionen Tonnen halbiert hat. Bei dieser Menge, so die Gaswirtschaft, soll der Kraftwerkseinsatz jedoch stabilisiert werden. Daß das Erdgas aus den Kraftwerken verdrängt wurde, hängt damit zusammen, daß nach den beiden Ölpreis-Schüben 1973/74 und 1979 die Steinkohle unter den Kraftwerkskesseln unschlagbar geworden war. Es kam zum sogenannten Jahrhundertvertrag zwischen Steinkohle und Kraftwirtschaft. Mit dem teuren Öl wurde auch das Gas aus der Stromerzeugung herausgenommen.

Anders als die deutschen Stromerzeuger und auch anders als die deutsche Steinkohle kalkuliert hatte, setzten die Haushalte, der Handel und das Gewerbe ebenso wie die Produktionsbereiche der Industrie nicht auf die preisgünstigere Kohle. Hier blieb das Gas wettbewerbsfähig.

Die Folge: Seit 1979 wurden mehr als eine Million Heizgaskunden hinzugewonnen. Ende 1982 wurden bereits sechs Millionen Wohnungen mit Erdgas beliefert, also jede vierte Wohnung im Bundesgebiet. 1990 sollen es nach den Plänen der Gaswirtschaft acht Millionen Wohnungen sein, womit gleichzeitig ein großer Schritt in Richtung Umweltschutz getan wird, denn Erdgas ist einer der umweltfreundlichsten Energieträger.

So schnell der Markt für Erdgas in der Bundesrepublik auch gewachsen ist und so groß auch die weltweiten Reserven sein mögen, die Erdgaswirtschaft kennt heute schon die Grenze ihres Wachstums. Sie liegt bei 18 bis 20 Prozent des Primärenergiebedarfs. Damit wäre dann eine gute Mischung der Primärenergien gewährleistet: ein Drittel Kohle, ein Drittel Öl und ein Drittel Gas und Kernenergie. Damit wäre das energiepolitische Ziel Bonns erreicht: Diversifizierung der Energieträger.

Das Erdgasnetz in der Bundesrepublik hat inzwischen eine Länge von 140 000 Kilometer. Die Energie Erdgas entlastet besonders die Ballungsgebiete, weil sie die oberirdischen Verkehrswege entlastet. Erdgas verschmutzt auch keine Gewässer, mit der Ablösung anderer Energien, etwa Öl, trägt Gas zum Gewässerschutz bei. Erdgas ist ungiftig, es verbrennt sauber, weil es schwefelfrei ist, es nützt den Wäldern, schont Baudenkmäler und stützt die menschliche Gesundheit.

Gäbe es in der Bundesrepublik kein Erdgas, so wäre die Umwelt jährlich zusätzlich mit 100 000 Tonnen Schwefeldioxid und mit weiteren 26 000 Tonnen Staub belastet. Bezogen auf die zu erwartenden acht Millionen Wohnungen, die künftig mit Erdgas beheizt werden, beträgt die Entlastung bei Schwefeldioxid sogar 160 000 Tonnen im Jahr und bei Staub über 40 000.

Erdgas, das ist auch ein Stück lebendiger europäischer Zusammenarbeit. Ein ganzes Netz-System von unterirdischer Pipelines verbindet die Länder Europas von der Nordsee bis zum Mittelmeer und vom Atlantik bis nach Österreich. Und dieses Netz wiederum ist verbunden mit den Produktionszentren in den Niederlanden, in der Bundesrepublik, in der Nordsee, in der Sowjetunion und in Nordafrika, von wo Flüssigerdgastanker zu Erdgasterminals am Mittelmeer und am Atlantik fahren.

Rund ein Sechstel des Energiebedarfs des europäischen Kontinents wird heute Tag für Tag in mehr als 40 Millionen Haushalte und Betriebe über Pipelines geleitet. Die nationalen Leitungen addieren sich zur Zeit zu 450 000 Kilometer. Die Bedeutung des Kontinents als Nachfragefaktor für Erdgas wird noch weiter steigen, wenn – wie vorgesehen – die nordischen Staaten an dieses Netz angeschlossen werden.

Erdgas entlastet auch in nicht geringem Maße die deutsche Leistungsbilanz. Erdgas ist beim Import in die Bundesrepublik erheblich billiger als importiertes Rohöl – 1981 waren es genau 40 Prozent. Der Grund: Der Transport und die Verteilung des Gases ist wegen seiner Leitungsgebundenheit teurer als der von Öl. Die 40 Prozent Preisvorteil bleiben demnach als Sozialprodukt im Inland – und schaffen Arbeitsplätze bei gleichzeitiger Entlastung der Leistungsbilanz.

RESERVEN / Gas reicht doppelt so weit wie Öl

Die Verträge laufen über ein Vierteljahrhundert

Bm. Essen

Ohne Beispiel im Energie- und Warenhandel der Welt ist die Langfristigkeit, mit der sich Importeure und Exporteure von Erdgas weltweit binden. Durchweg laufen diese Liefer- und Bezugsverträge zwischen 20 und 25 Jahren. Der Grund liegt auf der Hand. Erdgastransportsysteme sind finanziell sehr aufwendig – und sie können zu keinem anderen Zweck als eben zum Transport von Gas verwendet werden.

Daher sind sowohl der Lieferant – und der in erster Linie, weil er das Investitionsrisiko läuft – als auch der Abnehmer an langen Laufzeiten interessiert, der Bezieher wiederum, weil er sich über das Rohr eine langfristig ziemlich sichere Versorgung sichert, die er ebenso langfristig kalkulieren kann.

Weltweit wird das Erdgas zu 80 Prozent mit Pipelines transportiert. 20 Prozent kommen in Flüssigerdgastankern zum Verbraucher. Wie kapitalintensiv der Transport in beiden Systemen ist, zeigt das Beispiel Ekofisk, die Quellen in der Nordsee. Die Erschließung dieser Lagerstätten hat bisher über fünf Milliarden Dollar gekostet – einschließlich der Förder- und Transportanlagen, also auch einschließlich der nach Emden verlegten Unterwasserpipeline von 440 Kilometer Länge.

Vorräte an Erdgas sind groß. Die heute gewinnbaren Reserven werden auf 100 Milliarden Tonnen Steinkohleneinheiten geschätzt. Beim heutigen Förderniveau würde dieses Erdgas für 50 Jahre reichen, beim Öl sind es zur Zeit 30 Jahre. Rechnet man aber die als wahrscheinlich förderbaren Mengen noch hinzu, so verdoppeln sich die Gesamtvorräte.

Bei all diesen Schätzungen muß die Energiewirtschaft von unzuverlässigen Zahlen über den Ostblock ausgehen, die hier unter Geheimhaltung fallen. Ivan Nesterov, Direktor des westsibirischen Instituts für Ölförderung, hat darauf verwiesen, daß erst 20 Prozent des Territoriums von Tjumen (Westsibirien) erforscht seien und daß nur 35 von 100 erkundeten Feldern genutzt werden. Die Wahrscheinlichkeit, daß noch große Erdgasreserven gefunden werden, zeigt auch das Beispiel Nordkanadas, wo in der zerklüfteten Inselwelt riesige Felder angenommen werden.

Westeuropa liegt geographisch günstig zu den Erdgasvorkommen der Erde. Rund drei Viertel der sicher gewinnbaren Reserven und zwei Drittel der wahrscheinlich zusätzlich gewinnbaren der Welt liegen näher zu Westeuropa als zu den USA und zu Japan, den beiden anderen großen Energieverbrauchern der Welt.

Die seit langem bewährten Transporttechniken ermöglichen es Westeuropa, Erdgas auch aus weitentfernten Gebieten zu holen. Selbst aus den rauhen Regionen nördlich des 62. Breitengrades der Nordsee kann heute Erdgas herbeitransportiert werden, ebenso wie aus Sibiriens ewigen Frostzonen.

Fragt man die Erdgaswirtschaft in der Bundesrepublik, ob sie nicht an den langfristig vereinbarten Lieferungen bei länger anhaltender Flaute „ersticken" kann, so lautet die Antwort prompt: nein. Die Verträge enthalten Flexibilitäts- und Preisklauseln, die es durchaus in beiderseitigem Interesse ermöglichen, den Nachfrageschwankungen des Marktes zu folgen.

Aber auch mit der gasverbrauchenden Industrie ist Flexibilität in die Verträge eingebaut. Solche Verbraucher haben sogenannte bivalente Anlagen, in denen sie Erdgas oder Heizöl einsetzen können. Mit unterbrechbaren Verträgen kann die Gaswirtschaft die Lieferung bei Bedarf einstellen, der Verbraucher schaltet dann auf Öl um. Natürlich bringen dem Abnehmer solche unterbrechbaren Verträge Kostenvorteile – dem Gasversorger aber auch mehr Flexibilität.

Die großen Erdgasreserven auf der Welt (Forscher gehen zur Zeit der Theorie nach, ob Erdgas nicht aus tiefen Schichten der Erde „nachwächst") lassen fürchten, daß die Bundesrepublik eines Tages vom Regen der Ölabhängigkeit in die Traufe der Erpreßbarkeit beim Gas gerät. Dieser Sorge will die Gasindustrie mit einer Art Selbstbeschränkung begegnen. Höchstens 20 Prozent Erdgas als Anteil an der Prämärenergie-Versorgung, das ist die Strategie.

GASTURBINEN-KRAFTWERK

Nachts wird durchgeatmet

DW. Essen

Nachts holt es ganz tief Luft, und in den Tagesspitzen liefert es den nötigen Sauerstoff, um Spitzenstrom für das öffentliche Netz zu liefern: das einzige Gasturbinen-Kraftwerk dieser Erde, das an zwei unterirdische Luftspeicher angeschlossen ist.

Dieses Gasturbinenkraftwerk mit einer Leistung von 290 Megawatt (MW) – das sind 290 000 Kilowatt – steht in Huntorf. Doch seine Luftspeicher liegen rund 150 Kilometer entfernt. Es sind zwei Kavernen in Salzstöcken bei Huntorf in Oldenburg, die eine in 650 Meter Tiefe, die andere 800 Meter tief.

In diese Salzstöcke wird dann Luft eingepreßt (bis zu 70 bar); wenn elektrischer Strom im Überfluß verfügbar ist, also nachts. Wenn frühmorgens oder mittags und am Abend sogenannter Spitzenbedarf an elektrischer Energie entsteht, dann wird die komprimierte Luft aus Huntorf herbeigeführt und die Gasturbine angeworfen. Vier Stunden lang kann das Kraftwerk aus den Speichern von Huntorf „atmen", dann ist die Luft raus, der Spitzenbedarf an Strom aber meist auch gedeckt.

Natürlich arbeiten andere Gasturbinen nach dem gleichen Prinzip – sie saugen während des Betriebs Luft an, komprimieren sie, fügen 83 Teilen Druckluft 17 Teile Erdgas zu und verfeuern dieses Gas-Luft-Gemisch für den Antrieb der Stromgeneratoren. Doch wenn die Turbinen während der Stromerzeugung auch noch die Druckluft erzeugen, dann bleibt für die Elektrizität nur noch ein Drittel der Leistung, zwei Drittel gehen bei der Kompression verloren.

In Huntorf hat man diese zwei Drittel voll genutzt. Man erzeugt dann Druckluft, wenn dafür reichlich Strom zur Verfügung steht. Und wenn in den Bedarfsspitzen mehr Strom gezapft wird, steht die Gasturbine mit ihrer vollen Leistung zur Verfügung.

FILM-DOKUMENT / Erdgas für Schleswig-Holstein

„Wärme aus dem Meer"

DW. Rendsburg

Erdgas muß heute weite Wege nehmen, um zum Menschen zu kommen. Der Film „Wärme aus dem Meer – Erdgas für Schleswig-Holstein", den die Schleswag in Rendsburg drehen ließ, zeigt auf eindrucksvolle Weise, wie die Wärme in den Ekofisk-Feldern mitten in der rauhen Nordsee gefördert und durch eine lange Pipeline nach Emden geleitet wird. Ein Erdgas-Strang unterquert die Elbe und schließt Schleswig-Holstein an das europäische Verbundnetz an.

Im Frühjahr 1981 begannen die Arbeiten, die ein Kamerateam begleitete. Ein Bagger schlägt seine Schaufel ins Erdreich, Rohre rollen direkt vom Stahlwerk auf die grüne Wiese, Schweißgeräte fügen den Stahl nahtlos aneinander, Kräne hieven Rohre in die Gräben, Hindernisse tauchen auf, ein Bahndamm muß unterpreßt werden, Gräben werden mit Mutterboden verfüllt, Gras wird gesät, die Leitung verschwindet – und weiter geht es nach Norden.

In die Schwerpunktreportagen des Films werden feuilletonistisch eingeblendet die Landschaften und Städte, die Menschen und ihre Gebräuche an der schleswig-holsteinischen Westküste. Hier wird deutlich, wem der Aufwind an Arbeit und Investitionen gilt: dem Menschen.

Wo wird das Erdgas benötigt? Der Film zeigt alle Bereiche, wo es in menschlichen Diensten steht. Haushalt, Gewerbe und Industrie erscheinen im Bild. Wärme und Kraft aus Erdgas sorgen dafür, daß Steaks in Küchen garen, Fayencen in einer Töpferei entstehen, Blumen in Gewächshäusern erblühen, Werften und Ziegeleien arbeiten können. Erdgas für tausend Verrichtungen.

Im Auftrag der Schleswag produzierte die allcom Film + AV GmbH, Hamburg, den Streifen, für den Alexander Rost das Drehbuch schrieb.

West-Berlin wird in das Westeuropa-Netz eingeknüpft

Wenn der Vertrag hält, was er unter dem 30. März 1983 besiegelt hat, dann wird West-Berlin vom Herbst 1985 an in das westeuropäische Erdgasnetz integriert. Der Vertrag sieht den Bezug von Erdgas aus der Sowjetunion und den Transit über das Gebiet der „DDR" vor. Vertragspartner Ruhrgas wiederum wird das Gas an der Stadtgrenze von West-Berlin an die Berliner Gaswerke (Gasag) übergeben. Darüber muß noch ein Vertrag geschlossen werden. Die Berliner Energieversorgung wird damit auf eine breitere Basis gestellt.

Schon bei der Unterzeichnung des vierten Erdgasliefervertrages mit den Sowjets hatte die Sojuzgazexport 1981 die Bereitschaft erklärt, auch West-Berlin im Rahmen des sowjetisch-westeuropäischen Projektes mit Erdgas zu beliefern. Jetzt ist der Vertrag über 650 Millionen Kubikmeter im Jahr unter Dach und Fach.

Die volle Menge wird erst im Laufe einer mehrjährigen Anlaufphase erreicht. Der Vertrag läuft bis zum Jahre 2008. In West-Berlin wird ein Untertagespeicher (Kaverne) gebaut, der die Einlagerung eines Jahresbedarfs der Stadt ermöglicht.

Um das Sowjetgas durch die große Transitleitung von Sibirien nach Weidhaus an der deutsch-tschechoslowakischen Grenze nach West-Berlin zu bekommen, muß eine Zweigleitung von Deutschneudorf (Grenze „DDR"/CSSR) nach Großziethen (Grenze „DDR"/West-Berlin) gebaut werden. Dazu wurde ein Vertrag mit dem Kombinat Verbundnetze Energie (KVE) der „DDR" geschlossen, der eine 235 Kilometer lange Pipeline mit 600 Millimeter Durchmesser vorsieht.

Nach Schätzungen in West-Berlin wird diese Leitung Investitionen in Höhe von 230 Millionen Mark erforderlich machen. Ruhrgas wird diese Investitionen der „DDR" erstatten und der Gasag in West-Berlin in Rechnung stellen.

Das Sowjetgas, das bei voller Lieferung einen Anteil an der Westberliner Energieversorgung von zehn Prozent haben wird, muß vorerst gespalten und in Stadtgasqualität (4300 Kilokalorien) geliefert werden, bis der Untertagespeicher fertiggestellt und die Brenner in Berlin auf Erdgasqualität umgerüstet sein werden. Bisher stellt die Gasag das benötigte Gas aus Benzin her, dessen Spaltung allein im letzten Jahr Subventionen von 142 Millionen Mark durch den Senat erforderlich machte.

Der Vertrag bekommt eine besondere Qualität dadurch, daß er die Möglichkeit vorsieht, Spitzen und Täler der Westberliner Gasversorgung je nach Bedarf durch Verbund mit der Ruhrgas auszugleichen. Mit dem großen Gaspotential wird es möglich sein, von 1985 an mehr als 130 000 Wohnungen in West-Berlin an das Gasnetz anzuschließen und so einen erheblichen Beitrag zur Reinhaltung der Luft zu leisten.

RESERVEN / Der gesicherte Vorrat wird mit 169 Milliarden Kubikmeter angegeben

Fast ein Drittel der Erdgasressourcen der Welt stecken im deutschen Boden

Bm. Essen

Immer wieder wird die Frage laut, wie „sicher" die deutsche Erdgasversorgung im Gegensatz zu der großen Abhängigkeit beim Öl von den Opec-Staaten ist. Die Antwort lautet: Gas kommt nicht aus den gleichen Regionen, aus denen das Öl im wesentlichen zu uns gelangt. Die deutschen Erdgasquellen – auch wenn sie im Ausland liegen – befinden sich in politisch weitaus befriedeten Zonen.

So stammt fast ein Drittel des Erdgasbedarfs der Bundesrepublik aus deutschem Boden – vornehmlich aus dem Emsland. Effektiv waren es 31 Prozent der insgesamt 1982 verbrauchten Erdgasmenge von 57,5 Millionen Tonnen Steinkohleneinheiten (SKE), von denen noch 2,4 Millionen Tonnen SKE exportiert wurden.

118 Bohrungen 1982

Und damit der deutsche Anteil an der Bedarfsdeckung in dieser Höhe erhalten bleibt, wurden allein im letzten Jahr 118 Bohrungen vollendet, von denen immerhin 76 öl- oder gasfündig waren. An reinen Aufschlußbohrungen wurden 42 niedergebracht, von denen elf, das sind 26 Prozent, Erfolg hatten.

Der Wirtschaftsverband Erdöl- und Erdgasgewinnung stellt fest, daß die sicheren und wahrscheinlichen Reserven an Kohlenwasserstoffen im Boden der Bundesrepublik größer sind als bisher angenommen. Die Hinzugewinnung neuer Reserven ist danach größer als der jährliche Verbrauch.

Insgesamt werden die Erdgasreserven mit 169 Milliarden Kubikmeter (gesichert) angegeben. Nimmt man die wahrscheinlich gewinnbaren hinzu, so steigt der Vorrat auf 271 Milliarden Kubikmeter, bei einer Förderung im letzten Jahr von 16,6 Milliarden Kubikmeter.

Der Löwenanteil der Reserven liegt zwischen Weser und Ems. Die 271 Milliarden Kubikmeter teilen sich wie folgt auf: Elbe–Weser 73,6, Weser–Ems 169,7, Emsmündung 17,4 und Alpenvorland 3,1 Milliarden Kubikmeter.

Die Liste der Gas fördernden Gesellschaften in der Bundesrepublik wird einsam angeführt von der Gewerkschaft Brigitta, die sich zu je 50 Prozent in den Händen von Esso und Shell befindet. Sie hat im letzten Jahr 8,3 Milliarden Kubikmeter Erdgas gefördert. Auf Platz zwei folgt Mobil Oil mit fast 3,2, dann die Gewerkschaft Elwerath (ebenfalls Esso und Shell) mit 2,1 und als letzter der Milliardäre die Wintershall AG mit fast 1,3 Milliarden Kubikmeter.

Unter der Milliardengrenze liegen die Preußag AG (gut 750 Millionen), Deutsche Texaco (250 Millionen), C. Deilmann AG (gut 200 Millionen), Hermann Rautenkranz (ITAG) mit fast 200 Millionen, Gelsenberg AG (BP), Deutsche Schachtbau- und Tiefbohrges. mbH, Gewerkschaft Deutz und mit gut 50 Millionen Kubikmeter einige sonstige kleinere Produzenten.

Sie alle aber werden von der öffentlichen Landeshand mit „Royalities" zur Kasse gebeten. Je nach Feldesgröße ist dieser Förderzins gestaffelt zwischen 25 und 38 Prozent des Marktwertes des geförderten Gases. Hat eine Gesellschaft besondere Förderaufwendungen, so kann auch ein niedrigerer Zins angewendet werden. Das gilt etwa für den Fall, daß ein Unternehmen unterirdische Sprengungen vornehmen muß, um gasführendes Gestein zur Hergabe seines Inhaltes zu veranlassen (Frac-Verfahren).

Netz von Lieferanten

Da die sicherste Art der Versorgung die breite Streuung der Quellen ist, sind die deutschen Gasversorgungsunternehmen natürlich bemüht, ein ganzes Netz von Lieferanten zu knüpfen. Den größten Anteil an der Gesamtversorgung hat Holland, das im letzten Jahr 34 Prozent des Bedarfs lieferte, auf Platz drei stehen die UdSSR mit 20 Prozent, gefolgt von Norwegen, das Erdgas aus der Nordsee liefert, mit 15 Prozent. Die Erdgasimportverträge reichen zum Teil bis ins nächste Jahrtausend hinein.

Es wird aber nicht beim Bezug von Erdgas bleiben. Pläne für den Bau eines Flüssigerdgasterminals bei Wilhelmshaven liegen in den Schubladen. Wenn die Nachfrage nach Gas wieder wächst, kann hier Gas entspannt und ins Rohrnetz gelenkt werden, das in Nigeria, in Algerien, in Indonesien oder auch in Nordkanada gefördert wurde. Erdgas ist reichlich vorhanden auf der Erde. Sein Maximum an der Energiebilanz der Bundesrepublik könnte es um die Jahrhundertwende mit 20 Prozent erreichen, 1982 waren es 15,2 Prozent.

AUTOGAS / Branche fordert Steuerermäßigung und Sonderabschreibung bei Umrüstung von Kraftfahrzeugen

Der Fiskus sollte beim Flüssiggas Gas geben

ALFRED BAUM, Essen

Vom „Gas geben" im wahrsten Sinne des Wortes hatte die Flüssiggasindustrie so lange geträumt, wie der Höhenflug der Mineralölpreise anhielt. Nach dem Verfall der Preise für Vergaserkraftstoffe seit Oktober 1981 wurden auch hier Hoffnungen gedämpft – ohne daß die Gewißheit, einen großen Markt in Zukunft bedienen zu können, aufgegeben worden wäre.

Dabei hatte es sich so gut angelassen. Immerhin gibt es in der Bundesrepublik Deutschland inzwischen ein Tankstellennetz von 650 Stationen, an denen Flüssiggas angeboten wird. Rund 80 Prozent dieser Stationen werden von Flüssiggas-Versorgungsunternehmen bedient, den Rest versorgen die Mineralölkonzerne aus ihren eigenen Raffinerien. Die technische Ausstattung einer Tankstelle mit Vorrichtungen zum Flüssiggas-Tanken kostet 80 000 bis 100 000 Mark.

Sosehr sich auch der Preisabbau bei Vergaserkraftstoffen dem Flüssiggas in den Weg gestellt haben mag, erstaunlich ist gerade deshalb, daß 1982 ein Absatzplus von 34 Prozent auf 20 100 Tonnen erreicht werden konnte. Natürlich ist diese Menge vergeßbar wenig, wie überhaupt der gesamte Flüssiggasmarkt mit nur einem Prozent des Primärenergieverbrauchs (1982: 363 Millionen Tonnen Steinkohleneinheiten) noch eine untergeordnete Rolle spielt. Wertmäßig kann sich der Umsatz von 1,2 Milliarden Mark immerhin schon sehen lassen.

Unter Flüssiggas versteht man C_3- und C_4-Kohlenwasserstoffe und Gemische aus beiden, die sich relativ leicht von anderen Kohlenwasserstoffverbindungen und Verunreinigungen trennen lassen. Damit ist Flüssiggas einer der reinsten Energieträger.

Das hat ganz besondere Vorzüge im Hinblick auf die Entlastung der Umwelt. Grundwasserverschmutzung ist zum Beispiel so gut wie ausgeschlossen, weil Flüssiggas unter normalem Druck und bei normalen Temperaturen verdampft und sich nicht in Wasser löst.



Eine von 650 Gas-Zapfstellen in der Bundesrepublik
FOTO: MANFRED VOLLMER

Bei der Verbrennung von Flüssiggas entstehen im Gegensatz zu anderen Brennstoffen praktisch keine Schwefeldioxid-Emissionen und kein Ruß – also auch kein „saurer Regen". Ein weiterer Vorteil des Einsatzes von Flüssiggas als Autogas: Die Kohlenmonoxid-Emissionen sind bis zu 80 Prozent niedriger als der Auswurf der Benzinmotoren. Der Anfall von Kohlenwasserstoff ist um 50 Prozent geringer.

Kein Wunder, wenn in Nordrhein-Westfalen mit Flüssiggas betriebene Fahrzeuge nach der Smog-Verordnung im Ernstfall vom Fahrverbot befreit sind. In Hessen testet die Polizei zur Zeit Autogas-Funkstreifenwagen mit dem Ziel des bundesweiten Einsatzes.

So meint denn auch der Vorsitzende des Deutschen Verbandes Flüssiggas, Hans D. Wehner, daß trotz der relativ niedrigen Benzinpreise dem Flüssiggastanken zum Durchbruch verholfen werden müsse, um die Umwelt zu entlasten und absehbarem neuen Preisauftrieb für Benzin entgegenzuwirken.

Er fordert Rahmenbedingungen, um dem Flüssiggas im Autotank den Weg zu ebnen:

- Ermäßigung des Steuersatzes für Autogas
- Sonderabschreibungen für den Einbau von Autogas-Systemen
- Sonderabschreibungen (Investitionshilfen) bei der Erstellung von Autogas-Tankstellen
- Forcierung des Autogaseinsatzes bei kommunalen Fuhrparks
- Begünstigung beim Einsatz von Autogas im Taxen- und Großflottenbereich.

Erste Zeichen keimenden Verständnisses sieht Wehner schon in der Gewährung von Zuschüssen des Landes Berlin bei der Umrüstung von Kraftfahrzeugen – was den Privatmann immer noch rund 2000 Mark kostet.

Nicht nur am Umsatz von rund 1,2 Milliarden Mark im letzten Jahr läßt sich der deutsche Flüssiggasmarkt messen. Investiert wurden 1982 rund 50 Millionen Mark, wodurch bei den Mitgliedern des Verbandes das Anlagevermögen auf rund 550 Millionen Mark stieg. Um rund sechs Prozent wurde die Tanklagerkapazität 1982 auf 81 000 Tonnen erhöht. Etwa 8,6 Millionen Stahlflaschen mit 5,11 und 33 Kilogramm Fassungsvermögen sind in der Bundesrepublik in Umlauf. Rund 400 Straßentankwagen beliefern ungefähr 180 000 Kundentanks.

Der Verband und auch die Mineralölindustrie schätzen, daß sich der Absatz von Flüssiggas bis Ende des Jahrhunderts verdoppelt, gleichzeitig aber der Mineralölabsatz um 20 Prozent sinkt.

Warenpreise – Termine

Gegenläufig entwickelten sich die Edelmetalle am Freitag an der New Yorker Comex. Während Gold schwächer aus dem Markt ging, konnte sich Silber verbessern. Mit deutlichen Gewinnen schloß Kupfer. Fester bis etwas schwächer wurde Kaffee bewertet. Durchweg Gewinne verzeichnete Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	27. 5.	26. 5.
Juli	347,00	350,25
Sept.	358,00	360,50
Dez.	371,75	374,75

Weizen Winnipeg (can. $ t)		
Wheat Board cif.	27. 5.	26. 5.
St. Lawrence 1 CW	243,43	241,31
Amber Durum	241,87	244,31

Roggen Winnipeg (can. $ t)		
Mai	125,50	126,00
Juli	127,00	127,80
Sept	132,00	132,40

Hafer Winnipeg (can $ t)		
Mai	104,50	104,40
Juli	94,80	95,00
Sept.	95,60	96,00

Hafer Chicago (c/bush)	27. 5.	26. 5.
Juli	148,50	153,25
Sept.	153,00	156,25
Dez.	164,50	168,25

Mais Chicago (c/bush)		
Juli	302,50	305,50
Sept.	290,75	293,25
Dez.	281,00	282,25

Gerste Winnipeg (can. $/t)	27. 5.	26. 5.
Mai	100,60	101,20
Juli	101,00	102,50
Sept	104,00	105,30

Reis, roh, New Orleans ($/cwt)	27. 5.	26. 5.
Juli	10,35	10,38
Sept.	10,64	10,64
Nov.	10,95	10,95
Jan.	11,25	11,24

Reis, geschält, New Orleans ($/cwt)		
Sept.	19,30	19,25

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	27. 5	26. 5.
Terminkontr. Juli	135,10	133,26
Sept.	131,65	130,80
Dez.	129,50	129,05

Kakao New York ($/t)		
Terminkontr. Juli	2155	2110
Sept.	2195	2151
Dez.	2225	2161
Umsatz	4869	1173

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	12,35	12,08
Sept.	12,80	12,50
Okt.	13,00	12,50
Jan.	13,73	13,23
März	13,85	13,71
Umsatz	28 650	26 210

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	27. 5.	26. 5.
	11,37	10,61

Kaffee London (£/t) Robusta-	27. 5.	26. 5.
Kontrakt Mai	1780–1800	2180–2190
Juli	1673-1674	1675–1677
Sept.	1642–1644	1657–1658
Umsatz	3895	4298

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Mai	1407–1417	1407–1420
Juli	1440–1441	1449–1450
Sept.	1464–1465	1457–1460
Umsatz	7342	8969

Zucker London (£/t)		
Rohzucker Aug.	187,15–187,25	183,60–183,75
Okt.	196,00–196,25	192,75–193,00
Dez.	198,00–199,75	198,25–198,40
März	209,50–209,75	207,25–207,50
Mai	212,75–214,50	210,00–211,25
Aug.	–	–
Umsatz	12 782	14 037

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	27. 5.	26. 5.
schw. Sarawak spez.	Geschl.	285,00
weißer Sarawak	Geschl.	355,00
weißer Muntok	Geschl.	355,00

Orangensaft New York (c/lb)	27. 5.	26. 5.
Juli	117,50	117,50
Sept.	116,35	116,50
Nov.	112,15	112,25
Jan.	105,50	105,50
März	103,70	103,80
Umsatz	200	400

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	27. 5.	26. 5.
Südstaaten fob Werk	26,00	26,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	23,00	23,00

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Juli	18,75	18,82
Aug.	18,88	18,93
Sept.	19,03	19,03
Okt.	19,11	19,20
Dez.	19,47	19,55
Jan.	19,65	19,75
März	19,95	20,05

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	23,00	23,00

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	16,75	16,75
Choice white hog 4% fr. F.	15,50	15,50

Talg New York (c/lb)		
top white	15,75	15,75
fancy	15,25	15,25
bleichfähig	15,00	15,00
yellow max. 10% fr. F.	13,00	13,00

Schweine Chicago (c/lb)		
Juni	47,30	47,55
Juli	47,80	47,55
Aug.	44,75	44,85

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Juli	60,80	60,00
Aug.	59,85	58,10
Febr.	60,50	59,60

Häute Chicago (c/lb)	27. 5.	26. 5.
Ochsen einh. schwere River Northern	52,00	51,50
Kühe einh. schwere River Northern	49,00	49,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Juli	610,75	613,00
Aug.	616,75	619,00
Sept.	622,00	624,50
Nov.	630,50	633,50
Jan.	643,50	646,00
März	658,00	659,00
Mai	667,00	670,50

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Juli	178,40	179,30
Aug.	179,80	181,00
Sept.	181,50	182,50
Okt.	182,60	184,00
Dez.	187,50	188,50
Jan.	189,30	190,50
März	193,50	195,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	27. 5.	26. 5.
Mai	290,20	292,10
Juli	293,10	295,80
Okt.	302,90	305,50

Kokosöl New York (c/lb)	27. 5.	26. 5.
Westküste fob Werk	29,50	28,00

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	30. 5.	27. 5.
jegl. Herk. cif	565,00	565,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	445,00	447,50

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	425,00	417,50

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	123,00	122,75

Kopra Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	–	–

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	700,00	675,00

Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif		
Rotterdam	250,50	253,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	27. 5.	26. 5.
Juli	73,50	73,55
Okt.	75,20	75,35
Dez.	76,20	76,25
März	77,55	77,65
Mai	78,00	78,05
Juli	78,50	78,20

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1	56,25	56,50

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	27. 5.	26. 5.
Aug.	448–450	449–451
Okt.	445–450	449–451
Dez.	448–450	447–451
Umsatz	140	82

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	27. 5.	26. 5.
Juli	43,90	43,80
Okt.	44,30	44,30
Dez.	44,90	44,90
März	45,50	45,50
Umsatz	–	–
Tendenz: ruhig		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	27. 5.	26. 5.
Juli	568,0–570,0	565,0–568,0
Okt.	567,0–570,0	564,0–566,0
Dez.	580,0–581,0	577,0–578,0
Umsatz	44	116

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	27. 5.	26. 5.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded:	640,00	640,00
Brazilian Type 2	–	–
Brazilian Type 3	–	–

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA. ab Lager	27. 5.	26. 5.
Mai	13980	unerhältl.
Juni	13951	unerhältl.

Kautschuk London (p/kg)	27. 5.	26. 5.
Nr. 1 RSS loco	74,50–76,00	74,50–76,00
Juli	74,30–74,50	74,90–75,00
Aug.	73,70–74,50	74,50–76,00
Juli/Sept.	74,10–74,40	74,50–74,60
Tendenz: ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	27. 5.	26. 5.
Nr 1 RSS loco:	Geschl.	242,50–243,50
Mai	Geschl.	242,50–243,50
Juni	Geschl.	247,50–248,50
Nr. 2 RSS Mai	Geschl.	240,50–241,50
Nr. 3 RSS Mai	Geschl.	237,00–238,00
Nr 4 RSS Mai	Geschl	230,50–231,50
Tendenz:		

Jute London (£/lgt)	27. 5.	26. 5.
BWC	414,00	414,00
BWD	350,00	350,00
BTC	390,00	390,00
BTD	350,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

Blei: Basis London	30. 5.	27. 5.
laufend. Monat	geschl.	108,89–108,99
drittfolg. Monat	geschl.	112,72–112,92

Zink: Basis London		
laufend. Monat	geschl	182,29–182,49
drittfolg. Monat	geschl.	187,54–187,74
Produz.-Preis	geschl.	196,04
Reinzinn 99,9%	3761–3796	geschl.

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	30. 5.	27. 5.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	446,53–448,96	443,23–445,65
Blei in Kabeln	117,25–118,25	116,50–117,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	370–372	370–372
Vorziehdraht	387	387

*) Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	30. 5.	27. 5.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	–	362–375
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	409	402–407
MS 63	413–420	413–416

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt	27. 5.	26. 5.
(Ring. kg)	–	30,98

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	30. 5.	27. 5.
Leg. 225	311–318	311–318
Leg. 226	314–320	314–320
Leg. 231	350–351	350–351
Leg. 233	356–366	356–366

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	30. 5.	27. 5.
Platin (DM je g)	38,85	38,858
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	35 800	35 800
Rücknahmepr.	35 000	35 000
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	35 980	35 630
Rücknahmepr.	34 900	34 560
verarbeitet	37 780	37 400
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	35 645	35 400
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	1114,10	1084,70
Rücknahmepr.	1058,40	1046,70
Verarbeitet	1163,50	1132,80

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	30. 5.	27. 5.
10.30	geschl	436,85
15.00	geschl.	437,25
Zürich mittags	438,75–439,50	436,75–437,50
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	106 050	105 450
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	geschl.	824,75
3 Monate	geschl.	844,25
6Monate	geschl.	863,75
12 Monate	geschl.	902,25

Platin (£-Feinunze) London	27. 5.	26. 5.
fr. Markt	287,30	288,05
Palladium (£-Feinunze) London		
f. Händlerpr.	83,25	83,30

New Yorker Preise	27. 5.	26. 5.
Gold H & H Ankauf	437,25	440,00
Silber H & H Ankauf	1332,00	1342,00
Platin fr. Händlerpr.	455,00–458,00	455,00–458,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr	131,50–134,50	132,50–134,50
Produz.-Preis	140,00	140,00
Silber (c Feinunze)		
Juni	1349,00	1341,00
Juli	1357,00	1350,50
Sept.	1378,00	1371,00
Dez.	1411,00	1407,00
Jan	1425,00	1417,50
März	1455,00	1443,00
Mai	1470,20	1462,50
Umsatz	24 000	23 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	27. 5.	26. 5.
Juni	78,40	77,65
Juli	79,10	78,25
Sept.	80,65	79,75
Dez.	82,45	81,70
Jan.	83,10	82,40
März	84,00	83,55
Mai	85,40	84,70
Umsatz	600	8 000

Londoner Metallbörse

Aluminium (£/t)	30. 5.	27. 5.
Kasse	geschl.	948,50–949,50
3 Monate	geschl.	976,00–976,50
Blei (£/t) Kasse	geschl.	270,00–270,25
3 Monate	geschl	279,50–280,00
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	geschl	1086,5–1087,0
3 Monate	geschl	1113,5–1114,0
abends Kasse	geschl.	geschl
3 Monate	geschl	geschl.
(Kupfer-Standard) Kasse	geschl.	1049,0–1049,5
3 Monate	geschl	1078,0–1080,0
Zink (£/t) Kasse	geschl.	452,00–452,50
3 Monate	geschl	465,25–465,50
Zinn (£/t) Kasse	geschl.	8445–8450
3 Monate	geschl.	8525–8530
Quecksilber ($/Fl.)	–	geschl
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	geschl

FINANZANZEIGEN

ADCA-BANK
Aktiengesellschaft
Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt
Berlin – Frankfurt am Main
– Wertpapier-Kenn-Nummer 800000 –

EINLADUNG zur ordentlichen Hauptversammlung

Wir laden hiermit unsere Aktionäre zu der am Mittwoch, dem 13. Juli 1983, 10.00 Uhr, im Hotel Kempinski, Berlin, Kurfürstendamm 27, stattfindenden ordentlichen Hauptversammlung unseres Hauses ein.

Die vollständige Veröffentlichung der Tagesordnung und der Teilnahmebedingungen (Stimmberechtigung und Hinterlegung der Aktien) erfolgt am 31. Mai 1983 im Bundesanzeiger Nr. 100 und im Handelsblatt Nr. 103.

Berlin – Frankfurt am Main, im Mai 1983

ADCA-BANK
Aktiengesellschaft
Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt
DER VORSTAND

Deutsche Hypothekenbank Frankfurt-Bremen Aktiengesellschaft

Aufforderung zur Entgegennahme der Berichtigungsaktien

– Wertpapier-Kenn-Nr. 807 800 –

Die ordentliche Hauptversammlung unserer Gesellschaft vom 28. April 1983 hat beschlossen, das Grundkapital aus Gesellschaftsmitteln von DM 40.000.000,– um DM 4.000.000,– auf DM 44.000.000,– durch Umwandlung eines Teilbetrages der in der Jahresbilanz zum 31. Dezember 1982 ausgewiesenen Rücklagen nach § 7 HBG in Grundkapital zu erhöhen. Es werden im Verhältnis 10 : 1 Stück 80.000 neue, auf den Inhaber lautende Aktien im Nennbetrag von je DM 50,– mit voller Gewinnberechtigung für das Geschäftsjahr 1983 ausgegeben. Der Beschluß wurde in das Handelsregister eingetragen.

Zur Entgegennahme der Berichtigungsaktien bitten wir die Aktionäre unserer Gesellschaft, den als Berechtigungsnachweis dienenden Gewinnanteilschein Nr. 38 der alten Aktien

vom 13. Juni 1983 an

bei einer der nachstehend aufgeführten Banken oder deren Niederlassungen während der üblichen Schalterstunden einzureichen:

Dresdner Bank AG
Bank für Handel und Industrie AG
Berliner Commerzbank AG
Commerzbank AG
Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Commerz-Credit-Bank AG Europartner
Deutsche Bank Saar AG
Deutsche Länderbank AG

Den Aktionären steht aufgrund ihres Besitzes an alten Aktien im Verhältnis 10 : 1 für je zehn Aktien im Nennbetrag von je DM 50,– eine neue Aktie im Nennbetrag von DM 50,– zu. Die Berichtigungsaktien werden mit Gewinnanteilscheinen Nr. 39 bis 50 und Erneuerungsschein ausgegeben und erhalten gleich den alten Aktien die Wertpapier-Kenn-Nummer 807 800.

Aktionäre, deren Aktien im Depot einer Bank verwahrt werden, haben wegen der Entgegennahme der Berichtigungsaktien nichts zu veranlassen. Soweit jedoch Teilrechte anfallen, werden die Aktionäre gebeten, ihrer Depotbank wegen einer Auf- oder Abrundung auf durch 50 teilbare Nennbeträge einen entsprechenden Auftrag zu erteilen. Die Ausgabestellen sind bereit, den An- und Verkauf von Teilrechten nach Möglichkeit zu vermitteln.

Die kraft Gesetzes zum Handel und zur amtlichen Notierung zugelassenen Berichtigungsaktien werden ab 13. Juni 1983 an den Wertpapierbörsen in Bremen, Frankfurt am Main, Berlin, Düsseldorf, Hamburg und München gleich den alten Aktien lieferbar sein und in deren amtliche Notierung einbezogen werden. Der Handel der alten Aktien versteht sich von diesem Tage an „ex Berichtigungsaktien".

Soweit die Berichtigungsaktien nicht innerhalb eines Jahres seit der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung abgefordert werden, sind wir gemäß den gesetzlichen Vorschriften berechtigt und verpflichtet, nach dreimaliger Androhung und nach Ablauf eines Jahres seit der dritten Androhung die nicht entgegengenommenen Aktien für Rechnung der Beteiligten zu verkaufen.

Die Ausgabe der Berichtigungsaktien erfolgt für die Aktionäre kostenfrei. Bei dem An- und Verkauf von Teilrechten wird die übliche Provision berechnet.

Frankfurt am Main und Bremen, im Mai 1983

DER VORSTAND

WestLB International S.A.

Zusammengefaßte Bilanz per 31.12.1982

AKTIVA	in Mio Flux	Vorjahr
Forderungen an Banken	75.811	68.149
Forderungen an Kunden	124.491	111.547
Wertpapiere	7.824	7.035
Sonstige Aktiva	6.379	7.717
	214.505	194.448

PASSIVA	in Mio Flux	Vorjahr
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	191.755	173.078
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	7.042	5.099
Sonstige Passiva	4.828	7.663
Kapital	2.550	2.550
Rücklagen	3.800	3.586
Rückstellungen	4.278	2.229
Bilanzgewinn	252	243
	214.505	194.448

WestLB International S.A.
32–34, boulevard
Grande-Duchesse Charlotte
Postfach 420
L-2014 Luxemburg
Telefon: 447411

Tochterunternehmen der Westdeutschen Landesbank Girozentrale, Düsseldorf/Münster

Die vollständige Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung werden im MEMORIAL, Amtsblatt des Großherzogtums Luxemburg, Ausgabe C, veröffentlicht.

DGZ

Bilanz '82

Die Bilanzsumme der Bank betrug Ende des Berichtsjahres 27,9 Mrd DM. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr (1,7 Mrd DM – 6,4%) war vornehmlich auf die Belebung des Geldgeschäfts und den Erwerb kurzfristiger Wertpapiere zurückzuführen. Bei einem nur geringfügig veränderten Bestand an Bürgschaften und Indossamentsverbindlichkeiten belief sich das Geschäftsvolumen der Bank Ende 1982 auf 29,0 Mrd DM.

Das Betriebsergebnis der Bank hat sich im Berichtszeitraum deutlich verbessert. Hierzu hat insbesondere die Zunahme des Zinsüberschusses beigetragen. Nach vorsichtiger Bewertung einiger Kreditengagements wird ein Bilanzgewinn in Höhe von 20,5 Mio DM ausgewiesen. Hiervon werden wiederum 5 Mio DM den Rücklagen zugeführt.

Der ungekürzte Jahresabschluß trägt den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Abschlußprüfers. Die vollständige Bilanz wird im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Die wichtigsten Zahlen aus dem Jahresabschluß 1982

	in Mio DM
Bilanzsumme	27.851
Forderungen an Kreditinstitute	8.824
Anleihen und Schuldverschreibungen	3.859
Forderungen an Kunden	13.337
Anlagevermögen	242
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8.150
Verbindlichkeiten gegenüber anderen Gläubigern	1.233
Begebene Schuldverschreibungen	16.814
Kapital und Rücklagen	450
Überschuß aus Zinsen und Provisionen	113
Personal- und Sachaufwand	38
Steuern	35
Jahresüberschuß/Bilanzgewinn	21



Deutsche Girozentrale ·Deutsche Kommunalbank·
FRANKFURT/BERLIN
Taunusanlage 10 · 6000 Frankfurt am Main 1 · Tel.: (0611) 2693-1 · Telex: 414168

...schnell und ohne Umwege – DGZ

Triumph-Adler und Adler Einladung zur HV

Wir laden die Aktionäre der Triumph-Adler Aktiengesellschaft für Büro- und Informationstechnik, Nürnberg, zu der am Donnerstag, 7. Juli 1983, 11.00 Uhr

Wir laden die Aktionäre der Adlerwerke vorm. Heinrich Kleyer Aktiengesellschaft, Frankfurt (Main), zu der am Donnerstag, 7. Juli 1983, 10.00 Uhr

im kleinen Saal der Meistersingerhalle, Nürnberg, Münchener Straße 21, stattfindenden

ordentlichen Hauptversammlung

ein. Nähere Angaben bitten wir der Veröffentlichung im Bundesanzeiger Nr. 100 vom 31. Mai 1983 zu entnehmen.

Nürnberg, im Juni 1983 DER VORSTAND

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hilleshelm, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheffke (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich B. Marker; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogota: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 30

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,80 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung; Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6

Bundesanleihen

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Bankschuldverschreib.

[illegible]

Bundesbahn

[illegible]

Keine Kaufneigung für Renten

Bei den Festverzinslichen war die Kaufneigung an der Montagbörse gleich Null. Kurz-, mittel- und langfristige Titel unter den öffentlichen Anleihen waren gleichermaßen angeboten. Die Notierungen gaben in der Spitze bis um 0,9, oft bis um 0,6 Prozentpunkte nach. Rückläufig auch die Notierungen der DM-Auslandsanleihen – im Schnitt bis um einen halben Prozentpunkt. Der Pfandbriefmarkt zeigte gegenüber öffentlichem Nachholbedarf eine Abschwächung. Die Kurse sackten bis zu einem vollen Prozentpunkt.

	30. 5.	27. 5.		30. 5.	27. 5.		30. 5.	27. 5.
M 5½ Bayer.Hypo Pf 14	90bG	90,5	Br 6¼ dgl. Pf 77	92,5G	92,85G	H 8 Schiffshyp. Pf 23	98,25	98,25G
6 dgl. Pf 20	81G	81G	6 dgl. Pf 42	99,7G	99,7G	7½ dgl. Pf 45	100,75G	100,75G
6¼ dgl. Pf. 2	94,25G	94,25G	8½ dgl. Pf 47	102G	102G	M 6 Südboden Pf 41	88,5G	88,5G
7 dgl. Pf 3	94,25bG	94,75bG	F 5 Ffr. Hypobk. Pf 68	70,5G	70,5G	5¼ dgl. Pf 57	77bG	78bG
7 dgl. Pf 27	100,75bG	100,9bG	5½ dgl. Pf 53	77,5G	77,5G	6½ dgl. Pf 143	95,5bG	95,75G
6½ dgl. KS 14	95,5bG	96G	6 dgl. Pf 79	81G	82G	7 dgl. Pf 87	94bG	94bG
7½ dgl. KS 27	100,9G	100,9G	8 dgl. Pf 130	91,05G	93	7½ dgl. Pf 104	98G	98bG
			8½ dgl. Pf 133	88G	88G	7 dgl. KS 49	93G	93bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	120G	120bG	10 dgl. Pf 168	101,05G	101,15	7½ dgl. KS 81	100G	100bG

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Ausländische Aktien

[illegible]

GOTT, dem HERRN über Leben und Tod, hat es gefallen, Frau

Dr. med. Ursula Vogel

geb. Barchewitz

* 9. 7. 1921 † 28. 5. 1983

heimzuholen in seinen ewigen Frieden.

Sie starb nach einem Leben voller Liebe für ihre Familie und treuer Pflichterfüllung für die ihr anvertrauten Kranken.

In tiefer Trauer:
Prof. Dr. med. Günther Vogel
cand. med. Hartmut Vogel
Dr. med. Claudia Wilfinger geb. Vogel
Dr. med. Peter Wilfinger
Hedwig Barchewitz
Andreas und Markus Wilfinger
und alle Anverwandten

Bensberg-Refrath, Seckau, Münster, den 28. 5. 1983

Nach einem erfolg- und arbeitsreichen Leben entschlief am 24. Mai 1983 unser langjähriger Mitarbeiter und Prokurist

Hellmuth Leidecker

Der Verstorbene hat stets seine Schaffenskraft, sein Wissen und seine Umsichtigkeit zum Wohle des Unternehmens eingesetzt.

In Dankbarkeit und großer Achtung gedenken wir seiner.

Geschäftsleitung, Gesellschafter und Mitarbeiter

Müller, Szymczak & Co.

Liebigstr. 64, 2 Hamburg 74

Die Beisetzung findet am 3. Juni 1983 um 10 Uhr auf dem Neuen Niendorfer Friedhof statt.

FINANZANZEIGEN

Erneut abbröckelnde Aktienkurse

Die Kaufpause vor der erwarteten nächsten Hausse hält an

DW. – Nach wie vor erwarten die Börsianer vorübergehend sinkende Aktienkurse. Die mittelfristige Spekulation muß erst einmal weitgehend Gewinne mitnehmen, bevor die Luft für einen neuen Aufschwung der Aktienkurse rein ist. Allerdings scheint sich das Aussteigen der mittelfristigen Anleger so langsam zu vollziehen, daß das als akzeptabel angesehene neue Kursniveau nur bröckelweise erreicht wird. An der Montagbörse war die Kaufneigung allerdings nicht nur aus diesen Gründen gering, sondern auch, weil man von der neuen Börsenwoche ohnehin nicht viel erwartet. Sie beinhaltet den Monatsultimo und den Fronleichnamstag, an dem die Börsen in katholischen Gegenden geschlossen bleiben.

Die Abschwächung an der Montagbörse erfaßte auch starke Nebenwerte und ging damit über die ganze Marktbreite. So wurden zum Beispiel Preussag um 2 DM auf 257 DM und Karstadt um 4 DM auf 250 DM zurückgenommen. Der VW-Kurs litt unter Nachrichten über Unternehmensverluste und sackte um 6 DM auf 165 DM. Rückläufig waren auch die Spitzenautowerte, weil Auslandskäufe fehlten: Daimler Benz um 10 DM auf 530 DM.

Düsseldorf: Biewag erhöhten sich um 7 DM auf 202 DM, Dyckerhoff St. verbesserten sich um 4 DM auf 175 DM und Thüringer Gas befestigten sich um 10 DM auf 405 DM. Pongs und Zahn verminderten sich um 4,50 DM auf 161 DM, Schiess fielen um 4 DM auf 135 DM und Leffers gaben um 3 DM auf 335 DM nach.

Frankfurt: Die Standardwerte gaben bis zu 5 DM nach; Autoaktien wesentlich stärker bis zu 12 DM. Nebenwerte waren ebenfalls abgeschwächt. So MAB 240 DM (minus 7 DM), Parkbrauerei Pirmasens 445 (minus 10 DM), Steigenberger 1160 DM (minus 20 DM), Karstadt 242 DM (minus 12,50 DM), DLW 312 DM (minus 10 DM)

Hamburg: Im Regionalbereich war die Kursentwicklung zufallsbedingt, jedoch überwiegend schwächer. Von den Versorgungswerten gaben HEW auf 111 DM (minus 1 DM) nach. NWK Vorzüge gingen zu 158,50 DM (minus 0,40 DM) um. Conti Gummi gaben 2 DM nach, Phoenix Gummi war mit 118 DM behauptet.

München: Agrob Vz. verminderten sich um 2 DM auf 310 DM, Dywidag gaben um 3 DM auf 280 DM nach und Gehe AG sanken um 3 DM auf 217 DM. Deckel AG erhöhten sich um 4 DM auf 100 DM. Leonische Draht fielen um 6 DM auf 309 DM und Süd Chemie schlossen mit einem Minus von 5 DM auf 365 DM.

Berlin: DeTeWe lagen um 1 DM und Bekula um 0,70 DM geringfügig freundlicher. DUB-Schultheiss büßten 5 DM, BHF-Bank, DUB-Schultheiss und Orenstein je 4 DM und Herlitz Vorzüge 3,50 DM ein. Berthold gaben um 1,50 DM und Berliner Kindl um 1,20 DM nach.

Nachbörse: abwartend

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

DM-Anleihen

Ausland

Freiverkehr

Junge Aktien

30. 5. 83: BMW 320B; Bavaria 205; Jute-Spinnerei 150G; Mannesmann 144; Philips komm. 304; VEW 124; RWE St. 168bG; RWE Vz. 167,5; Reag 383G; Herlitz St. 256; Herlitz Vz. 254.

WELT-Aktienindex vom 30. 5.: 134,9 (135,7); WELT-Umsatzindex vom 30. 5.: 2114 (2908).

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Optionshandel

Frankfurt: 30. 5.: 798 Optionen, 41 150 (34 050) Aktien, davon 127 Verkaufsoptionen = 6800 Aktien. Kaufoptionen: 10-70/11,85, 10-75/7, 10-80/2,50, 1-90/4,85, Siemens 10-320/27, 10-380/6,15, 1-340/25, 1-350/16, 1-360/14, 1-370/5, 1-380/2,50, Veba 7-160/6, 10-160/11, 10-170/5,60, 1-160/13,90, BASF 7-150/2,50, 7-160/2, 10-140/12, 10-140/12, 10-150/6, 10-160/3,50, 1-150/12,90, Bayer 7-130/10, 10-140/8, 10-150/4, 10-160/3,50, 1-140/12, 1-150/7, 1-160/4,40, Hoechst 7-150/2,20, 1-140/17, 1-150/9,85, BMW 7-380/37, 1-130/16,50, VW 7-170/8, 1-180/4, 1-190/2, 1-210/1,35, 10-160/20, 10-170/11,80, 10-180/9,40, 10-190/5, 10-210/4, 10-220/2, 1-180/17 und 16, 1-190/13, 1-200/9, 1-220/4, Conti 7-95/2,90, 10-95/6, 10-100/2,85, 1-100/6,40, 1-110/2,50, Lufthansa 10-120/9, Lufthansa Vorzüge 10-120/8,60, 10-130/3, 1-130/5,85, Commerzbank 10-170/18, 10-180/13, 10-190/9, 1-170/25 und 22,50, 1-180/17, 1-190/13, Deutsche Bank 7-320/7,90, 10-330/14,90, 1-330/26,70, 1-130/19, Dresdner Bank 7-210/2, 10-190/10,80, 10-200/6,35, 1-200/10, Hoesch 7-50/7,90, 7-55/4,35, 7-60/2, 10-45/16, 10-50/13,40, 10-55/8,50, 10-60/4,80, 10-65/4,20, 10-70/2,70, 1-55/10, 1-70/4, Mannesmann 7-160/3, 1-160/8, 10-160/8, 10-170/5, 1-160/13, 1-170/9,40, Preussag 7-260/7, 10-200/13,40, Thyssen 10-80/9,80, 10-85/6,40, 1-85/9, BHF-Bank 10-290/20, 1-290/29, Bewag 7-110/7, BBC 7-210/6,50, Daimler 1-570/31, 1-580/23, Degussa 10-330/19, 1-320/38, Kali + Salz 7-170/20, 10-170/25, Karstadt 10-270/14, Klöckner 7-45/2,50, 7-50/1,90, 1-50/3, RWE 10-180/10,60, 1-180/14,40, RWE Vorzüge 10-180/10, Varta 10-190/14,20, Chrysler 7-65/5,50, 10-65/1, 10-70/6, Xerox 1-120/14,60, Philips 7-40/1,90, Elf Aquitaine 7-50/8,40, Norsk Hydro 10-140/12, 1-140/15. Verkaufsoptionen: AEG 7-65/1,40, 7-70/2,60, 7-75/5,60, 10-65/3, 10-70/4, 10-75/7,40, 1-60/2,60, 1-70/6,90, 1-75/10, Siemens 1-330/14, BASF 7-150/5,40, Bayer 7-130/2,50, 10-140/7, 1-140/8, Hoechst 7-140/2,40, 10-150/7, VW 7-170/5, 10-170/7, 10-180/15, 1-170/7,20, 1-180/16, Conti 7-90/2,60, 7-95/6, 1-90/4, Deutsche Bank 7-330/9, 7-340/20, Dresdner Bank 7-190/10, 10-190/12,50, Hoesch 7-55/2,40, 10-55/4, Mannesmann 10-160/9,50, Thyssen 7-75/1,70, 7-80/2,30, Bay. Hypo 7-310/6,60, 10-310/11,60, BBC 7-190/2,30, 10-200/8, 1-200/14,60, Deutsche Babcock 7-170/11, GHH 10-170/8,55, Harpener 7-270/9,70, Kali + Salz 7-190/10, 1-180/10, Karstadt 1-280/32, Klöckner 1-45/6,50, RWE 10-180/6,60, VEW 1-130/6, Chrysler 10-60/3,40, Litton 10-160/12, Philips 10-40/2.

1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 30. 5.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9 –9¼	4⅞–5⅛	4⅝–5
3 Monate	9¼–9½	5 –5¼	4⅝–5
6 Monate	9½–9⅝	5¼–5½	4⅝–5
12 Monate	9¾–10	5⅝–6	4⅝–5

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 30. Mai folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1340,00	1627,20
10 US-Dollar (Indian)**)	1048,00	1243,92
5 US-Dollar (Liberty)	443,00	596,64
1 Sovereign alt	254,00	309,62
1 Sovereign Elizabeth II	251,00	306,23
20 belgische Franken	191,00	249,73
10 Rubel Tscherwonez	266,00	328,83
2 Südafrikanische Rand	250,00	305,10
1 Krüger Rand, neu	1112,00	1301,76
1 Maple Leaf	1111,00	1300,63
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	261,00	328,83
20 schweiz. Franken „Vreneli"	216,00	272,33
20 franz. Franken „Napoléon"	207,00	262,16
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1036,00	1232,83
20 österr. Kronen (Neuprägung)	208,00	257,64
10 österr. Kronen (Neuprägung)	109,00	140,12
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	478,00	579,69
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	113,00	150,29

* Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
** Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

30. 5. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Ankfs.-Kurs[4])	Sorten*) Ankauf	Sorten*) Verkauf
New York[2])	2,5135	2,5215	2,4907	2,47	2,56
London[1])	4,049	4,063	4,005	3,97	4,12
Dublin[1])	3,152	3,166	3,086	3,10	3,25
Montreal[3])	2,0460	2,0540	2,0268	2,01	2,10
Amsterd.	88,865	89,065	88,745	88,25	90,25
Zürich	120,330	120,530	120,43	118,75	121,50
Brüssel	4,998	5,018	4,947	4,90	5,12
Paris	33,285	33,425	32,65	32,25	34,25
Kopenh.	27,860	27,980	27,62	27,25	29,25
Oslo	35,185	35,305	34,505	34,50	36,25
Stockh.**)	33,310	33,470	32,91	32,75	34,50
Mailand[2]) **)	1,680	1,690	1,64	1,66	1,75
Wien	14,179	14,219	14,199	14,10	14,33
Madrid**)	1,797	1,807	1,718	1,74	1,86
Lissabon**)	2,510	2,530	2,28	2,10	3,00
Tokio	1,0585	1,0585	—	1,01	1,07
Helsinki	45,900	46,100	44,98	45,25	47,00
Buen. Air.	—	—	—	—	0,01
Rio	—	—	—	0,25	1,10
Athen*) **)	2,96	3,004	—	2,25	3,25
Frankf.	—	—	—	—	—
Sydney*)	2,212	2,232	—	2,06	2,21
Johannesbg.*)	2,333	2,352	—	1,90	2,15

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte vom 30. 5. 1983

Der Wirtschaftsgipfel in Williamsburg brachte für den Devisenhandel am 30. 5. keine neuen Aspekte, so daß der Anstieg der Geldmenge M1 um 2,1 Mrd. Dollar den Kurs beeinflußte. Das Defizit der amerikanischen Handelsbilanz für April in Höhe von 4,6 Mrd. Dollar wurde vom Markt ignoriert, so daß es mit 2,5175 zum höchsten amtlichen Preis seit Ende November kam. Die Bundesbank war mit einer Abgabe von 42,55 Mill. Dollar im Markt. Bedingt durch die Feiertage in Großbritannien und USA ließ die Umsatztätigkeit am Nachmittag bei 2,5150-60 stark nach. Das englische Pfund erreichte mit 4,056 ebenfalls den höchsten Stand gegen D-Mark seit Ende November 1982. Die Veränderungen bei den übrigen Währungen blieben mit Ausnahme des can. Dollars klein. US-Dollar in: Amsterdam 2,8295; Brüssel 50,2625; Paris 7,5495; Mailand 1493,95; Wien 17,7300; Zürich 2,0904. Pfund/Dollar 1,6111.

Ostmarkkurs am 30. 5. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 21,50; Verkauf 24,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 21,00 Verkauf 25,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Bei kleinen Umsätzen wiesen am 30. Mai lediglich die FF-Deports nennenswerte Veränderungen mit höheren Abschlägen auf.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,92/0,82	2,73/2,63	5,35/5,15
Pfund/Dollar	0,15/0,12	0,33/0,29	0,54/0,49
Pfund/DM	2,40/1,00	5,80/4,40	10,30/8,90
FF/DM	30/14	77/61	172/156

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 30. 5.: Tagesgeld 5,00–5,05 Prozent; Monatsgeld 5,20–5,30 Prozent; Dreimonatsgeld 5,30–5,45 Prozent.

Privatdiskontsätze am 30. 5.: 10 bis 29 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 30. 5.: 4 Prozent; Lombardsatz: 5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Juni 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/7 (Typ A) 4,00 (4,00)–6,00 (4,98)–7,00 (5,61)–7,50 (6,04)–8,00 (6,38)–9,00 (6,47). Ausgabe 1983/8 (Typ B) 4,00 (4,00)–6,00 (5,00)–7,00 (5,66)–7,50 (6,12)–8,00 (6,49)–9,00 (6,90)–9,00 (7,20) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,26, 2 Jahre 6,30. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,50, Kurs 99,60, Rendite 7,60.

Ganz faule Ausreden

eka – „Sie werden sicherlich Verständnis dafür haben, daß . . . " Dieser Halbsatz hat, Seuchen längst vergangener Zeiten gleich, die Bevölkerung der Bundesrepublik übermannt. Wird einem Busfahrenden herzhaft auf den Fuß getreten, prompt tönt es: „Ich bitte um Ihr Verständnis." Explodiert der gelieferte Gasofen ebenso plötzlich wie unübersehbar, gleiten dem herbeigerufenen Kundendienstler die zauberischen Worte über die Lippen: „Gewiß werden Sie hierfür Verständnis haben." Kein Politiker, Parteifunktionär, kein Pfarrer, Arzt, Müllkutscher, keine Frauenrechtlerin, Kindergärtnerin, Politesse – kein Mensch weit und breit, der ohne diesen Willfährigkeitsanspruch (und nichts anderes ist es) taktiert. In jedem Fernsehdebakel wird die Phrase, endlos wiederholt, eingesetzt.

Hand aufs Herz – gibt es eine *zweckmäßigere Einleitung*, um verantwortungsloses Handeln, schuldhaftes Versagen auf gefällige Weise zu verniedlichen? Mitnichten. Natürlich schmeichelt die Unterstellung, „Verständnis zu haben", manchem Zeitgenossen. Schließlich wird ihm suggeriert, über Verstand zu verfügen, fähig zu sein, nichtzusammenhängende Zusammenhänge mühelos zum Zusammenhang bringen zu können. Das erhebt ihn in den Zustand der Halbgöttlichkeit. Toleranz, Güte und vor allem Entgegenkommen werden bei ihm vorausgesetzt.

Der Verständnishabende ist über seine eigenen Qualitäten nunmehr baß erstaunt. Genau das war die Zielsetzung. Erst später merkt er, daß er auf eine Beschwörungsformel von unglaublichem Zynismus hereinfiel. So oft er „Verständnis dafür" hatte, war er der Gelackmeierte. Sehr schnell gelangt er zu dem Schluß: Verstand ist zum „Verständnis" wahrhaftig nicht vonnöten. Im Gegenteil. Infolgedessen wird er in seinem wiedergewonnenen *Selbstverständnis kein Verständnis* mehr für „Verständnis" haben. „Darf ich Sie um Ihr . . . " Nein.

Erinnerungen an das Goldene Jahrhundert: „Die portugiesischen Entdeckungen und das Europa der Renaissance" in Lissabon

Noch warten sie auf König Sebastians Rückkehr

Im portugiesischen Rundfunk wurde dieser Tage ein Hörspiel gesendet, das von der Rückkehr König Sebastians des Ersehnten im Jahre 1974 und *seinem erneuten* Verschwinden 1979 handelt. Wer war dieser Sebastian? Von romantischen Kreuzzugsideen beflügelt, stürzte er sich, 24 Jahre alt, 1578 in einen *Krieg gegen Marokko*, dessen unglücklicher Ausgang die Blüte der portugiesischen Jugend in Tod oder Sklaverei führte. Aber die Nation, die nun unter spanische Herrschaft geriet, weigerte sich, an den Tod des jungen Königs zu glauben und erwartete sehnsuchtsvoll seine Rückkehr. Sebastian der Ersehnte, der in dem Hörspiel zum Hoffnungsträger einer bestimmten portugiesischen Intelligenzija wird, war der letzte König der Dynastie der Aviz, die Portugal im 15. und 16. Jahrhundert zur Weltmacht führte und Lissabon zu einem europäischen Kulturzentrum machte.

Diesem „Goldenen Jahrhundert", in dem Portugal sich als Staatswesen herausbildete und seine kulturelle Identität gewann, ist die Ausstellung „Die portugiesischen Entdeckungen und das Europa der Renaissance" gewidmet, die der Europarat jetzt in Lissabon eröffnet hat. Von den fünf Gebäuden, in denen die verschiedenen Ausstellungsteile untergebracht sind, sind vier Baudenkmäler des „manuelischen Stils", die 1755 das Erdbeben überstanden haben. Sie zeugen von einem exotisch-barokken Bau- und Dekorationswillen zwischen Gotik und Renaissance, der nicht länger als ein halbes Jahrhundert mächtig war; es war die glanzvolle Herrschaftsepoche Manuels des Glücklichen (1495–1521), unter dem Portugal als Seemacht seine höchste Blüte erreichte. Die damaligen Entdeckungsfahrten führten zu einer explosionsartigen Erweiterung des Geistes, zu einer Blüte der Wissenschaften und zu einem materiellen Reichtum, der in der Ausstellung eindrucksvoll dokumentiert ist.

Auf den Bildern, Tapisserien und Gebrauchsgegenständen der damaligen Zeit lassen sich religiöse und weltliche Motive noch kaum voneinander scheiden. Die vielen – anonymen – Werke der portugiesischen Schule zeugen von der tiefen Vergeistigung, die von den Menschen Besitz ergriff. König und Adel vergaben auch viele Aufträge nach draußen, und diese Auftragswerke, die vor allem im 16. Jahrhundert nach Portugal kamen und, wie das Antonius-Triptychon von Hieronymus Bosch, seltsame esoterische Elemente enthielten, beeinflußten bald auch die autochthone portugiesische Kunst, ohne daß diese ihre dekorative Eigenheit und thematische Vielfalt dabei aufgegeben hätte.

Bezeichnenderweise ist eines der am häufigsten verwendeten Symbole des manuelischen Baustils das Schiffstau, das in allen möglichen Windungen und Knoten, Verkürzungen und Verzerrungen als Dekorationselement an Säulen und Pilastern, zusammen mit Elementen der Flora Afrikas und Indiens, den Wappen der Entdecker, dem Templer- und Christuskreuz, Verwendung findet und in überraschendem Licht- und Schattenspiel den eigentümlichen Eindruck dieses Stils vermittelte. Danach waren es vor allem die Berichte und theoretischen Betrachtungen von Francisco de Holanda, der von 1538 bis 1540 eine Studienreise durch Italien unternahm und zweimal ganz Spanien durchquerte, die den Übergang zur Renaissance einläuteten und nicht nur zu einem neuen Aufschwung der bildenden Kunst an Bauwerken, auf Bildern und in der Kleidung führten, sondern auch die junge Dichtkunst Portugals nährten.

Die Europarats-Ausstellung beginnt im Kloster der Mutter-Gottes-Kirche mit der Vorgeschichte der Entdeckungen; Portugal wird hier als Schnittpunkt von atlantischem Norden und den Kulturen des Mittelmeers vorgestellt. Die gezeigten Stücke aus dem Norden sind eher karg und rein zweckmäßig, die des Südens erscheinen insgesamt reicher, glänzender, bunter, mit maurischen Anklängen. Die Geschichte des Königshauses der Aviz und ihre europäische Heiratspolitik werden in der Gasa dos Bicos (Haus der Diamantenspitzen) dokumentiert. Auf die zwei Stockwerke, die das große Erdbeben überstanden haben, wurden aus Anlaß der Ausstellung die beiden zerstörten Geschosse neu aufgesetzt, eine Restauration, die schon jetzt sehr umstritten ist.

Die Auswirkungen der Entdekkungen auf die europäische Malerei werden im Museum für Alte Kunst gezeigt, zusammen mit den Meisterwerken der portugiesischen Malerei. Vor allem besticht hier eine anonyme Ecce-Homo-Darstellung, der Vinzenz-Altar von Nuño Gonçalves, eine Darstellung Heinrich des Seefahrers, der umgeben ist von den portugiesischen *Ständen, und die Szenen aus der* Passion Christi von Vasco Fernández aus dem Regionalmuseum von Viseu bei Porto.

Faszinierend dann die Darstellung der damals bereits erreichten Entwicklung und Kenntnis in der Nautik und Kartographie im Hieronymitenkloster von Belém. Mit welcher Sicherheit die Seefahrer mit ihren schlichten Instrumenten die Umrisse der neu entdeckten Kontinente Afrikas und Indiens aufzuzeichnen vermochten, nötigt Bewunderung ab.

Die Hängung der Bilder, die Plazierung der übrigen Ausstellungsstücke, die Auslage der Dokumente sind beispielhaft und bereiten hohen Genuß. Besser könnten es die Amerikaner auch nicht machen. Die historische Konzeption entspricht der bürgerlich-liberalen Geschichtsschreibung Portugals, die die Ablösung der Dynastie der Aviz durch das spanische Herrschaftshaus nicht als Zwang versteht, wie sie vom Volk erlebt und vom Adel Jahrhunderte hindurch dargestellt wurde, sondern als Befreiung.

Dies mag ein Grund dafür sein, daß Portugals Nationaldichter Camões, selbst ein Soldat und Ritter des 16. Jahrhunderts, der einen Teil seines Lebens in Indien verbrachte und in seinen „Lusiaden" die Geschichte Portugals und seiner Entdeckungen zu einem großen epischen und mythischen Gedicht zusammenfaßte, in der Ausstellung keine Erwähnung findet. Dagegen kann sich der Besucher über die Einführung des italienischen Silbenmaßes informieren, die zur höchsten Ausbildung der portugiesischen Lyrik eben bei Camões führte, einer Lyrik, die nach dem Diktum Friedrich Schlegels „das Kindlichste und Zarte, alle Süßigkeit des Genusses, die hinreißendste Schwermut und wildeste Sehnsucht, Wehmut, Trauer und Ironie" umfaßt.

Wollten diejenigen, die König Sebastian den Ersehnten gern zu einem Revolutionshelden umfunktionieren würden, sich an Portugals größtem Dichter rächen, etwa weil er von sich sagte, als er 1580 starb und Portugal spanisch wurde: „Ich sterbe gemeinsam mit dem Vaterland"?

CHRISTOPH GRAF SCHWERIN



Erinnerung an Portugals „Goldenes Jahrhundert": Die Hochzeit Manuels, des Glücklichen, aus der Europarat-Ausstellung, „Die portugiesischen Entdeckungen und das Europa der Renaissance", die jetzt mit zweijähriger Verspätung in Lissabon eröffnet wurde. (Bis Okt.; Führer: 300 Esc. = 7,50 Mark), Katalog, 6 Bände, 1200 Esc. (liegt erst im Juli vor).

Symposion in Mainz: Urheberrecht für Musiker

Tantiemen für Tanten?

Wer sind die legitimen Erben eines schöpferischen Künstlers – seine Nachkommen und juristischen Erben oder die nächste Künstlergeneration? Beim 3. Europäischen Komponisten-Symposion, das der Interessenverband Deutscher Komponisten in Mainz ausrichtete, gab es zu dieser – auf europäisch-politischer Ebene zur Zeit höchst aktuellen – Frage unterschiedliche Ansichten zu hören.

Erich Schulze, Generaldirektor der GEMA und Präsident der Internationalen Gesellschaft für Urheberrecht, tritt eindeutig für das erstere ein. Den Vorschlag der EG-Kommission, die Schutzdauer in der EG einheitlich auf 50 Jahre nach dem Tode des Urhebers festzusetzen (in der Bundesrepublik beträgt die Frist 70 Jahre), lehnt er nicht nur ab, sondern hält ihn auch für aussichtslos, da das Bundesverfassungsgericht bereits deutlich gemacht habe, daß es das Urheberrecht wie Eigentumsrecht behandele und eine Einschränkung dieses Rechts nicht gutheißen werde. Schulze wörtlich: „Das Urheberrecht ist wie kein anderes Recht an die Person seines Inhabers gebunden. Eine Kollektivierung der Berechtigung ist damit im Prinzip unvereinbar und könnte gefährliche Entwicklungen für das Urheberrecht im ganzen einleiten."

Die Gegenposition bezog der Schweizer Komponist Professor Klaus Huber. Er plädierte leidenschaftlich dafür, die Schutzdauer zugunsten der Erben auf 50 Jahre zu beschränken, die in den darauffolgenden 20 Jahren erzielten Gebühren dagegen (wie es auch die EG-Kommission erwägt) in einen Fonds zu geben, aus dem die lebenden Komponisten (Huber: „Die eigentlich legitimen Erben") unterstützt werden, soweit sie von ihren eigenen Werken nicht existieren könnten. Der Kreis der Unterstützungsberechtigten ist nach Hubers Meinung leicht abzugrenzen: die bestehenden Verwertungsgesellschaften mit ihren Mitgliedern.

Für die Musikverlage fordert Huber öffentliche Subventionen, soweit sie Gegenwartskomponisten verlegen. Es gebe viel mehr gute Gegenwartsmusik, als jetzt verlegt werde. Leider beschränkten sich die Verlage auf wenige, ausgewählte *Komponisten*, die teilweise dann sogar „überfördert und überfordert" würden, ohne dadurch freilich aus ihrer kulturellen Gettosituation herauszukommen.

JOACHIM NEANDER

Japanische Gebrauchskeramik der Gegenwart

Gedränge der Teeschalen

Das Bild der Tokioter U-Bahn zur Hauptverkehrszeit drängt sich hier auf, denn die Vitrinen im Keramik-Museum Westerwald in Höhr-Grenzhausen sind mit Bechern, Kannen, Schalen genauso vollgestopft wie ein Waggon mit Menschen. Gezeigt wird „Japanische Gebrauchskeramik der Gegenwart". Natürlich mit dem Anspruch, daß sie kunstvoll und beispielhaft sei. Aber da es sich um eine Massenware handele, meist maschinell gefertigt, habe man sie – so ist kleinen Zettelchen an den Vitrinen *zu entnehmen – auch massiert* präsentiert. Trotzdem entsteht der Eindruck der Lieblosigkeit, so als müsse man ein Geschenk vorzeigen, dessen man sich *eigentlich schäme*.

Es handelt sich hierbei um eine Sammlung, die Dietrich Schäfer als Student 1935 bis 1937 in Tokio begann, und die er später zwischen *1964 bis 1977 als Diplomat in Fern*ost fortgeführt hat. Ihr Ziel ist es zu zeigen, wie die jahrhundertealten Überlieferungen der handgefertigten Keramik in Japan von der Maschinen- und Serienware übernommen wurden.

Deshalb arrangierte man die wesentlichen Teile der mehr als tausend Beispiele umfassenden Sammlung, die von dem Museum als Studiensammlung erworben wurde, nach drei Prinzipien. Einmal stehen Gefäße, die demselben Zweck dienen – also Teeschalen und -kannen, Beilagenschüsseln, Reisschalen usw. – dicht bei dicht zusammen. Dann finden sich Waren vereint, die Gemeinsamkeiten in Form und Dekor aufweisen, z. B. die Nachbildungen präkeramischer Lederbecher oder das beliebte Wellenmuster. Die dritte Gruppe zeigt schließlich Stücke gleicher Herkunft.

Im Gegensatz zum Katalog, der klug gegliedert und gut geschrieben ist, bietet die Aufstellung in den beiden kleinen Räumen, die eigentlich einer Verkaufsgalerie zugedacht sind, dem Betrachter kaum die Chance, sich eingehend und genau mit einzelnen Stücken zu befassen. Die Teeschalen stehen beispielsweise in mehreren Reihen so dicht neben- und hintereinander, daß Einzelheiten der Gestaltung nicht zu erkennen sind. So entsteht nur der Eindruck einer Kuriositätensammlung. Das ist zu bedauern. Denn eine strengere Auswahl hätte uns zeigen können, daß Fabrikware nicht auf Stil verzichten muß. (Bis 5. Juni; Katalog: 8 Mark)

PETER DITTMAR

Von Sängern geliebt: „Andrea Chénier" in Köln

Revolution mit Belcanto

Da Placido Domingo wegen steuerlicher Händel alle Auftritte in der Bundesrepublik abgesagt hat, fiel auch der zum Saisonschluß vorgesehene Kölner „Othello" ins Wasser. Statt dessen wurde als Erstaufführung Umberto Giordanos „Andrea Chénier" aus dem Jahre 1896 aufs Programm gesetzt. Nun ist das „musikalische Drama *mit geschichtlichem Hintergrund*" gleichfalls eine Domäne und Lieblingspartie Domingos. Aber der stand ja nicht zur Verfügung. Wenigstens konnte das für Othello vorgesehene *italienische Team* Ezio Frigerio und Franca Squarciapino eine ursprünglich für London konzipierte Ausstattung aus der Schublade ziehen.

Willy Decker, dem Kölner Haus seit Jahren verbunden, übernahm es, in der Frigerio-Ausstattung die Oper über den 1794 hingerichteten französischen Dichter André Chénier szenisch einzurichten. Der Abend wurde ein solider Erfolg, eine Wiederbegegnung mit einer Repertoire-Oper aus der Zeit, in der Tenöre noch keine Mangelware waren und die musikalische Realisierung einer Oper mehr galt als Regie und Bühnenbild.

In Köln ist die bei Frigerio gewohnt monumentale und sündhaft teure Bühnenarchitektur ebensowenig zu übersehen wie Willy Deckers Anstrengung, aus der Revolutionsromanze eine Dreieckstragödie mit Tiefgang zu formen. Doch erst in den Schlußbildern, als sich Arien und Duette mit Protagonisten fast nahtlos aneinander reihten und den Comprimarii allein überleitende Stichworte verblieben, *belebte sich das Publikum*. Prima la Musica – dafür sorgte nicht zuletzt Nello Santi am Pult.

Unter den Protagonisten hat Ernesto Veronelli als Chénier den *schwersten Stand*. Seine Leistung verdient alle Anerkennung, obwohl sein Tenor nicht vom edelsten Timbre ist. Victor Braun als der vom Lakai des Adels zum Funktionär der Revolution aufgestiegene Gérard wird mit ausgeruhter Baritonstimme zum darstellerischen Mittelpunkt. Warum „Andrea Chénier" eine von Sängern geliebte Oper ist, demonstriert Gabriela Benackova-Zap als Madalena. Solange es Sängerinnen gibt, die mit einer vom Piano bis Fortissimo so sicher geführten Sopranstimme den geringsten Nuancen ihrer Rolle nachspüren, wird Giordanos Werk unseren Bühnen erhalten bleiben.

ALBIN HÄNSEROTH

JOURNAL

Baumann kommt, Leininger bleibt

gtL/DW. Berlin/Gelsenkirchen

Der Regisseur und Choreograph Helmut Baumann übernimmt als künstlerischer Direktor unter der Gesamtverantwortung des Intendanten der Deutschen Oper Berlin, Götz Friedrich, ab 1. August 1984 das Berliner Theater des Westens. Der Vertrag mit dem bisherigen Intendanten Karl Viebach wurde nicht verlängert.

Claus Leininger, Generalintendant des „Musiktheaters im Revier" in Gelsenkirchen und einer der aussichtsreichsten Kandidaten für das Amt des Generalintendanten an der Königlichen Oper in Stockholm, hat in einem Brief an den schwedischen Kulturminister wegen der außergewöhnlich langen Verzögerung der Entscheidung seine Kandidatur zurückgezogen. Auch wäre der Stadt Gelsenkirchen eine so kurzfristige Lösung *seines Vertrages nicht zuzumuten*.

Tage für Neue Musik in Stuttgart

reg. Stuttgart

Anton Webern sind die diesjährigen „Tage für Neue Musik" gewidmet, die vom 16. bis zum 19. *Juni in Stuttgart stattfinden. Auf* dem Programm stehen u. a. die Orchesterkomposition „Im Sommerwind" und „Das Augenlicht". Als Ur- und Erstaufführung werden Kompositionen von Siegfried Eipper, Younghi Pagh-Paan, Reinhard Febel und Erhard Karkoschka angekündigt.

„Krieg der Sterne III" schlägt Kassenrekorde

AFP, Los Angeles

Der neueste Film von George Lucas, „The Return of the Jedi", die dritte und letzte Episode von „Krieg der Sterne", schlägt nur wenige Tage nach seinem Debüt in den amerikanischen Kinos alle Kassenrekorde. Der Film kam am vergangenen Mittwoch in 1200 Sälen heraus, wo er pausenlos von acht Uhr morgens bis Mitternacht gezeigt wurde. Allein am ersten Tag drängten sich über 500 000 Zuschauer überall in den USA in „The Return of the Jedi". Die Einnahmen des Premierentags beliefen sich auf 6,2 Millionen Dollar.

Hebbel-Gesellschaft unter neuem Vorsitz

dpa, Wesselburen

Die Hebbel-Gesellschaft mit Sitz in Wesselburen, dem Geburtsort des Dramatikers Friedrich Hebbel (1813–1863), hat auf ihrer Jahresversammlung Professor Ottfried Ehrismann aus Gießen zum neuen Vorsitzenden gewählt. Er wurde Nachfolger des Hamburger *Literaturwissenschaftlers* Professor Heinz Stolte, der aus Altersgründen sein Amt aufgab.

Erster internationaler Brahms-Wettbewerb

dp. Hamburg

Ihren 1. Brahms-Wettbewerb veranstaltet die „Brahms-Gesellschaft Internationale Vereinigung" vom 12. bis 18. September in Hamburg. Das Programm steht im Zeichen der Brahmsschen Kammermusik mit Klavier. Verlangt werden Interpretationen eines Duos für Violine (wahlweise Viola, Klarinette oder Violoncello) mit Klavier (1. Preis: 8000 Mark, 2. Preis, der auch teilbar ist: 6000 Mark), ein Trio für Klavier, Violine und Violoncello (1. Preis: 9000 Mark, 2. Preis, ebenfalls teilbar: 6000 Mark), ein Trio für Klavier, Violine und Horn sowie ein Trio für Klavier, Klarinette und Violoncello (je ein Preis in Höhe von 4500 Mark). Anmeldungen müssen bis zum 30. Juni 1983 bei der Staatli*chen Hochschule für Musik und* Darstellende Kunst (Harvestehuder Weg 12, 2000 Hamburg 13) vorliegen.

München: „Kirschgarten" unter Wendts Regie

Hier blühen keine Bäume

Vier Stunden dauert Ernst Wendts Inszenierung von Tschechows „Kirschgarten", seine Abschiedsvorstellung an den Münchener Kammerspielen. Am Schluß erklangen mehr Buhrufe als Bravos; viele Zuschauer hatten vor Mitternacht schon das Theater verlassen. Wendts unseliger Hang, Bezweifeltes noch einmal zu bezweifeln, sein Bemühen um große Einzelbilder, um symbolisch überhöhte Momentaufnahmen bescherte dem Regisseur mit dieser Inszenierung wenig Glück.

Der Aufführung eignete eine extreme Künstlichkeit, die dem Autor Tschechow nicht bekam. Die einzelnen Akte muteten mitunter wie eine Folge zufällig aneinandergereihter Episoden an, wobei komische Passagen über Gebühr forciert wirkten. Wendt entrückte den vertrauten Text, gab ihm mitunter fatalen Deklamationscharakter. Dabei ist im Grunde dieser Tschechow viel konkreter, bietet er doch hier ein durchaus realistisches Gesellschaftsporträt mit impressionistischen Mitteln. Wenn es beim Autor heißt: „Im ersten Akt sieht man durch die Fenster die blühenden Kirschbäume, einen über und über weißen Garten. Und die Damen in weißen Kleidern", so zeigt man in dieser Inszenierung einen düsteren, schwarz ausgeschlagenen Bühnenraum mit hohen, verschlossenen Fenstern. Und wenn ein Fenster geöffnet wird, sieht man nur eine beleuchtete Lakenwand (Bühne: Johannes Schütz).

Dadurch, daß Wendt völlig auf den Kirschgarten verzichtet, mit seinem kerkerhaften Raum bereits im ersten Bild die totale Ausweglosigkeit des Schlusses vorwegnimmt, ebenso die letzten Möglichkeiten der Befreiung ausschließt, entfällt nicht nur ein elementares Spannungsverhältnis, auch die leise *innere Bewegung*, die diese Menschen in sich tragen, wirken nun wie zufällig. Der neutral gehaltene Hintergrund läßt eher Bekkett-Figuren auftauchen. Wenn der Kaufmann *Lopachin den* Vorschlag macht, den Kirschgarten parzellieren zu lassen, um das Gut vor der Versteigerung zu retten, lehnen die Gutsbesitzerin und ihr Anhang nicht einmal entrüstet ab: Sie hören gar nicht hin, scheinen ständig „high" zu sein und plappern dummes Zeug. Dabei hat Tschechow doch seinen Figuren starkes Profil gegeben, sie mit Kraft und Liebe gezeichnet.

Daß sie dennoch nicht bloße Schattenrisse blieben, lag an dem vorzüglichen Schauspieler-Aufgebot. Voran Doris Schade als Gutsherrin Ranjewskaja und Charles Brauer *als ihr Bruder*. Sie brennen ihre Blitzlichter über diese vermurkste Seelenlandschaft ab. Die Schade hat große Momente; was sie zeichnet, ist eine vielschichtige, reife Frau der gepflegten Melancholie und der leichten Flirts. Charles Brauer frönt der Dekadenz; einer, der längst rückwärtsgewandt lebt. Die Töchter waren bei Irene Clarin und Barbara Freier mit genauer Detailzeichnung entwickelt. Und als Stubenmädchen gab sich Franziska Walser hübsch zickig und maniriert, wie es sich für eine Aufsteigerin ziemt. Norbert Schwientek als reich gewordener Bauernsohn, ihm wurden von der Regie zu grobe Töne verordnet.



Gepflegte Melancholie: Doris Schade als Gutsherrin FOTO: RABANUS

Am Schluß noch eine Kostbarkeit: Wenn die leichtlebige Gesellschaft aufbricht und den alten Diener (Otto Kurth) im Haus vergessen hat und dieses nun zugenagelt wird, wenn er sich resignierend zum Sterben legt, dann wird spürbar, wie man mit nur ganz wenigen Strichen eine Menschengestalt sichtbar machen kann. Da offenbarte sich die Größe Tschechows, die man streckenweise so sehr vermißt hatte.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

Getanzter Goethe: „Wahlverwandtschaften" an Ost-Berlins Komischer Oper

Wenn Eduard doch Nurejew wäre . . .

Das Sujet ist von Goethe. Die Musik von Franz Schubert. Die Choreographie ist von Tom Schilling. In der Ostberliner „Komischen Oper" *zeigt er ein zweieinhalbstündiges* Ballett „Wahlverwandtschaften" und besteht mit ihm auf Hochachtung gebietende Weise.

Goethe wird mit Ehrfurcht behandelt, Schuberts Kammermusik, wenn auch mitunter satzweise durcheinandergewürfelt, von den Instrumentalisten des Hauses hörenswert exekutiert. Schilling versteht sein Metier. Sein Ballett steckt voller Meriten. Nur stürmt es nicht gerade zündend ins Publikum. *Das gelingt Goethe wie Schubert* noch immer besser allein. Unter den wahlverwandten Genies mimt Schilling ein bißchen den Vetter aus Dingsda.

Er drängelt choreographisch nicht mit den Ellenbogen. Er ist ein verständnisvoller, die Genies unter seinen Mitarbeitern offensichtlich bewundernder Mann. Viel von seiner Liebe zu Goethe und Schubert fließt in seine Choreographie ein. Sie hätte ruhig stärker gegenüber den Olympiern auftrumpfen dürfen. Das aber gerade ist Schillings Sache wohl nicht. Er schiebt die achtbare Eigenleistung ungern selbstherrlich in den Mittelpunkt des Geschehens. Er ist Schubert wie Goethe von Herzen zu Diensten. Sie ihm weit weniger. Das ist nun einmal der fatale Gang der Genies.

Natürlich sind die „Wahlverwandtschaften" nichts als ein Pas de quatre, der erheblich in die Länge gezogen erscheint. Tänzerisch läßt sich die *Romanhandlung* leicht und zutreffend in einer guten halben Stunde über die Bühne bringen. Für volle fünf Akte, wie sie Schilling benötigt, langt sie nicht aus. In vier knappen Pas de deux der über Kreuz Verliebten hätte sich choreographisch das Sagbare sagen lassen. Aber man muß es natürlich tänzerisch auch zu artikulieren verstehen. Gerade daran hapert es in der „Komischen Oper" sehr.

Schillings „Wahlverwandtschaften" sind insgeheim eine Tanzquadrille der Superstars. Eduard könnte ruhig – sagen wir einmal – Nurejew sein. Die Rolle der Charlotte, seiner Frau, stünde Makarowa gut zu Gesicht. Für Ottilie böte sich eine junge Lynn Seymour an und für den Hauptmann Stuttgarts *Richard Cragun*. Schillings Pech ist es: Von den drei gleichwichtigen Rollen kann er nur die Ottiliens angemessen besetzen. Hannelore Bey tanzt sie.

Sie besitzt eine Art kerniger Holdheit. Sie ist auf starke Art schwach, eine Kindfrau, unätherisch, irdisch, immer bewegend. Sie tanzt mit Leib und Seele zugleich. In ihrer großen Szene zum ersten Satz des Schubertschen C-Dur-Quintetts, dessen unauslotbares Adagio dann ausgerechnet für den mattesten Teil des Balletts, die Todestänze Eduards und Ottiliens herhalten muß, durchtanzt sie die Skala der wechselnden Empfindungen und Gefühle auf höchst charakteristische Art: eine verspielte Tragödin, weltverloren und ausdrucksklar.

Später, im Tode, holt sie das Ballettklischee ein. Julias Schlaftrunk rumort dann offenbar auch in Ottiliens Leib. Dieter Hülse als Hauptmann kommt tänzerisch über den Fähnrichsrang noch nicht hinaus. Er ist steif, als hätte er seinen Degen verschluckt, er ist viel zu jung für die Rolle.

Auch Jutta mit dem einprägsamen Nachnamen Deutschland ist tänzerisch noch unterentwickelt. Sie greift mit großen Gebärden ins Nichts. Sie hangelt sich durch die seelischen Katastrophen. Auch Jens-Peter Urbich als Eduard bleibt hinter den Anforderungen der Rolle zurück: ein Tänzer noch ohne jene Autorität, die der Herr der Handlung nun einmal besitzen muß. Tom Schillings Pas de quatre der Wahlverwandten denaturiert über Stunden hin *zwangsläufig* immer stärker zum Solo Hannelore Beys, bei dem Goethe, Schubert und Schilling ihr treulich zur Hand gehen. Nicht nur Verwandte sind Menschen, lernt man: Wahlverwandte sind leider zeitweilig auch nicht viel mehr.

RODERICH MANIL

AUSSTELLUNGS-KALENDER

Albstadt: Adolf Hölzel – Städt. Galerie (Bis 19. Juni)
Berlin: Theodor Hosemann – Staatsbibliothek (Bis 23. Juli)
Realistische Zeichnungen / Kunst mit Photographie – Nationalgalerie (Bis 26. Juni)
Bitburg: Fédération Internationale Culturelle Feminine – Haus Beda (Bis 26. Juni)
Bonn: Imi Knoebel – Städt. Kunstmuseum (Bis 3. Juli)
Braunschweig: Niederländische Stilleben – Herzog Anton Ulrich-Museum (16. Juni bis 31. Juli)
Düsseldorf: Aspekte traditioneller Kunst in Japan – Goethe-Museum (7. Juni bis 10. Juli)
Japanisches Porzellan der Edo-Zeit – Hetjens-Museum (12. Juni bis 21. Aug.)
Der Hang zum Gesamtkunstwerk – Kunsthalle (Bis 10. Juli)
Frankfurt: Julio Gonzales – Städel (17. Juni bis 14. Aug.)
Hamburg: Die Bugattis – Museum für Kunst und Gewerbe (7. Juni bis 28. Aug.)
Karl Prantl – Kunsthalle (3. Juni bis 3. Juli)
Verfolgt und verführt – Kunsthalle (*bis 3. Juli*)
Hannover: Verboten-verfolgt – Kunstverein (5. Juni bis 14. Aug.)
Zeitansage – Wilhelm-Busch-Museum (5. Juni bis 21. Aug.)
Heidelberg: Die Kunst der Pharaonen (Bis 28. Aug.)
Hildesheim: Kunstschätze aus Alt-Nigeria (5. Juni bis 23. Okt.)
Mainz: Seymor Chwast – Gutenberg-Museum (7. Juni bis 21. Aug.)
Mannheim: Zwischen New York und Moskau – Kunstverein (Bis 10. Juli)
Nürnberg: Grafik in Krakau Norishalle (Bis 17. Juli)
Veit Stoß in Nürnberg – Germ. Nationalmuseum (10. Juni bis 13. Nov.)
Offenbach: Alfred Finsterer – Klingspor-Museum (10. Juni bis 23. Aug.)

Die Flut hinterläßt Schrott und Verzweiflung

Anwohner fühlen sich mit ihrem Problem alleingelassen

Die Lage in den Überschwemmungsgebieten von Mosel und Rhein entspannt sich nach der katastrophalsten Flut seit 34 Jahren nur allmählich. Fünf Menschen kamen ums Leben. Die Schäden sind noch unübersehbar, wenngleich schon feststeht, daß sie höher liegen als nach der Flut vor sieben Wochen. Gestern früh wurde die Lage an der Mosel noch einmal dramatisch, als die Gemeinde Kobern-Gondorf von einer mannshohen Flut- und Schlammwelle überschwemmt wurde. Über dem Ort war der Damm eines Baggersees gebrochen. Wie durch ein Wunder kamen Menschen nicht zu Schaden.

*

KNUT TESKE, Cochem

Die Menschen an der Mosel arbeiten in Tag- und Nachtschichten, um die Spuren des neuen Hochwassers so schnell wie möglich zu beseitigen. Bis zum Wochenende wollen die Hotels in die am meisten betroffenen Orten Bernkastel und Cochem wieder geöffnet haben. „Wir müssen", sagte der Geschäftsführer vom Hotel „Bernkasteler Hof". „Wir können uns einfach keinen Tag länger ohne Gäste erlauben. Noch sind nicht einmal die Schäden der letzten Flut reguliert und nun das." Mit 60 000 bis 80 000 Mark Verlust rechnet das Hotel ohne den Verdienstausfall. Es war bereits voll ausgebucht. Der zehntägige Ausfall ist für das 22-Betten-Hotel ein Totalverlust. Dazu kommen die Schäden der Märzflut, die rund 50 000 Mark betrugen. Damals mußte eine neue Theke angeschafft werden. Das 40 000-Mark-Objekt war erst Pfingsten installiert worden. Jetzt ist das Prunkstück schon wieder schrottreif. Diesmal, da die Flut 1,80 Meter hoch im Parterre stand, kommt nun noch hinzu, daß die Bodendecke Risse bekommen hat. Nach der letzten Flut brauchte man „nur" den Estrich zu erneuern; diesmal befürchtet man weit schlimmere Schäden.

Ähnlich katastrophal ist die Lage bei anderen Hotels und Geschäftsleuten im Ort. Im „Hotel am Stadtpark" drang das Wasser durch die Fenster ein; die Folge ist, daß sich Risse im Mauerwerk zeigen. Der Marmorfußboden, der gerade für 8000 Mark wiederhergestellt worden war, ist durchgebrochen. 30 000 Mark betrug der Materialschaden vor sieben Wochen. Damit kommt man dieses Mal nicht mehr aus. „Wir arbeiten dieses Jahr und das nächste für Null", heißt es in Bernkastel, „doch das kümmert die Behörden nicht."

Der Inhaber des „Hotels am Stadtpark" beschwert sich über das Finanzamt. Es habe ihm zwar nach der Märzflut die Steuer für ein halbes Jahr gestundet, aber das nütze ihm wenig, seine Schäden, die sich nun auf rund 80 000 Mark erhöht hätten, dürfe er steuerlich erst im nächsten Jahr absetzen. „Ich aber brauche die Hilfe jetzt."

In Cochem sieht die Lage keineswegs rosiger aus. Der Bürgermeister des Ortes, Horst Hoffmann, schätzt, daß sich die Schäden diesmal mit rund vier Millionen Mark gegenüber der letzten Flut verdoppelt haben. Hilfe vom Staat erwartet er nicht. Grundsätzlich zahlt der Staat zwar bei sogenannten „Elementarereignissen", wie den jetzigen Katastrophen. Doch seien die Zahlungen an Voraussetzungen geknüpft, die kaum einer der Geschädigten, so Hoffmann, erfülle: So müßten Geschäftsleuten ohne die staatliche Hilfe die Existenzgefährdung drohen und Privatpersonen die Lebensgrundlage entzogen sein. „Wer", fragt der Bürgermeister, „erfüllt diese Qualifikationen schon?" So hätten nach der letzten Flut, bei der 300 Häuser überschwemmt waren, ganze vier Betroffene entsprechende Anträge ausgefüllt.

Hoffmann greift in diesem Zusammenhang die Behörden an. Sie würden mit Rücksicht auf die Schiffahrt die Mosel-Wehre zu spät öffnen. Durch rechtzeitiges Fluten hätten die letzten beiden Überschwemmungen ein bis eineinhalb Meter niedriger sein können. Das hätte den Schaden halbiert. Hoffmann: „Aber wer setzt sich schon gegen die Schiffahrtslobby durch?"



Die Flut kam zum Stillstand, geht inzwischen langsam zurück. Was bleibt, ist die Erkenntnis, daß die Erfahrungen von vor sieben Wochen den Schaden diesmal kaum zu mildern vermochten. Und: Es kann in Zukunft noch schlimmer kommen. FOTO: SVEN SIMON

Führen Straßen und Flußbetten in die hausgemachte Katastrophe

Von D. GURATZSCH und H. H. KANNENBERG

Die Hochwasserstände dieses Jahres sind nur zum Teil auf extreme Niederschlagsmengen zurückzuführen. Wie eine Umfrage der WELT bei Wetter- und Wasserwirtschaftsämtern ergeben hat, haben die von den Meteorologen immerhin als „seltenes Ereignis" eingestuften Regenfälle der vergangenen drei *Monate* zu einer abnorm hohen Flutwelle geführt. Damit gewinnen Vermutungen der Natur- und Umweltschützer an Gewicht, daß die Überschwemmungen mindestens zum Teil eine Folge sogenannter „Kulturbaumaßnahmen" im Bereich der Flurbereinigung und Flußregulierung sind.

Für den Raum Freiburg, in dem im Mai dieses Jahres mit 240 Litern pro Quadratmeter die zweithöchste Niederschlagsmenge seit 1951 fiel, ergibt sich eine ganz erstaunliche Relation zu den Wasserständen des Rheins am stromabwärts gelegenen Pegel Karlsruhe/Maxau: Dort wurde nämlich jetzt mit einem Pegelstand von 859 ein absoluter Hochwasserrekord seit 1817 (882) gemessen. Keines der zahlreichen „feuchten" Frühjahre der 166 dazwischenliegenden Jahre hat zu vergleichbaren Hochwasserständen geführt, obwohl in diesem Jahr das Hochwasser nicht noch zusätzlich durch Schneeschmelze in die Höhe getrieben wurde.

Die Gründe für die höher auflaufenden Hochwasser der jüngsten Zeit sehen Meteorologen wie *Reiner Hering* und *Matthias* Jaeneke vom Wetteramt Freiburg und Wasserbauexperten wie Rüdiger Beiser (Mainz) unter anderem in den drastischen Eingriffen des Menschen in Landschaft und Natur. Die Beseitigung von Feuchtgebieten, die rasante „Versiegelung" der Landschaft durch Beton und Asphalt, die Ersetzung von Laubwald durch Nadelwald, die Flußregulierung und die Flurbereinigung hätten den Abfluß des Niederschlagswassers in die Ströme beschleunigt und auch den Erosionssog bei Überschwemmungen unverhältnismäßig erhöht.

Auch nach Ansicht des Bundes für Umwelt- und Naturschutz (BUND) hat sich der Mensch die Flutkatastrophen weitgehend selbst zu verdanken. Begründung: „Die Menschen haben bei der ausbeuterischen Nutzung der Natur Erfahrungen und Naturgesetze mißachtet!"

Dieser Deutung allerdings widerspricht der Vertreter des Präsidenten der Bundesanstalt für Gewässerkunde in Koblenz, Friedrich Schwille: „Menschliche Eingriffe in den Wasserhaushalt der Natur mögen für einzelne Überschwemmungen verantwortlich sein. Doch großräumige Hochwasserkatastrophen wie jetzt an Mosel und Mittelrhein geschehen ohne Einfluß des Menschen."

Die Befürchtungen um die „hausgemachte Katastrophe" bleiben spekulativ. Sie lassen sich durch keine exakte Berechnung menschlicher Landschaftseingriffe und ihrer Wirkung auf den Wasserhaushalt konkretisieren. Berechnungen der Wechselwirkung zwischen Kulturmaßnahmen (Beton) und Aufnahmefähigkeit des Bodens für Sickerwasser bleiben bislang in lokal eng begrenzten Bereichen stecken.

So bleiben die Experten der obersten deutschen Wasserbehörde, der Bundesanstalt für Gewässerkunde, die dieser Tage das Elend der Hochwasserfluten vor der eigenen Haustür haben, allen plakativ verallgemeinernden Thesen gegenüber skeptisch. Schwille: „Die Wirkungsmechanismen einer Niederschlagsflut wie in diesem Frühjahr sind viel zu komplex, um sie einfach der menschlichen Fehlbarkeit und ihren Sünden wider die Natur aufzulasten!"

Betonbänder der Straßen, ausgeuferte Siedlungslandschaften, begradigte Bäche, trocken gelegte Sumpfgebiete seien möglicherweise Argumente bei einer Überschwemmung lokalen Ausmaßes, beispielsweise nach einem starken Gewitterregen. „Dann", so Schwille, „laufen die Fluten irgendwo an einem tief gelegenen Punkt zusammen und setzen Keller unter Wasser. Bei offener, naturbelassener Landschaft wären sie vermutlich zum größten Teil versickert. Aber das, was in den letzten Wochen an Rhein und Mosel geschah, läßt sich nicht mit einer kurzen Sintflu[t ver]gleichen! Hier kam über Wo[chen] hinweg so viel Wasser vom [Him]mel, daß ein bis zur Sättigung [voll]gesaugter Boden nichts meh[r auf]nehmen konnte."

Dazu kommen Bodenarten, [die] dem natürlichen ‚Versickern' enge Grenzen setzen. Dort, w[o] *Hochwasser* besonders oft [zu]schlägt, in den Flußtälern [von] Südwest- und Westdeutschl[and], gibt es Keuper, Mergel und S[chie]fer. Böden dieser Beschaffe[nheit] lassen nur wenig Regen d[urch], selbst wenn der Mensch und [seine] Betonflächen noch weit sind.

Ein Niederschlagsproblem, [das] von BUND und Gewässerk[und]lern gleichermaßen ernst ge[nom]men wird, sind die Monokult[uren] in Land- und Forstwirtschaft. [Die] weiten, unstrukturierten Anba[uflä]chen ohne deckende Vegeta[tion] lassen das Wasser kaum ve[rsic]kern. Bei starken Niederschl[ägen] fließt der Regen ab und schwe[mmt] die Ackerkrume fort. Beson[ders] betroffen sind die Weinbaugeb[iete], wo immer häufiger ganze W[ein]berghänge abrutschen.

Schneemasse[n] schließen Bergsteiger e[in]

WALTER H. RUEB

Auch in der Schweiz h[at] Dauerregen zu Überschwe[mmun]gen und Erdrutschen gefüh[rt. Be]sonders betroffen sind Tess[in und] Graubünden. Am Rheinfa[ll bei] Schaffhausen haben die W[asser]massen einen neuen Rekord [erreicht]: 650 Kubikmeter Wasse[r stür]zen dort gegenwärtig pro Sek[unde] in die Tiefe.

In den Schweizer Alpen si[nd die] Niederschläge der vergang[enen] Wochen größtenteils in For[m von] Schnee gefallen. Meterhoch [liegt] die weiße Pracht – teilweise e[rheb]lich höher als im vergang[enen] Winter. Der Rekord-Schn[ee] hält eine große Zahl von Al[pini]sten und Touren-Skifahrer[n in] hochgelegenen Hütten gefa[ngen]. An einen Ausbruch ist wege[n La]winen- und Schneebrett-Ge[fahr], Nebel und anhaltender Ni[eder]schläge nicht zu denken.

Gesucht: Nachtwache für Rembrandt

Zum vierten Mal in 16 Jahren wurde Jacob de Gheyn aus einer englischen Galerie gestohlen

FRITZ WIRTH, London

Auch Diebe lieben Rembrandt. Keines seiner Bilder jedoch so sehr, wie das Portrait des holländischen Kupferstechers Jacob de Gheyn III, das seit 1814 in der „Dulwich College Gallery" in London hängt. Am letzten Wochenende holten Diebe es zum vierten Mal innerhalb von 16 Jahren aus der Galerie heraus (s. WELT von gestern). In Londoner Kunstkreisen nennt man das Bild seither „unseren Takeaway Rembrandt".

Das Bild, dessen Wert nicht zuletzt dank des innigen Interesses der Kunstdiebe auf anderthalb Millionen Pfund (etwa sechs Millionen Mark) geschätzt wird, gilt nun als das meistgestohlene Gemälde der Welt. Es war nicht versichert. Seine Besitzer sind arme Leute. Sie konnten sich nicht einmal einen Nachtwächter für ihre Galerie leisten.

So was spricht sich in Diebeskreisen schnell rum. Und so brachten sie in der Nacht zum letzten Samstag zwei große Leitern mit, stiegen durch die ungesicherten Dachfenster ein, hebelten den Rembrandt von der Wand, wo er angeschraubt war, und waren in vier Minuten wieder verschwunden. Vier Minuten braucht die Polizei, um auf Alarmsignale zu reagieren. Sie kam zu spät.

Der einzige Anhaltspunkt der Polizei ist nicht trostreich: der Einbruch erinnert in Technik und Ausführung sehr genau an einen Diebstahl von Kostbarkeiten im Werte von einer Million Pfund, die zehn Tage zuvor aus einer Antiquitäten-Gralsburg in Aylesbury entwendet wurden. Auch dort kamen die Diebe durchen einen Lichtdom im Dach des Hauses.

Den Rembrandt-Eignern von Dulwich ist das hartnäckige Interesse der britischen Diebeszunft an ihrem Gemälde ungeheuer peinlich. Sie räumen ein, daß ihre Galerie nicht unbedingt als das Fort Knox unter den Gemälde-Schatzburgen dieser Welt bezeichnet werden kann, doch sie hatten nach dem letzten Diebstahl vor zwei Jahren immerhin 20 000 Pfund ausgegeben, um ihren Rembrandt dingfest zu machen.

Im übrigen verließen sie sich auf die Gottesfurcht der Rembrandt-lüsternen Diebeszunft. Das Hauswappen des Dulwich College trägt die beschwörende Inschrift, daß es ein „Geschenk Gottes" sei. Es half nicht, das Gemälde diebstahlsicher zu machen. Die einzige Hoffnung der Besitzer: Bei den drei Diebstählen zuvor dauerte es jeweils nur eine Woche, bis der unruhige Rembrandt-Kupferstecher wieder in ihren Besitz zurückkehrte.



Viel unterwegs: Kupferstecher Jacob de Gheyn III FOTO: AP

Das erste Mal wurde er im Jahre 1967 „en gros" mit weiteren 13 Gemälden aus der Galerie herausgeholt. Damals feierte man das Ereignis als den „größten Kunstraub aller Zeiten". Fünf Tage später waren die Gemälde wieder im heimischen Stall.

1977 verlief alles sehr viel lautloser und schneller. Ein Rembrandtfreund ging in die Galerie, nahm sich des Gemäldes an, versteckte es unter seinem Mantel und wurde bereits am Galerie-Ausgang gefaßt.

Der Dieb des Jahres 1981 war stark gehandikapt: er besaß ein schwaches Nervenkostüm. Nach einer Woche als stolzer Rembrandt-Besitzer geriet er in Panik, versuchte von den ärmlichen Besitzern noch vergeblich, ein Lösegeld von 100 000 Pfund abzunehmen und sandte das Gemälde schließlich im Taxi zurück. Wenig später wurden drei Kunsthändler, unter ihnen ein Deutscher, verhaftet und im „Old Bailey" verurteilt.

So viel Glück macht die rechtmäßigen Eigner optimistisch. Sie haben die neuen und hoffentlich kurzfristigen Besitzer wissen lassen, daß ihr Millionenschatz unverkäuflich sei. Es sei kein Objekt für Auktionen. Und nach einem Lösegeld brauche erst gar nicht gefragt zu werden. Leere Kasse.

Absolut sicher aber können sie nicht sein, daß ihr Freund und Kupferstecher zum vierten Mal den Weg heim findet. Die gedemütigten Bilder-Bewahrer von Dulwich bieten den möglicherweise gemäldeunkundigen Besitzern deshalb fachgerechten Rat an: Behandelt ihn gut. Rembrandts vertragen keine extremen Temperaturen.

Im übrigen sieht man sich jetzt nach einer Nachtwache um.

Der wilde Mann war beim Friseur

Volle Säle beweisen: Die Wandlung des David Bowie ist seiner Kunst nicht abträglich

M. v. SCHWARZKOPF, Bonn

Der wilde Mann früherer Jahre scheint gezähmt. David Bowie trägt maßgeschneiderte Anzüge, seine Haare, blond und adrett, sind ordentlich gekämmt, die Frisur erinnert an den strengen Haarschnitt englischer Schulknaben. Bei Interviews gibt er sich höflich und zurückhaltend und sagt selbst: „Ich habe mich in den letzten Jahren geändert. Heute fühle ich mich endlich als reife Persönlichkeit, früher war ich immer nur die Nachahmung von irgend jemand."

Vor ein paar Tagen startete Bowie seine große Europa-Tournee in der Bundesrepublik Deutschland. Hier kennt sich der Popstar gut aus. Immerhin hat er einige Jahre in West-Berlin gelebt. Über diese Zeit sagt er: „Als ich nach Berlin ging, war ich eine völlig gespaltene Persönlichkeit. Die Stadt erschien mir damals wie ein Spiegelbild meiner eigenen inneren Zerrissenheit. Wahrscheinlich habe ich deshalb dort mein Gleichgewicht wiedergefunden. Ich mußte zur Ruhe kommen, um in dieser Stadt, die ständig unter Hochspannung zu stehen scheint und trotz andauernder Existenz-Bedrohung dennoch so lebendig bleibt, überhaupt überleben zu können."

In Berlin drehte David Bowie Ende der siebziger Jahre den Film „Schöner Gigolo, armer Gigolo". An diesen Beginn seiner Filmkarriere denkt er heute nur noch mit Schaudern zurück. Die Rollen, die danach kamen, waren da schon eher Meilensteine in einer Laufbahn, die den Engländer Bowie zum Idol von Millionen von Teenagern werden ließ. Er war „Der Mann, der vom Himmel fiel", Bert Brechts „Baal" in einer vielbeachteten Fernseh-Inszenierung der BBC und stellte bei den Filmfestspielen von Cannes in diesem Jahr gleich drei Filme vor, in denen er die Hauptrolle spielt.

In „Begierde" treibt er als moderner Dracula sein Unwesen („im nachhinein hätte ich diese Rolle lieber nicht übernehmen sollen, aber meine beiden Partnerinnen, Susan Sarandon und Catherine Deneuve, reizten mich, den Part zu akzeptieren"). In „Merry Christmas, Mr. Lawrence" ist er ein britischer Offizier in japanischer Kriegsgefangenschaft, für den der Lagerkommandant Haßliebe empfindet („der absolute Höhepunkt meiner bisherigen Schauspielerkarriere"). In „Ziggy Stardust" schließlich wird ein Kapitel aus Bowies eigener Pop-Vergangenheit aufgeblättert.

Dieser Film schlägt quasi die Brücke zwischen Bowies zwei „Berufungen", wie er es nennt. Zwischen Bowie dem Schauspieler und Bowie dem Pop-Star. Lange Jahre hat er Tourneen vermieden, kaum mehr Platten aufgenommen und sich, wie er erzählt, in der Hauptsache um Privates gekümmert. Sein Sohn Joey (Zowie), heute elf Jahre alt, entstammt einer kurzen Ehe, die 1977 geschieden wurde. Bowie hat den Jungen zu sich genommen und sagt: „Zunächst habe ich diese Aufgabe als ein unerhörtes Wagnis empfunden. Ich fühlte mich überhaupt nicht in der Lage, ein Vater-Sohn-Verhältnis aufzubauen. Irgendwie ist mir das dann aber doch gelungen, und heute dreht sich alles in meinem Leben im Grunde nur um meinen Sohn."



Im Maßanzug und frisch gekämmt: Der neue Bowie FOTO: DPA

Mit 36 Jahren hat Bowie nun auch ein Comeback als Sänger gestartet. Seine neue Langspielplatte, „Let's Dance", verkaufte sich in den USA schon mehr als zehn Millionen mal. Das hat ihn ermutigt, in diesen Tagen auf Tournee zu gehen. „Ich mag zwar in vieler Hinsicht ein anderer geworden sein", sagt der lange Blonde. „Aber eines hat sich bei mir nicht geändert: Wie am Anfang meiner Karriere ist meine Musik der Rock 'n' Roll und der Blues. Das sind meine musikalischen Wurzeln, und denen bleibe ich treu."

Die Tage mögen vorüber sein, da Bowie „schon morgens zur Flasche oder zu Drogen" griff und auf der Bühne den transsexuellen Pop-Clown mimte. Seiner Musik scheint diese Art der Enthaltsamkeit nichts zu nehmen – wie viele ausverkaufte Säle beweisen. Sollten am Ende neu entdeckte Vaterfreuden bringen, was weite Teile der Szene immer nur bei „Stoff" und Gurus suchen …?

Vulkan taut Gletscher a[uf]

dpa, Reykj[avik]

Ein von einem Gletscher bed[eck]ter Vulkan ist in Island ausge[bro]chen und droht den ihn umge[ben]den Eispanzer zu schmelzen. [Der] Vatnajoekul-Gletscher ist mit e[iner] Fläche von 14 400 Quadratkil[ome]tern der größte Europas.

Protokolle beschlagnahm[t]

AP, [Köln]

In den Ermittlungen über [das] Zugunglück des Wien-Ostende[-Ex]preß, bei dem am Donnerstag se[chs] Menschen ums Leben kamen, [hat] die Staatsanwaltschaft Köln [die] Tonbandaufzeichnungen des Z[ug]funkverkehrs beschlagnahmt. [Es] geht darum, zu klären, welche [Hin]weise von Zugführern anderer Z[üge] über den Streckenzustand dazu [ge]führt haben, nur die Gegenricht[ung] für den Verkehr zu sperren", sa[gte] ein Sprecher der Staatsanw[alt]schaft.

1000 Kinder totgeschlage[n]

AP, Münc[hen]

Zum Mißtrauen hat die Ak[tion] „Das sichere Haus" (DSH) Är[zte] gemahnt, wenn sie Kinder mit V[er]letzungen durch einen angeblic[hen] Hausunfall behandeln müss[en]. Nach Angaben der Aktion wer[den] Jahr für Jahr in der Bundesrepub[lik] Deutschland rund 1000 Kinder t[ot]geprügelt. Etwa 30 000 Fälle v[on] Kindesmißhandlungen wür[den] von der Polizei erfaßt.

Bären-Invasion

pol. W[ien]

In Kärnten haben in den letzt[en] Tagen einige riesige Braunbär[en] Angst und Schrecken unter Einh[ei]mischen und Urlaubern verbreit[et]. Die Bären hinterließen im Drau[tal] bereits blutige Spuren: 14 gerisse[ne] Schafe und zahlreiche geplünde[rte] Bienenhäuser. Die Bären dürft[en] über die uralte Bären-Route in [den] Karawanken von Jugoslawien n[ach] Kärnten gekommen sein.

Tote in Munitionsfabrik

AP, Muid[en]

Bei einer Explosion in einer Mu[ni]tionsfabrik in der niederländisch[en] Stadt Muiden sind gestern drei Me[n]schen ums Leben gekommen. D[ie] Explosion zerstörte eine Fabri[ka]tionshalle.

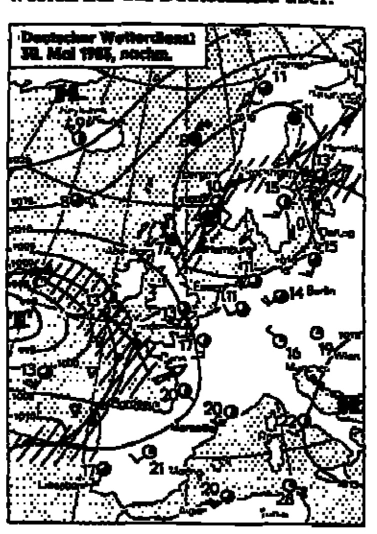
Bürgermeister-Streik

dpa, Sisson[ne]

In Sissonne und 15 umliegend[en] Gemeinden blieben gestern die R[at]häuser geschlossen, weil die Bü[r]germeister aus Protest gegen die [41] hochgiftigen Dioxin-Fässer im b[e]nachbarten Militärlager streikte[n]. Die in Anguilcourt nach monatela[n]ger Suche entdeckten Dioxin-Fä[s]ser wurden in der Kaserne v[on] Sissonne nordöstlich von Paris d[e]poniert. Die Bürgermeister hatte[n] gefordert, daß das Gift bis zu[m] vergangenen Freitag weggebrac[ht] würde.

WETTER: Überwiegend trocken

Wetterlage: Nach vorübergehendem Zwischenhocheinfluß greifen im Laufe des Dienstags die Wolkenfelder eines Tiefs über dem Ostatlantik von Südwesten her auf Deutschland über.



Vorhersage für Dienstag:

Gesamte Bundesrepublik: In der Osthälfte zunächst heiter bis wolkig, später hier wie bereits im Westen Bewölkungszunahme, aber noch weitgehend niederschlagsfrei. Höchste Temperaturen zwischen 17 Grad im Norden und 22 Grad im Süden. Frostgrenze in den Alpen auf 2500 m ansteigend. In der kommenden Nacht Durchzug eines Regengebietes. Tiefste Temperaturen um 10 Grad. Meist schwacher Wind aus südlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:

Wechselnd wolkig mit einzelnen schauerartigen Regenfällen.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	14°	Kairo	32°
Bonn	12°	Kopenh.	12°
Dresden	15°	Las Palmas	20°
Essen	11°	London	13°
Frankfurt	15°	Madrid	21°
Hamburg	11°	Mailand	19°
List/Sylt	12°	Mallorca	24°
München	16°	Moskau	24°
Stuttgart	15°	Nizza	20°
Algier	30°	Oslo	12°
Amsterdam	11°	Paris	17°
Athen	24°	Prag	17°
Barcelona	21°	Rom	22°
Brüssel	14°	Stockholm	15°
Budapest	22°	Tel Aviv	31°
Bukarest	22°	Tunis	28°
Helsinki	13°	Wien	19°
Istanbul	23°	Zürich	17°

Sonnenaufgang* am **Mittwoch:** 5.12 Uhr, Untergang: 21.28 Uhr; **Mondaufgang:** 1.33 Uhr, Untergang: 9.54 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Sieben Milliarden Bäume sollen die Sahara stoppen

Halbzeit bei einem Kolossal-Projekt der Algerier

dpa, Batna

Ein „grüner Damm" aus rund sieben Milliarden Bäumen soll die Sahara im Norden Algeriens stoppen. Nachdem im Jahre 1970 die ersten Bäume gepflanzt worden sind, ist heute schon aus dem Flugzeug der grüne Streifen auszumachen, der sich schützend vor die spärliche, noch steppenartige Bepflanzung am Rande der Wüste legt. Ursprünglich sollten die Arbeiten bis zum Jahre 1990 abgeschlossen sein. Doch Schwierigkeiten, wie sie in Algerien fast alltäglich sind, werden die Verantwortlichen das gesteckte Ziel um einige Jahre verfehlen lassen. Mal fehlt der Samen für die Baumschulen, mal sind nicht genügend junge Bäume vorhanden, mal verzögert Kompetenzgerangel die Arbeit um Wochen.

Mit fünfjähriger Verspätung aber, so hofft man, wird der grüne Schutzwall, der sich 1200 Kilometer entlang dem Tell-Atlas-Gebirge, quer durch Algerien, von den Grenzen Marokkos bis Tunesien erstrecken wird, geschlossen sein. Algerien will damit vor allem seine immer noch drängenden Nahrungsprobleme lösen. Die Bepflanzung des Wüstenrandes soll letztendlich wieder jenes Klima schaffen, das vor 2000 Jahren Nordafrika zur Kornkammer Roms gemacht hatte.

Bei Batna im Osten Algeriens sind die Arbeiten, die 1970 unter Leitung deutscher Experten begonnen wurden, bereits abgeschlossen. Das Projekt ist so weit fortgeschritten, daß auch schon an eine wirtschaftliche Nutzung gedacht werden kann. So hat man etwa mit der Waldbewirtschaftung begonnen. Ein kleines Sägewerk und angeschlossene Holzverarbeitungsbetriebe haben die Arbeit bereits aufgenommen. In den durch den Wald beeinflußten Nachbargebieten wurde die Landwirtschaft ausgeweitet. Nach dem Urteil von Fachleuten aus dem Landwirtschaftsministerium von Baden-Württemberg, die sich vor Ort umsahen, ist dies eines der gelungensten Entwicklungsprojekte überhaupt. Eine wichtige Rolle bei dem Kolossal-Unternehmen spielt das Militär. Zum zweijährigen Wehrdienst gehört seit langem ein dreimonatiger Pflichtteil im Sahara-Wald, der „Service National".

Österreichs wahre Elite sind die „unteren 1000"

Kurioser Wettlauf um dreistellige Nummernschilder

KURT POLLAK, Wien

Die vielbelächelte Titelsucht der Österreicher wird offenbar noch von einem Hang zur Eitelkeit übertroffen. Abzulesen ist dies von den Nummernschildern ihrer Autos. Wie eine Seuche grassiert hierzulande seit Jahren die „Nummerntafelkrankheit", die als unheilbar gilt, solange der Gesetzgeber nicht eingreift. Bis dahin werden die infizierten Autobesitzer weiter daran glauben, nur „wer zu sein", wenn sie sich zur selbsternannten Elite der „unteren 1000" zählen dürfen.

Ein Kennzeichen mit dieser dreistelligen Ziffernkombination zählt in der Alpenrepublik zu den begehrtesten Attributen der Eitelkeit. Je niedriger die Nummer, desto höher steht ihr Inhaber. Der Wettlauf danach nimmt in der letzten Zeit geradezu groteske Formen an. Um in den Besitz eines solchen „Dreiers" zu gelangen, versucht man es sogar mit Beamtenbestechung. Vor kurzem mußte ein rundes Dutzend Staatsbeamter des Grazer Verkehrsamtes die Schreibtische räumen, weil sie für niedrige Nummern kassiert hatten. In Wien wurden für dreistellige Kennzeichen schon 30 000 Mark bezahlt.

Der Nummernschacher birgt aber auch kuriose Randerscheinungen. Nachdem der Wiener „Kurier" einige „Nummernfetischisten" an den Pranger gestellt hatte, schrieb ein evangelischer Pfarrer: „Sie schreiben, daß die Autonummer W-288 Dr. Emmerich Gyenge, evangelischer Superintendent, gehört. Das ist ein Irrtum. Diese Autonummer gehört dem evangelischen Oberkirchenrat H. B. …" Ein stadtbekannter Rechtsanwalt bezeichnet in einem Leserbrief „jedermann als einen Verleumder", der behauptet, daß er gegen Geld oder persönlichen Vorteil Autonummern vermittelt habe. Der Fahrer des Wagens mit der Nummer W-320 wiederum hat an der Heckscheibe einen Aufkleber: „Ich habe für mein Kennzeichen keinen Groschen bezahlt …"

Die Wiener Polizeidirektion, der nachgesagt wird, daß auch mit ihrer Beihilfe häufig niedrige Nummern ausgegeben wurden, fordert nun eine Änderung des österreichischen Kennzeichensystems nach deutschem Vorbild.

ZU GUTER LETZT

„Lieber auf Jamaica ein bißche[n] Bewegung als in Deutschland Da[l]li-Dalli" Anzeige im *„TID-Reis[e]tips"*

هكذا من الأصل